N 57/1987

Einführung in die Geopolitik

von

Dr. Richard Hennig
Hochschulprofessor in Düsseldorf

und

Dr. Leo Körholz
Studienrat am Hindenburggymnasium in Düsseldorf

Fünfte, geänderte und vermehrte Auflage

Mit 76 Karten im Text

1937 A 1987

N 48/11

1938

Verlag und Druck von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Digitized by Google

Digitized by Google

Printed in Germany

Digitized by Google

JAB
H 388

641633

Vorwort zur fünften Auflage.

Unser vorliegendes Werk entstand im Jahre 1932 auf Grund einer aus Schulkreisen gekommenen Anregung: es möchte doch aus des einen Verfassers großem Lehrbuch der Geopolitik (R. Hennig, Geopolitik, Teubners Verlag, 1. Aufl. 1928, 2. Aufl. 1931) ein knapper, für Schulzwecke brauchbarer Auszug mit kurzen, schlagartigen Regeln und Tatsachenbeispielen gegeben werden.

Offenbar ist das aus dieser Anregung hervorgegangene Büchlein einem starken Zeitbedürfnis entgegengekommen, da es trotz hoher Auflageziffern schon nach fünf Jahren in 5. Auflage erscheinen muß. Erheblich hat zu dieser Nachfrage zweifellos das lebhafte Bedürfnis nach politischer Bildung beigetragen, das im nationalsozialistischen Deutschland gefordert wird, dazu die bedeutende Förderung des geopolitischen Wissens durch amtliche Stellen und durch die im ganzen Reich entstandenen Arbeitsgemeinschaften für Geopolitik.

Da unser Buch, ungeachtet seiner überwiegend historischen Beispiele, vor allem Wert darauf legen muß, durch gegenwartsnahe Darlegungen zu wirken, so ergab sich von selbst die Notwendigkeit, bei jeder neuen Auflage den Inhalt den allerjüngsten weltpolitischen Ereignissen anzupassen, wodurch jedesmal nicht unbeträchtliche Änderungen in den Textausführungen und auch in den Abbildungen notwendig wurden. Diesmal sind die Textänderungen und -erweiterungen infolge der gewaltigen Häufung weltpolitisch hochbedeutsamer Geschehnisse in den letzten Jahren besonders umfassend gewesen, so daß man nahezu von einer Neubearbeitung des Werkes sprechen kann — wenn auch seine Grundgedanken die gleichen geblieben sind.

An diesen etwas zu ändern, lag um so weniger Veranlassung vor, als sie sich in der Praxis vollauf bewährt haben. Zwar sind seit 1935 über Begriff und Wesen der Geopolitik zahlreiche Auseinandersetzungen entstanden, die zur Stunde noch nicht abgeschlossen sind. Es sind dabei allerlei Begriffsverschiebungen versucht worden, manche Mißverständnisse und Verkennungen der Absichten gerade auch unseres Buches zutage getreten. Daher schien es geboten zu sein, schärfer und unmißverständlicher die Grenzen des Themas zu ziehen, das wir allein zu behandeln wünschen. Um weiteren Fehldeutungen zu entgehen, sind im übrigen neue Kapitel eingefügt worden, die noch stärker als früher betonen, daß selbstverständlich (wie wir immer wieder hervorgehoben haben) geistige Kräfte der verschiedenen Art *neben* den geopolitisch bedeutsamen Einflüssen des Raumes das Schicksal der Staaten bestimmen und das weltpolitische Geschehen formen.

Digitized by Google

Alle strittigen, bisher wissenschaftlich nicht endgültig spruchreifen Themen, zumal auf dem einstweilen noch weitgehend ungeklärten Gebiet der Rassenkunde, haben wir in möglichst großem Umfang ausgemerzt, die an sich hochwichtigen Berührungspunkte zwischen Geopolitik und Rassenforschung daher mit Absicht nur kurz gestreift. Weder kann noch will dies Büchlein sich mit neuen, bisher umstrittenen Theorien befassen; derartige wissenschaftliche Diskussionen müssen notwendig auf einer anderen Ebene ausgetragen werden. Unser Werk möchte nur gesicherte Ergebnisse der Forschung zusammenstellen und an charakteristischen Beispielen erläutern.

Die Fertigstellung der Neubearbeitung hat sich aus mancherlei Gründen unerwartet lange hingezogen. Wir sprechen allen, die uns durch freundliche Zuschriften unterstützt und angeregt haben, unseren Dank aus.

Düsseldorf, 6. Mai 1938. R. Hennig. L. Körholz.

Digitized by Google

Inhalt.

Vorbemerkung: Was versteht dies Buch unter „Geopolitik"? IX
Einleitung: 1
I. Der Raum als allgemeiner geopolitischer Faktor 1
II. Die Entstehung der Staaten 3

A. Die geopolitischen Einwirkungen.

I. Einflüsse der Natur auf die Staaten 10
a) Erzwingung der Staatenbildung durch die Natur 10
b) Der geopolitische Einfluß des Klimas 15
c) Der geopolitische Einfluß der Mineralien 19
d) Der geopolitische Einfluß der belebten Natur 26
1. Tierwelt 26
2. Pflanzenwelt 30
3. Waldungen 33
e) Der geopolitische Einfluß der Gebirge 38
1. Gebirge als Staatsgrenzen . . 38
2. Gebirgspforten und Völkertore 40
3. Sattelstaaten 44
f) Der geopolitische Einfluß der Binnenwasserstraßen 46
1. Flüsse als Staatsgrenzen . . 46
2. Binnenwasserstraßen als staatliches Rückgrat, Flußfadenstaaten 48
3. Wirkung der Stromrichtungen auf die Struktur der an ihnen entstandenen Staaten 51
g) Der geopolitische Einfluß des Meeres 55
1. Das Meer als Staatengrenze . 55
2. Der Drang nach der Meergrenze 58
3. Meerespforten und Meerengen 67
4. Das Streben nach dem „Mare nostro" 70
5. Hoheitsansprüche auf Meere (Mare clausum) 74
h) Der geopolitische Einfluß des Verkehrs 78
1. Der Verkehr als Staatenschöpfer 78
2. Der Verkehr als Staatenerhalter 81
3. Verkehrsbeherrschung zwecks Schwächung fremder Staatsmacht 87
4. Die „geophysische Lage" . . . 89

II. Einflüsse der Natur auf den Charakter der Staatsbürger . 98
a) Feindliche und rauhe Natur als Wecker sittlicher Energien . . . 98
b) Wirkung der Bergländer und Tiefebenen auf den Charakter . 105
c) Die Bedeutung der Gegenufer und Inselschwärme für die Seetüchtigkeit 107

Digitized by Google

B. Staat und Staatsbürger.

I. Der Staat als lebender Organismus 111
a) Lebensäußerungen, Geburt und Tod der Staaten 111
b) Räumliches Wachsen der Staaten 114
c) Tochterstaaten (Kolonien) . . . 116
d) Wachstumsspitzen 119
e) Zerfalls- und Schrumpfungsprozesse 123

II. Die Einstellung der Staatsbürger zum Staatsbegriff 127
a) Der Einfluß der Lebensweise der Völker auf ihre Staaten 127
b) Die innere Konstruktion der Staaten 129
c) Nation und Volk 136
1. Die Begriffe Nation und Volk 136
2. Schlummern und Erwachen des Nationalgefühls 137
3. Das Gefühl des Volkstums . . 141
4. Nationalstaaten und Nationalitätenstaaten 143
5. Völker ohne eigenen Staat . 147
6. Die Frage der farbigen Rassen 150
d) Weltanschauliche Triebkräfte im staatlichen Geschehen 156
1. Religion und staatliche Bestrebungen 156
2. Bolschewismus und staatliches Wohlergehen 159

III. Die Ausschaltung geopolitischer Einflüsse bei der Staatengestaltung 164
a) Die Rolle der großen Persönlichkeit in der Geschichte 164
b) Dynastische Einwirkungen auf die Staatengeschicke 168
c) Künstliche Staatenkonstruktionen der Diplomaten 169
1. Strohmannstaaten 170
2. Pufferstaaten 174
d) Widersprüche zwischen Nationalstaat-Bestrebungen und geopolitischen Anforderungen 176

C. Verwischung des Staatsgedankens.

Ausschaltung politischer Reibungsflächen durch gegen- und überstaatliche Versuche 180
a) Neutralisierung 180
b) Kondominium 182
c) Absichtliche Unklarheit des staatsrechtlichen Verhältnisses 183
d) Mehrstaatliche und internationalisierte Ströme 185
e) Die Entstaatlichung (Internationalisierung) des Weltmeeres (Mare liberum) 187
f) Internationalisierte Landstriche . 188
g) Das Mandatssystem und der überstaatliche Gedanke 190

Sachregister 194
Literatur 198

Digitized by Google

Verzeichnis der Abbildungen.

1. Die germanischen Stämme 7
2. Alt-Ägypten 12
3. Reich des Hammurabi um 2000 v. Chr. 12
4. Indien nach der arischen Eroberung um 3000 v. Chr. 13
5. Chinas ungefähre Ausdehnung um 1500 v. Chr. 14
6. Die Landgewinnungsarbeiten in Süder-Dithmarschen 15
7. Nordgrenze des Römischen Reiches. 18
8. Die Lage der Weltstädte nahe der nördlichen 10°-Isotherme 18
9. Saar-, Rhein- und Ruhrkohle als französisches, Lothringer Eisenerze als deutsches Kriegsziel 21
10. Englands transjordanischer Korridor zum Roten Meer und die neue Ölleitung Kerkuk-Haifa 24
11. Die neue Grenze zwischen Kanada und Neufundland 29
12. Die Mongolenreiche im 13. Jahrh. und die Waldgrenze 36
13. Der Steppen- und Wüstencharakter des mohammedanischen Bekenntnisses 37
14. Cilicische und Syrische Pforte 42
15. Dsungarische Pforte 42
16. Die Weiho-Pforte 43
17. Der Khaiberpaß als Hauptpforte zwischen Binnenasien und Indien .. 44
18. Sattelstaat Tirol 45
19. Das griechisch-baktrische Reich um 250 v. Chr. als Pamir-Sattelstaat .. 46
20. Typische Flußgrenze: Torne-Elf 47
21. Weichselgrenze 48
22. Die Grenze auf dem linken Ufer des Schatt-el-Arab 49
23. Die Bistümer Mainz und Trier als Flußfadenstaaten 49
24. Das Preußisch-Werden der Oder ... 50
25. Die Naturbegünstigung des russischen Zentralismus durch ein radiales Flußnetz 52
26. Einfluß der Flußrichtungen auf den politischen Zentralismus in Frankreich 52
27. Parallelschaltung der deutschen Ströme als Ursache politischer Uneinigkeit 53
28. Parallelschaltung der hinterindischen Stromgebiete 54
29. Manaos im Zentrum eines zentripetalen Flußsystems 55
30. Englands Besitz in Frankreich um 1425 56
31. Venedigs Festland-Glacis 57
32. Japans Ausdehnungstendenz auf dem vorgelagerten Festland 57
33. Der englische Plan einer Dreiteilung Palästinas von 1937 59
34. Die neuen sibirischen Häfen am Eismeer 62
35. Das strittige Gran-Chaco-Gebiet ... 65
36. Teilung des Hafens von Fiume 66
37. Die wichtigsten Stützpunkte der britischen Weltmacht 70
38. Das Mittelmeer als römisches Mare nostro um 130 n. Chr. 71
39. Die Ägäis als Mare nostro im byzantinischen Reich des 12. Jahrh.... 72
40. Die Nordsee unter dänischer Herrschaft um 1035 72
41. Der ehedem russische Landbesitz in Amerika bis 54° 40′ n. Br. 73
42. Flottenstützpunkte im Mittelmeer .. 75
43. Der holländische Schelde-Riegel 77
44. Die Reichsautobahnen 81
45. Der Straßenstaat des Inkareiches .. 83
46. Der chinesische Kaiserkanal 84
47. Die Transiran-Bahn 85
48. Kanalplan durch den Isthmus von Kra 86

Digitized by Google

49. Die japanischen Hauptbahnstrecken in Korea und der Mandschurei mit Seishin, dem neuen koreanischen Konkurrenzhafen für Wladiwostok . 88
50. Das „Luftkreuz" des Verkehrs in Vorderasien 92
51. Arktische Fluglinien der Zukunft auf dem größten Kreisbogen 94
52. Britische Landansprüche im Südpolargebiet 95
53. Die vereinsstaatlichen und japanischen Kraftlinien im pazifischen Meer 96
54. Gegenuferlosigkeit in Südamerika .. 109
55. Die Inselbrücke in der Ägäis 109
56. Der jüngste Staat der Erde, die Innere Mongolei 112
57. Das Wachstum der Vereinigten Staaten von Amerika in den ersten 70 Jahren 114
58. Die äußersten Grenzen des karthagischen Landbesitzes 115
59. Französische Wachstumsspitzen auf deutschem Boden im 16. und 17. Jahrhundert 120
60. Gegenüberstellung der gesamtrussischen Landmasse und des punktförmig verteilten britischen Imperiums („Wachstum der Eiche und des Epheus") 121
61. Der Niedergang des türkischen Staates in Europa 125
62. Italiens Vielstaatlichkeit um 1850 .. 133
63. Die Viersprachigkeit der Pyrenäenhalbinsel 134
64. Die innere Trennung Belgiens. (Aus Haushofer, Jenseits der Großmächte) 142
65. Politische Schütterherde in Europa . 143
66. Das Völkergemisch in der Tschechoslowakei 146
67. Verbreitung der Neger in den Vereinigten Staaten 1920 151
68. Die habsburgische Hausmacht im 16. Jahrhundert 169
69. Ein Strohmannstaat des Zeitraumes 1841—1860 170
70. Serbiens Drang zum Meer 171
71. Der Machteinfluß auf dem ostasiatischen Festland. (Aus Sochler-Hauke, Der Ferne Osten) 173
72. Die verzwickte Westgrenze südlich von Aachen 175
73. Die Zerreißung Irlands in zwei Staaten und zwei Zollgebiete 177
74. Die vier Uferstaaten des Golfs von Akaba 184
75. Stadtplan von Schanghai 188
76. Das internationalisierte Landgebiet von Tanger 189

Digitized by Google

Vorbemerkung.

Was versteht dies Buch unter „Geopolitik"?

Seitdem die „Einführung in die Geopolitik" zuletzt im Sommer 1935 in besonders hoher Auflage erschienen ist, haben an zahlreichen Stellen in breiter Öffentlichkeit lebhafte Erörterungen darüber stattgefunden, was eigentlich unter dem Begriff Geopolitik verstanden werden muß und welche Bedeutung ihm im Verhältnis zu verschiedenen Nachbarwissenschaften zukommen soll.

In der vorliegenden Neubearbeitung ist in keiner Weise geplant, in diese Diskussion einzugreifen. Es muß jedoch klargestellt werden, wie — lediglich für den Zweck dieses Buches — der Begriff „Geopolitik" verstanden wird. Ob die Definition durch eine bessere ersetzt werden kann oder nicht, steht außerhalb der Debatte.

In dem bescheidenen Rahmen dieses Buches, dessen Aufgabenkreis von vornherein auf ein bestimmtes Spezialthema beschränkt bleiben soll, ist nichts weiter geplant, als diejenige Geopolitik zu lehren, die dereinst Kjellén, der Vater der neuen Wortbildung, darunter verstanden hat: die Einwirkung der geographischen Faktoren im weiten Umfang des Wortes auf das politische Geschehen im Leben der Völker und Staaten. Wir wünschen, wie ausdrücklich betont sei, nur diese eine wissenschaftliche Frage zu behandeln.

Damit wird nicht im mindesten Stellung genommen gegen eine umfassendere Definition des Begriffs Geopolitik, die neuerdings viele Freunde erworben hat und die ursprünglich auf Karl Haushofer zurückgeht:[1])

„(Geographische Faktoren) gehen in diese umfassenden, immer dynamisch-gestalteten Betrachtungen über den erdgebundenen politischen Werdegang der von ihm als geopolitische Einheiten erkannten und erwiesenen Räume ebenso gut ein wie Rassenbau, Wanderbewegung, soziale Schichten, Siedlung, Volksdichte, Eigenwirtschaft, Weltverkehr und -handel ... Die ganze Skala der Wissenschaft vom Menschen als Untergrund eines umfassenden geopolitischen Gebäudes."

Daß alle diese von Haushofer genannten Themen von einer eingehenderen geopolitischen Betrachtung überhaupt nicht zu trennen sind, erkennen wir rückhaltlos und freudig an. Wir können dies um so unbefangener tun, als unsere „Einführung", soweit es der knappe Raum zuließ, stets auf die Wichtigkeit jener Nachbargebiete bei jeder Gelegenheit hingewiesen hat. Im ausführlicheren Lehrbuch „Geopolitik" des einen Verfassers, das schon 1927 verfaßt wurde, ist sogar mit jedem nur denkbaren Nachdruck betont worden, wie eng alle von Haushofer genannten Disziplinen mit der Geopolitik zusammengehören und daß sie vom Geopolitiker notwendig beachtet und

1) „Bausteine zur Geopolitik". Berlin-Leipzig 1928, S. 18.

Digitized by Google

gründlichst gewürdigt werden müssen.[1]) Früher bezeichnete man die Gesamtheit dieser Disziplinen als „Staatswissenschaft". Will man sie jetzt „Geopolitik" nennen, so ist dagegen grundsätzlich gewiß nichts einzuwenden. Es fragt sich höchstens, ob man dabei noch im Geiste des Staatswissenschaftlers Rudolf Kjellén handelt, der ja gerade zu den übrigen, längst bekannten Einzelgebieten seiner Fachwissenschaft die vordem unterschätzten (zuerst von Ratzel in ihrer vollen Bedeutung erschauten) politischen Einflüsse der geographischen Umwelt ausdrücklich hinzufügte und lediglich für diese neuartige Wissenschaft den Begriff „Geopolitik" prägte.

Daß der geopolitische Blick der Menschen sich sehr nachdrücklich auch darüber hinaus mit den übrigen von Haushofer genannten Gebieten befassen muß, also mit dem, was früher Staatswissenschaft hieß und was man jetzt als „Geopolitik im weiteren Sinne des Wortes" bezeichnen mag, erscheint uns nur als Selbstverständlichkeit. Wir unterschreiben ohne weiteres Haushofers Wort vom Jahre 1925: „Man darf nicht vergessen, daß die geopolitische Betrachtungsweise (im Sinne von Kjellén) nur etwa ein Viertel der Fragen menschlicher Entwicklung aus erdbestimmten Ursachen ableiten kann, wenn sie den Menschen aus seiner Umwelt erklärt, ganz ohne Berücksichtigung der andern drei Viertel, die aus seinem und seiner Rasse Innerem, seinem sittlichen Willen und dem bewußten zwingenden Gegensatz zu dieser Umwelt erklärt werden müssen."

Wenn ferner Maull einmal sagt[2]), die „Kernaufgaben der Geopolitik" müßten in Angriff genommen werden „aus dem Wesen des Staatenlebens heraus, soweit sich die Fragestellungen an den Staatsraumgrundlagen oder an den Raumgrundlagen der Umwelt orientieren", so ist auch hiergegen nicht das Geringste einzuwenden. Die von Maull beigefügte Tabelle 3 aller Themen[3]), die in die Geopolitik einzugliedern sind, ist freilich ähnlich umfassend wie die Haushofersche Forderung und würde zur vollen Erörterung aller Probleme ein viel umfangreicheres Werk erfordern, als es von uns dargeboten werden soll.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen bemerken wir daher einleitend mit aller Deutlichkeit, daß unser Büchlein sich mit der alleinigen Erörterung und der Herausschälung der Einwirkungen des Raumes, des belebten wie des unbelebten, auf die politischen Geschicke der Völker und der Staaten bescheiden will, eben mit derjenigen „Geopolitik" im engeren Sinne des Wortes, die Kjellén neu in die Wissenschaft eingeführt hat. Mehr will diese Schrift nicht bieten, mehr soll man aber auch nicht von ihr verlangen!

1) R. Hennig, Geopolitik. 2. Aufl. Leipzig 1931 (Rassenbau S. 377ff., Wanderbewegung S. 170ff., Siedlung und Volksdichte S. 170ff. und 265ff., Eigenwirtschaft S. 46ff., Welt- verkehr und -handel S. 64ff.).

2) Otto Maull, Das Wesen der Geopolitik. Leipzig, Teubner 1936, 32.

3) Ebendort 33.

Digitized by Google

Einleitung.

I. Der Raum als allgemeiner geopolitischer Faktor.

„Blut und Boden" beeinflussen die Geschicke der Völker und der Staaten. Das „und" jener drei Worte kann gar nicht kräftig genug betont werden. Für „Blut und Boden" kann man etwas umständlicher sagen: Rassische Veranlagung und räumliche Umwelt.

Auch der bestgeeignete Raum bleibt natürlich, um seine staatenbildenden und wirtschaftsfördernden Eigenschaften voll entfalten zu können, auf den Charakter der Völker angewiesen, die in ihm leben und wirken.

Vielleicht zeigt ein Vergleich am besten, worauf es ankommt. Wenn jemand in eine von ihm gemietete Wohnung einzieht, so schreiben ihm deren Räume zwangsläufig die Grundgestaltung seines neuen Heims vor, und er vermag an ihrer Lage zueinander nur sehr wenig oder nichts zu ändern. Ob aber die neue Wohnung schließlich einfach oder prunkvoll, nach alter oder neuer Mode ausgestattet, behaglich oder ungemütlich sein wird, hängt ausschließlich von den Fähigkeiten, dem Wohlstand, dem Geschmack und den Neigungen der Menschen ab, welche in dieser Wohnung leben wollen. Genau ebenso liegen die Dinge im „Raum", der die Staatengeschicke vorschreibt:

Der Raum zeichnet die Entwicklungslinie eines Volkes in vielen Grundzügen vor. Was aber der Mensch aus diesen Naturgegebenheiten zu machen oder nicht zu machen weiß, hängt von seiner eigenen seelischen Veranlagung ab. Nicht der Raum entscheidet über das Geschick der Staaten und der Nationen, sondern der Geist, der darin wohnt.

Beispiele.[1])

1. Die alten Ägypter brachten es kaum über die Küstenschiffahrt hinaus und waren nie ein rechtes Seefahrervolk, ebensowenig wie etwa die Türken, die gleich jenen jahrhundertelang im Besitz der an sich verkehrsgeographisch ungewöhnlich günstigen Nilmündungen waren. Als aber nach der Gründung von Alexandrien durch Alexander den Großen (330 v. Chr.) mehrere Jahrhunderte lang Griechen und Römer die beherrschende Stellung in den Nilmündungen innehatten, wuchs die Stadt dank der ungewöhnlichen Gunst ihrer Lage zum ersten Handelshafen der Welt empor, der schon etwa 100 Jahre nach seiner Gründung eine halbe Million Einwohner hatte. Auch als im Mittelalter die Araber Herren in Ägypten waren, vom 7. bis zum 12. Jahrh.,

1) Die Beispiele, in diesem Kapitel wie in sämtlichen nachfolgenden, streben keinerlei Vollständigkeit an, sondern wollen nur einige besonders typische oder wichtige Fälle herausgreifen, deren Zahl sich fast jedesmal ansehnlich vermehren läßt.

Digitized by Google

war Alexandrien der führende Seehafen der Welt, und ähnlich ist es wieder seit der Zeit, da die Briten sich daselbst festgesetzt haben (1882), einer der wichtigsten Seehäfen der Welt geworden. — Hieraus ist zu ersehen, wie mit einem und demselben Seeplatz seetüchtige und seeuntüchtige Völker etwas völlig Verschiedenes anzufangen wissen.[1])

2. Genau die gleiche Erscheinung zeigt sich in Gebieten, die sich in einer für den Überlandhandel gutgeeigneten Lage befinden. Das trefflichste Beispiel liefert uns Ost-Turkestan mit dem Tarymbecken. Stets wenn die chinesischen Kaiser dieses Gebiet fest in der Hand hatten (115 v. Chr. bis 23 n. Chr.; 87—105 n. Chr.; 589—763; 1211—1368), entwickelte sich hier im Vormaschinenzeitalter ein blühender Handelsverkehr, und die berühmte alte „Seidenstraße", der letzthin Sven Hedin ein eigenes Werk gewidmet hat[2]), konnte starke Handelsfäden zwischen dem Fernen Osten und den Westländern spinnen. Sobald aber dieselben Gegenden der chinesischen Herrschaft entglitten und in die Gewalt handelspolitisch unbegabter Steppenvölker kamen, verödeten die Verkehrsstraßen jedesmal nahezu völlig.

3. Neben den Unterschieden der seemännischen und der handelspolitischen Begabung müssen in diesem Zusammenhang auch die Verschiedenheiten der technischen Fähigkeiten der Völker genannt werden. Hierfür ist die Geschichte des Zweistromlandes das trefflichste Beispiel. Solange die technisch hochbegabten Sumerer, Babylonier und Assyrer die Herrschaft im Lande innehatten, waren weite Teile Mesopotamiens, infolge einer genial durchgeführten Bewässerung mit Hilfe von zeitweilig 18000 km Bewässerungskanälen, ein blühender Garten von unendlicher Fruchtbarkeit (Paradies der Bibel, hängende Gärten der Semiramis). Später verfielen unter wechselnden Herren die Anlagen immer mehr, und als seit 1258 die Mongolen, seit 1534 die Türken das Land an sich brachten, die beide technisch völlig uninteressiert waren, verwandelte sich das einst so reiche Land außerhalb der Flußufer in eine trostlose Salzwüste. Erst jetzt, seitdem die Engländer sich in steigendem Umfang Einfluß im Lande Irak verschafft haben, entsteht auf Grund eines modernen Bewässerungssystems (erstes Stauwerk von Hindije am 18. Dezember 1913 eröffnet) die Grundlage zu einer neuen Blüte des Landes. Dieses soll im Altertum 24 Millionen Menschen beherbergt haben, in den Zeiten des Verfalls war die Zahl auf etwa 1½ Millionen ums Jahr 1900 gesunken. Sie dürfte allmählich wieder auf mindestens 30 Millionen gesteigert werden können. — Der Raum war in allen Zeiten der gleiche geblieben; der Geist aber, der in ihm waltete, hatte je nach der Veranlagung der jeweilig herrschenden Völker völlig verschieden mit dem anvertrauten Pfande gewuchert!

Aus diesen Darlegungen dürfte hinreichend klar hervorgehen, wie sehr Blut und Boden einander ergänzen und aufeinander abgestimmt sein müssen, um aus gegebenen Größen ein Maximum von Segen für ein Land und Volk herauszuholen. Blut und Boden sind gleichberechtigte Kräfte bei der Entfaltung der staatlichen und geopolitischen Energien!

Ein Wohnhaus, das seinen Zweck erfüllt, besteht ja ebenso aus einer Fülle von räumlichen und materiellen Dingen und aus der Gesamtheit der Hausbewohner. Weder Raum allein ist es noch Materie und ebensowenig nur die organisierte

1) Vgl. zu diesem Thema das neue Werk von Ernst Schultze, Meeresscheue und seetüchtige Völker (Stuttgart 1937) sowie R. Hennigs Aufsatz im Juliheft 1938 der Marine-Rundschau.

2) Sven Hedin, Die Seidenstraße. Leipzig 1936.

Digitized by Google

Gemeinschaft der Hausgenossen. Genau ebenso liegen die Dinge beim Staat: zum staatlichen Raum gesellt sich die auf diesem Raum lebende organisierte Volksgemeinschaft.

Vorliegendes Buch wünscht allein die Einflüsse des Raumes dem Verständnis nahezubringen, für die der Begriff „Geopolitik" von Kjellén eigens geprägt wurde. Wir verwehren es niemandem, diesem Begriff heute eine weitere Ausdehnung zu geben, wünschen aber für unsere Zwecke das Thema zu begrenzen. Der Grundsatz aller Biologie, daß Erbanlagen und Umwelt jedes Lebewesen formen, gilt auch für die staatlichen Lebewesen. Unser Buch studiert nur die Einflüsse der Umwelt!

II. Die Entstehung der Staaten.

Doch uns ist gegeben, an keiner Stätte zu ruhn.
Hölderlins Schicksalslied.

Unruhe, Streit und Kampf beherrschen die Tier- wie die Menschenwelt von jeher und durchziehen wie ein roter Faden die gesamte Weltgeschichte. Es ziemt uns nicht, nach dem Warum zu fragen; die Tatsache als solche ist gegeben — wir müssen sie hinnehmen. Menschliche Gesittung dämmt wohl die Streitsucht ein und führt die freiwillige oder unfreiwillige Unterordnung des einzelnen unter die größeren Zwecke der Gesamtheit herbei. Aber stetiger, ruhiger Genuß des Lebens ist kaum je einem Menschen beschieden. Und das ist gut so; denn nur der unausgesetzte Kampf ums Dasein hat die Menschheit zu höherer und immer höherer Entwicklung angetrieben. Dauernder, behaglicher Genuß würde das Ende jeden Fortschritts bedeuten: „Müßige Ruh' ist das Grab des Muts" (Braut von Messina). Darum hat schon der weise Heraklit den Kampf als den „Vater aller Dinge" bezeichnet — mag es der Kampf mit den Waffen sein oder der friedliche, geistige und körperliche Wettkampf, der Kampf mit den Tücken der Natur oder mit den Sorgen des Alltags. In der ganzen althellenischen Geschichte erhielt das kulturelle Leben gerade durch den Wettkampfgedanken immer neue Antriebe. Kampf allein, Abwehr äußerer Störungen ist es gewesen, der die Menschen auch genötigt hat, sich gesellig zu Stammes- und Staatenverbänden zusammenzufinden.

Frühzeitig merkte schon der roheste Urmensch, daß sich die Erträgnisse seiner Jagd und Fischerei, die ihm Nahrung lieferten, steigern ließen, wenn er sich mit seinesgleichen zusammentat, um gemeinsam Beute zu machen und sie zu teilen. Ganz große Tiere der Steppe, des Waldes, des Meeres, die ein Mensch allein kaum jemals hoffen durfte zu erlegen (Mammut, Auerochs, Walfisch usw.), vermochte eine größere Zahl von Menschen zu bewältigen, auch reißende Tiere, denen der einzelne niemals gewachsen war.

Ein solches Zusammenstehen der Bewohner kleinerer Landflächen zu Schutz und Trutz, natürlich auch gegenüber menschlichen Feinden, verursacht die Bildung der Volksstämme, die freilich mit der echten staatlichen Gemeinschaft nur wenig zu tun haben, sondern höchstens einen ersten Anfang dazu darstellen. Stämme sind lose Zweckverbände, zu denen sich bestimmte Menschengruppen aller Zeiten, Länder und Zonen stets zusammenfinden, die auch immer irgendeinem Führer und Oberhaupt, einem „Häuptling", unterstehen. Ihr Zweck ist zunächst ausschließlich die gemeinsame Durchführung von Jagd- und Kriegsunternehmungen, wozu sich später

Digitized by Google

Schlichtung von Streitigkeiten unter Stammesgenossen sowie Bestrafung von Verbrechen gegen das Gesamtinteresse gesellen: der erste Anfang einer gewissen Rechtsprechung.

Viele menschliche Gemeinschaften erheben sich niemals über diese Stammesbildung hinaus. Nomadisierende Jäger-, Hirten- und Fischervölker, wie die Indianer, Eskimos, Lappen, Samojeden, Australneger usw., aber auch nicht wenige primitive Völkerschaften, die sich seßhaft gemacht haben und in Dorfgemeinschaften wohnen, wie z. B. viele Negerstämme, bleiben auf der Entwicklung der Stammesbildung stehen, selbst noch in unseren Tagen.

Zum Staat aber gehört mehr! Was kennzeichnet ihn? Wodurch unterscheidet sich die Staatenbildung von der Stammesbildung?

Echte Nomaden, dauernd umherschweifende Menschen brauchen keinen Staat. Man denke an die Zigeuner, die niemals einen Staat gebildet haben. Wohl können Nomaden, wenn sie sich zu großen, kriegerischen Massen zusammentun, fremde Kulturländer erobern und dann zu neuen, oft großartigen staatlichen Neugestaltungen den Anstoß geben (Hyksos, Araber, Hunnen, Türken, Mongolen usw.), aber, auf sich selbst gestellt, bringen sie es als Nomaden nicht zu echter staatlicher Gemeinschaft. Ein treffliches Beispiel sind die amerikanischen Indianerstämme, die nur in den wenigen Fällen, wo sie seßhaft wurden, Staaten geschaffen haben. Daß sie dann ungemein hohe staatliche Kultur und Fähigkeit entwickelten, beweisen die großartigen Staatsgebilde der Inkas, der Mayas, der Azteken. Wo aber die Bodenständigkeit fehlte, blieben sie die primitiven, einem Häuptling unterstellten, staatlich nicht im geringsten organisierten Jäger- und Kriegerstämme, die uns aus dem „Lederstrumpf", aus Karl May und anderen Indianergeschichten bekannt sind.

Seßhaftigkeit — die erste Voraussetzung für die Entstehung eines Staates.

Seßhaftigkeit entwickelt sich überall dort, wo der Mensch *den Boden zu bearbeiten und Ackerbau zu treiben* beginnt. Der Hirt, der seine Schaf- oder Ziegen-, seine Rinder- oder Renntierherden weidet, wechselt seine Weideplätze möglichst oft. Hirtenstämme *können* daher nicht seßhaft sein. Ebenso werden Jäger- und Fischervölker dann am ehesten auf reiche Beute zu rechnen haben, wenn sie nicht immer am gleichen Waldfleck, am gleichen Ufer dem Wild und den Fischen auflauern, sondern wenn sie an immer neuen Plätzen ihre Fallen stellen und ihre Netze auswerfen. Stämme können wandern, Staaten nicht. Diese bedürfen der „*Vermählung mit dem Boden*".

Der Mensch, der dazu übergegangen ist, nahrung- oder kleidungspendende Pflanzen selber anzubauen und zu züchten (Getreide, Reis, Mais, Flachs, Baumwolle usw.), ist *gezwungen*, an der Stelle seiner Pflanzenkulturen zu verweilen, bis die Pflanzen reif sind und geerntet werden können. Das dauert Monate, unter Umständen Jahre lang. Auch ist es unzweckmäßig, die besonders große Mühe des Urbarmachens in jedem Jahre anderen Bodenstellen zuzuwenden; vielmehr wird der einmal anbaufähig gemachte Boden zweckmäßig auch in den kommenden Jahren wieder und wieder — mit gelegentlichen Ruhepausen — in gleicher Weise benutzt. Die Folge ist, daß der Mensch, der Ackerbau treibt, bestrebt ist, an dem einmal gewählten Ort *dauernd* zu verweilen, möglichst für sein ganzes Leben, ja, für ganze Geschlechterfolgen, durch Jahrhunderte hindurch. Er baut sich ein festes Haus an Stelle des be-

Digitized by Google

weglichen Zeltes des Nomaden und verbessert, vergrößert, verschönt es in jedem Jahr, jedem Jahrzehnt, jedem Jahrhundert mehr. Nomaden und Jägervölker haben keine Heimat, kein Heimatgefühl, keine Liebe zur Heimat. Der Bauer aber hat „seinen" Boden und die Gegend lieb, an die er den Schweiß seiner Arbeit gewandt, denen er die Arbeitskraft eines Lebens gewidmet hat: es entwickelt sich die Heimatliebe und mit ihr zusammen die berechtigte Freude am eigenen Werk, am eigenen Besitz, der prachtvolle „Bauernstolz" auf eine selbstgeschaffene und oft in vielen Generationen immer schöner entwickelte kleine Welt, die mit Leib und Leben gegen jeden Angreifer und Feind verteidigt wird.

Gerade die Notwendigkeit, den selbstgeschaffenen „Besitz" zu schützen gegen menschliche und tierische Räuber, die bequem ernten möchten, was sie nicht gesät haben, zwingt die Bauern einer Gegend zu engerem und immer engerem Zusammenschluß, der dann durch zahllose Familienbeziehungen und freundschaftliche Nachbarbande im Laufe der Zeit stets inniger wird. Wo der Boden fruchtbar ist, werden von vornherein mehr Ackerbauer zusammenströmen als anderswo. Die Menge der Wohnstätten vergrößert sich zum Dorf, die Zahl der Köpfe zur bäuerlichen Gemeinschaft und, wenn es sein muß, zur kämpfenden Schar, die den gemeinsamen Besitz gemeinsam verteidigt und sich zunächst in Kriegs-, bald aber auch in Friedenszeiten freiwillig einem gewählten Oberhaupt unterstellt.

Immerhin bedeutet auch dieser Zustand bloß die Bildung von „Gauen", noch keine staatliche Gemeinschaft, sondern nur einen weiteren Schritt zu ihr hin. Um der Bildung des Staates die Wege zu ebnen, bedarf es weiterer Voraussetzungen, die im einzelnen wechseln können. Bevor es zur Staatenbildung kommt, beherrschen überall die Stammesfehden der kleinen Landschaftsgemeinden und Gaue das Feld. Genau wie die vom Weißen noch nicht beherrschten und erzogenen Eingeborenen in Afrika oder auf den Südseeinseln den Stammesfehden und Nachbarkriegen einen Großteil ihrer Lebenstätigkeit widmen, machte bei den von romantischem Schimmer umkleideten Indianerstämmen der Sioux und Apachen, der Irokesen und Mohikaner und wie sie sonst alle heißen mögen, der Bruderkrieg der Stämme neben der Jagd den Hauptinhalt des Lebens aus. Auch im alten Germanien zur Zeit um Christi Geburt waren die einzelnen germanischen Stämme in ewige Fehden miteinander verstrickt, die Cherusker und die Angrivarier, Chatten, Boier, Alemannen, Markomannen, Hermunduren, Cimbern und Teutonen, die Ubier, Sigambrer, Bataver usw. (s. Kleists „Hermannsschlacht"). Nirgends zeigte sich eine Neigung zur größeren, versöhnenden Zusammenfassung der streitenden Bruderstämme. Bei den Kelten, den Britanniern, bei allen sonstigen Völkern war es nicht anders. Auch die Anfänge Alt-Italiens und Alt-Griechenlands zeigen uns das gleiche Bild. Die ersten Jahrhunderte der römischen Geschichte sind erfüllt von den Kriegen Roms gegen die Nachbarstämme, die Sabiner, Vejer, Volsker, Äquer, Samniten, Latiner u. a. Und auf dem Boden des alten Griechenlands bekämpften sich die einzelnen Stämme der Hellenen fast unausgesetzt, auch als sie bereits zu kleinen Staaten geworden waren, die Spartaner, die Messenier, Korinther, Athener, Thebaner usw. Im ältesten Ägypten, in Babylonien, China, Japan, kurzum überall, war es jahrtausendelang ebenso.

Gleichzeitig zeigt uns aber die Geschichte auch, wie sich aus den Volksstämmen die Staaten entwickelten: entweder gewinnt ein Stamm unter einem tüchtigen

Digitized by Google

und tapferen Häuptling in so hohem Maße die Oberhand über alle Nachbarn, daß ein erzwungener oder freiwilliger Zusammenschluß vieler Stämme zum staatlich geeinten, durch Gesetze und eine starke Hand einheitlich regierten Volk erfolgt — wie es uns die erstaunliche Schöpfung des persischen Weltreiches durch den kleinen Stammesfürsten Kyros oder die durch Philipp von Mazedonien erzwungene Einigung Griechenlands, ebenso die Geschichte Roms vor Augen führt; oder aber die sich sonst befehdenden Bruderstämme schließen sich unter dem harten Zwange einer großen, äußeren Gefahr (sonst kaum jemals!) freiwillig zu Stammesbündnissen und gemeinsamem Handeln zusammen, um eine Abwehr der Gefahr durch vereinte Kraftanstrengung, nach Art des Bundes vom Rütli, zu versuchen. Ein einziges Mal in der ganzen Geschichte Alt-Griechenlands (von der sagenhaften Zeit des Trojanischen Krieges abgesehen) finden wir die Mehrzahl der führenden griechischen Zwergstaaten leidlich gut geeint gegen einen furchtbaren äußeren Feind zusammenstehen: in der Zeit der Persergefahr 480—477 v. Chr. Aber die Gefahr wurde damals fast allzu leicht und rasch überwunden. Hätte sie länger gedauert, viele Jahrzehnte lang, so wären — wer weiß! — die griechischen Stämme vielleicht zu einem großen, starken griechischen Staat zusammengeschmolzen, zu einer griechischen Nation, die es bis auf die Neuzeit nie gegeben hat. Kaum war aber der drohende Persersturm unvermutet schnell abgewehrt, da gewann auch der innere Hader wieder die Oberhand im politischen Leben von Hellas: statt des Zusammenwachsens zum griechischen Staat, wie ihn eine dauernde Notzeit erzwungen haben würde, brachten die Jahrzehnte nach Salamis und Platää einen Peloponnesischen und Korinthischen Krieg, einen Spartanisch-Thebanischen Krieg, unablässige innere Streitigkeiten um die Hegemonie der einzelnen Gaue, bis schließlich die mazedonische und später die römische Faust alle Hadernden auf einmal unterjochte und zur Ruhe zwang (338 und 146 v. Chr.).

Genau ebenso sehen wir vor zwei Jahrtausenden die miteinander streitenden germanischen Stämme (Abb. 1) nur einmal leidlich einheitlich zusammenstehen: als es gilt, die römische Unterjochung von der Gesamtheit der Bruderstämme abzuwenden. Da vereinen sich die bedrohten deutschen Stämme unter Armins kraftvoller Führung zum „deutschen Salamis" im Teutoburger Wald (9 n. Chr.) und zu den bewundernswerten Kraftanstrengungen von Idistaviso und am Steinhuder Meer (16 n. Chr.). Auch ihnen gelingt, wie den Griechen, die Abwehr des äußeren Feindes; auch sie aber verfallen, als die Gefahr plötzlich wieder weicht, sogleich aufs neue in ihre Stammeszwistigkeiten. Fast muß man es im Interesse der gesamtdeutschen Geschichte bedauern, daß Rom (nach der Wiederherstellung seiner Waffenehre durch die Ereignisse des Jahres 16) seine Pläne zur Einverleibung des rechtsrheinischen Deutschlands bis zur Elbe so ganz urplötzlich aufgab und sich fortan mit der Rheingrenze dauernd begnügte. Hätte die Notzeit länger gewährt, hätte die römische Wetterwolke noch ein paar Jahrzehnte länger unheilschwanger über der Freiheit der Germanen geschwebt, so wäre auf die Teutoburger Schlacht vermutlich sehr bald die Gründung eines Staates Germanien mit einem Armin als König gefolgt. Das plötzliche Schwinden der Gefahr aber erstickte sogleich wieder den Ansatz zur Bildung eines germanischen Gesamtstaates, und der große nationale Führer wurde vom neu aufflammenden Bruder- und Stammeszwist meuchlerisch aus dem Wege geräumt (19 n. Chr.).

Die Einigung wenigstens eines Teiles der germanischen Stämme zu einem großen Staat, die das Schicksal dem tapferen Cheruskerhäuptlinge nicht vergönnte, vollzog

Digitized by Google

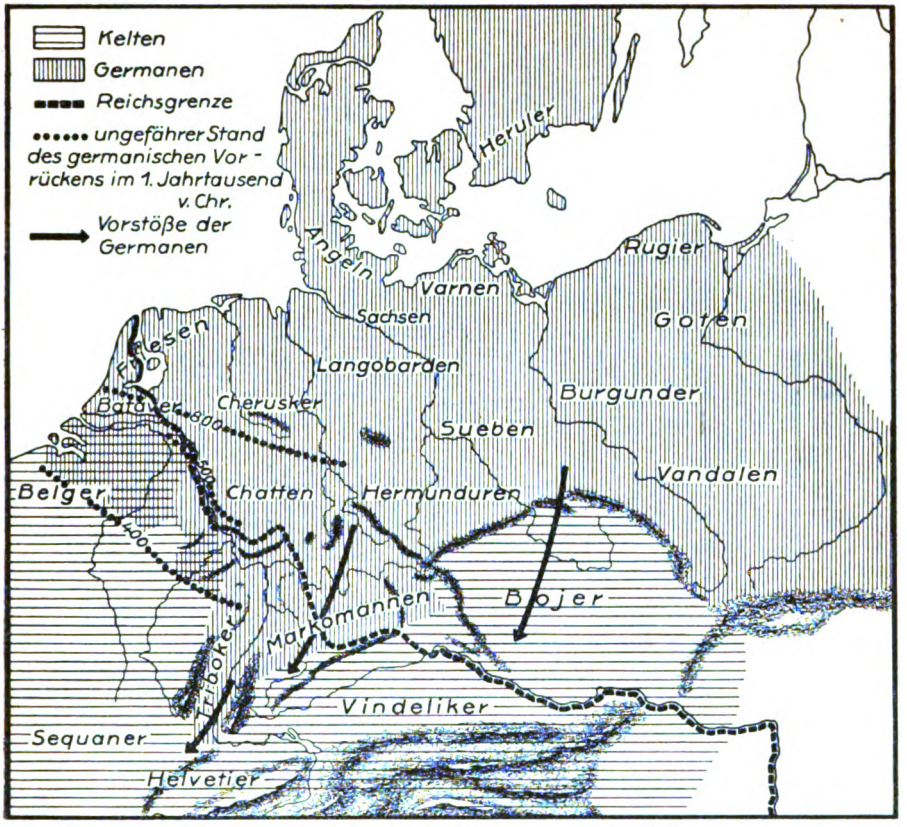


Abb. 1. Die germanischen Stämme.

sich nun erst ein halbes Jahrtausend später, nach der Völkerwanderung. Damals schmiedete der energische, kleine fränkische Gaufürst Chlodwig, dem Kyros des Altertums in mehr als einer Hinsicht gleichend, durch glückliche Kriege, durch Treulosigkeit und Hinterlist gegen andere Herrscher und vor allem durch kluge Milde gegen die besiegten Volksstämme in der erstaunlich kurzen Zeit eines Vierteljahrhunderts (486—511) das große und gewaltige Frankenreich zusammen, jenen starken Staat, der die Stammutter sowohl Frankreichs wie des heutigen Deutschland wurde.

In der älteren Geschichte ist die Entstehung des Staates entweder das Werk kraftvoller Stammeshäuptlinge, die, begünstigt von Glück und Klugheit, Herr über eine Vielzahl von Stämmen werden, oder aber sie ist die durch harte Not erzwungene Vereinheitlichung und Rationalisierung aller vorhandenen Volkskräfte.

Bei der Entstehung der Staaten können wir in der Regel mehrere Etappen unterscheiden: vom Gauverband (pagus), der manchmal als Stadtstaat, „Duodezstaat", Grafschaft, Fürstentum in die Erscheinung tritt, schreitet die Entwicklung zum Landesverband (territorium) vorwärts, der uns in der Geschichte meist als Bundesstaat, Kanton, Departement, Herzogtum oder kleines Königreich begegnet, dann zum größeren „Regnum", den mächtigeren Königreichen und Republiken,

Digitized by Google

und schließlich — nur vereinzelt — zum „Imperium", zum Riesenstaat, der eine Fülle von Einzelstaaten auf kürzere oder längere Dauer unter einer Herrschaft zusammenschweißt.

Zuweilen freilich geht die Entwicklung auch wieder rückwärts: das Imperium zerfällt in „Diadochenreiche" und selbst in noch viel kleinere Gebilde. Man vergleiche etwa das gewaltige Frankenreich Karls des Großen mit der buntscheckigen Landkarte, die das daraus hervorgegangene Deutsche Reich in den Tagen nach dem Westfälischen Frieden darbot! Der größte Teil des einstigen Imperiums hatte sich wieder zur Größe von Landesverbänden, ja, Gauverbänden zurückentwickelt. Als Reste jenes trübseligen Zeitalters ragen noch bis in unsere Gegenwart das Fürstentum Liechtenstein, das Großherzogtum Luxemburg und der Freistaat Danzig hinein, während wir im übrigen seit 1871 bzw. 1938 wieder ein kraftvoll geeintes Reich von Regnum-Größe besitzen.

Jeder fertige Staat erzwingt, wenn eine starke Herrschergewalt in ihm tätig ist, die innere Befriedung großer Landgebiete, das Aufhören der verderblichen Stammeskriege, das Aufgehen der Bevölkerung in eine höhere Staatsidee (Civis Romanus sum). Außerdem aber ist es Aufgabe des rechten Staatsoberhauptes, durch weise Gesetzgebung (Hammurabi, Lykurg, Solon u. a.), Rechtsprechung, Schutz des Eigentums, geordnete Verwaltung, untadlige Beamte, ein starkes Heer für den inneren Ausbau und die äußere Festigung des Staatengebildes Sorge zu tragen, damit es allen unvermeidlichen inneren und äußeren Stürmen gewachsen sei und sich als ein gesunder, widerstandsfähiger, langlebiger Organismus erweise.

Die Regelung auch der friedlichen Beziehungen der Bewohner eines Landes zueinander stellt geradezu das Schwergewicht der Aufgaben des wahren Staates dar. Um eine organisierte Lebensgemeinschaft des Volkes zu ermöglichen, werden dem „Staatsbürger" allerlei Pflichten, auch Einschränkungen der persönlichen Freiheit zum Nutzen des Volksganzen auferlegt.[1]) Hierin unterscheidet sich der Staat nachdrücklich von der bloßen Stammesgemeinschaft, die dem Individuum in friedlichen Zeiten weitgehende Freiheit läßt und höchstens darauf achtet, daß jedes Stammesmitglied Leib, Leben und Besitz seiner Genossen nicht ohne Not schädigt.

Die Stammesgemeinschaft hat die alleinige Aufgabe, körperliche Gewalt abzuwehren oder gegen menschliche wie tierische Feinde, mit größter Aussicht auf Erfolg, einzusetzen. — In der Staatsgemeinschaft werden auch die unblutigen Beziehungen von Mensch zu Mensch festen Gesetzen unterworfen und unter den Begriff der staatsbürgerlichen Pflicht gestellt.

Das Geschick fertiger Staaten bleibt dauernd in erheblichem Maße abhängig von allerlei Einflüssen der umgebenden belebten und unbelebten Natur. Es kann nicht stark genug betont werden, daß die menschliche Tatkraft und der freie Wille diese Einflüsse der Natur formen, abändern, zuweilen selbst ausschalten können, wie später (S. 164ff.) ausführlich gezeigt wird. Die

1) Der Engländer Seeley, einer der Hauptverkünder des neuen englischen Imperialismus, hat einmal das kluge Wort geprägt: „Das Maß von Freiheit, das ein Staat im Innern gewähren kann, ist umgekehrt proportional dem Druck, der auf seinen Grenzen liegt." Dieses Wort bezieht sich allerdings nur auf einen theoretischen Idealzustand und hat nur sehr beschränkt Geltung für die geschichtliche Vergangenheit und die Gegenwart.

Digitized by Google

Richtigkeit der Naturgesetze selbst wird durch solche menschlichen Eingriffe nicht aufgehoben. Die Erkenntnis der geopolitischen Gesetze[1]) ist daher für die heute so wichtige politische Schulung der Staatsbürger von höchstem Wert.

Von vornherein sei grundsätzlich klargestellt, daß Geopolitik und Politische Geographie nicht dasselbe sind, wenn sie auch viele Berührungspunkte aufweisen. Die Politische Geographie behandelt die Gestalt und politische Einteilung der Staaten in einem bestimmten Zeitpunkt, also einen Beharrungszustand; die Geopolitik hingegen untersucht die Bewegungen im staatlichen Geschehen, die auf Wandlungen, Änderungen, Verschiebungen bestehender Zustände hindrängen, und ihre Ergebnisse. Die Politische Geographie gibt Bilder, die photographischen Aufnahmen gleichen; die Geopolitik dagegen führt, nach Art des Films, die bewegenden Kräfte vor.

1) Eine wesentlich umfassendere Darstellung findet der Leser in dem größeren Werk „Geopolitik" des Mitverfassers Prof. Dr. Hennig (B. G. Teubner, Leipzig. 396 Seiten. 2. Auflage 1931).

Digitized by Google

A. Die geopolitischen Einwirkungen.

Der Staat stellt keinen Zweck dar, sondern ein Mittel.
Adolf Hitler.

I. Einflüsse der Natur auf die Staaten.

a) Erzwingung der Staatenbildung durch die Natur.

Neben dem Zwang durch kriegerische Vorgänge, die Anlaß zur Staatenbildung geben können, vermag auch eine feindliche Natur, die das friedliche menschliche Wirtschaftsleben schwer bedroht, den Anstoß zum staatlichen Zusammenschluß zu geben. Ja, an manchen Stellen der Erdoberfläche zwingt die besondere Eigenart der Natur die Menschen innerhalb eines beackerten Wirtschaftsraumes mit unwiderstehlicher Gewalt zum gemeinsamen Handeln unter Anleitung eines überragenden Führers.

Hauptvoraussetzung jeder Art von Ackerbau ist Wärme, Sonne und Wasser. Eine klimatische Kombination nun wirkt seit der Frühzeit der Menschheit vor allen anderen staatenschöpferisch: wenn reiche Wasserfülle und Sonnenglut der Wüste sich miteinander paaren. Dies pflegt der Fall zu sein, sobald ein in regen- oder schneereichen Gebirgen entspringender, großer Strom durch Steppen- oder Wüstenland dahinfließt. Da solche Flüsse aus den Bergen fruchtbaren Schlamm reichlich mit sich zu führen pflegen, vermag von ihnen die Zauberkraft auszugehen, daß auch im regenärmsten, ja, selbst im fast regenlosen Gebiet üppige Fruchtbarkeit des Bodens möglich wird. In solchen Fällen sind schlechthin ideale Vorbedingungen für ertragreichste Ackerwirtschaft gegeben — aber nur unter zwei Voraussetzungen: einmal muß das kostbare Naß und der nicht minder kostbare Schlamm dem Ackerboden zur rechten Zeit und in der rechten Menge zugeleitet und zweitens muß das Kulturland gegen die verwüstenden und zerstörenden Wirkungen der Hochwasser geschützt werden, wie sie jeder Strom oft sogar ganz regelmäßig in bestimmten Jahreszeiten (Schneeschmelze, Gewittergüsse, tropische Regenzeiten), aufweist. Wo das segnende Wasser in zu großer Fülle dahinflutet, vernichtet es die Äcker, statt sie zu befruchten und spült mit dem Ackerboden auch die menschlichen Wohnstätten in reißendem Strome fort. Des Wassers wie des Feuers Macht ist nur dann wohltätig, „wenn sie der Mensch bezähmt, bewacht".

Die Versorgung der Ackerböden mit Wasser und Schlamm ließ sich nun im Wüstenklima, soweit die Äcker nicht unmittelbar am Ufer lagen (was wegen der Hochwasser nicht zweckmäßig war), allein mit Hilfe von Kanälen und Schöpfvorrichtungen möglich machen, der Schutz vor den verderblichen Überschwemmungen dagegen lediglich durch ausgedehnte Uferdämme. Beide Aufgaben, ganz besonders aber den Deichbau, kann niemals der einzelne Mensch mit seiner Familie und Sipp-

Digitized by Google

schaft, auch nicht die einzelne Dorf- oder Gaugemeinschaft erfüllen. Es ist einfach unvernünftig, einen Uferdamm zu bauen, der nur die Äcker eines einzelnen Dorfes schützt. Wenn solche Maßnahmen wirksam sein sollen, müssen sie sich auf eine große Landfläche gleichzeitig erstrecken.

Mit Recht nennt daher Hummel[1]) unter den staatenbildenden Kräften des Raumes, die in der Frühzeit der Geschichte am wirksamsten waren, neben dem „warmen Klima" und der „sicheren Schutzlage" auch die „gemeinsame wirtschaftliche Betätigung der in ihm wohnenden Menschen".

Wollte nämlich die ackerbautreibende Menschheit eines wüstenartigen Gebietes, die zum Gedeih und Verderb auf den Wassersegen eines großen Flusses angewiesen war, überhaupt geschützt sein gegen die unvermeidlichen Launen jedes Stromes und gegen ein verderbliches Übermaß des Segens, so mußte sie in gemeinsamer und wohlüberlegter Arbeit vieler Zehntausender von Menschen dem Strom in Gestalt großer Deiche, oft auf Hunderte von Kilometern, Fesseln anlegen. Wenn möglich, mußte auch ein sinnvoll erdachtes und angelegtes Kanalsystem für zweckmäßige, gerechte und gleichmäßige Verteilung von Wasser und Schlamm über die Äcker aller in der Landesgemeinschaft zusammengeschlossenen Teile der Bevölkerung sorgen, die hierdurch mehr und mehr zur Schicksals- und Volksgemeinschaft, zu gemeinsamem Geschick in Freud und Leid zusammenwuchs.

Um so große technische Aufgaben von allgemeinem Interesse zu lösen, tat aber eine einheitliche Leitung nach einheitlichen Gesichtspunkten unbedingt not. Es war unmöglich, daß dieses Dorf sich seinen Damm und seinen Kanal nach eigenem Gefallen und jenes nach anderem baute — das hätte zum fürchterlichen Durcheinander, vielleicht zum Kampfe aller gegen alle, geführt. Ein kluger Kopf, der überragende technische oder organisatorische Fähigkeiten besaß, mußte notwendig die allgemeine Oberleitung in der Hand haben, aber natürlich auch mit der nötigen Macht ausgestattet sein, um seinen Willen unbedingt und gegen jeden Widerstand durchzusetzen. Da er unmöglich gleichzeitig überall selber nach dem Rechten sehen konnte, mußte er zudem Vertrauensmänner besitzen, die in seinem Namen und Auftrag die Durchführung überwachten und ebenfalls Machtbefugnisse besaßen, um Widerstrebende zur bedingungslosen Unterwerfung unter den Willen des obersten Leiters zu zwingen. Der Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz", der bis auf den heutigen Tag das Fundament jedes gut regierten Staates ist und bleiben soll, mußte jedem Gliede der Volks- und Schicksalsgemeinschaft ins Bewußtsein gehämmert werden. Vernünftige Menschen sahen die Notwendigkeit jenes Grundsatzes von selbst ein und verzichteten gern auf einen Teil ihrer freien Selbstbestimmung zum Nutzen der Gesamtheit, der ja doch auch ihr ureigner Vorteil war; unvernünftige und widerspenstige Querköpfe mußten zum Gehorsam gegen das Bedürfnis der Gemeinschaft und den Willen des Oberhauptes sowie seiner beauftragten „Beamten" mit Güte oder Gewalt gezwungen werden. — Auf diesem Stande menschlicher Frühgemeinschaft haben wir es mit einer echten Staatenbildung zu tun. Diese ist also in der Tat eine Organisationsform, die der Erhaltung und Förderung des Gesamtvolkes dienen soll.[2])

---

1) Zeitschr. f. Geopolitik 1935, S. 668: „Die Reichsbildungen des Mittelmeerraumes."

2) A. Hitler, Mein Kampf. 211./212. Aufl., München 1936, S. 431.

Digitized by Google

Überall sind und müssen die ersten Staaten absolute Monarchien sein mit unbegrenzter Gewalt des Herrschers über alle seine Untertanen, über Leben und Tod jedes einzelnen. Daß hierin eine beträchtliche Gefahr lag, wenn einmal ein unwürdiges oder unfähiges Staatsoberhaupt mit schrankenloser Machtfülle ausgestattet war, ist nicht zu verkennen, und die Geschichte nennt zahllose, schlimme Beispiele dafür.

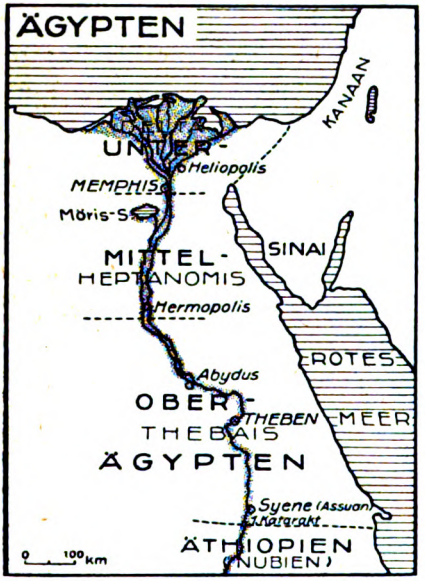


Abb. 2.

Abb. 3.

Aber daß wirklich tüchtige, pflichtbewußte, tätige und gerechte Herrscher in den Anfängen staatlicher Gemeinschaft ihre Machtbefugnis meist zu hohem Segen ihres „Staates" ausgeübt haben, dem sie selbstlos zu Wohlstand, Reichtum, Kultur, Macht und Ansehen verhalfen, darf ebensowenig geleugnet werden.

Die Geschichte der ältesten bekannten Bildungen großer Staaten in der menschlichen Frühzeit zeigt uns bemerkenswerterweise immer wieder die Anlehnung der Kultur an einen großen Strom in Wüsten oder wüstenähnlichen Trockengebieten, so daß sich geradezu das Gesetz aufstellen läßt:

Die ersten Groß-Staaten entstanden in sonnenreichen und regenarmen Trockengebieten, die von einem mächtigen Strom oder von mehreren Strömen durchflossen wurden; hier ließen sich reichste Ackererträge erzielen, sobald alle Bewohner in gemeinsamer Arbeit die nötigen technischen Großmaßnahmen schufen, um den Boden zu bewässern und die Hochwassergefahren zu bändigen.

Beispiele.

1. Ägypten ist der charakteristischste und uns nächstliegende Frühstaat der Geschichte, der sich in der geschilderten Weise gebildet hat (Abb. 2). In einem unausgesetzt sonnigen, heißen, fast regenlosen Wüstenklima war jegliche Bodenkultur ausgeschlossen, wenn es nicht gelang, das Nilwasser für den Ackerbau nutzbar zu machen. „Ein Geschenk des Nils" hat man daher das fruchtbare Ägypten mit Recht genannt. Die sorg-

Digitized by Google

same und gerechte Verteilung des kostbaren Nilschlamms und die Notwendigkeit, sich gegen die alljährlichen hochsommerlichen Überschwemmungen des Stromes zu schützen, zwangen die Menschen zum gemeinsamen Handeln, zum weisen Haushalten mit den Kräften der Natur nach Plänen, zu deren Durchführung hunderttausende von fleißigen Händen notwendig waren, deren Verwirklichung (z. B. Anlage des Mörissees um 1400 v. Chr.) aber auch hunderttausenden bessere Ackererträge und dazu erhöhte Sicherheit für Leib und Leben, Hab und Gut verbürgte.

2. Ganz ähnlich lagen die Dinge in Mesopotamien (Abb. 3). Der Boden zwischen Euphrat und Tigris blieb unfruchtbar, wenn er kein Wasser erhielt, trug aber reichste Frucht, wenn ihm das segnende Naß zugeführt wurde. In dem wüstenartigen, entsetzlich heißen Klima dieses Tieflandbeckens gab es jedoch kaum jemals anderes Wasser als das von den beiden Strömen aus ihren Hochgebirgsquellen zu Tale geführte. Die Gesamtheit der Bewohner gedieh daher am besten, wenn sie Zehntausende von Kilometern Bewässerungskanäle durch das Land zwischen den beiden Strömen legte. Stets, wenn in diesem Lande eine gute und verständige Wasserwirtschaft getrieben wurde, machte es eine Periode höchster wirtschaftlicher und politischer Blüte durch: das „Paradies", das früheste Reich Ur vor 3000 v. Chr., die Blütezeiten von Babylonien und Assyrien, das Zentrum des Weltwirtschaftslebens im Kalifenreiche des 8. und 9. Jahrh. Stets wenn die Bewässerung vernachlässigt wurde, fiel es zurück in den Zustand der Wüstenhaftigkeit und Öde, der seit der Besitzergreifung durch die Mongolen (1258) und besonders der Türken (1534) zur Dauererscheinung wurde, während jetzt im Irak ein neuer Aufschwung beginnt (vgl. S. 2).

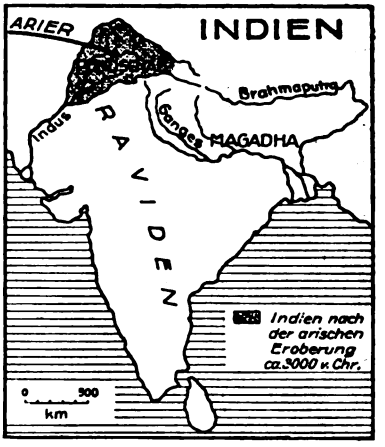


Abb. 4.

3. Fast genau ebenso war es um die erste Staatenentstehung im Pendschab, im nordwestindischen Wüstenklima, bestellt. Auch hier ermöglichte lediglich die reiche Wasserfülle der den nördlichen Schneegebirgen entströmenden fünf Ströme des Indusgebietes: Indus, Satledsch, Rawi, Tschenab und Djelam (der fabulosus Hydaspes des Horaz) die Fruchtbarkeit des Bodens und damit das Werden des ersten, um 1500 v. Chr. von arischen Stämmen begründeten nordindischen Staates (Abb. 4).

4. Im ältesten China sehen wir die gleichen geopolitischen Faktoren unter etwas gewandelten Vorbedingungen in Wirksamkeit. Wir haben es zwar im mittleren Hwanghogebiet, in dem die Wurzel zum „Reich der Mitte" sich entwickelte, nicht mehr mit dem reinen Wüsten- und Hitzeklima zu tun, wie in den vorgenannten drei Fällen. Aber gerade hier durchfließt die große Doppelschleife des Stromes abermals ein erkleckliches Stück der mongolischen Steppe, und unmittelbar südlich neben dieser Landschaft, in der Weiho-Pforte (vgl. S. 42f.), entstand die früheste chinesische Kultur und der früheste chinesische Staat (Abb. 5) an der alleinigen Übergangsstelle zwischen den Wüsten Zentralasiens zum fruchtbaren Lößtiefland. Hier breitete sich der chi-

Digitized by Google

nesische Ackerbau so weit nach Nordwesten hin aus, wie es das im Innern immer dürrer werdende Klima in Verbindung mit der Bewässerungsmöglichkeit gestattete.[1]) Gerade der Hwangho, der „Kummer Chinas", der mit grauenhaft furchtbaren Überschwemmungen alle paar Jahre unermeßliches Unheil stiftet, hat eine zum Staat zwingende Kraft entfaltet, wie sonst nur der Nil. Er erwies sich als eine segnende Gottesgeißel. An ihm sehen wir besonders deutlich wieder jene oben besprochene Eigenheit: er nötigte bereits in den Frühanfängen des chinesischen Volkes in der fruchtbaren Lößtiefebene des Unterlaufs zu unablässigen, riesenhaften Dammbauten[2]) (der „große Yü" um 2280 v. Chr., einer der genialsten Wasserbauer aller Zeiten), genau wie sie in Ägypten und Mesopotamien nötig waren.

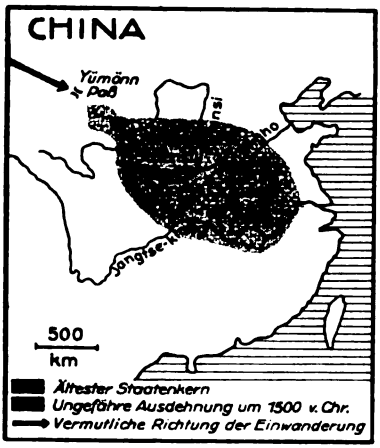


Abb. 6.

5. Auch das südamerikanische Inkareich, dessen geschichtliche Anfänge sich im Dunkel verlieren (vgl. S. 37 und die Abb. auf S. 83) dankt seine Entstehung, seine Größe und schließliche Macht vornehmlich dem Umstande, daß in einem ausgesprochenen Trockengebiet eine sorgsame Planwirtschaft der spärlich vorhandenen Bewässerungsmöglichkeiten in einem weiten Umfang unerläßlich war, um eine möglichst ergiebige Ausnutzung der Wasservorräte im Interesse des Gemeinwohls zu erreichen. —

Ähnlich deutlich wie in großen Wüsten mit Bewässerungsmöglichkeiten zeigt sich die Notwendigkeit gemeinsamen Zusammenwirkens in den tellerartig flachen Tiefebenen aller Art, die zwar keine Bewässerungskanäle benötigen, die sich aber gegen den Schwall der Gewässer, sei es der Flüsse, sei es des Meeres, durch Dammbauten schützen müssen. In solches Überschwemmungsgelände ging der Mensch in ohnehin feuchteren Ländern in der Regel erst spät hinein. Dann aber mußte er auch hier darauf bedacht sein, seine fetten Weidegründe und Marschen gegen Versandung und Verschlammung durch Fluß und Meer zu schützen. Wieder halfen hierzu umfangreiche Dammbauten, zu deren Schaffung Arbeiten von Generationen nötig waren (niederländ. Sprichwort: „Wer nicht will deichen, muß weichen").

Beispiel.

Die Niederlande sind in dieser Hinsicht eines der typischsten Länder der Erde. In einem besonders großen Teil ihres Wirtschaftsraumes wurde ein Siedeln größerer Menschenmengen überhaupt erst möglich, nachdem die Lande um die Rheinmündungen, die vielfach auf der Höhe des Meeresspiegels und selbst noch unter ihm liegen, gegen die Tücken des Stromes und des „Blanken Hans" (Nordsee) durch gewaltige Deichanlagen gesichert waren. Bedeutende Flächen fruchtbarsten Weidelandes haben die Bewohner bis auf die neueste Zeit (Trockenlegung des Haarlemer

1) Heinr. Lautensach im Geograph. Anzeiger 1935, S. 457 ff.

2) H. Li, Die Geschichte des Wasserbaues in China. In den Beiträgen zur Geschichte der Technik und Industrie (Jahrbuch des Vereins deutscher Ingenieure), Bd. 21 (1931/32), S. 59.

Digitized by Google

Meeres und der Zuiderzee) dem Wasser in Wahrheit abgerungen, oder sie schicken sich gegenwärtig dazu an. Dieses stolze Bewußtsein gemeinsam geleisteter Kulturarbeit kittet sie besonders fest zusammen. Man versteht vollauf das eigenartig-selbstbewußte Wort, worin sie kundtun, daß sie sich ihr Land, ihren Staat selbst erarbeitet haben: „Gott hat die Welt gemacht mit Ausnahme der Niederlande, welche die Holländer selbst geschaffen haben."

In diesen Worten sind die geopolitischen Ursachen der Staatenbildung und des Staatsgefühls aus sicherem, instinktivem Gefühl heraus so klar ausgesprochen, wie kaum in irgendeinem tiefgründigen, gelehrten Werk.

In den letzten Jahren ist bekanntlich auch Deutschland an seiner Nordseeküste dem Beispiel der Niederlande gefolgt[1]). Durch große Dämme nach den nordfriesischen Inseln hinüber (Sylt, Föhr, Amrum, Pellworm, Nordstrand usw.) ist die Anschwemmung fruchtbaren Schlick-Landes gefördert worden, und die Schaffung neuer Kooge (Hitler-Koog nördlich der Elbmündung, 1333 ha mit 4000 t Weizenernte 1936, Göring-Koog im westlichen Eiderstedt, 500 ha, Sinkenhaus-Koog südlich Husum 450 ha, Osewoldt-Koog südlich Dagebüll 170 ha usw.) gewinnt große Flächen neuen deutschen Ackerlandes. Neu-Westeel nördlich der Elbmündung ist das bisher bedeutendste Dorf, das auf solchem friedlich eroberten Nordseeboden aufgeblüht ist.

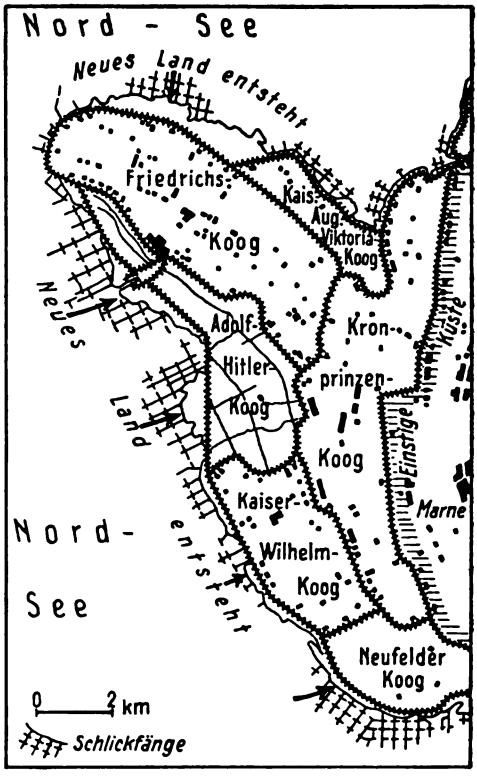


Abb. 6. Die Landgewinnungsarbeiten in Süder-Dithmarschen.

b) Der geopolitische Einfluß des Klimas.

Wenn wir die geschichtliche Entwicklung daraufhin prüfen, wo auf der nördlichen Halbkugel sich Staaten aus eigener Kraft heraus (autochthon) gebildet haben, so zeigt sich eine auffällige Tatsache. Genau wie die tierischen und pflanzlichen Organismen in bestimmten Zonen am besten gedeihen, gibt es auch eine günstigste Zone für die staatliche Entwicklung. Ein Rückblick bis auf die Anfänge der Frühgeschichte ergibt folgendes:

Die Staatenbildungen erfolgen zuerst in der subtropischen und südlichen gemäßigten Zone und pflanzen sich im Lauf der Jahrtausende immer weiter nach Norden fort. Sie wandern von warmen, regenarmen Ländern allmählich in kühlere und feuchtere, gehen aber im Süden der Erde über den 40., im Norden über den 60. Breitengrad nur vereinzelt hinaus.

1) Vgl. Walther Jantzen, Die Geographie im Dienste der nationalpolitischen Erziehung. Breslau 1936.

Digitized by Google

Beispiele.

1. In der subarktischen und arktischen Zone sind Staatenbildungen unmöglich, solange nicht südlichere Staaten ihre Hoheitsgebiete in sie hinein vorschieben. Jenseits des 60. Breitengrades haben sich Staaten aus sich heraus zumeist nur dort gebildet, wo das Klima der gemäßigten Zone durch warme Meeresströmungen in die rauheren Nordbreiten verpflanzt wird: in Island und im mittelalterlichen Norwegen (alte Hauptstadt bis zum 11. Jahrh. Nidaros-Drontheim). Sonst stellt in der Tat der 60. Breitengrad im allgemeinen die äußerste nördliche Grenzlinie der Möglichkeit einer Staatenbildung dar; auf ihm ungefähr liegen daher auch die nördlichsten Hauptstädte der Welt: Oslo, Stockholm, Helsingfors, St. Petersburg (Leningrad).

2. Doch auch die heiße Zone zwischen den Wendekreisen eignet sich schlecht für die Entstehung echter Staaten, wenn nicht einwandernde, höher entwickelte Völker aus kühleren Zonen die Träger der Staatenbildung sind. Primitive Herrschaftsgebiete von Stammeshäuptlingen können nicht als wirkliche Staaten angesehen werden, selbst wenn die Häuptlinge sich aus Eitelkeit als König oder Sultan zu bezeichnen lieben. Starke autochthone Staaten in den Tropen gibt es im allgemeinen nur dort, wo bedeutende und ausgedehnte Gebirgsländer das Klima der gemäßigten Zone zwischen die Wendekreise hineintragen (Abessinien, die Staatenbildungen im südwestlichen Arabien, im Inkareiche usw.). Andere Staaten der Tropenzone, wie die mittelalterlichen Reiche am Niger, auf Ceylon oder auf den Sundainseln, sind durch einwandernde Völker geschaffen worden.

Voraussetzung der Staatenbildung ist, neben Seßhaftigkeit der Bevölkerung, eine gewisse, nicht zu geringe Ergiebigkeit des Bodens an pflanzlichen Nahrungsstoffen, insbesondere an Getreide oder Reis, die großen Menschenmengen eine Massennahrung darbieten. Diese Pflanzen aber sind an bestimmte Klimazonen gebunden; infolgedessen bleiben die auf sie angewiesenen Staatenbildungen ebenfalls vornehmlich auf eben die Klimazonen beschränkt, in denen Getreide, Reis und Mais gedeihen, wenngleich Viehzucht, Fischfang und Weltverkehr später auch außerhalb der Getreide-, Mais- und Reisgrenzen eine Staatenbildung möglich gemacht haben.

Im größten Teil der Tropen aber herrscht der Urwald vor, und die Vegetation ist so üppig, daß landwirtschaftliche Kultur des Bodens nur stellenweise möglich ist. Dadurch bleibt die Siedlungsdichte von vornherein begrenzt, und ein engerer Zusammenschluß über den Volksstamm hinaus zum größeren Staat ist entbehrlich; denn jede Siedlung, jedes Dorf lebt ein eigenes Dasein und bedarf der Verständigung mit anderen Stämmen kaum. In der subarktischen Zone dagegen, die für den Anbau von Feldfrüchten nicht mehr in Betracht kommt, hindern ungeheure Waldgebiete und öde Tundren die Siedlungsdichte und damit eine Staatenbildung; die daselbst hausenden Jäger- oder Fischerstämme führen ihr individuelles Dasein und brauchen nicht viel nach anderen Menschen zu fragen.

Blicken wir auf die Völker der subarktischen Welt, so sind sie entweder vollkommen auf das Meer und seine Tierwelt angewiesen, wie die Eskimos, oder sie sind nomadische Viehhalter, wie die Lappen, oder Jäger, zumal Pelzjäger, wie die Samojeden, Tunguſen, Tschuktschen usw. Keine von all diesen Völkerschaften ist dauernd seßhaft, sie ziehen von Ort zu Ort und bedürfen keiner Gemeinschaft, die mehr als ein

Digitized by Google

paar Dutzend oder allenfalls ein paar hundert Köpfe umfaßt. Die Vereinigung zum Stamm genügt ihren Bedürfnissen vollständig.

Daß auch in diesem Fall keine Veranlagung des Volkscharakters vorliegt, sondern in der Tat eine klimatische Wirkung, beweisen uns die Geschicke mancher Ansiedlungen von Weißen in der subarktischen Welt. Die normannische Kolonie im südwestlichen Grönland, die von etwa 985 bis zum 15. Jahrh. bestand, umfaßte zeitweise mehrere tausend Köpfe in 280 Gemeinden, hatte auch ein reges, kulturelles Eigenleben, insbesondere in kirchlicher Hinsicht (265 Jahre lang gab es amtierende grönländische Bischöfe), aber niemals ist es zu einer staatlichen Bildung daselbst gekommen; denn jeder Bewohner besaß dasselbe, hatte dieselben bescheidenen Bedürfnisse usw. und bedurfte der anderen nur insoweit, als er sich mit ihnen zu gemeinsamen Jagdexpeditionen zusammentat. Die Normannen, die sonst hochbegabte Staatengründer waren, haben also in Grönland keinen Staat gegründet, weil ein solcher dort entbehrlich war. — Auch im Spitzbergen der Vorkriegszeit gab es in Green Harbour eine Gemeinde von ein paar hundert Köpfen, im übrigen aber keine staatliche Organisation. Obwohl die Inselgruppe seit dem Anfang des 20. Jahrh. ständig bewohnt war, war sie ein staatenloses „Niemandsland". 1909 waren die Vereinigten Staaten nahe daran, den Archipel zu annektieren[1]); im Weltkrieg spielte England mit dem gleichen Gedanken. Diese Wahrnehmungen veranlaßten Norwegen, die Inselgruppe für sich zu fordern, die es im Spitzbergen-Vertrag vom 9. Februar 1920 auch zugesprochen erhielt.

Allerdings setzte England durch, daß Norwegens Hoheitsrechte daselbst erheblich eingeschränkt wurden. Es besteht dort kein Zoll- und Paßrecht, und Jedermann, welcher Nation er auch angehört, hat das Recht, Handels- und Industrieunternehmungen daselbst ins Leben zu rufen, Radiostationen zu errichten, Jagd auszuüben. Es besteht also, ähnlich wie es in den „Mandatsländern" (vgl. S. 190) eigentlich der Fall sein sollte, unbedingte Gleichberechtigung aller Nationen. Die Folge ist, daß Rußland sich immer stärker auf der Inselgruppe einnistet. Das im Besitz des russischen Staates befindliche Kohlenbergwerk Barentsburg ist als Vorwand benutzt worden, um allmählich über 2000 Russen nach Spitzbergen zu senden, das man gern dem russischen Reiche einverleiben möchte (vgl. S. 20 f.). Es besteht die Gefahr, daß eines Tages Rußland die Inselgruppe annektiert!

Wie sehr die Staatenbildung vom Klima abhängt, zeigt uns ferner ein Blick auf Indien. Die z. T. glänzenden und machtvollen Staaten, die es sowohl im Altertum wie im Mittelalter und in der Neuzeit wiederholt auf indischem Boden gab, sind zumeist im etwas kühleren Norden und nördlich des Wendekreises zu Hause gewesen, vornehmlich am Ganges, nicht dagegen im eigentlichen tropischen Mittel- und Südindien, wo es allezeit nur zu kleineren Herrschaftsbereichen von Gauherrschern (Radschas) gekommen ist. Die bedeutende Kultur mancher alter Staaten im südlichen Vorder- und Hinterindien, auf Ceylon, Sumatra, Java usw. ist wieder durch eingewanderte Nordvölker eingeführt worden. Ceylon ist angeblich 543 v. Chr., Java sicher 75 n. Chr. vom Gangesgebiet her kolonisiert und zum staatlichen Leben erzogen worden. Ähnlich sehen wir, daß die subtropischen Teile des südlichen China immer nur dann politische Bedeutung und wirtschaftliche Blüte erlangten, wenn sie fest in der Hand der Beherrscher der kühleren nördlichen Länder Chinas waren.

1) Newyorker Staatszeitung vom 16. Dezember 1909.

Digitized by Google

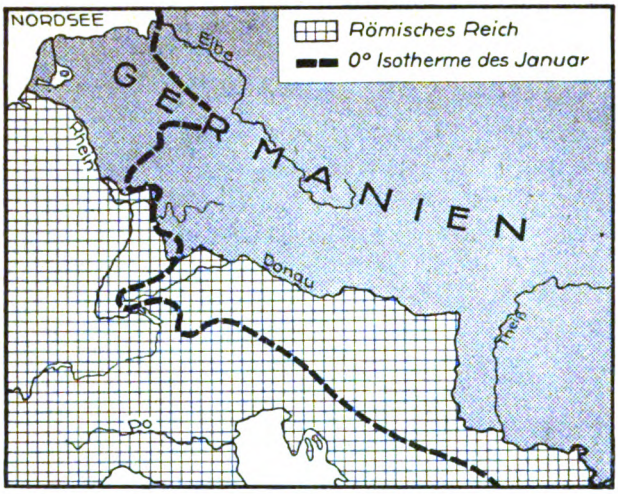


Abb. 7. Nordgrenze des Römischen Reiches.

Auch auf der südlichen Halbkugel, in der freilich ohnehin bemerkenswerte Staatenarmut herrscht, nehmen wir wahr, daß die günstigste Zone der Staatenbildung der gemäßigten Klimazone entspricht. Die kraftvollsten Staaten, die in unserer heutigen Gegenwart die südliche Halbkugel kennt, haben ihren politischen Sitz und Ursprung in dieser Zone: Südafrika, Argentinien, Chile, der australische Bundesstaat, Neuseeland. Brasilien, zwar überwiegend ein tropischer Staat, hat mindestens sein Kraftzentrum Rio de Janeiro ziemlich genau auf dem Wendekreis aufzuweisen, ähnlich wie die stärksten politischen Mittelpunkte der selbständigen indischen Staaten der Geschichte (Patna, Agra, Delhi usw.) stets etwas nördlich vom Wendekreis lagen. Dagegen sind die selbständigen Staaten der Tropen-Tieflandzone in Süd- und Mittelamerika, in Afrika und Asien zumeist schwächliche Gebilde ohne wesentliche politische Bedeutung geblieben.

Als eine Folge des Klimas anzusprechen ist ferner die Unersättlichkeit des Ausdehnungs- und Eroberungsdranges des russischen Staates seit dem 18. Jahrh. Das Klima rief den Drang nach dem warmen und freien Meer hervor, von dem noch an anderer Stelle gesprochen wird (vgl. S. 63ff.). Außerdem aber bleibt zu beachten, daß das Zarenreich des 19. Jahrh. überall, wohin es auch im Westen, Süden oder Osten vorstieß, in klimatisch begünstigtere Landstriche gelangte, so daß ganz naturgemäß dadurch der Wunsch, eben diese Länder zu besitzen, angefacht werden mußte. Der raumgrößte zusammenhängende Staat der Weltgeschichte, in dessen Grenzen 142 Völkerschaften vereint leben, kann also in seiner Riesenhaftigkeit geradezu als eine geopolitische Folge des nordischen Kontinentalklimas angesehen werden.

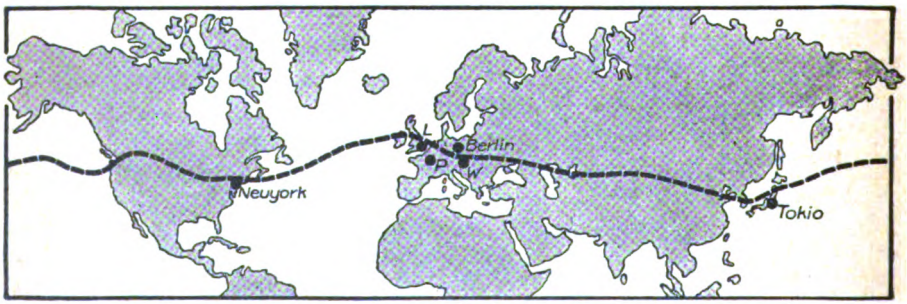


Abb. 8. Die Lage der Weltstädte nahe der nördlichen 10°-Isotherme.

Digitized by Google

Mit dem politischen hat auch das geistige Leben eine günstige Zone der Entfaltungsmöglichkeit aufzuweisen. Es läßt sich das Gesetz aufstellen:

Für das staatliche wie für jedes geistige Leben ist die heiße wie die kalte Zone wenig geeignet. Die geistige und politische Führung der Welt liegt heute überall in Gebieten mit 5—15° Jahresmitteltemperatur, mit einem deutlichen Optimum in der Nähe der 10°-Jahresisotherme.

Beispiele.

1. Die Nordgrenze des römischen Imperiums zur Zeit seiner größten Ausdehnung im 2. Jahrh. n. Chr. fällt ziemlich genau mit der 0°-Isotherme des Januar zusammen. Instinktiv mieden die Römer eben alle Gebiete mit noch kälteren Wintertemperaturen (Abb. 7).

2. Die politischen Hauptkraftzentren der Welt, London, Paris, Berlin, Wien, Peking, Tokio, Chicago, New York liegen — außer Rom und Moskau — sämtlich in nächster Nähe der 10°-Jahresisotherme der nördlichen Erdhalbkugel (Abb. 8).

c) Der geopolitische Einfluß der Mineralien.

„Wo das Eisen wächst in der Berge Schoß,
da entspringen der Erde Gebieter." Schiller.

In diesen Worten aus der „Braut von Messina" ist eine klare geopolitische Erkenntnis ausgesprochen, die in vieler Hinsicht auch in unseren Tagen richtig ist, in älteren Zeiten aber noch zutreffender war als heute. Wo in den Anfängen der Geschichte ein Volksstamm oder Volk Eisen zu verarbeiten lernte, hatte es von vornherein eine bedeutende kriegerische Vorgabe gegenüber allen anderen Stämmen, die auf weichere, kupferne oder bronzene, Waffen oder gar noch auf solche aus Stein und Knochen angewiesen waren. Bei primitiven Völkern wurde daher Eisen dem Gold als gleichwertig, gelegentlich selbst als noch kostbarer erachtet. In der Ilias, deren Waffen, Rüstungen usw. wir uns zumeist noch als kupfern und bronzen vorzustellen haben, gilt das Eisen als eine so große Kostbarkeit, daß ein rund 20 Pfund schweres Eisenstück unter den wertvollsten, von Achill ausgesetzten Siegespreisen bei den Wettspielen zu Ehren des toten Patroklus erscheint (Il. XXIII, 826—835). Kein Wunder, daß Völker, die sich damals für ihre Waffen Eisen aus dem eignen Boden holten, „der Erde Gebieter" werden konnten! Bezeichnend ist eine von Theophylaktus erzählte Anekdote, wonach zum byzantinischen Kaiser Mauricius (582—602) Slawen kamen und berichteten: „Unser Volk wohnt friedlich in einem Lande, das kein Eisen hervorbringt." Andererseits tat schon der römische Schriftsteller Lucanus († 65 n. Chr.) den geopolitisch richtigen, ganz modern klingenden Ausspruch (IV, 577/8): regna timentur ob ferrum.

In einem völlig anderen, von Schiller selbst noch nicht gekannten Sinn hat das Wort aus der „Braut von Messina" in unseren Tagen hohe Bedeutung erlangt: es trifft gegenwärtig weit mehr noch in wirtschaftlichem als in politischem Sinne zu; denn diejenigen Länder, die über große Eisen- und gleichzeitig reiche Kohlenlager verfügen, sind die wirtschaftlichen Großmächte unserer Zeit und damit auch die politisch ausschlaggebenden Erdgebieter geworden. Staaten, denen die Eisenerze

Digitized by Google

und womöglich auch noch die Kohlenlager fehlen, konnten kaum Machtgebilde ersten Ranges werden. Italien und Japan bewiesen es, die man mit vollem Recht „gehemmte Großmächte" genannt hat, weil sie lange Zeit unerwünscht stark von der angelsächsischen Eisen- und Stahlversorgung abhängig waren. Der Wunsch, diese Abhängigkeit zu beseitigen, hat nicht zumindest Japan nach den eisenreicheren Teilen der Mandschurei und Italien nach Abessinien greifen lassen. Daß freilich Eisenbesitz allein, bei fehlender Kohle, nicht ausreicht, eine Vormachtstellung zu gewähren, beweisen uns die ziemlich kohlenlosen Eisenerzländer Schweden, Spanien, Brasilien, Neufundland.

Der geopolitische Charakter der Kohle trat nach 1918 besonders in Erscheinung in der fast zum gesamteuropäischen Problem gewordenen Saarfrage. Wäre das Saargebiet nicht reich mit Kohle ausgestattet, würden wir auch schwerlich die Anstrengungen Frankreichs erlebt haben, das rein deutsche Land als einen „internationalen Saarstaat" auszugeben, in dem Frankreich die Rolle der bevorrechteten Protektoratsmacht zu spielen wünschte. Der Welt gegenüber benutzte man das Aushängeschild, Frankreich wolle nur das Wohl und die „Freiheit" der Saarbevölkerung gegenüber dem „Preußentum" schützen. Die wahren Ziele der französischen Saarpolitik aber hat schon 1791 eine Rede in der französischen Nationalversammlung mit brutaler Offenheit enthüllt: „Sprechen wir doch nicht immer von der Freiheit der Saarbevölkerung; wir wollen ja doch nur ihre Kohlen!" In Versailles wurden dann die 800000 Saardeutschen einfach als „Anhängsel der Kohle" behandelt. — Die Saar-Abstimmung vom 13. Januar 1935 hat dem Spuk ein Ende gemacht.

Ebenso wirkt sich in der Mandschurei-Politik Japans, wie schon erwähnt, der Hunger dieser Großmacht nach Kohle und Eisen sowie auch nach Öl aus. Japans eigene Kohlen sind kaum zur Verkokung geeignet. In der Mandschurei hingegen gibt es schätzungsweise 1700 Mill. t gute Kohle nebst 883 Mill. t Eisenerzen. So hat Japan den „unabhängigen" Staat Mandschukuo geschaffen, in dem 95% der Bevölkerung Chinesen sind und der, machtpolitisch gesehen, dennoch nichts andres ist, als eine japanische Provinz. — Wenn ferner Japans Pläne, Nordchina in die Gewalt zu bekommen, in Erfüllung gehen sollten, würden den Japanern in die Hände fallen:

62%	der gesamten Hirse	40%	des gesamten Weizens
60%	„ „ Kohle	38%	des „ Maises
50%	„ „ Eisenerze	30%	der „ Sojabohnen
50%	„ „ Porzellanerde	29%	„ „ Baumwolle

Chinas. Ob ihnen dies gelingt, ist freilich recht fraglich.

Rußlands Streben, im Abbau der Spitzbergen-Kohle eine möglichst große Rolle zu spielen, ist bedingt durch das Aufkommen des neuen russischen Kriegs- und Handelshafens Murmansk in der Kolabucht, der von Spitzbergen her am besten mit Bunkerkohlen versorgt werden kann. Rußland besitzt ja auf Spitzbergen ein rein russisches Kohlenbergwerk Barentsburg (Jahreserzeugung 170000 t). Wäre Spitzbergen noch herrenloses Land, wie bis 1920 (vgl. S. 13), so würde wohl sicher Rußland die Annexion vollzogen haben, genau so wie es im April 1933 die eigentlich zur Spitzbergen-Gruppe gehörenden, aber von Norwegen vernachlässigten Inseln Victoria-Insel, die Weiße Insel und einen Teil des König-Karl-Landes als russisches Territorium in Besitz genommen bzw. beansprucht hat. Inzwischen sucht es Spitzbergen selbst von innen

Digitized by Google

heraus so zu durchdringen, daß allmählich der norwegische Einfluß verdrängt und ausgeschaltet wird. Gegenwärtig leben nur 650 Norweger, aber über 2000 Russen ständig in Spitzbergen, und die russische Kohlenproduktion daselbst ist rund viermal so groß wie die norwegische!

Das Eisen scheint ferner letzthin Rußlands noch recht undurchsichtige Politik gegen Nord-Skandinavien zu beeinflussen. In Lappland locken neben dem dauernd eisfreien norwegischen Atlantik-Hafen Narvik, gegen den Rußland schon einmal Ende 1914 einen Handstreich plante, die berühmten, reichen schwedischen Magneteisenerzlager von Gellivare und Kiruna, die Rußland liebend gern besitzen würde. Die seit Ende 1936 beängstigend stark gesteigerte Spionagetätigkeit der Bolschewisten in Nord-Norwegen und Nord-Schweden (nächtliche „Spukflieger"!) läßt deutlich erkennen, daß man in Moskau eine Eroberung Lapplands und Finnmarkens vorbereitet.[1]) Allerdings ist dieser Plan nichts weniger als einfach zu verwirklichen, denn Rußland müßte, um an Schweden-Norwegen heranzukommen, zunächst Finnland überrennen, das kein zu verachtender Gegner ist, wie die russischen Bolschewisten zu ihrem Leidwesen 1918 schon einmal erkannt haben. Norwegen sucht durch verstärkte Besiedlung seiner bedrohten Nordprovinzen der Gefahr in etwa zu begegnen.

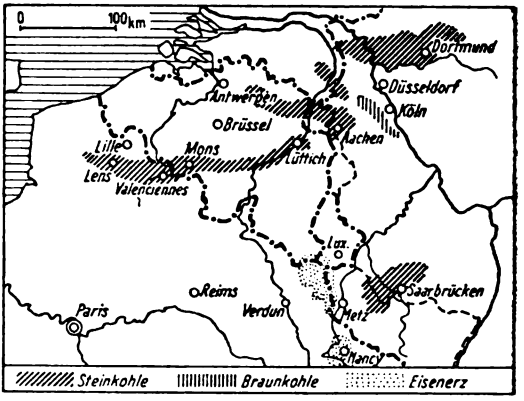


Abb. 9. Saar-, Rhein- und Ruhrkohle als französisches, Lothringer Eisenerze als deutsches Kriegsziel. (Nach Serd. Friedensburg. Kohle und Eisen im Weltkrieg und in den Friedensschlüssen.)

Eisen und Kohle sind seit dem Beginn des Maschinenzeitalters die stärksten politischen Machtfaktoren mineralischer Natur, die es in der Welt gibt. Auch in Zukunft wird dies nicht anders werden; denn selbst wenn die Kohle durch Wasserkraft, Elektrizität und Öl mehr und mehr entthront wird, so bleibt sie doch als Urstoff für den Koks unentbehrlich zum Aufbau jeglicher Schwerindustrie, deren Besitz heute „der Erde Gebieter" bestimmt. Noch im Weltkrieg haben in den „Kriegszielen" beider Hauptgegner Eisen und Kohle eine ansehnliche Rolle gespielt (Abb. 9).

Von anderen mineralischen Bodenschätzen haben vor allem die unten genannten geopolitische Bedeutung. Ihr auf die Staaten ausgeübter Einfluß kann politisch sowohl förderlich wie verhängnisvoll sein.

Reiche mineralische Bodenschätze bedeuten für kraftvolle Staaten eine wesentliche Stärkung ihrer politischen Macht, für politisch und militärisch schwache Staaten jedoch die schlimmste Gefahr, da sie nur allzu leicht fremde Eroberer ins Land locken. Schwache Staaten, die keine Bodenschätze besitzen, sind in ihrer politischen Unabhängigkeit viel weniger bedroht als die mit mineralischem Reichtum ausgestatteten.

1) Frithjof Jankuhn: Politisch-geographische Betrachtungen über Lappland. Zeitschr. f. Erdkunde 1938, S. 322.

Digitized by Google

Beispiele.

a) Edelmetalle und Edelsteine.

1. Die schon frühzeitigen Versuche der ägyptischen Pharaonen, Nubien sich untertan zu machen, sind allein durch den ehemals sehr bedeutenden Goldreichtum dieses Landes zu erklären.

2. Cäsars zweimaliger Feldzug nach Britannien wurde u. a. durch den irrigen Glauben veranlaßt, daß es in diesem Lande viel Silber gäbe.

3. Der Goldstrom, der nach der Entdeckung der Neuen Welt aus Mittel- und Südamerika nach Spanien hinüberströmte, machte diesen Staat, der noch bis zum Entdeckungsjahr Amerikas fremde Eroberer als Herren im Lande gesehen hatte (Fall der letzten maurischen Stadt Granada am 2. Januar 1492), in wenigen Jahrzehnten zum reichsten Lande der Welt und zur politischen Vormacht Europas bis 1588 (Vernichtung der Armada). Dem Aztekenreich in Mexiko und dem Inkareich in Peru aber brachte ihr Reichtum an Gold den staatlichen Untergang.

4. Im Rahmen des Deutschen Reiches dankten die mit „Bergen silberschwer" gesegneten Länder Sachsen und Böhmen ihre durch lange Zeit bewahrte mittelalterliche Vormachtstellung in hohem Grade dem Silberreichtum des Erzgebirges. Dieses ist übrigens durch seine Metallschätze das am dichtesten besiedelte Gebirge der Welt geworden.

5. Die zwei Burenrepubliken Transvaal und der Oranje-Freistaat haben ihre politische Unabhängigkeit in dem großen Burenkrieg 1899—1902 verloren, weil in den 60er und 80er Jahren in ihnen die reichsten Diamantenlager der Welt und dazu ungewöhnlich bedeutende Goldvorkommen entdeckt worden waren. Über 40% des gesamten seit dem Mittelalter in der Welt überhaupt gewonnenen Goldes ist allein in den letzten 50 Jahren den Goldminen rund um Johannisburg abgerungen worden.[1]) Deshalb setzte sich England 1899—1902 gewaltsam in den Besitz dieser Reichtümer.

6. Der Wunsch Südafrikas und Englands, die vorher (1884) ausdrücklich verschmähte deutsche Kolonie Südwestafrika einzuverleiben, regte sich fast am selben Tage, an dem im Mai 1908 ganz unvermutet die ansehnlichen Diamantvorkommen in der südlichen Küstenwüste entdeckt wurden. Diese deutschen Diamantenfelder waren es vor allem, die 1914/15 den südafrikanischen Eroberungsfeldzug gegen die sonst arme deutsche Kolonie veranlaßten!

b) Salpeter.

In der Atacama-Wüste erlangten in den 70er Jahren des 19. Jahrh. die dort liegenden reichen Salpetermengen eine ungeahnte und plötzliche politische Bedeutung, die von Zischka in folgender Weise treffend geschildert ist[2]):

„Der Großteil dieser salzglitzernden Wüsten, in deren Boraxseen sich schneebedeckte Vulkane spiegeln, etwa 600 km Küstenlinie eines Landes, das bis zu Liebigs Arbeiten

1) H. Pahl, Wetterzonen der Weltpolitik. Leipzig 1937, S. 177.
2) A. Zischka, Wissenschaft bricht Monopole. Leipzig 1936, S. 32.

Digitized by Google

gemieden worden war wie die Sahara, gehörte Bolivien, der kleinere Teil Chile; aber als die Agrikulturchemie siegte, Salpeter plötzlich wichtig wurde, waren es zuerst die Chilenen, die den Wert eines Salpetermonopols begriffen ... Es kam zum „Salpeterkriege". Statt um Neuland, führte man nun um Dünger Krieg. Am 14. Februar 1879 besetzte Chile Antofagasta, den bolivianischen Hafen, der den meisten Salpeter nach Europa verschiffte. Als Peru, Boliviens Verbündeter, sich einmischte, erklärte Santiago auch ihm den Krieg ... Chile eroberte schließlich sogar Callao und Lima, zwang Bolivien, sein gesamtes Küstengebiet abzugeben, nahm ihm den Zugang zum Meer und seinen Salpeter."

c) Kali.

Kalischätze gab es bis zum Weltkrieg nur in Deutschland in größerem Umfang. Zufällig wurde 1904 ein bedeutendes Kalilager im südlichen Elsaß gefunden, wo man derartige Mineralien nicht vermutete. Der Fund belebte Frankreichs fast schon erloschenes Streben, das 1681 geraubte und 1870 verlorene Elsaß wieder zu erlangen, so mächtig, daß bereits Anfang Juni 1905, im Zusammenhang mit der ersten Marokkokrise, ein deutsch-französischer Krieg vor der Tür stand.

Sicherlich wird Englands gegenwärtige Palästinapolitik, außer durch andere Gesichtspunkte (vgl. S. 60), auch durch die Erwägung beeinflußt, daß das Tote Meer reich an wertvollen Chemikalien ist. Es deckt heute nicht nur Englands Bedarf an Brom zu 75%, sondern liefert ihm auch Kali, fast den einzigen mineralischen Rohstoff, den das riesige britische Imperium sonst nicht hervorbringt, in einer Menge von 20—30000 t im Jahr.

d) Erdöl.

Geopolitisch noch viel bedeutsamer ist seit der Jahrhundertwende das Erdöl geworden, hauptsächlich wegen des daraus zu gewinnenden Benzins für Automobil-, Schiffs- und Flugzeugmotoren. Zumal in den Jahrzehnten seit Beendigung des Weltkriegs hat das Petroleum auffällig oft gefährliche politische Reibungen hervorgerufen[1]), wenngleich die Welt bisher einen wirklichen „Petroleumkrieg" noch nicht gesehen hat.

1. Am 14. August 1918 rückten die Engländer in Baku ein, um die wichtigsten Öllager am Kaspischen Meer in die Hand zu bekommen, mußten freilich den Ort bald wieder räumen. Schon vorher hatten sie, noch während des Weltkriegs, das ölreiche Südpersien besetzt, doch mußten sie es nach dem nationalen Staatsstreich in Persien, der Riza Khan zur Macht gelangen ließ (21. Februar 1921), wieder aufgeben. 1932 kam es zu einem persisch-englischen Öl-Streit, der in Persiens Kündigung des Erdölmonopols der „Anglo-Persian Oil Co." (28. November 1932) gipfelte. Die reichen mesopotamischen Ölfelder wurden auf englisches Betreiben der Türkei genommen und dem damaligen britischen Protektoratsstaat Irak einverleibt. 1920/21 entstand ihretwegen zwischen England und den Vereinigten Staaten ein scharfer Konflikt. Die große Petroleumleitung von Mesopotamien nach Haifa (Abb. 10) macht seit Januar 1935 diesen Hafen Palästinas zum wichtigsten der Ostküste und England

1) Näheres in Karl Hoffmann, Ölpolitik. Berlin 1927.

Digitized by Google

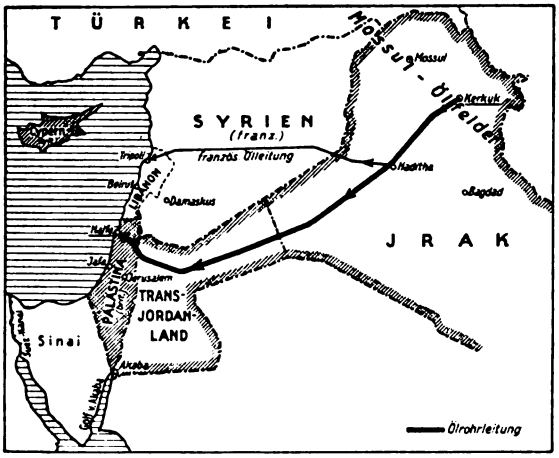


Abb. 10. Englands transjordanischer Korridor zum Roten Meer und seine neue Ölleitung Kerkut-Haifa.

zum Herrn des dortigen Erdöls, wenngleich Frankreich in Tripoli Mitausbeuter der Ölreichtümer des Irak ist, da eine Zweigleitung auch dorthin Öl leitet (1936 je 2 Mill. t Öl in beide Häfen!).[1])

2. Eine geglückte Erdölbohrung der amerikanischen Standard Oil Co. auf den Bahrein-Inseln im Iranischen Golf 1934 ist der Anlaß geworden, daß die seit über 100 Jahren völlig unklaren staatsrechtlichen Verhältnisse dieser Inselgruppe sich aufgehellt haben. Persien hatte die Inseln seit 1622 im Besitz, wurde zwar 1784 von Arabern verdrängt, hat aber seinen Hoheitsanspruch nie aufgegeben. Im Laufe des 19. Jahrh. haben die Engländer sich dort mehr und mehr eingenistet, haben aber weder eine Annexion vorgenommen noch ein Protektorat verkündet. Das heute sehr nationalistische Iran hat 1934 mit aller Entschiedenheit seine Hoheitsrechte über die Inseln beansprucht: den Amerikanern wurde die Erdölkonzession gekündigt und an England die Aufforderung gerichtet, sich klipp und klar zu äußern, welche staatsrechtliche Stellung die Bahrein-Inseln, das Zypern des Persischen Golfs, nach britischer Auffassung eigentlich einnehmen. Daraufhin hat England sich bereit gefunden, ein britisch-iranisches Kondominium auf den Inseln anzuerkennen. Irans Stellung auf den Inseln ist heute um so bedeutsamer, als die Erdölproduktion daselbst zur Zeit schon größer ist als diejenige Deutschlands (Produktion: 1935 174000, 1936 500000 t!)

3. Italiens Albanien-Politik ist einmal durch Albaniens Lage an der Straße von Otranto und weiter durch die Ölfelder des Landes (Produktion 1936 etwa 50000 t) heraufbeschworen worden. Für sein Vorgehen gegen Abessinien hat die Hoffnung auf reiche Ölvorkommen in diesem Lande zumindest mitgespielt.

4. Die reichen Ölvorkommen auf den Sundainseln können eines Tages für die Niederlande eine politische Gefahrenquelle werden, zumal da sie in strategisch wichtiger Lage zwischen dem Stillen und Indischen Ozean auszubeuten sind.

5. Die Japaner besetzten 1920 in einem Konflikt mit Rußland Russisch-Sachalin, wegen der dortigen ergiebigen Ölvorkommen. Sie haben dieses Land 1925 zwar wieder freigegeben, jedoch erst, nachdem ihnen bedeutende wirtschaftliche Besitz- und Ausbeutungsrechte daselbst zugesichert worden waren, die Rußland jetzt gern wieder annullieren möchte.

6. Mexiko hatte seit 1911 unter unausgesetzten politischen Übergriffen seines großen nördlichen Nachbarn zu leiden, weil dieser die reichen mexikanischen Ölvor-

1) Vgl. die Aufsätze von Karl Klinghardt, Der Weltkampf um das Erdöl, in der Geograph. Zeitschr. 1936, S. 241, und von O. Schäfer, Die Erdölfrage als Hintergrund der gegenwärtigen Weltpolitik, im Geograph. Anzeiger 1936, S. 226.

Digitized by Google

kommen, dazu freilich auch noch die anderen ungewöhnlich reichen mineralischen Bodenschätze des Landes in die Hand bekommen wollte. 1938 hat Mexiko die nordamerikanischen und englischen Besitzrechte an seinem Öl — einstweilen — annulliert.

7. Das gleichfalls recht ölreiche Venezuela, das in der Weltförderung 1936 an dritter, im Export (Ausfuhrhafen Ofuba an der Orinocomündung mit 27 Mill. t) sogar an zweiter Stelle stand, ist in ähnlicher Lage und wehrt nur mit Mühe die amerikanischen Durchdringungsversuche ab.

Andererseits sehen wir, daß außerhalb Europas schwache Staaten politisch unabhängig geblieben sind, wenn ihr Boden an mineralischen Schätzen arm ist. Afghanistan, Siam, Nepal, Bhutan, Guatemala, Honduras, San Salvador u. a. danken die Erhaltung ihrer staatlichen Unabhängigkeit in erster Linie dem Umstand, daß sie keine Mineralien von hohem Werte in reicher Fülle besitzen.

Deutschland gehört zwar nicht zu den an wertvollen Mineralien armen Ländern, besitzt ja sogar die reichsten Kohlen-, Kali- und Silberlager Europas; aber überaus wichtige Mineralien fehlen ihm dennoch entweder ganz oder zumindest in hinreichender Menge, wie Gold, Eisenerz, Kupfer, Zinn, Zink, Erdöl u. v. a. Da ihm 1919 seine wertvollen Kolonien unter Wortbruch genommen worden sind, kann es einen Großteil dieser unentbehrlichen mineralischen Rohstoffe nur aus dem Auslande kaufen. Auf die Dauer ist dies ein unmöglicher Zustand, wenn ihm gleichzeitig verwehrt wird, durch eine hinreichende Ausfuhr von Fertigwaren die nötigen ausländischen Devisen zu erwerben, die es zum Kauf jener Rohstoffe braucht. Infolgedessen ist es zwangsläufig dazu gebracht worden, seinen Vierjahresplan vom 18. Oktober 1936 zu verkünden, dessen Ziel die möglichst weitgehende Unabhängigkeit von fremder Rohstoffeinfuhr ist, da sonst auf die Dauer politische Konflikte zur Aneignung solcher Rohstoffe unvermeidlich sein müssen. — Tatsächlich hat sich Deutschland bereits in ansehnlichem Maße von fremden Rohstoffen unabhängig gemacht und ist im Begriff, dies immer weiter zu tun — natürlich nicht nur hinsichtlich fehlender Mineralien, sondern auch auf dem Gebiete gewisser Agrarprodukte, Textilwaren, pflanzlicher Produkte und der „Kolonialwaren" im weiten Sinne des Wortes.

Der Vierjahresplan ist daher zweifellos eine Maßnahme des Friedens, die politische Konflikte, wie sie durch das Fehlen von wichtigen Rohstoffen sonst eines Tages fast sicher entstehen müßten, von vornherein ausschalten will. Daß in dieser Hinsicht schon sehr Ansehnliches geleistet worden ist, hat zumal die Düsseldorfer Ausstellung „Schaffendes Volk" im Sommer 1937 Millionen von Deutschen und Ausländern sichtbar vor Augen geführt. Wie die hochwertigen, rein deutschen Ersatzstoffe Buna, Vistra, Zellwolle usw. uns von ausländischen Produkten freizumachen begonnen haben, die uns selber fehlen (Gummi, Baumwolle, aber auch Schafwolle), so sind zahlreiche Mineralien, die uns in unzureichender Menge zur Verfügung stehen, wie Eisen, Blei, Zink, Petroleum u. a., durch deutsche Ersatzstoffe mineralischer Art (z. B. Aluminium, Kohle, Kunstharz, Glas usw.) oder auch Holz entbehrlich zu machen.

Es ist hier vielleicht der Ort, daran zu erinnern, daß vorwiegend durch die Leistungen der deutschen Chemie in den letzten 150 Jahren schon eine ganze Anzahl von ausländischen Rohstoffen durch völlig gleichwertige Inlandserzeugnisse ersetzt und überflüssig gemacht werden konnten, so Zucker, Indigo und andere Farbstoffe, Seide, Salpeter, jetzt allmählich auch Petroleum bzw. Benzin, Gummi, Baumwolle usw.

Digitized by Google

Mit höchster Bewunderung und unbegrenztem Dank wollen wir anerkennen, wie sehr die Fortschritte der Chemie im industriellen Zeitalter dazu beigetragen haben, die politischen Reibungsflächen auszuschalten, die sich aus der ungleichen Verteilung der Rohstoffe über die Erde ergeben. In diesem Lichte gesehen, gehört auch der deutsche Vierjahresplan von 1936 zu den großen politischen Taten, die geeignet sind, die aus geopolitischen Zwangsläufigkeiten sich ergebenden internationalen Konfliktsstoffe auszuschalten und somit dem Friedensgedanken einen unermeßlich wichtigen Dienst zu erweisen.

Österreichs Vereinigung mit dem Deutschen Reich wird die Durchführung des Vierjahresplans wesentlich erleichtern, denn die deutschen Bodenstände an hochwertigem Eisenerz, an Silber, Kupfer, Blei, Magnesit, Mangan, Erdöl (im Wiener Becken), Graphit, Braunkohle, Kohle sind dadurch ansehnlich erhöht worden. Ferner hat Deutschland, das bisher ziemlich arm an natürlichen Wasserkräften war, einige Millionen PS an „weißer Kohle" in den Alpen gewonnen, und die Waldfläche des von 470 714 auf 554 582 qkm angewachsenen Reiches hat sich von etwa 26% auf fast 29% der Gesamtfläche erhöht. So überaus willkommen diese Bereicherung Deutschlands um wertvolle Bodenschätze ist, so bleibt doch die Tatsache in voller Schärfe bestehen, daß uns alle tropischen und subtropischen Rohstoffe noch fehlen und daß nur die Wiedererlangung eigner Kolonien uns wirtschaftlich wirklich auf eigne Füße stellen kann.

d) Der geopolitische Einfluß der belebten Natur.

1. Tierwelt.

Auf den ersten Blick überrascht es, daß selbst Tiere einen Einfluß auf das staatliche und politische Geschehen haben sollen; aber dennoch ist dieser Einfluß des öfteren deutlich genug. Zunächst einmal haben die sogenannten Haustiere starke Rückwirkungen auf die Stellung des Menschen zum Staatsgedanken ausgeübt. Als der Mensch dazu überging, zur Sicherung seines Fleisch- und Milchbedarfs gewisse Arten von Tieren ständig in seinen Haushalt aufzunehmen, mußte er seine Lebenshaltung auch auf die Lebensgewohnheiten eben dieser Tiere abstimmen. Insbesondere das Rindvieh, das saftige Weiden beansprucht und dabei wenig beweglich ist (Homers „schwerhinwandelndes Hornvieh"), hat kaum minder als der Übergang zur Ackerwirtschaft dazu beigetragen, daß der Mensch sich an feste Wohnsitze gewöhnen mußte.

Andere Haustiere vertrugen sich mit einer nomadischen Lebensweise des Menschen eher: Schaf, Ziege, Renntier, Kamel, Pferd. Das Pferd gehört zu denjenigen Tieren, die am stärksten auf das politische Geschehen Einfluß gewonnen haben. Nomadenstämme, die sich an das Reiten auf Pferden gewöhnt hatten, waren durch ihre schnelle Beweglichkeit anderen Stämmen, insbesondere seßhaft gewordenen Rinderzüchtern, ganz gewaltig überlegen und haben ihre Kunst, auf raschen Rossen zu reiten, im Laufe der Geschichte immer wieder kriegerisch verwendet: unerwartet brachen sie in fremden Besitz ein, raubten Vieh und waren bestrebt, sich reiche Ackerbau- oder Viehzuchtgebiete politisch untertan zu machen.

Digitized by Google

Andererseits stellt das Fehlen aller Haustiere offensichtlich ein Hemmnis der Staatenbildung dar. Dies lehrt uns ein Blick auf das vorkolumbische Amerika. Hier kannte man weder das Rind noch das Pferd noch Schaf, Ziege, Esel, Kamel usw. als Haustier. Gerade infolgedessen sind die meisten indianischen Ureinwohnerstämme allzeit schweifende Jäger- und Kriegerstämme ohne feste Ortschaften geblieben. Das Fehlen von Haustieren, zumeist auch der Ackerwirtschaft, hat hier deutlich zur Verkümmerung der staatlich-politischen Entwicklung Anlaß gegeben. — Daraus ergibt sich:

Die Haltung von Rindern fördert in der Regel die menschliche Seßhaftigkeit und damit die Staatenbildung. — Pferde und Elefanten haben dagegen die Angriffslust kriegerischer Völker erheblich begünstigt und Eroberungen fremder Staaten ermöglicht.

Beispiele.

1. Schon die Geschichte des mittleren Reiches im alten Ägypten kennt um 1700 v. Chr. den plötzlichen Einbruch der nomadisierenden berittenen Hyksos-Stämme ins Nilland, die sich dann für rund 150 Jahre politisch zu Herren Ägyptens machten, bis es gelang, sie wieder zu vertreiben. Ebenso hatte sich das fruchtbare Land Mesopotamien immer wieder und wieder der Einfälle der räuberischen Reitervölker aus den umliegenden kargeren Gebieten zu erwehren. Alt-Chinas hohe Wirtschaft und Kultur wurde von den verderblichen Einfällen der im Norden hausenden räuberischen Steppenvölker, der Hiungnu (Hunnen), die mit ihren Pferden verwachsen schienen, so oft und so schwer bedroht, daß schließlich seit 214 v. Chr. zu ihrer endgültigen Abwehr das riesenhafteste Bauwerk aller Zeiten, die 3000 km lange Chinesische Mauer, erbaut worden ist.

2. Die Steppenvölker Innerasiens mit ihren kriegerischen Reitermassen sind in regelmäßig wiederholten Wellenstößen von Zeit zu Zeit immer aufs neue, verderbenbringend und unwiderstehlich, über unübersehbar große Länderstrecken dahingebraust, z. T. bis tief nach Europa hinein. Die Hunnenwoge des 4. und 5. Jahrh., die den Anstoß zur größten Völkerwanderung des Mittelalters gab, kam erst auf gallischem Boden (Schlacht auf den Katalaunischen Feldern 451) zum Stehen; der Mongolensturm des 13. Jahrh. erst in Schlesien (Schlacht bei Wahlstatt 9. April 1241) und vor Wiener Neustadt (1242). Auch die Türken, die ursprünglich im innersten Asien saßen, fluteten in jahrhundertelangem Andrang seit 1063 nach Kleinasien, seit 1359 nach Europa, eroberten Serbien (Schlacht auf dem Amselfeld 15. Juni 1389), das Byzantinische Reich (Erstürmung Konstantinopels 29. Mai 1453), Griechenland (1456), Ungarn (Schlacht bei Mohacs a. d. Donau, 29. August 1526). Erst vor Wien (Schlacht am Kahlen Berg 12. September 1683) wurde diese Woge endlich rückläufig. — Auch innerhalb Europas erwiesen sich die Steppen gelegentlich als die Nährböden kriegerisch-tapferer Erobererstämme. Bekannt ist die große Gefahr, in die im 10. Jahrh. das Deutsche Reich durch „der Ungarn Wut" (Wagners „Lohengrin") gebracht und die erst von Kaiser Otto dem Großen durch den Sieg auf dem Lechfelde (10. August 955) endgültig gebannt wurde. Alle diese und viele ähnliche Ereignisse der asiatischen und auch der afrikanischen Geschichte sind im letzten Grunde durch die Haltung von Pferden und die dadurch geschulte Reitkunst der Krieger bedingt gewesen, deren sorgsame Pflege den Erobersinn stärkte und die

Digitized by Google

volkreichen Nomadenstämme zu fast unwiderstehlichen Gegnern im Kriege machte. „Der Reiter und sein geschwindes Roß, sie sind gefürchtete Gäste" (Wallenstein).

3. Im 4. und 3. Jahrh. v. Chr. waren die Elefanten geradezu die stärkste Stütze staatlicher Machtentfaltung im Kriege. Solange diese Tierkolosse vielen Völkern noch unbekannt und schreckenerregend und Mittel zu ihrer Abwehr noch nicht gefunden waren, haben sie oft genug ihren Herren den Sieg in entscheidenden Schlachten verschafft und dadurch deren politische Macht gestärkt, so insbesondere dem Pyrrhus gegen die Römer bei Ausculum Apulum (279 v. Chr.) und den Karthagern gegen das Heer des Regulus in der Schlacht bei Tunes (256 v. Chr.). Daher war für Alexander die Erbeutung der persischen Kriegselefanten bei Arbela (331 v. Chr.) und späterhin der indischen von ganz besonderem Wert, ebenso den Römern die Auslieferung der karthagischen Kriegselefanten im Diktatfrieden von 201 v. Chr., den Byzantinern der Gewinn von 24 persischen Kriegselefanten in der Schlacht bei Melitene (575 n. Chr.). Noch im Feldzug, der unter Soliman II. (1520—1566) die Türken zum erstenmal vor Wien führte (Herbst 1529), wurden Elefanten verwendet. Im Schachspiel, das ja ein in Indien erfundenes Kriegsspiel ist, sind die „Türme" ursprünglich Elefanten, die einen mit Kriegern besetzten Turm auf dem Rücken tragen.

4. Unter den sonstigen Säugetieren, von denen politische Wirkungen ausgegangen sind, verdienen vor allem die Pelztiere des hohen Nordens genannt zu werden, unter denen dem Zobel und dem Hermelin der erste Rang zukommt. Wenn heute ganz Nordasien russisch ist, so haben dies die Zobel, Hermeline und andere wertvolle Pelztiere Sibiriens bewirkt. Um die Pelzjagd und den Pelzhandel Nordasiens in die Hand zu bekommen, gingen die russischen Kosaken unter dem kühnen Jermak 1578 über den Ural, schlugen die dortigen Mongolenstämme in der Schlacht an der Tobolmündung (23. Oktober 1581) aufs Haupt und brachten in noch nicht sieben Jahrzehnten das ganze ungeheure Land Sibirien bis zum Stillen Ozean und zur Beringstraße in russischen Besitz. Zugleich eroberten sie Nordasien für das Christentum gegenüber dem Mohammedanismus. Und wieder waren es allein die kostbaren Pelztiere (Seeottern!), die 1788 Rußland veranlaßten, auch nach Amerika hinüberzugreifen und für acht Jahrzehnte, bis zum Verkauf Alaskas an die Vereinigten Staaten (1867)[1]), eine Kolonie Russisch-Amerika zu begründen (vgl. S. 60). Ähnlich wollte Norwegen einige Teile der unbewohnten grönländischen Ostküste, die an jagdbaren Tieren, zumal Eisbären, Moschusochsen, Walrossen und Lachsen, besonders reich sind, trotz starkem Widerstand der Dänen annektieren und hat auch seine Flagge daselbst gehißt (Juli 1931 und Juli 1932). Das Haager Schiedsgericht hat die strittigen Gebiete jedoch am 5. April 1933 Dänemark zugesprochen.

5. Der Inkastaat in Südamerika stützte sich ansehnlich auf die Verwendung des Lamas als Tragtier. Troll hat nachgewiesen[2]), daß die Grenzen des Inkastaates mit den Grenzen der Lama-Vorkommen ungefähr zusammenfielen.

1) Dieser am 18. Oktober 1867 erfolgte Kauf Alaskas durch die Vereinigten Staaten für nur 7,2 Mill. Dollar ist eines der einträglichsten Geschäfte gewesen, welche die Geschichte kennt. Seit 1880 haben die Vereinigten Staaten allein Mineralien im Werte von 722,2 Mill. Dollar in dem Lande gewonnen. Dazu kommen unermeßliche Reichtümer an Pelztieren, Lachsen usw.

2) Zeitschr. f. Geopolitik 1936, S. 241.

Digitized by Google

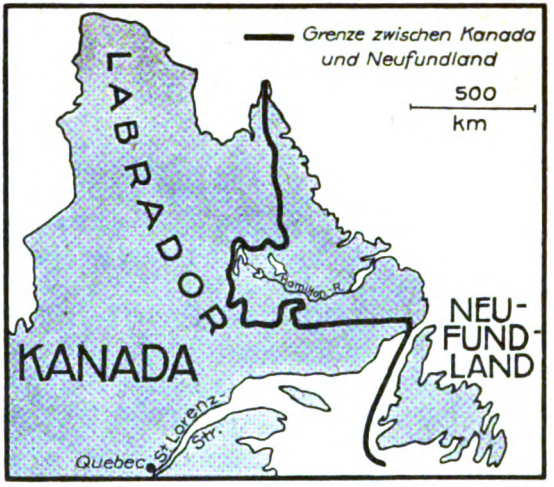


Abb. 11. Die neue Grenze zwischen Kanada und Neufundland.

6. Andere Säugetiere haben die politischen Geschicke der Völker und der Staaten nicht merklich beeinflußt. Dagegen haben auffälligerweise gewisse Insekten verschiedentlich politische Folgen von Bedeutung gezeitigt. Daß das ständige Vorkommen unabsehbar riesenhafter Schwärme von Stechmücken in nordischen Sumpf- und Tundrengebieten gewaltige Flächen der Erde dauernd für jede menschliche Besiedlung ausschließt, ist dabei noch von geringerer Bedeutung, da es sich hierbei weniger um politische Wirkungen handelt als um Siedlungsfragen überhaupt. Dagegen ist eine unzweifelhaft politische Wirkung gelegentlich in Afrika von einem anderen Insekt ausgegangen, der berüchtigten Tsetsefliege, in deren Bereich kein Großvieh gehalten werden kann, da es durch die Fliegenstiche infiziert wird und eingeht. Eine Folge davon ist, daß die kleine Tsetsefliege erreicht hat, was keinem Negerstamm gelang: die Eindämmung des Herrschaftsbereichs des großen Erobererstammes der mohammedanischen Fulbe, die sich ungeheure Landstriche untertan gemacht hatten, aber kapitulieren mußten vor jenem winzigen Insekt. Da sie vor allem Rinderzucht trieben, durften sie nämlich nicht wagen, in die Gebiete einzudringen, wo die Tsetsefliege vorkommt. Diese wirkte ähnlich wie die chinesische Mauer als Schutz gegen fremde Eroberungsgier!

7. Daß auch von Seetieren politische Wirkungen ausgehen können, wird vielleicht zu allermeist Verwunderung erregen. Die reichen Einkünfte aus dem Heringshandel, aus der Beherrschung der wichtigsten Heringsfanggebiete und Heringsmärkte haben dem Wagemut der Hanseaten erst die wirtschaftliche Möglichkeit gegeben, sich eine starke Kriegsflotte zu schaffen und durch sie jene politischen Wirkungen auszuüben, die sie nach der Niederwerfung Dänemarks im Frieden von Stralsund (24. Mai 1370) zur ersten politischen Großmacht Nordeuropas aufsteigen ließen. — Heringe waren es, die einen schweren englisch-niederländischen Konflikt im Jahre 1616 hervorriefen und damals fast Anlaß zum Kriege wurden. — Auch von Robben und Seelachsen sind politische Zwistigkeiten ausgegangen. So ist ein Streit entbrannt zwischen Japan und Rußland wegen der japanischen Versuche, Anteil an dem einträglichen ostasiatischen Lachsfang zu erlangen, den die Russen als ihr Monopol betrachten. — In jüngster Zeit noch stritten sich zwei britische Dominions, Kanada und Neufundland, wem die reichen Dorsch-Fischgründe an der Ostküste von Labrador samt dem östlichen Labrador selbst gehörten. Der oberste Gerichtshof in London entschied den Streit zugunsten von Neufundland (Abb. 11).

8. Weiter haben wir letzthin mehrfach erlebt, welche politischen Wirkungen vom Walfisch ausgehen können. Norwegen, das mehr als jedes andere Land am Walfang interessiert ist, hat lediglich, um seinen Walfängern in der Antarktis sichere

Digitized by Google

Stützpunkte zu verschaffen, 1927 die öde Bouvet-Insel im Südatlantischen Ozean und 1929 die Insel Peters I. im Eismeer selbst (unter 69° s. B.) annektiert und dazu weite herrenlose, vereiste Länder in der Antarktis in Anspruch genommen (vgl. S. 95).

2. Pflanzenwelt.

Schon die Rolle der großen Wälder gehört eigentlich in dieses Kapitel. Wenn trotzdem den Waldungen eine eigene Betrachtung gewidmet wird, so geschieht es, weil sie eine bunte Vielheit von verschiedensten Pflanzen darstellen und nur in der Millionenzahl der einzelnen Bäume Einfluß auf die Staatengeschichte erlangen können. Hier sollen zunächst drei besondere Pflanzenarten behandelt werden, von denen politische Wirkungen auszugehen vermögen:

a) Pflanzen, die als Nahrungs- und Genußmittel verwendet werden können,
b) Pflanzen, die als Lieferant von Textilstoffen für die menschliche Bekleidung in Betracht kommen,
c) Pflanzen, die Baumaterial liefern.

Der Pflanzenwelt wohnen ungleich mehr friedliche, menschenverbindende Eigenschaften inne als den geopolitisch wichtigen Tieren oder gar den wertvollen Mineralien. Um wichtige Nutztiere sind oftmals blutige Streitigkeiten zwischen den Völkern entstanden, um wichtige Nutzpflanzen sehr viel seltener. Solche Zwistigkeiten, Konflikte und selbst Kriege um Pflanzen fehlen zwar nicht völlig in der Geschichte. Da aber sehr viele Pflanzen sich auch anderwärts anbauen und in beschränktem Umfang selbst akklimatisieren lassen, fällt damit ein gewichtiger Grund für etwaige politische Reibungen fort. Nutzbare Mineralien lassen sich leider nicht „verpflanzen" und anderswo neu erzeugen; auch das Vorkommen vieler Tiere, an denen sich Streitigkeiten von Völkern entzündet haben (z. B. aller Meerestiere), ist dem Willen des Menschen entzogen. Die Ausbeutung einer nutzbaren Pflanze aber läßt sich nicht leicht für ein Land und Volk monopolisieren. Die von gewissen pflanzlichen Gewächsen ausgehenden politischen Wirkungen können dennoch groß und einschneidend genug sein.

Beispiele.

a) Pflanzen für Nahrungs- und Genußzwecke.

1. Auswandernde Ackerbauer können für die Wahl eines neuen Siedlungslandes nur solche Gebiete gebrauchen, in denen die ihnen vertrauten Feldfrüchte ebenfalls gedeihen. Ein Weizen, Roggen oder Gerste bauender Landwirt wird beim Suchen nach einer neuen Heimat selbstverständlich kaum je die Grenzen des Getreidevorkommens im Norden und Süden freiwillig überschreiten usw.

2. Eine Hauptursache des Ersten Punischen Krieges war das gemeinsame Verlangen Roms und Karthagos nach dem Besitz der „Kornkammer" Sizilien.

3. Die Japaner und Chinesen z. B. wandern aus ihren übervölkerten Gebieten am liebsten in warme südliche Länder aus und entschließen sich nur sehr ungern, in kältere Gegenden zu gehen, wo der ihnen gewohnte Reis nicht gedeiht. Zumal bei den (gegenüber den bedürfnislosen Chinesen anspruchsvolleren) Japanern macht sich die Abneigung gegen die kälteren Länder, in denen ihr gewohnter Reis nicht gedeiht, außerordentlich deutlich bemerkbar. Die japanische Nordinsel Jesso ist nur dünn

Digitized by Google

bevölkert, noch dünner der zu Japan gehörige Teil von Sachalin samt den Kurilen, obwohl hier an sich noch viele Siedler Platz finden könnten. Auch die Mandschurei, die neuen ungezählten Millionen Menschen Aufnahme zu gewähren vermag, wird, obwohl sie in der japanischen Außenwelt seit langem eine außergewöhnlich wichtige Rolle spielt, von dem auswandernden japanischen „Volk ohne Raum" geradezu auffällig gemieden. Ihr Klima, das den Reisanbau nicht gestattet, sagt den japanischen Bauern eben nicht zu. — Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die ungemein dichte Besiedlung auf den japanischen Hauptinseln und in Teilen Chinas nur deshalb möglich ist, weil das Monsunklima daselbst eine ungewöhnlich reiche Nahrungsfülle in Gestalt mehrerer Reisernten im Jahr und dazu eine gewaltige Fülle von Bambus als billiges Baumaterial gedeihen läßt.

4. Richtung und Ausdehnung des großen Arabersturms im 7. und 8. Jahrh. sind unbewußt durch klimatisch-botanische Einflüsse ansehnlich reguliert worden: „Die Araber sind so weit vorgedrungen, als die Kultur der Dattelpalme möglich war."[1])

5. Die stärksten und gefährlichsten politischen Wirkungen der Flora sind früher von den Gewürzpflanzen ausgegangen, unter denen wohl wieder der Pfeffer an erster Stelle zu nennen ist. Ob die Molukken, die berühmtesten Gewürzinseln, den von Westen gekommenen Portugiesen oder den aus Osten erschienenen Spaniern (Magelhan) zu gehören hätten, war lange strittig. Im Jahre 1528 kam es hierüber sogar zu einem kurzen Kolonialkrieg zwischen beiden Völkern. Die merkwürdige Weltteilung im Vertrag von Saragossa (22. April 1529) sprach die reichen Inseln dann den Portugiesen zu und entschädigte die Spanier mit dem Besitz der Philippinen. Doch haben sich noch über 100 Jahre lang erbitterte koloniale Kämpfe um gewürzreiche Länder abgespielt, vornehmlich zwischen Portugiesen, Holländern und Engländern.

6. Seit dem 18. Jahrh. sind vom Zuckerrohr ansehnliche politische Wirkungen ausgegangen. 1763 wurde in England die Frage lange erörtert, ob man sich vom besiegten Frankreich die kleine, aber mit Zuckerrohr reich ausgestattete Insel Guadeloupe im Karibischen Meer oder das große Kanada abtreten lassen solle; man hat dann aber doch die auf die Dauer zweckmäßigere Wahl getroffen. — Wenn die außerordentlich stark nach Zucker begierigen Vereinigten Staaten 1898 die Hawai-Inseln annektierten, so war die Erwägung, daß man bei dieser politischen Aktion ein Zuckerland in die Hand bekam, von entscheidender Bedeutung. Ebenso trug neben anderen Gesichtspunkten der Zuckerreichtum von Kuba (die „Welt-Zuckerdose"), Portorico und den Philippinen wesentlich dazu bei, daß die Vereinigten Staaten 1898 den Krieg mit Spanien vom Zaune brachen, der mit der vorläufigen Abtretung der genannten Inseln im Frieden von Paris (10. Dezember 1898) endete. Ebenso hat allerdings zu dem kürzlich (1935) erfolgten Verzicht der Vereinigten Staaten auf die Philippinen, die von 1946 an staatsrechtlich völlig selbständig sein sollen, erheblich das Drängen der Interessenten des inzwischen stark aufgekommenen vereinsstaatlichen Zuckerrübenbaus beigetragen, welche die Konkurrenz des zollfreien Rohrzuckers tunlich einzuschränken wünschten. Das Aufkommen des Rübenzuckers (seit 1801) hat überhaupt die Zuckerrohrländer fortschreitend entwertet und politisch minder begehrenswert gemacht.

1) Rud. Scharfetter, Pflanzen- und Völkergrenzen in Petermanns Mitteilungen 1910, S. 122.

Digitized by Google

b) Pflanzen für Gewinnung von Bekleidungsstoffen.

7. Textilpflanzen haben früher im allgemeinen keine politischen Folgen gezeitigt.[1]) Erst in unserem Zeitalter hat sich die Baumwolle zu einem ansehnlichen geopolitischen Faktor entwickelt. Sie war es, die schon während des amerikanischen Sezessionskrieges (1861—65) zeitweilig eine ansehnliche politische Spannung zwischen England und den amerikanischen Nordstaaten erzeugte, da diese die Baumwollausfuhr der Südstaaten nach England unterbanden. Die Baumwolle ist in jüngster Zeit noch weit mehr politisch abgestempelt worden. Die Engländer, die ihre dauernde Abhängigkeit von der amerikanischen Baumwolle recht unliebsam empfinden, haben seit Jahren begonnen, sich im Sudan, in dem Gezireh-Landstrich zwischen dem Weißen und dem Blauen Nil, ein eigenes britisches Baumwollparadies größten Umfangs in einem vortrefflich geeigneten Klima zu verschaffen. Es sind zu diesem Zweck von ihnen sowohl im Blauen wie im Weißen Nil großartige Stauwerke geschaffen worden, die den Baumwollplantagen das nötige Wasser zuleiten. Japan hat ferner über die kalte Mandschurei hinaus die Provinz Jehol eigens deshalb von China abgesprengt und als südlichste Provinz des neuen Staates Mandschukuo in Anspruch genommen, um daselbst japanische Baumwollplantagen zu schaffen.

c) Pflanzen für die Gewinnung von Baumaterialien.

8. Da bis tief ins 19. Jahrh. hinein alle Seeschiffe aus Holzplanken zusammengefügt wurden, so war der sichere Besitz oder die sichere Beschaffung von geeignetem Schiffsbauholz eine unvermeidliche Voraussetzung für die Entwicklung jeder Art von Seehandel und Seemacht. Ägyptens teils friedliche, teils kriegerische politische Beziehungen zu Syrien, die rd. 3000 Jahre bestanden, wurden in erster Linie durch das Vorkommen der für Schiffbauzwecke hervorragend geeigneten Zeder auf dem Libanon hervorgerufen, für die das selber äußerst holzarme und des Schiffsbauholzes völlig entbehrende Land die beste Verwendung hatte. Ebenso konnte Kreta seine überragende Bedeutung als erste Seemacht der frühen „minoischen" Zeit im Mittelmeer (2900—1400 v. Chr.) nur dadurch erhalten, daß die Insel Kreta damals noch reich an guten Waldungen und trefflichem Schiffsbauholz war. In späterer Zeit vermochte das entwaldete Kreta nie wieder eine irgendwie nennenswerte Rolle in der Mittelmeerschiffahrt zu spielen. Dagegen konnten seit etwa 1300 v. Chr., nach der Vernichtung des bis dahin meerbeherrschenden kretischen Staates, die Phönizier dank ihrer heimischen Zeder die Nachfolger der Kreter als führendes Seefahrervolk werden. — Auch Norwegen hätte in der Geschichte der Schiffahrt niemals eine durch Jahrhunderte führende Rolle im Mittelalter erlangen können, wenn ihm nicht in seinen Waldungen vorzügliches Schiffbauholz in Mengen zugewachsen wäre. — Wenn Holland trotz seiner ziemlichen Armut an Wald ebenfalls ein bedeutender Seestaat werden konnte, so dankt es diese Tatsache in erheblichem Umfang der einfachen Belieferung mit Floß- und Schiffbauholz, das stets von den ausgedehnten Waldgebieten des Schwarzwaldes und Spessarts auf dem Rhein und Main zu Tale schwamm. — Ebenso wurde die führende Rolle, die Danzig im

1) Erwähnen ließe sich immerhin, daß England, als es im Krimkrieg (1854—56) vom russischen Flachs abgeschnitten war, den heute so wichtigen Juteanbau in Bengalen heimisch zu machen begann.

Digitized by Google

15. Jahrh. in der deutschen Hanse spielte, durch den regen Schiffbau ansehnlich begünstigt, der daselbst durch die leichte Heranschaffung von polnischem Holz auf der Weichsel möglich wurde. — Seit dem Übergang zum Eisen- und Stahlschiff, der etwa um 1860 begann, hat das Schiffsbauholz seine Bedeutung weitgehend verloren.

9. Von der siedlungspolitischen Bedeutung des Bambusrohres wurde schon oben im Zusammenhang mit dem Reis gesprochen.

Wie sehr im übrigen die Völker bei ihren Wanderungen bestrebt sind, die gewohnten und für sie wichtigen Pflanzenarten nicht aus dem Auge zu verlieren, ist seiner Zeit in mehreren Aufsätzen in „Petermanns Mitteilungen“[1]) dargelegt worden: die Slawen sind seiner Zeit in Deutschland so weit vorgedrungen, wie die Verbreitung der Nadelbäume reichte, die Araber haben sich in ihrer Ausdehnung dem Vorkommen der Dattelpalme angepaßt, die Grenzen des Vorkommens der Edel-Kastanie (Castanea vesca) bestimmte zugleich die Volksscheide zwischen Germanen und Italienern, ebenso zwischen Madjaren und Serbokroaten usw.

3. Waldungen.

Wenn man vom geopolitischen Einfluß des Waldes spricht, so kann es sich dabei nur um sehr große und ausgedehnte Waldungen handeln, nicht um kleine, einige Quadratkilometer große Bestände, wie sie massenhaft zu finden sind. Politische Wirkungen des großen Waldes[2]) sind in mehrfacher Hinsicht möglich:

Aus naheliegenden Gründen sind in ausgedehnten Waldgebieten die menschlichen Siedlungen sehr spärlich. Wie alle dünn besiedelten, großen Flächen sind daher auch die Wälder der Staatenbildung abträglich, sind meist geschichtslos und werden erst spät in der Geschichte als staatlicher Besitz beansprucht. In großen Waldkomplexen sind die Rodungen die Träger der menschlichen Kultur und des staatlichen Lebens. Ebene und „Lichtung“ pflegen in den nordischen Sprachen durch das gleiche Wort ausgedrückt zu werden.[3])

Jeder ursprüngliche Wald ist ein starkes Verkehrshemmnis und daher lange Zeit ein guter Schutzwall für die Staaten gegen feindliches Eindringen, ähnlich wie bedeutende Gebirge, Sumpf- und Moorflächen, Wüsten usw. Mit besonderer Vorliebe wurden deshalb einst Wälder als Staatsgrenze gewählt und dann absichtlich im Zustande des menschenleeren Urwalds gehalten, der höchstens von ganz vereinzelten, leicht zu überwachenden und oft nur zu bestimmten Zeiten des Jahres zu benutzenden Verkehrspfaden durchschnitten werden durfte.

Wälder sind besonders wichtige klimatische Faktoren, da sie die Winde auffangen und schwächen, die Niederschläge durch die Baumwurzeln im Boden festhalten, den Grundwasserstand günstig beeinflussen und die Wiederverdunstung der Bodenfeuchtigkeit durch ihre Blätter oder Nadeln erleichtern. Für Länder mit ohnehin nicht reichlichen Niederschlägen ist daher der Wald der wertvollste Begünstiger des Regens und infolgedessen indirekt ein Spender erhöhter Fruchtbarkeit. In alten

1) Petermanns Mitteilungen 1899, S. 60 und 1910, S. 121.

2) Vgl. Erika Hennig, Die geopolitische Bedeutung des Waldes (Münchener Dissertation 1934).

3) Osw. Spengler in „Welt als Geschichte“ 1936, S. 301 ff.

Digitized by Google

Kulturgegenden sind die ehedem z. T. reichlichen Waldbestände, zumal auf Gebirgen, vielfach für menschliche Zwecke (Brennholz, Bauholz usw.) verwertet und schließlich vernichtet worden, da man den hohen Wert des Waldes für das Klima und den Gesamtackerbau noch nicht zu erkennen vermochte. Auch sind umfangreiche Entwaldungen z. T. künstlich herbeigeführt worden, um Räubern oder Aufständischen die Möglichkeit des Versteckens zu erschweren (im Mittelalter in Italien und Griechenland, in der Neuzeit in Albanien und anderswo). Im Umkreis des ohnehin regenarmen Mittelmeergebiets haben ferner vielfach Ziegen durch ständiges Abfressen junger Triebe in großem Umfang waldvernichtend im Laufe der Jahrtausende gewirkt. Noch gegenwärtig rückt in Innerafrika die Wüste jährlich um 1 km auf Kosten des Waldes vor, der durch Sandverwehung, Brände, Viehverbiß usw. dauernd zurückgedrängt wird, so daß auch die Menschen genötigt sind, vor der Wüste nach Süden zu entweichen. Ohne menschliche Gegenmaßnahmen ist dort eine ständige Ausdehnung der Wüste und Steppe zu befürchten.[1]) — Durch solche von Menschen und Tieren herbeigeführte Entwaldungen sind in der subtropischen und warm-gemäßigten Zone große Gebiete verödet; Steppen oder Heiden und selbst wüstenartige Flächen (Wanderdünen der Kurischen Nehrung), Fiebersümpfe (Campagna) und Karstflächen (Krain) haben den einstigen Wald verdrängt; das Klima solcher Gegenden ist heißer im Sommer, kälter im Winter und vor allem erheblich trockner, auch windiger (Bora in Triest, dem Altertum unbekannt!) geworden, wodurch die Ackerbau- und Siedlungsmöglichkeit ungünstig beeinflußt, die wirtschaftliche und politische Blüte schwer geschädigt worden ist. In neuester Zeit spüren vornehmlich die Vereinigten Staaten die schlimmen Folgen einer schrankenlosen Waldverwüstung, die sie sich ehedem zwecks Gewinnung von Ackerboden leisten zu dürfen glaubten[2]). Manche Länder, die früher einmal starke politische Machtzentren bildeten und wirtschaftlich hohe Blüte aufwiesen, sind durch die Vernichtung der Wälder einem schlimmen kulturellen Rückgang verfallen.

Große Wälder vereiteln die Staatenbildung sehr lange Zeit. Für vorhandene Staaten sind sie ein vortrefflicher Grenzschutz, dazu als Regenspender häufig von großem Wert für das wirtschaftliche und politische Gedeihen der Staaten.

Beispiele.

1. Die Schlacht im Teutoburger Walde (9.—11. September 9 n. Chr.), die bedeutendste unter den nur wenigen großen Waldschlachten der Geschichte, hatte den Römern einen unbegrenzten Respekt vor den germanischen Wäldern beigebracht, deren unermeßliche Größe schon Caesar hervorhob (Bellum Gallicum VI, 10 und 25). Infolgedessen ließen die Römer ihren Limes, der ja die Staatsgrenze bezeichnete, in Süddeutschland am Rande der großen Waldzonen verlaufen[3]), zumal da diese die Annäherung feindlicher Heerhaufen erschwerten.

---

1) E. T. Stabbing, The encroaching Sahara, im Geographical Journal 1935, S. 506.

2) Helmut Kohnke, Bodenerosion in den Vereinigten Staaten. Petermanns Mitteilungen 1936, S. 305.

3) Vgl. R. Gradmann, Der obergermanisch-römische Limes und das fränkische Nadelholzgebiet, in „Petermanns Mitteilungen", 1899, S. 57.

Digitized by Google

2. Die Wälder im alten Germanien haben vor allem bewirkt, daß die einzelnen Stämme sich viele Jahrhunderte lang zu keinem größeren Staat zusammenfanden und im kleinräumigen Denken verharrten.[1]) Die Gaugrenzen wurden zumeist durch Wälder, insbesondere Waldgebirge, gebildet. So waren der Thüringer Wald (vgl. Freytags „Ingo"), der Franken-, Böhmer-, Oden- und Kaufungerwald, der Spessart, der Meißner, die Rhön, das Rothaargebirge u. a. Gaugrenzen. Im Zusammenhang hiermit verliefen noch vor kurzem manche Grenzen deutscher Länder in Waldzonen, wenn diese auch natürlich keine scheidende Aufgabe mehr erfüllen sollten. So trennt der Schwarzwald Württemberg und Baden, der Odenwald Bayern, Baden und Hessen, der Thüringer Wald Bayern und Thüringen usw.

3. Im Mittelalter legte der Deutsche Ordensstaat, der mit seiner nur kleinen Zahl waffenfähiger Männer eines guten Schutzes ganz besonders bedurfte, seine gefährdeten Grenzen mit Vorliebe so an, daß ihn breite Urwaldgürtel (die Johannisburger Heide ist ein Rest) bis 200 km Breite von anderen Staaten schieden. In diesen Grenzwäldern war nur der notwendigste Durchgangsverkehr auf ganz wenigen, leicht zu überwachenden Wegen gestattet. — Wenn das heutige Baltikum, das einst deutsches Ordensland war, nicht völlig eingedeutscht worden ist, trägt wohl auch sein Waldreichtum die Hauptschuld daran. Deutsche Bauern gingen im 14. Jahrh. nicht ins Baltikum, weil der gewaltige Urwald an der Grenze Ostpreußens und Litauens wie ein ungeheurer Block den Weg versperrte. So kam der deutsche Bauer nicht bis zum Peipus-See, denn die Bauern pflegten nicht übers Meer zu fahren, wie die Ritter und Bürger. Der große Wald im Osten bewirkte also, daß in Kurland, Livland, Estland der deutsche Bauer nicht erschien. Ohne die Bauerngrundlage war es aber nicht möglich, dem Lande, das nur in der Oberschicht deutsch wurde, einen völlig deutschen Charakter aufzuprägen.

4. Deutschland sowohl wie Polen sind im 13. Jahrh. vornehmlich durch ihre großen Wälder vor dem gefährlichen Mongoleneinbruch leidlich verschont geblieben. Die Mongolen stürmten nach der Zerstörung von Kiew (6. Dezember 1240) durch die galizische Waldlücke bis nach Schlesien vor und schlugen dort das deutsch-polnische Christenheer bei Wahlstatt (9. April 1241). Trotzdem verzichteten sie auf ein weiteres Eindringen in das ihnen nicht zusagende Land der großen Wälder[2]), sondern bogen nach Süden ab und wandten sich der ungarischen Pußta zu, die ihnen und ihren Pferden ungleich mehr behagte. Der Wald hat Deutschland im 13. Jahrh. vor den Mongolen ähnlich gut geschützt wie mehr als 1100 Jahre zuvor gegen die Römer.

5. Eine ähnliche Rolle spielte im gleichen Zeitalter der Wald in Rußland. Hier überflutete der Mongoleneinfall das gesamte waldlose Flachland. In die Waldzonen aber begaben sich die leicht beweglichen, berittenen Mongolenheere nicht hinein, so daß z. B. der Staat Nowgorod verschont blieb. Das mongolische Joch des Staates der

1) E. v. Drygalski, Der Einfluß der Landesnatur auf die Entwicklung der Völker (Rektoratsrede München 1921), Berlin u. Leipzig 1922, S. 16.

2) Die Auffassung, daß der Tod des Großkhans das Vordringen gehindert habe, ist irrig. Der Großkhan Occoday starb erst am 11. Dezember 1241, und die Nachricht hiervon traf nicht vor dem Herbst 1242 in Europa ein.

Digitized by Google

„Goldenen Horde" lag fast 2½ Jahrhunderte (1238—1480) auf Rußland, doch im allgemeinen nur auf den waldarmen Teilen des Landes, wenn auch alle russischen Fürsten den Mongolen zinsbar waren. — In Asien war es ähnlich, abgesehen vom Kulturland China (Abb. 12).

6. Das mittelalterliche Ungarn schützte seine Grenzen gern durch dichte Waldgrenzen und Verhaue, gyepü genannt.

7. Zwischen Kelten und Germanen bildete lange die Silva Carbonaria im Hennegau in dem von Maas, Schelde und Sambre begrenzten Gebiet die Staatengrenze und Völkerscheide. Er ist heute verschwunden; aber seine Lage erkennt man noch deutlich an der Sprachgrenze zwischen Flamen und Wallonen. Er hinderte nämlich dereinst die Franken an der Kolonisation Südbelgiens. — Ähnlich wirkte der Eiserne Wald zwischen Trave und Eider als Scheide der Deutschen und der Dänen. Noch im Anfang des 12. Jahrh. wurde ebenso das christliche Polen vom heidnischen Pommern, etwa im Bereich der heutigen Neumark, durch einen kaum je betretenen Urwaldgürtel getrennt, zu dessen Überwindung mehrere Tage erforderlich waren.

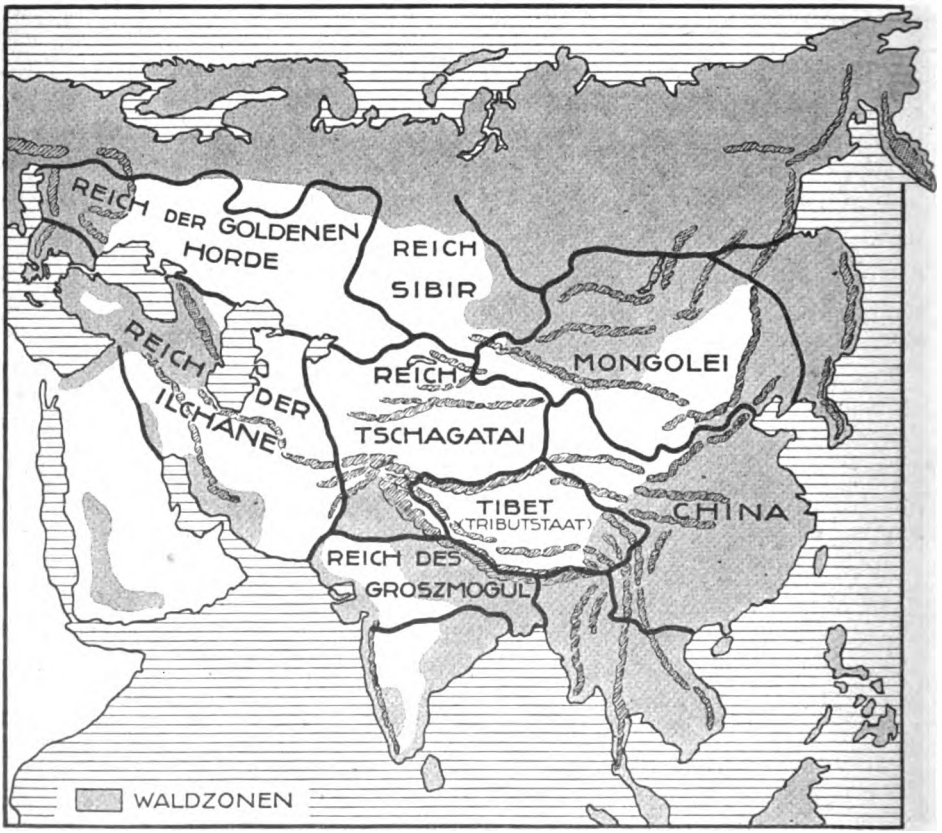


Abb. 12. Mongolenreiche im 13. Jahrh. und die Waldgrenze.

Digitized by Google

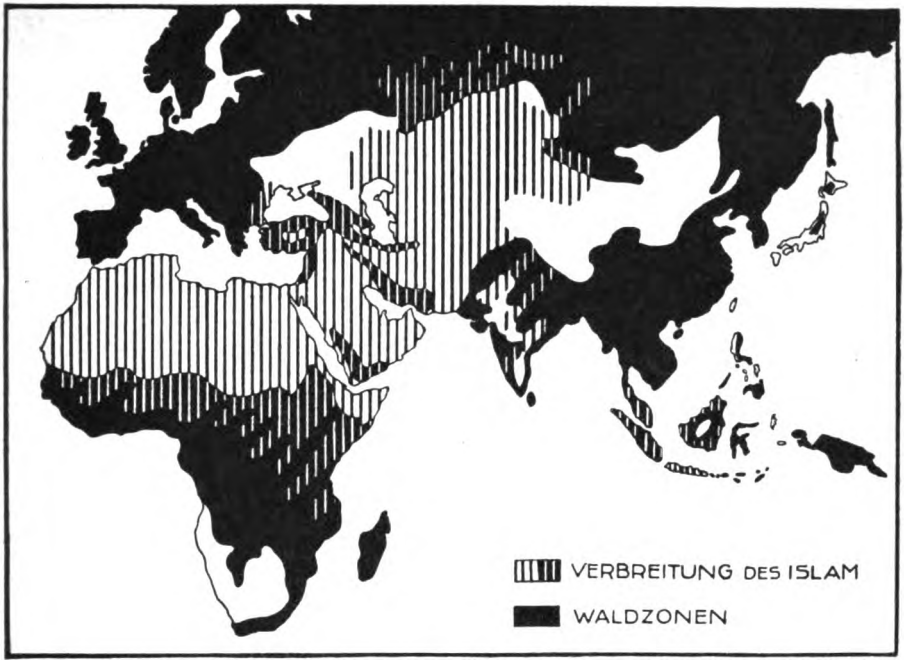


Abb. 13. Der Steppen- und Wüstencharakter des mohammedanischen Bekenntnisses.

8. In Böhmen besiedelten die Tschechen nur die inneren Steppenheiden und mieden die Wälder, die sie den Germanen überließen.[1])

9. Die mehrfachen Versuche Dänemarks, erobernd in Schweden einzudringen, blieben zumeist in den südlichen Randländern stecken, weil die rauhe, mit Urwäldern, Seen, Sümpfen und Mooren bedeckte Landschaft Småland einen Schutzwall für die nördlicheren Landesteile, eine „Wand zwischen Dänen und Schweden"[2]), bildete. Nur wenn die Dänen zur See stark waren, konnten sie Schweden gefährlich werden.

10. In Nordafrika und auch in Asien ist die Verbreitung des Mohammedanismus, die zugleich eine politische Ausdehnung der Araber und anderer mohammedanischer Völker bedeutete, im allgemeinen auf die waldlosen und waldarmen Länder beschränkt geblieben (Abb. 13). In die eigentlichen Waldzonen ist der Islam bis vor kurzem nur wenig eingedrungen.

11. Das alte Inkareich umfaßte nur Trockengebiete und mied die Wälder: „Die peruanische Kultur wie der Herrschaftsbereich der Inkas schneidet scharf mit der Waldgrenze ab" (Hettner). Ähnlich erstrecken noch heute die rings um die Urwaldzone liegenden Staaten ihre Hoheitsgebiete im allgemeinen nur nominell in die großen Wälder (abgesehen von den eine Einfallpforte bildenden Strömen).

Welche schlimmen kulturellen Folgen eine allzu unbekümmerte Waldverwüstung älterer Zeit, zumal in subtropischen Gebirgsländern, oft gehabt hat, davon zeugen heute die kahlen, zum Teil zur wertlosen Wüste gewordenen, einst reich be-

1) Scharfetter, „Pflanzen- und Völkergrenzen" in Petermanns Mitteilungen 1910, 123.
2) S. Passarge in der Geograph. Zeitschr. 1936, S. 177.

Digitized by Google

waldeten Gebirge im inneren Kreta, im Sinaigebirge, in Griechenland und Italien, die Hochflächen um die Stadt Mexiko und an vielen anderen Stellen der Erde, in kleinerem Ausmaß auch der Südteil der Kurischen Nehrung, auf der heute Wanderdünen die Stelle einstiger Wälder einnehmen.

Zum Schluß muß noch einer weiteren politischen Rolle des Waldes gedacht werden. Überall sind die unzugänglichsten Teile der großen Wälder, zumal wenn sie noch durch Sümpfe oder große Flüsse vor der Annäherung von Feinden geschützt waren, ein Rückzugsgebiet für schwache, im Kriege überwundene oder sonst von der Ausrottung bedrohte Volkssplitter geworden. Wo sich inmitten einer höheren Kultur Naturvölker oder fremdrassige Volksreste überhaupt erhalten haben, da flohen sie entweder in unzugängliche Wüsten und Sümpfe oder in wilde Wälder und haben sich dort oft bis auf unsere Tage erhalten.[1]) Auf deutschem Boden bieten hierfür die Wenden des Spreewalds ein treffendes Beispiel, anderswo die romanisch sprechende Bevölkerung in der Silva Carbonaria oder die Walliser in England, die Ladiner im Alpengebiet, die Basken in den Pyrenäen usw. In anderen Erdteilen wird uns dieselbe Erfahrung vermittelt etwa durch die Berber Nordwestafrikas, die ehemaligen Guanchen auf den Kanaren, die Indianer der südamerikanischen Urwälder, die Pygmäenstämme der tropischen Wälder Afrikas und der Nilsümpfe, die Weddas auf Ceylon, die australische Urbevölkerung, die Ainos auf den japanischen Inseln, die Mincopies auf den Andamanen, die Negritos, Papuas, die Botokuden, Buschmänner u. v. a.

e) Der geopolitische Einfluß der Gebirge.

1. Gebirge als Staatsgrenzen.

Nächst dem Meer gibt es keine bessere Staatengrenze als Gebirge, zumal hohe Gebirgsketten. Auch in unseren Tagen wirken selbst kleinere Gebirge noch fühlbar als Kultur- und Wirtschaftsscheide. Je höher und ausgedehnter die Gebirgsmauern sind, um so stärker kommt natürlich ihre trennende Kraft zur Geltung. Es ist kein Zufall, daß die beständigsten aller politischen Grenzen, die wir in Europa auf dem Festland haben, zwei schwer zugängliche Kettengebirge sind: die Pyrenäen und das Tydalgebirge zwischen Schweden und Norwegen; kein Zufall, daß zwei andere Kettengebirge vorteilhaft sogar als Grenze zweier Erdteile angesehen werden: der Ural und der Kaukasus. Die vollkommene Kultur- und Sprachscheide, die verschiedene Teile der Alpen bilden, die auch die Vogesen (obwohl sie heute nicht mehr politische Grenze sind) nach wie vor darstellen, ebenso die Karpaten, die Karawanken (deren Hauptkamm seit 1920 die Grenze zwischen Österreich und Südslawien bildete) usw. oder die Anden, sie beweisen des weiteren, wie ausgezeichnete natürliche Staatsgrenzen Gebirge sind — unbeschadet der wirtschaftlich und politisch einenden Kraft, die von einzelnen wichtigen Gebirgspässen und Gebirgspforten auf die beiden Hangseiten ausstrahlt (S. 44 ff.).

Überall bedeutet Verkehrserschwerung Kultur- und Wirtschaftsscheide, dagegen Verkehrserleichterung Kultur- und Wirtschaftseinigung. Die Staatsgrenzen sind am weisesten gezogen, die sich solchen natürlichen Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen der Menschen am vollkommensten anpassen.

1) Gustav Paul, Rassen- und Raumgeschichte des deutschen Volkes. München 1935.

Digitized by Google

Aus diesem Grunde sind auch schiffbare Flüsse, da sie kulturell die Ufer einen und nicht trennen, trotz ihrer allzeit hohen Beliebtheit als Staatsgrenze (S. 46), in unserem „Zeitalter des Verkehrs" recht wenig als Grenze zwischen zwei Staaten geeignet. Gebirge dagegen, besonders Kettengebirge, sind neben ausgedehnten Wüsten, Sumpfflächen (künstliche Sumpfanlagen Nebukadnezars an Babyloniens Nordgrenze; Rokitno-Sümpfe; Bourtanger Moor) und bedeutenden Binnenseen (Bodensee; große nordamerikanische Seen) die geeignetsten Staatsgrenzen, die auf dem festen Lande gefunden werden können.

Wo in ein ausgedehntes Gebirgsland viele einzelne Siedlungsräume und Kulturbezirke eingesprengt sind, da hindern die Berge sehr lange die Vereinigung oder gar Verschmelzung zu einer größeren staatlichen Einheit. Jeder Wirtschaftsraum hat seine eigene Entwicklung und kümmert sich meist wenig um das, was bei den Nachbarn jenseits der Berge vor sich geht. Der kleine Raum regiert; die Kleinstaatlichkeit, der „Kantönligeist" wird gezüchtet. Treffend hat der Altertumsforscher Eduard Meyer, um den staatlichen Partikularismus der altgriechischen Länder zu deuten, ein Wort gesprochen, das gleichzeitig auch manches Licht auf die deutsche Geschichte wirft. Es macht verständlich, warum Gebirgsstaaten, wie die Schweiz, die österreichischen Alpenländer, Abessinien, Mexiko usw., niemals von selbst ein Einheitsstaat mit zentralistischer Regierung sein oder werden können. Er sagt nämlich[1]):

„Das Verhängnis der griechischen Nation war in der Natur ihres Landes vorgezeichnet: die Zerrissenheit in zahllose selbständige Kantone, welche zwar die größte Vielseitigkeit der Entwicklung gestattet, aber jeden Zusammenschluß der Nation zu einer festen politischen Einheit und damit zugleich die dauernde Behauptung der errungenen Stellung im Kampfe mit den feindlichen Nachbarmächten unmöglich gemacht hat."

Gebirgsländer wirken also im allgemeinen ungünstig für den staatlichen Zusammenschluß. Selbst in Mittelgebirgen, wie dem Erzgebirge, dem Bayrischen Wald, den Sudeten, sehen wir oft eine staatlich trennende Kraft wirksam. So werden auch wohl die Sudetendeutschen und die slawischen Tschechen, die in einer von der Natur vorgezeichneten Beckenlandschaft zusammenwohnen, aus wirtschaftlichen Gründen — die Sudetendeutschen sind hauptsächlich industriell tätig, die Tschechen betreiben meist Landwirtschaft — den Ausgleich miteinander suchen müssen, der sich für beide Volksgruppen jahrhundertelang segensreich ausgewirkt hatte; das gilt auch für den Fall des Anschlusses des sudetendeutschen Gebietes an das Reich. Und sogar kleine, heute leicht zu überwindende Gebirgsländer, wie der Thüringer Wald, wirkten früher grenzziehend: Bayern endete am Thüringer Wald, und auch Preußen als zusammenhängendes Staatsgebilde — von den preußischen Exklaven in Thüringen abgesehen — fand im Erfurter Zipfel angesichts der Thüringer Berge und im Kösener Paß seine territoriale Grenze. — Wenn in den Vogesen, die an sich eine der stärksten europäischen Wirtschafts-, Sprach-, Kultur- und Volkstumsscheiden (auch heute noch) sind, die politische Schranke zweimal (1681 und 1918) in der Geschichte gewaltsam niedergerissen wurde, so ist allein der überragende Wirtschaftswert des parallel fließenden Rheins daran schuld, von dem eine magnetische Anziehungskraft auf den französischen Staat ausging.

1) Ed. Meyer, Geschichte des Altertums. Bd. II, S. 63.

Digitized by Google

2. Gebirgspforten und Völkertore.[1])

Wo in den dichter bewohnten Teilen der Erde ausgedehnte Gebirgsmassen sich zusammenballen, entsteht naturgemäß ein bedeutendes Verkehrshemmnis, das gleichzeitig auch ein schweres Hindernis für Kulturzusammenhänge und politische Zielsetzungen sein kann, wenn nicht durch zufällige natürliche Anordnungen im Aufbau der Gebirgssysteme oder auch durch die nivellierende Arbeit eines größeren Flusses leidlich gute und bequeme Durchbrüche durch die Bergmassen hindurch geschaffen werden. Es handelt sich dabei nicht um Pässe im üblichen Sinn, die eine Übersteigung des Gebirges an den Stellen seiner verhältnismäßig niedrigsten Erhebung voraussetzen und zu allen Zeiten in Krieg und Frieden eine ungeheure Verkehrsbedeutung gehabt haben, sondern um echte Pforten, die bei nur geringen Niveauunterschieden einen wirklichen Taldurchgang zwischen den Bergen gewähren.

In Deutschland haben wir nur zwei derartige Pforten von größerer Bedeutung, den Rheindurchbruch von Bingen bis Bonn zwischen der Oberrheinischen und der Niederrheinischen Ebene und den Elbdurchbruch bei Schandau zwischen dem Böhmischen Becken und der bis nahe an Dresden hinunterreichenden Norddeutschen Tiefebene. Beide Pforten sind bekanntlich von hervorragender Wichtigkeit für das mitteleuropäische Verkehrsleben, können sich aber dennoch mit manchen anderen Gebirgspforten der Erde nicht messen, da sie immerhin nur niedrige, leicht an anderen Stellen überwindbare Gebirge durchbrechen und somit nicht allzu schwierig durch seitliche Umgehungswege (Erzgebirgspässe, Taunus-, Hunsrück- und Westerwald-Übergänge) ersetzt werden können. Noch leichter zu umgehen ist eine dritte derartige Gebirgspforte auf deutschem Boden, die zwar sehr viel unwichtiger, aber in ihrer äußeren Gestalt die typischste von allen ist: die Porta Westfalica im Wesertal oberhalb Minden. Die an sich unbedeutende Kösener Pforte im Saaletal ist in der Form ebenfalls recht charakteristisch.

Die genannten deutschen „Pforten" haben zwar allzeit für das Verkehrsleben sehr viel bedeutet, aber politisch keine wesentliche Rolle gespielt, gerade weil sie allzu leicht umgangen werden können.

Bei ausländischen Gebirgspforten ist der politische Wert meist höher. Er steigt im proportionalen Verhältnis sowohl zur Ausdehnung und Höhe der umgebenden Gebirge wie zur Größe und Fruchtbarkeit der durch die Pforten verbundenen Kulturlandschaften.

Gebirgspforten sind die wichtigsten „Völkertore", die den Eroberer-Nationen die bequemsten Zugänge in völlig andre, fruchtbare Landschaften gewährten. Allerdings sind solche Gebirgspforten auch militärisch leicht zu verteidigen und daher an politisch gefährdeten Stellen fast immer mit starken Festungen versehen. Sie eignen sich daher gut als Staatsgrenze, obwohl sie infolge ihrer hohen Verkehrswichtigkeit keineswegs immer Sprachgrenze sind.

1) Vgl. das Schriftchen von Richard Uhden, Völkertore. Bd. 13 der „Weltpolitischen Bücherei". Berlin 1929.

Digitized by Google

Beispiele.

1. Die bedeutendste Gebirgspforte in Europa ist die Burgundische Pforte zwischen den Vogesen und dem Schweizer Jura, die den besten (nicht den einzigen) Übergang zwischen dem Rhein- und Rhonesystem ermöglicht. In ihrem Raume hat sich schon 58 v. Chr. die berühmte Schlacht des Cäsar gegen Ariovist abgespielt, die den geplanten Germaneneinbruch nach Gallien und damit die Germanisierung dieses Landes vereitelte. Ebenso hat sich hier im Weltkriege 1914 die erste große Schlacht (bei Mühlhausen, 10. August 1914) ereignet. Geschützt durch die starke Festung Belfort, ist diese Pforte, das alte Völkertor für Kelten, Römer und Germanen, zugleich stets eine klare Scheide zwischen deutscher und französischer Sprache geblieben. Ihren Charakter als Staatengrenze, den sie von 1870 bis 1918 vortrefflich erfüllte, hat sie durch das Friedensdiktat von Versailles verloren.

2. Ähnlich liegen die Dinge in der Enge von Salurn und der Veroneser Klause im Etschtal. Erstere ist die Sprachgrenze, letztere war bis 1918 die durch starke Befestigungen geschützte Staatengrenze. Ihr hoher politisch-militärischer Wert, der schon im September 1155 durch den hier erfolgten Überfall der Veroneser auf Kaiser Barbarossas Heer zutage trat, ist durch die Versailler Vorschiebung der italienischen Staatsgrenze auf die Brenner-Paßhöhe 1919 verlorengegangen. — Die Veroneser Klause durchbricht die Vorgebirge als echte „Pforte", führt freilich in der Verlängerung auf zwei Pässe im Hauptgebirge (Brenner und Reschen-Scheidegg). Im Norden liegen die Dinge genau ebenso in der auch militärisch wiederholt (1503, 1703, 1809) bedeutsam hervorgetretenen Kufsteiner Klause.

3. Außergewöhnlich wichtig ist stets die Wiener Pforte gewesen, in der das ungarische Tiefland und das mittlere Donaubecken ihren natürlichen Übergang gleich nach drei verschiedenen Richtungen finden: 1. durch das Donautal nach Süddeutschland, 2. durch Böhmen nach Mitteldeutschland, 3. durch die Mährische Pforte (zwischen Sudeten und Karpaten), die auch ihrerseits oftmals in der Geschichte ein wichtiges „Völkertor" war, nach Schlesien und Polen. Die ziemliche Breite der Wiener Pforte hat hier außer der beherrschenden Festung eine Weltstadt entstehen lassen, deren kultureller und politischer Einfluß so überragend groß wurde, daß die Sprachgrenze sowohl im Nordwesten wie im Südosten weit zurück verlagert ist.

4. Vom Schwarzen bis zum Kaspischen Meer bildet der Kaukasus eine fast völlige Verkehrssperre. Eine Umgehung ist nur auf der Ostseite möglich, wo die Derbentsche Pforte (Albanische Pforte), dereinst als porta portarum bezeichnet, am Rande des Kaspischen Meeres einen Durchgang gewährt. Die hohe strategische Bedeutung dieses Punktes führte im 6. Jahrh. n. Chr. zur Erbauung der 150 km langen sog. Alexandermauer oder Derbentschen Mauer zum Schutz gegen Einfälle der Nordvölker. Daher spricht man vom „Eisernen Tor" von Derbent.

5. Die historisch wichtigste außereuropäische Gebirgspforte bietet der Taurus in Kleinasien: die Cilicische Pforte oder Gülek Boghas, die den einzig guten Zugang von dem anatolischen Hochland in die Ebene von Adana und über sie hinaus durch die Syrische Pforte des Amanus-Gebirges nach Syrien und Mesopotamien gewährt (Abb. 14). Ihre ausnehmend hohe politische Bedeutung lehrt uns

Digitized by Google

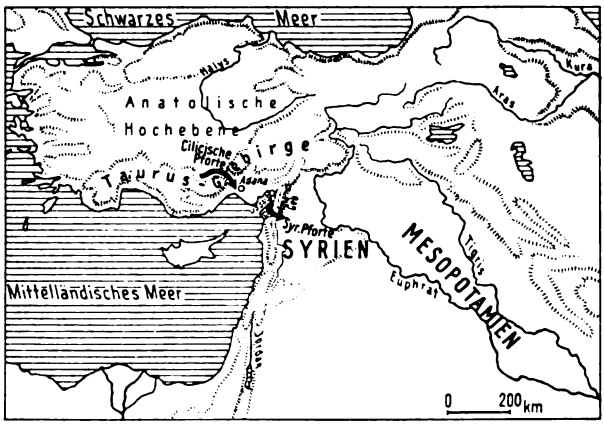


Abb. 14. Cilicische und Syrische Pforte.

die Kriegs- und Kulturgeschichte mannigfach: durch sie ging der Alexanderzug, durch sie zog gar manches Römerheer, durch sie drangen die Kreuzfahrer wiederholt ins Heilige Land vor, durch sie suchte sich die deutsche Bagdadbahn ihren Weg.[1]) Genau zwischen den beiden Nachbarpforten, der Cilicischen und der Syrischen, vollzog sich (mit „verkehrten Fronten" der Heere) die das Schicksal Alt-Persiens entscheidende Schlacht bei Issus (333 v. Chr.). Wiederholt verliefen durch die Cilicische Pforte Staatsgrenzen, so zwischen dem römischen Reich und dem Seleucidenreich, später zwischen dem christlichen Byzantinerreich und den mohammedanischen Staaten usw.

6. Von ähnlich hoher geschichtlicher Bedeutung war die Dsungarische Pforte in Zentralasien (Abb. 15), die den Übergang vom unteren Syr Darja, vom Aral- und Balkasch-See zur Mongolei öffnet. Als einziger talartiger Durchbruch zwischen den gewaltigen asiatischen Gebirgsmassiven, dem Tienschan im Süden, dem Alatau und Altai im Norden, hat diese Pforte vornehmlich die immer aufs neue erfolgende, lawinengleiche Ausbreitung der Steppen- und Reitervölker des Ostens, der Hunnen, Türken, Mongolen, über die fruchtbaren Länder des asiatischen Westens und wiederholt selbst bis Europa möglich gemacht. Die Dsungarische Pforte ist politisch das gewaltigste „Völkertor" geworden, das die Geschichte kennt, das eigentliche Ausfallstor des Ostens zum Westen!

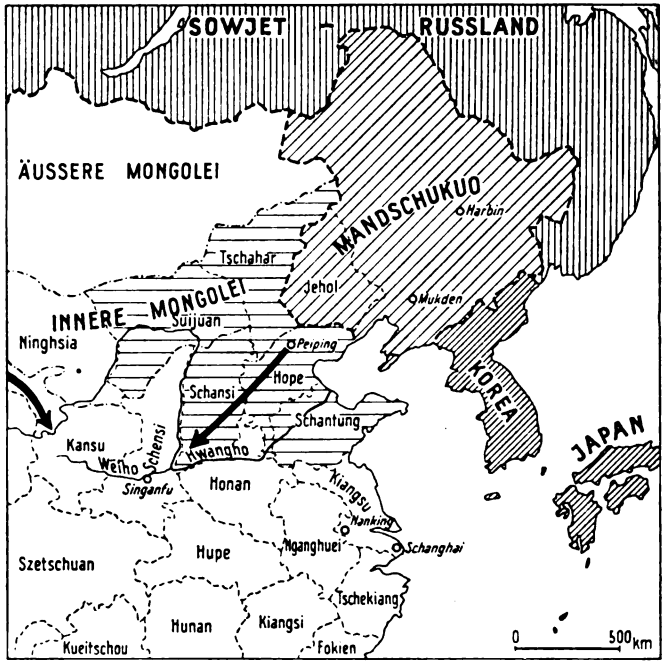
7. Für Asiens und insbesondere Chinas Geschichte außerordentlich bedeutungsvoll sind weiterhin die Yümönn-Passage (Abb. 5) und die anschließende Weiho- und Hwangho-Pforte. Durch diese Lücke in der Ostumwallung Hochasiens sind die Chinesen um 2600 v. Chr. aus Zentralasien in die fruchtbaren Lößebenen eingewandert. Hier verlief auch — mit Unterbrechungen — seit 115 v. Chr. die berühmte „Seiden-

Abb. 15. Dsungarische Pforte.

1) Vgl. die Sonderstudie von Strzygowski in Petermanns Mitteilungen 1935, S. 269.

Digitized by Google

straße", welche das kostbarste Produkt des fernen Ostens den Kulturvölkern Europas zuführte. Ihr charakteristischster Engpaß ist das verkehrsgeschichtlich unendlich bedeutungsvolle Tal des Weiho mit der hochwichtigen, alten Hauptstadt Chinas, Singanfu (das „Sera metropolis" des Ptolemäus!). Da in der Nähe der Hwangho-Pforte allzeit ein Schwerpunkt der politischen Machtentfaltung Chinas lag, hat diese Pforte für Chinas innerpolitische Geschichte und für den chinesischen Handel eine ausnehmend große Rolle gespielt. Gerade in unserer Gegenwart hat die Weiho-Pforte (Abb. 16) wieder eine hohe politische Bedeutung erlangt. Rußland, das sich 1934 in Ostturkestan festgesetzt hat, sucht seinen bolschewistischen Einfluß auf China auszudehnen und würde dazu am sichersten in der Lage sein, wenn es die Weiho-Pforte in Händen hätte. Andrerseits strebt Japan dahin, von Mandschukuo und Nord-China her seine Macht- und Einflußsphäre über die Provinz Schansi hinweg auszudehnen, um dadurch den Russen die Weiho-Pforte abzuriegeln und ein sicheres Bollwerk gegen den Bolschewismus zu errichten, wie sie es in der Mandschurei und der Inneren Mongolei schon geschaffen haben.



Die von Japan besetzten Gebiete in Nordchina und der Mongolei.

Abb. 16. Die Weiho-Pforte als Brennpunkt des japanisch-russischen Gegensatzes im Fernen Osten.

8. Ein annähernd ähnlich großartiges Völkertor, das freilich die europäische Geschichte wenig beeinflußt hat, dafür jedoch zur eigentlichen Schicksalspforte für Indien wurde, ist der Khaiber-Paß zwischen Afghanistan und dem Pendschab (Abb. 17). Er ist keine echte „Pforte", sondern ein Paß, der 1011 m Höhe erreicht. Aber als einzig gute Verbindung zwischen Indien und dem fruchtbaren Tiefland in Turan hat dieses Völkertor allen Eroberern den Weg von Afghanistan nach Indien hinein gebahnt. Infolgedessen ist der Ausgang heute durch das starke britische Militäraufgebot in Peschawar nachhaltig geschützt.

9. Afrika, Amerika und Australien sind arm an derartig bedeutsamen Gebirgspforten. Der ganz Amerika durchsetzende Gebirgszug weist nur in dem räumlich wenig ausgedehnten Mittelamerika pfortenähnliche Unterbrechungen auf (Isthmen von Panama und Tehuantepec), die aber politisch kaum Bedeutung gewinnen konnten.

Digitized by Google

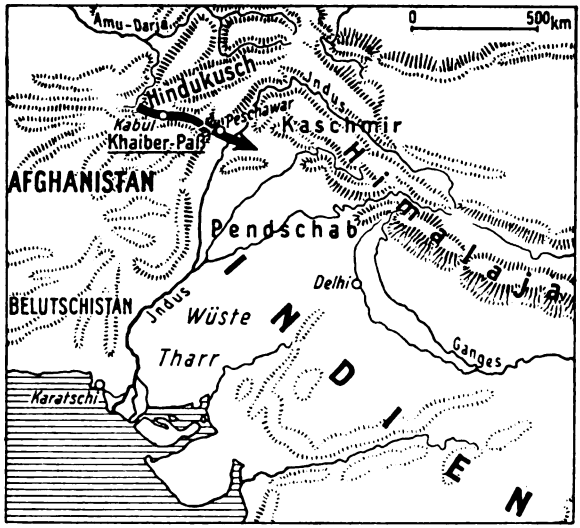


Abb. 17. Der Khaiberpaß als Hauptpforte zwischen Binnenasien und Indien.

Im Norden wie im Süden des Erdteils finden sich wirkliche, natürliche Durchbrechungen nicht. Geschichtlich von hervorragender Bedeutung ist allein die Appalachische Pforte in den Alleghanies, die durch den Hudsonfluß und den Eriekanal gekennzeichnet ist und an deren nächstem Ausgang zum Ozean, geopolitisch vollauf verständlich, die größte und mächtigste Stadt des Landes, New York, entstanden ist. Von ihr ist die eigentliche kulturelle Erschließung des Innern ausgegangen, und in dieser Hinsicht war ihre Wichtigkeit um so bedeutsamer, als der einzige nach Osten entwässernde große Strom des nordamerikanischen Erdteils, der St. Lorenzstrom, wegen Eis- und Nebelgefahr im Mündungsgebiet, sowie wegen der Stromschnellen und des Niagarafalles ein ungemein schlechter Zugang ins Innere ist.

3. Sattelstaaten.

Große Flüsse scheiden zunächst die gegenüberliegenden Ufer voneinander, wirken also verkehrshindernd auf den Landverkehr. Überall aber, wo eine Brücke den Fluß überwindet, wachsen die Gegenufer rasch zu einer kulturellen und wirtschaftlichen Verkehrseinheit zusammen, oftmals in so hohem Maße, daß ein und dieselbe Stadtgemeinde sich über beide Ufer erstreckt (Dresden, Magdeburg, beide Frankfurt, Koblenz, Köln, Düsseldorf usw.). Genau ebenso pflegen lange Kettengebirge, wie wir sahen, kultur- und staatentrennend zu sein. Wo aber gute Pässe die leichte Überwindung eines solchen Gebirges gestatten, wirken sie, nach Art der Flußbrücken, in so hohem Maße verbindend auf beide Seiten des Gebirges, daß oftmals über den Paß hinweg ein staatlicher Zusammenschluß der beiderseitigen Hanglandschaften erfolgt.[1])

In solchen Fällen sprechen wir von einem „Sattelstaat": der Staat sitzt in der Form eines Sattels dem Gebirge auf. Durch den Paß können die gemeinsamen Wirtschafts- und Verkehrsinteressen der beiden Hangseiten des Gebirges so bedeutend werden, daß das Verlangen nach staatlicher Verbundenheit selbst Sprach- und Volksunterschiede in den Hintergrund treten läßt. Wo jedoch der gute Paßübergang fehlt, bleiben die beiden Seiten des Gebirges einander in der Regel fremd, und ein Bedürfnis nach staatlichem Zusammenschluß entwickelt sich keineswegs, wenn es nicht von außen hereingetragen wird (Vogesen).

1) Weitere Einflüsse der Gebirge auf die Staatenbildung (Horststaaten, Beckenstaaten, Abdachungsstaaten) in R. Hennig, Geopolitik, S. 58.

Digitized by Google

Beispiele.

1. Tirol war 670 Jahre lang (1248—1919) ein durchaus einheitlicher Staat (Abb. 18), der die beiden Hangseiten des wichtigsten und niedrigsten Alpenpasses politisch zusammenschweißte.[1]) Durch den Brenner (und Reschenscheideck) wurden zwei klimatisch und wirtschaftlich verschiedene Paßhänge zu einem kulturell und ethnographisch einheitlichen Staat verkoppelt. Der Sattelstaat hat 1919 wieder der Naturgrenze Platz machen müssen, sie ist vom Führer anläßlich seines Italien-Aufenthalts zu Anfang Mai 1938 als für Deutschland verbindlich anerkannt worden.

2. Tessin, der italienisch sprechende südlichste Kanton der Schweiz, ist durch den erst seit etwa 1230 für den Verkehr künstlich (Urner Loch, Stiebende Brücke) zugänglich gemachten, hochwichtigen Gotthardpaß staatlich so fest mit der deutschsprachigen Schweiz zum Sattelstaat zusammengewachsen, daß die Menschen sich durchaus als Schweizer und nicht im mindesten als „unerlöste" Italiener fühlen.

3. Ein in der Gestalt komplizierterer, aber durch seine Geschichte besonders lehrreicher Sattelstaat ist ferner Graubünden. Die Pässe, welche die Rhätischen Alpen durchbrechen und die Täler des Vorder- und Hinterrheins mit dem Engadin verbinden, haben sich als geopolitisches Einigungsmittel bewährt. Die Gemeinschaft triumphierte über alle Eroberungsversuche der benachbarten Vorlandstaaten Burgund, Österreich, Mailand. Einige Jahrhunderte (1512—1797) reichte Graubünden als Sattelstaat tief in die heute italienischen Landschaften hinein. Die berühmten „Graubündener Pässe" Splügen, Julier, Septimer u. a. waren lange neben dem Gotthard, dem Großen St. Bernhard und dem Brenner die wichtigsten Verkehrswege im Alpengebiet und für die friedliche wie die kriegerische Politik des Landes von größter Bedeutung.

4. Als ein Sattelstaat ist in neuerer Zeit Bulgarien in recht charakteristischer Weise anzusehen: durch die territoriale Vereinigung von Ost-Rumelien mit der Flußebene südlich der Donau.

5. Ein Sattelstaat in den Pyrenäen war im Mittelalter zunächst Karls des Großen Spanische Mark, später das Gebirgs-Königreich Navarra. Doch hat hier schließlich die trennende Kraft des Kettengebirges seit 1512 das spanische Obernavarra und das französische Niedernavarra staatlich wieder auseinandergerissen.

6. Auch die verkehrswichtigen Pamirpässe zwischen Fergana (dem alten Baktrien) und dem Tarimgebiet haben zu wiederholten Malen politische Sattelstaatbildungen gesehen. Mehrfach im Laufe der Geschichte (gegen 100 n. Chr. und vom 7. bis 8. Jahrh.) hat das auf Höhepunkten der politischen Macht stehende chinesische Reich die Pamirpässe staatlich in seine Grenzen einbezogen und

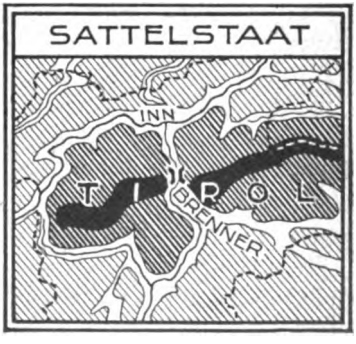


Abb. 18.

1) Vgl. hierzu Albr. Haushofer, Paßstaaten in den Alpen. Berlin-Grunewald 1927.

Digitized by Google

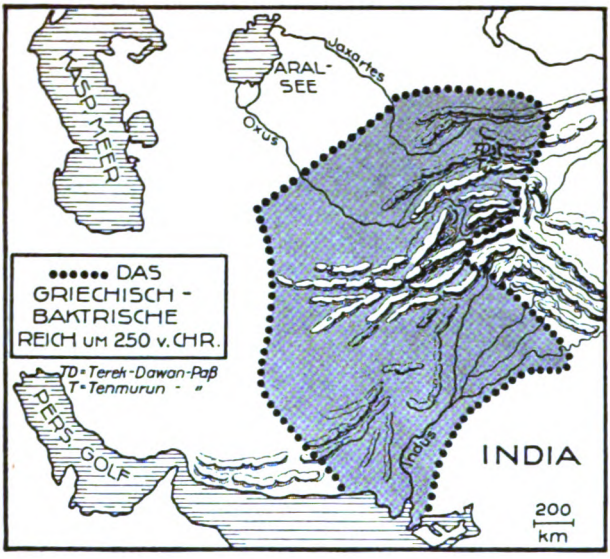


Abb. 19. Das griechisch-baktrische Reich um 250 v. Chr. als Pamir- und Hindukusch-Sattelstaat.

diese weit darüber hinaus nach Westen vorgeschoben. Ebenso hat sich das griechisch-baktrische Reich der Diadochenzeit (Abb. 19) über ein Jahrhundert lang (rund 250—130 v. Chr.) von Baktrien aus über die Pamirpässe als Sattelstaat ausgebreitet, und zwar bis zum heutigen Kaschgar, desgleichen über den Hindukusch, den ja auch Alexander der Große mit einem Heere im 3548 m hohen Chawak-Paß nördlich Kabul, dem einzigen, der auch im Winter meist gangbar ist, überschritt.

f) Der geopolitische Einfluß der Binnenwasserstraßen.

1. Flüsse als Staatsgrenzen.

In allen Perioden der Geschichte sind Flüsse in sämtlichen Größenordnungen besonders gern zur Festlegung staatlicher Grenzen benutzt worden, weil sie sich dem Auge überaus leicht als Scheide zweier Hoheitsgebiete kundgeben. Selbst kleine Bäche sind gelegentlich Staatengrenze gewesen, so der Asopus zwischen Attika und Böotien, der „Weidenbach" zwischen Moabitern und Edomitern usw. Der recht unbedeutende Leithafluß war noch in jüngster Zeit innerhalb der habsburgischen Doppelmonarchie die scharfe Scheide zwischen „Cisleithanien" und „Transleithanien", genau so wie innerhalb des römischen Reiches zu Caesars Zeit der kleine Rubicon (Fiumicino) als Herrschaftsgrenze der Statthalterschaft Caesars welthistorische Bedeutung erlangte.

Je größer und schiffbarer die Flüsse werden, um so mehr entsteht aber ein innerer Widerspruch zwischen ihrer verlockend leichten Erkennbarkeit als Hoheitsscheide und der tatsächlichen menschen- und kultureinenden wirtschaftlichen Wirkung auf ihre beiden Ufer. So kommt es gelegentlich, daß zwei am Fluß einander gegenüberliegende, aufs innigste miteinander verflochtene Städte dennoch verschiedenen Staaten (bzw. deutschen Ländern) angehören, wie Mannheim und Ludwigshafen, Bingen und Bingerbrück, Ulm und Neu-Ulm, Schirwindt in Ostpreußen und Wladislawow, Haparanda und Torneå (Abb. 20) usw.

Flußgrenzen werden auch in unseren Tagen noch ungemein häufig von der politischen Geographie verwandt. Wo heute ein Fluß als Staatengrenze benutzt wird, pflegt man nahezu stets die genaue Stelle, wo die Hoheitsgebiete aneinanderstoßen, in den sogenannten „Talweg" zu verlegen, die tiefste und strömungsstärkste Linie

Digitized by Google

des Flusses, die bei geradlinigem Lauf meist in der Mitte liegt. Die Wasserfläche selbst ist dann also zwischen beide Uferstaaten aufgeteilt. Ausnahmen bildeten in der Vorkriegszeit lediglich der unbedeutende Grenzfluß Bidassoa, der vollständig spanisch war, sowie der Oranje- und der Voltafluß (zwischen Britisch-Süd- und Deutsch-Südwestafrika bzw. der Goldküste und Togo), die im ganzen Umfang zum britischen Gebiet gehörten. In diesen praktisch belanglosen Fällen pflegt also die Staatsgrenze mit dem zufälligen Wasserstand des Flusses hin und her zu pendeln. Auch Verlagerungen des Flußlaufes konnten gelegentlich Grenzschwierigkeiten ergeben. So war die Nahe die Grenze zwischen Preußen und Hessen. Durch Änderungen des Flußlaufes aber griff schließlich preußisches Gebiet hier und da auf die südliche, hessisches auf die nördliche Uferseite über. Erst 1935 ist ein Gebietsaustausch erfolgt, der den Fluß neuerdings zur Staatsgrenze machte.[1])

Wo Grenzen zwischen zwei Staaten in schiffbare Ströme verlegt werden, bleiben zuweilen die im Fluß liegenden Inseln vergessen und können dann manchmal zu politischen Absonderlichkeiten und Zwistigkeiten Anlaß werden. Als die Türkei 1878 Rumäniens völlige Unabhängigkeit bis zur Donau anerkannte, dachte man nicht an die Donauinsel Ada Kaleh bei Orsova. Diese war daher noch bis 1919 eine türkische Exklave und wurde erst dann zu Rumänien geschlagen. Zu schwereren Folgen führte die staatlich unklare Stellung der Flußinseln im Grenzstrom Amur: Ende Juni 1937 kam es zwischen Rußland und Japan um den Besitz der beiden Amur-Inseln Bolshoi und Sennufa unterhalb Blagowjeschtschensk zu ernsten Gefechten, in deren Verlauf sogar ein russisches Kanonenboot mit 37 Mann versenkt wurde. Da die Russen es auf einen Waffengang aber nicht ankommen zu lassen wagten, zogen sie sich am 6. Juli zurück und überließen die strittigen Inseln den Japanern.

Neuerdings ist eine in bezug auf praktische Unsinnigkeit durchaus unerreichte Flußgrenze zwischen Deutschland und Polen an der Weichsel geschaffen worden, die von der Nogatabzweigung bis zur Südgrenze des Kreises Marienwerder Staatsgrenze ist. Obwohl im Versailler Diktat der Art. 28 ausdrücklich die Mitte des Schiffahrtswegs als Grenze vorgeschrieben hatte, hat der Völkerbund unter Verletzung des Versailler Diktats auf polnischen Wunsch entschieden, daß die Grenze auf dem rechten (ostpreußischen) Uferdamm verlaufen soll (Abb. 21)! Die Weichsel ist demnach, von der Danziger Strommündung abgesehen, ein völlig polnischer Fluß.[2])

Ein weiteres, neuerdings politisch bedeutsam gewordenes Beispiel, daß ein wichtiges Binnengewässer im ganzen Umfang außerhalb des Hoheitsgebietes eines Uferstaates liegt, bildete der Schatt-el-Arab, die gemeinsame Mündungsstrecke des Euphrat und Tigris ins Meer. In einer Zeit, da Persien noch schwach war und keinen Wert auf Schiffahrt legte, stimmte es zu,

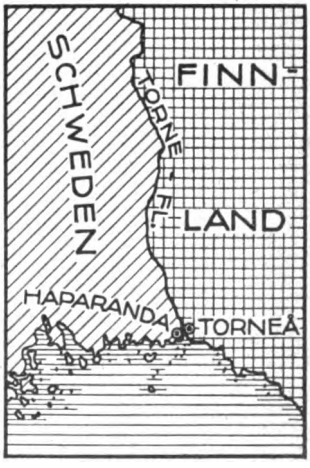


Abb. 20. Typische Flußgrenze.

1) Reichsgesetzblatt vom 10. August 1935.

2) Dagegen verläuft die badisch-elsässische Grenze zwischen Deutschland und Frankreich richtig in der Strommitte. Seltsam ist freilich, daß hiervon abweichend die Rheinbrücken in ganzem Umfange französisch sind!

Digitized by Google

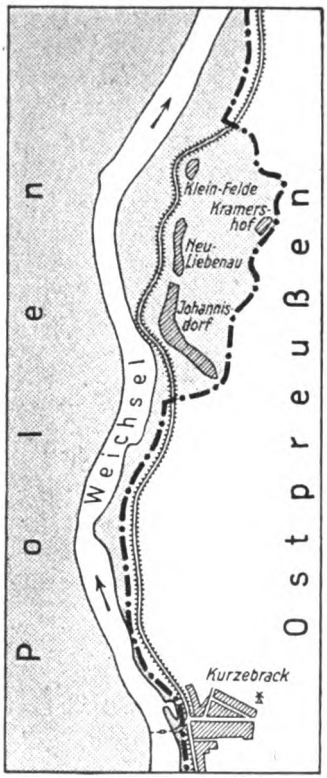


Abb. 21. Weichselgrenze.

daß der ganze Schatt-el-Arab türkisch sein solle. Aus der türkischen Erbmasse kam dieser Besitz dann an den unter britischer Kontrolle stehenden, wenn auch jetzt selbständigen Staat Irak (Mesopotamien). 1935 forderte nun Iran, daß ihm als Uferstaat das Hoheitsrecht auf dem Schatt-el-Arab bis zum „Talweg" eingeräumt werde, weil in ihm der wichtige Fluß Karun mündet, an dessen Ende der iranische Seehafen Mohammera liegt (Abb. 22). Selbstverständlich ist dies Verlangen völlig berechtigt.

2. Binnenwasserstraßen als staatliches Rückgrat, Flußfadenstaaten.

Im Binnenlande sind Flüsse und Flußtäler die wichtigsten und ursprünglichsten, von der Natur selbst gewiesenen Verkehrswege. Wenn sie auch nicht selten durch ungenügende Tiefe, reißende Strömung, Wasserfälle, Stromschnellen, Steilufer usw. die Benutzung für Schiffe und Flöße unmöglich machen oder erschweren, so sind sie es doch in erster Linie gewesen, die dem Menschen die Überwindung weiter Entfernungen auf verhältnismäßig bequeme und sichere Weise zuerst dargeboten haben. Fast allenthalben waren schiffbare Flüsse und ihre Täler in den Anfängen des menschlichen Verkehrs die wichtigsten Verkehrsstraßen. Oftmals wiesen sie auch vordringenden Heeren die politische Stoßrichtung und haben daher stets im kriegerischen Geschehen eine gewaltige politische Bedeutung gehabt.

Andererseits knüpfen sich, wie wir schon hörten (S. 46), zwischen den Gegenufern schiffbarer Flüsse fast immer enge kulturelle und verwandtschaftliche Beziehungen der Anlieger an. Eine Ausnahme machen die allergrößten Riesenströme der Tropen und der subarktischen Länder, die gelegentlich eine vollkommene Verkehrsscheide darstellen, nicht selten auch die meerbusenartig erweiterten Mündungen großer Flüsse und solcher Gewässer, die durch stark versumpfte Ufer den Menschen die Annäherung erschweren. In allen anderen Fällen *verbinden* Flüsse und andere Binnengewässer (mäßig große Seen, Kanäle) ihre Gegenufer weit mehr, als daß sie diese *trennen*.

Schiffbare Flüsse und kleine oder mittelgroße Binnenseen weisen nahezu stets eine Spracheinheit und weitgehende Kultureinheit aller ihrer Uferbewohner auf, auch dort, wo künstlich konstruierte politische Grenzen die Gegenufer voneinander zu scheiden versuchen.

So ist z. B. der Rhein im *ganzen* Umfang, einschließlich des Bodensees, ein Strom des germanischen, die Rhone des französischen Sprachgebiets geworden. Mangelhaft schiffbare Flüsse dagegen oder solche, die nur in der Mündungsstrecke Bedeutung für die Schiffahrt haben, weisen keine Neigung zur Spracheinigung ihrer Uferanlieger

Digitized by Google

auf. Polens Streben, die Weichsel zu einem Strom zu machen, an dessen Ufern nur polnisch gesprochen wird, ist nicht in Erfüllung gegangen.

Eine kulturelle Einheit der Gegenufer geht mit der wirtschaftlichen gern Hand in Hand und zieht dann oftmals auch die politische Einheit nach sich. Allerdings arbeitet die für die Diplomaten allzeit besonders verlockende Tendenz, staatliche Grenzen der Einfachheit halber in Flüsse zu verlegen, dieser politischen Einigung der Flußufer häufig entgegen. Wo aber die politische Entwicklung an schiffbaren Wasserstraßen ohne störende Eingriffe von außen vor sich geht, da wird der Strom nicht selten zur Wirbelsäule eines Staates und gibt in besonders gelagerten Fällen Anlaß zur Entstehung sogenannter Flußfadenstaaten.

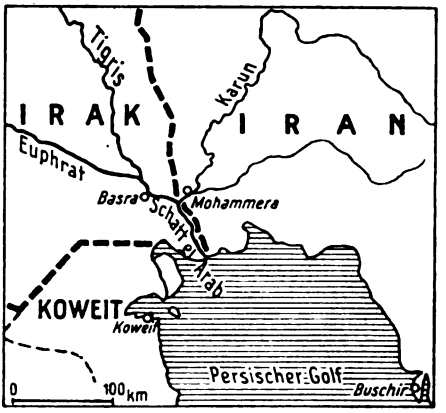


Abb. 22.
Die Grenze auf dem linken Ufer des Schatt-el-Arab.

Beispiele.

1. Der charakteristischste Flußfadenstaat der Welt ist und bleibt natürlich Ägypten (Abb. 2). Nur dort, wohin in diesem Lande das Wasser dringt, ist Anbau, ist Siedlung, ist Staat möglich. Der ganze Staat Ägypten — vom Delta abgesehen — war in den meisten Epochen der Geschichte ein langgezogenes, schmales, schlauchartiges Gebilde, das sich auf beiden Seiten eng an den Nil anlehnte (wenn auch politisch die beiderseitigen Wüsten allzeit als zu Ägypten gehörig angesehen wurden).

2. Gleich charakteristisch wie in Ägypten ist die Fadenform des Staates sonst nirgends ausgeprägt. Immerhin gibt es noch mannigfach Beispiele, daß ein Strom zum tragenden Rückgrat eines Staates wird. Mit Recht nannte man das alte Österreich-Ungarn die „Donaumonarchie", mit Recht spricht man von dem Kongostaat, den La-Plata-Staaten, von Nigerien, Senegambien, Mesopotamien usw. Man könnte auch Venezuela den Orinocostaat nennen, Kolumbien den Magdalenenstrom-Staat, Britisch-Guyana den Essequibo-Staat, Siam den Menamstaat usw.

3. Im Mittelalter war das Erzbistum Trier ein typischer Mosel-, das Erzbistum Mainz im Kern ein Main-Flußfadenstaat (Abb. 23).

4. Ein treffliches Beispiel, wie lebhaft die Bestrebung nach staatlicher Vereinheitlichung durch einen wichtigen Fluß

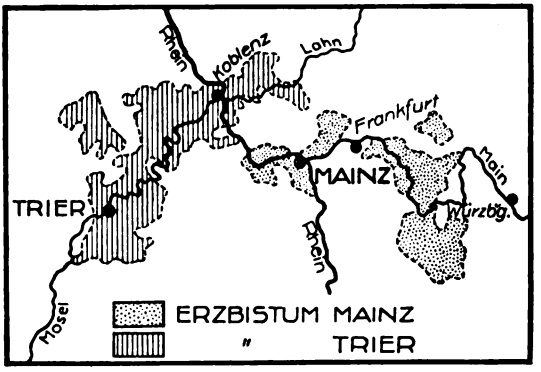


Abb. 23. Die Bistümer Mainz und Trier als Flußfadenstaaten.

Digitized by Google

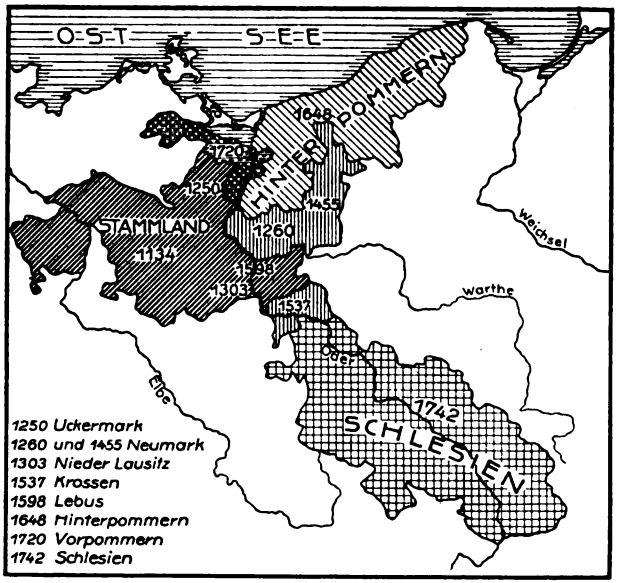


Abb. 24. Das Preußisch-Werden der Oder.

gefördert werden kann, bietet uns die Oder des 13. bis 18. Jahrh. (Abb. 24). Ihr mittlerer Lauf war frühzeitig (1250 und 1260) brandenburgisch geworden, 1303 folgte die Niederlausitz, 1455 die Neumark (zum zweitenmal), 1537 das Fürstentum Krossen, 1598 das Bistum Lebus, 1648 Hinterpommern. Als dann 1720 auch Vorpommern zu Preußen kam und das Land somit in Stettin seinen beherrschenden Haupthafen erhielt, wirkte sich der Drang nach dem einheitlichen Besitz des ganzen Stromlaufs dahin aus, daß Friedrich der Große 1742 auch das Land der oberen Oder, Schlesien, seinem Reiche angliederte.

5. Die normannischen Warägerstaaten in Rußland waren im 10. Jahrh. typische Flußfadenstaaten, die sich an den Wolchow-Fluß (südlicher Zufluß des Ladogasees) mit Nowgorod am Ilmensee und den Dnjepr mit Kiew als Hauptstadt anlehnten.

6. Die französischen Kolonialbesitzungen in Nordamerika bis 1763 waren deutliche Flußfadenstaaten, die nur an den Ufern der Flüsse Bedeutung hatten: Kanada und Akadien ein St. Lorenzstrom-, Louisiana ein Mississippi-Flußfadenstaat.

7. Unbedingt auffällig ist ferner die schwerlich ganz zufällige Tatsache, daß außerhalb Europas gerade die allergrößten, gut schiffbaren Riesenströme — mit alleiniger Ausnahme des Amur und des La Plata — in ihrem gesamten schiffbaren Stromgebiet nur zu einem einzigen Staat zu gehören pflegen: Ob, Jenissei, Lena, Hwangho, Jangtsekiang, Kongo, Orinoko, Amazonas, Mississippi. In Europa mit seinen außerordentlich vielfachen historischen und dynastischen Komplikationen ist dergleichen nur ausnahmsweise möglich (Wolga), aber die menschenverbindende Kraft schiffbarer Gewässer zeigt sich doch recht deutlich daran, daß auch in unserem Erdteil die wichtigeren Flüsse und Binnenseen kaum jemals eine Sprachgrenze zwischen den gegenüberliegenden Ufern darstellen — von einigen Uferstrecken der Donau abgesehen.

8. Ausnahmsweise kann auch einmal eine künstliche Wasserstraße die gleichen, menschenverbindenden und kulturell einenden Wirkungen ausüben wie ein großer Fluß. Die große Mehrheit der Kanäle ist zwar viel zu klein, als daß man von ihnen politische Einflüsse erwarten kann. Beim längsten Kanal der Erde aber, dem 1100 km langen chinesischen Kaiserkanal (heute ganz veraltet), der eine viel benutzte Binnenschiffahrtsstraße von Peking zum Hwangho und Jangtsekiang und darüber

Digitized by Google

hinaus bis zur Bucht von Hangtschou darstellte (Abb. 46), ist die politische Wirkung in Gestalt einer stärkeren wirtschaftlichen und kulturellen Bindung zwischen Nord und Süd unverkennbar gewesen.

3. Wirkung der Stromrichtungen auf die Struktur der an ihnen entstandenen Staaten.

Erich Obst in Breslau machte im Jahre 1928 auf eine weitere Bedeutung der Ströme für die Staatenbildung und die staatlichen Geschicke aufmerksam.[1]) Es gibt Länder, in denen die Flüsse so angeordnet sind, daß sie ungefähr strahlenförmig von einem Mittelpunkt aus nach verschiedenen Richtungen ins Meer strömen, und solche, bei denen sie ungefähr parallel zueinander in gleicher Richtung fließen. Obst hat nun gezeigt, daß die staatliche Struktur des betreffenden Landes von dieser zufälligen und scheinbar gleichgültigen Anordnung der Flüsse weitgehend beeinflußt wird, und zwar aus einem durchaus einleuchtenden Grunde. Der zentrale Raum, von dem die Ströme annähernd radial abfließen, hat wirtschaftliche Interessen auf allen Strömen und sucht diese verschiedenen Interessen nach Möglichkeit auf einen und denselben Nenner zu bringen. Bei den parallel laufenden Flüssen fehlt dieses gemeinsame Interesse: jedes Flußgebiet entwickelt sich nach seinen eignen Wirtschaftsgesetzen und kümmert sich im allgemeinen nur wenig um das, was an den parallelen Nachbarströmen vor sich geht, spürt daher auch lange Zeit gar keinen Anreiz, sich mit diesen andersartigen Wirtschaftsgebieten staatlich zusammenzufinden, sieht in ihnen womöglich Konkurrenten und stellt sich dann dem „Ausland" feindselig gegenüber. Daraus ergeben sich nachfolgende Regeln:

Länder mit leidlich gut zentrifugal angeordnetem Flußnetz pflegen im politischen Mittelpunkt an geeigneter Stelle einen zentralen Machtfaktor von überragender Bedeutung zu entwickeln und auch den geeinten Staat von diesem Mittelpunkt aus straff zentralistisch zu verwalten. Länder mit parallel geschaltetem Flußnetz dagegen legen meist wenig Wert auf staatlichen Zusammenschluß der Flußsysteme und bilden verschiedene Staaten mit oft völlig verschiedenen und sich befehdenden politischen Zielsetzungen. Werden sie aber schließlich durch andere Vorgänge staatlich geeint, so besteht bei ihnen die Neigung zur Mehrstaatlichkeit in einer bundesstaatlichen Verfassung fort.

Beispiele.

a) Länder mit strahlenförmigem, zentrifugalem Flußnetz.

1. Das charakteristischste Land dieser Art, das die Erde kennt, ist das europäische Rußland. Ein bemerkenswert großer Teil seiner Ströme kommt von der Waldaihöhe herunter. Hier im hydrographischen Zentralraum hat sich daher auch die politische Vormacht des Landes entwickelt, das Moskowiterreich, das mit Hilfe der Flüsse leicht in alle Teile des großen Reiches kommen und sie politisch seinem Willen unterordnen konnte (Abb. 25). Und so ist dieser russische Staat seit dem Aufkommen des Moskowiterreiches im 13. Jahrh. allzeit, sowohl unter dem Zarenreich wie in der gegenwärtigen Sowjet-Episode, das am straffsten zentralistisch regierte Reich Europas gewesen. Der politische Mittelpunkt, erst (seit 1170) Wladimir, dann (seit 1328) Moskau, konnte natürlich nicht auf der Waldaihöhe selbst angelegt werden, sondern

1) Zeitschr. f. Geopolitik, 1928, S. 27 ff.

Digitized by Google

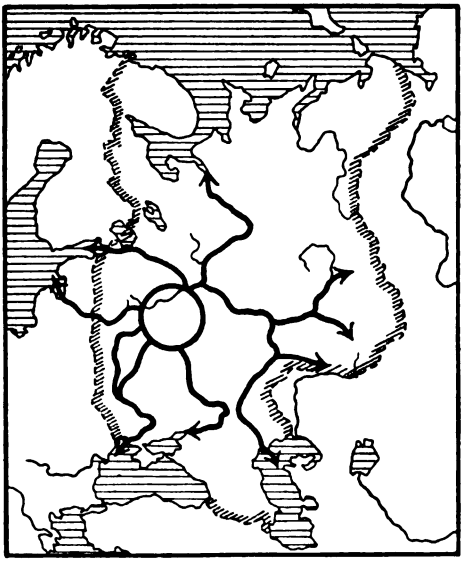


Abb. 25. Die Naturbegünstigung des russischen Zentralismus durch ein radial vom Moskauer Zentralraum ausstrahlendes Flußnetz. (Nach Obst, Zeitschrift f. Geopolitik, Jahrg. 1928.)

nur in möglichster Nähe von ihm, an einer Stelle, wo schon Schiffahrt möglich war. Auch als im Jahre 1703 Zar Peter I. die politische Hauptstadt nach St. Petersburg verlegte, um von dort aus seinem bis dahin rein autarken und fast abgeschlossenen Reich die Möglichkeit zu geben, europäische Politik zu treiben, blieb der kulturelle und recht eigentlich „russische" Schwerpunkt des Landes in Moskau liegen. Dorthin ist ja im Jahre 1917, als Rußland sich wieder dem asiatischen Despotismus verschrieb und der europäischen Kultur Kampf ansagte, das politische Zentrum des Landes bezeichnenderweise zurückgependelt.

Zur Zeit strebt die Sowjet-Regierung, die Zentralstellung Moskaus auch geographisch immer stärker zu betonen, indem sie die Moskwa durch Schiffahrtswege von modernem Ausmaß mit allen benachbarten Strömen in Verbindung bringt, um die Hauptstadt des Landes dann auf sechs Meere hinausschauen zu lassen: das Weiße Meer, das Eismeer, die Ostsee, das Asowsche, das Schwarze und das Kaspische Meer.

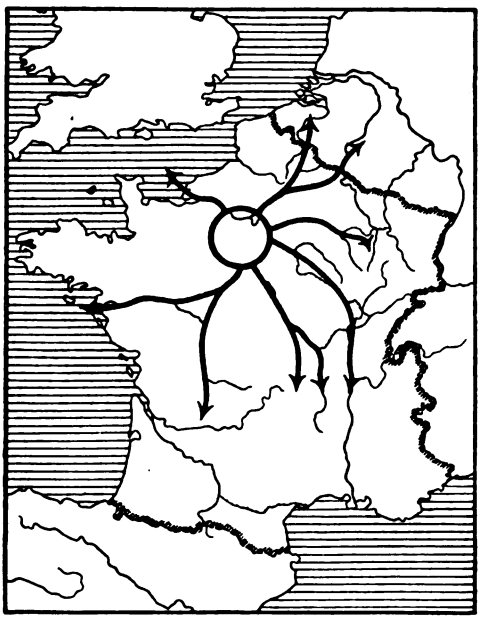


Abb. 26. Einfluß der Flußrichtungen auf den politischen Zentralismus in Frankreich. (Nach Obst, Zeitschrift f. Geopolitik, Jahrg. 1928.)

2. Nahezu strahlenförmig angeordnet sind ferner die meisten größeren Ströme in Frankreich (Abb. 26). Hier spielt die Ile de France die Rolle der Waldaihöhe in Rußland: aus ihr quoll der Gedanke politisch-nationaler Zusammengehörigkeit über den Raum zwischen Maas, Rhone, den beiden Meeren und den Pyrenäen. Wieder ist das politische Zentrum in möglichster Nähe dieses geographischen Zentrums gelegen und nur an den best-erreichbaren, schiffbaren Fluß herangerückt, an diejenige Stelle, von wo aus sich über Marne, Seine und Oise besonders gute Zugänge zu den wichtigsten anderen Flüssen ergeben. Wieder ist auch die straff zentralistische Verwaltung des Staates Frankreich in so hohem Maße entwickelt, daß man kaum zu viel sagt, wenn man behauptet, der kulturelle und politische Schwerpunkt Paris

Digitized by Google

sei ganz Frankreich („Paris, c'est la France!"). Äußerst typisch ist ferner, daß die von den Flußsystemen des Zentralraums nicht erfaßten Landesteile am stärksten mit völkischen und sprachlichen Minderheitsproblemen zu rechnen haben: das Elsaß (Deutsche), der Südosten (Italiener), der Südwesten (Basken und Katalanen), der Westen (Bretonen und Normannen), der Norden (Flamen).

3. In Spanien finden wir ebenfalls ein leidlich strahlenförmiges Flußnetz, dazu eine Hauptstadt genau im geometrischen Mittelpunkt des Landes, sowie einen zentralen Teilstaat Kastilien, der in der Geschichte die führende Rolle spielte und die Pyrenäenhalbinsel — außer Portugal — staatlich einte.

b) Länder mit parallel geschaltetem Flußnetz.

Parallelschaltung der Flüsse bedeutet Auseinandergehen der wirtschaftlichen wie der politischen Ziele.

Beispiele.

1. Ein Beispiel dieser Art liegt uns besonders nahe: Norddeutschland (Abb. 27). Alle Hauptflüsse strömen nach Norden bzw. Nordwesten; jeder stellt ursprünglich ein Wirtschaftsgebiet für sich dar, ohne gemeinsame Belange mit den Nachbarflußsystemen. Jeder Teil des Landes hat daher anfänglich nur für einen Fluß Interesse, keiner für alle gleichzeitig. Daß diese Zersplitterung der wirtschaftlichen Zielsetzungen ein Hauptgrund für die lange, verhängnisvolle politische Spaltung der deutschen Stämme und Staaten gewesen ist, darf als um so wahrscheinlicher angesehen werden, als Länder mit einem fehlenden wirtschaftlichen Hauptraum auch sonst zur Vielstaatlichkeit und damit zur Kleinstaaterei neigen — man denke an das alte Griechenland (S. 39), an die Schweiz, an Indien.

Wie ist nun in Norddeutschland dieses Auseinanderklaffen der staatlichen und wirtschaftlichen Zielsetzungen trotzdem überwunden worden? Was hat hier gewissermaßen einen Ersatz geschaffen für die zusammenschweißende Wirkung des Zentralraums im strahlenförmig angeordneten Flußsystem? Die Antwort ist besonders lehrreich. — Der Kernstaat Brandenburg war im 17. Jahrh., infolge von zufälligen dynastischen Beziehungen und Erbschaften, gleichzeitig Territorialherr an Rhein, Weser, Elbe, Oder, Pregel und Memel geworden und hatte das selbstverständliche Verlangen, diese auseinandergesprengten Ländereien einheitlich zu verwalten und straff aneinander zu binden. Dies geschah zunächst wirtschaftlich (Reitpost des Großen Kurfürsten von Kleve bis Memel, Müllroser Kanal u. a.), später politisch durch Erwerbung territorialer Landbrücken (1656, 1666, 1772, 1793, 1803, 1866). Erst 1866 war dieser Prozeß beendet, der trotz dem

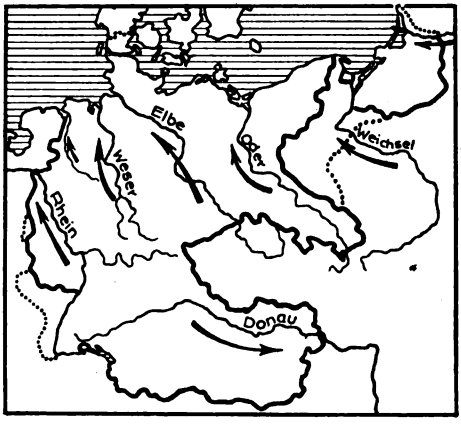


Abb. 27. Parallelschaltung der deutschen Ströme als Ursache politischer Uneinigkeit vor 1870.

Digitized by Google

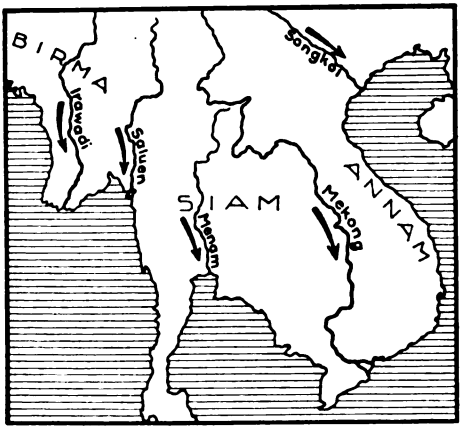


Abb. 28. Parallelschaltung der hinterindischen Stromgebiete in einem politisch nie geeinten Land.

parallelen Lauf der Ströme senkrecht zu ihm eine starke staatliche Klammer quer über ganz Norddeutschland gelegt hat. Seit dem März 1938 ist nun endlich auch die in entgegengesetzter Richtung fließende Donau in das norddeutsche Staatensystem weitgehend eingespannt worden.

2. Ein weiteres sehr charakteristisches Beispiel ist Hinterindien (Abb. 28). Die fünf großen Ströme Irawadi, Saluen, Menam, Mekong und Songkoi fließen hier, in zum Teil gar nicht sehr bedeutender Entfernung voneinander, alle nach Süden bzw. Südsüdosten, vielfach durch ansehnliche Gebirge voneinander getrennt. Jedes Flußsystem stellt sein eigenes Wirtschaftsgebiet dar und fragt kaum nach den Nachbarn. Infolgedessen ist Hinterindien, wo primitive Staatenbildung schon in vorchristlicher Zeit begann, im ganzen Lauf der Geschichte niemals ein politisch geeinter oder auch nur ein durch Eroberung von außen künstlich zusammengeschweißter Staat gewesen, sondern die Mehrstaatlichkeit ist allzeit dort heimisch gewesen.

3. Noch ein Gebiet von geringerer Bedeutung sei erwähnt, da es wiederum eine — nur scheinbare — Ausnahme darstellt: Sibirien. Hier fließen die drei Riesenströme Ob, Jenissei und Lena abermals nahezu parallel dem Weltmeer zu, und dennoch ist das Land Sibirien politisch nicht zersplittert, sondern staatlich geeint. Die Staatenbildung ist aber von außen hereingetragen worden und nicht bodenständig. Sibirien ist Kolonialland, wenn auch die koloniale Durchdringung ausnahmsweise nicht von Übersee her, sondern von der Landseite aus erfolgt ist. Der staatliche Charakter des Landes hat sich also nicht von innen heraus entwickelt, sondern ist aufgepfropft worden, und zwar in einer von West nach Ost wandernden Richtung (S. 28), also genau senkrecht zum Verlauf der Ströme. An diesen konnten sich überdies weder eigene Wirtschaftsgebiete noch eigene Staaten entwickeln, da sie in ein verkehrsloses Meer münden und daher, trotz ihrer prachtvollen Schiffbarkeit im Sommer, bedeutungslos für die menschliche Wirtschaft bis in die jüngste Zeit geblieben sind. Würden die Ströme, statt in den unwirtlichen Norden, nach dem warmen Süden abströmen, so würde vermutlich eine sehr lebhafte Staatenbildung schon frühzeitig in der Geschichte eingesetzt haben.

c) Zu den genannten beiden Flußanordnungen, der radial ausstrahlenden und der parallel geschalteten, gesellt sich nun aber noch eine dritte, die wieder ganz andere, jedoch durchaus unpolitische Folgen zu zeitigen pflegt. Es gibt nämlich außer den zentrifugalen auch zentripetale Stromsysteme, in denen gewissermaßen von allen Seiten mächtige Stromläufe in einen Mittelpunkt einmünden. Meist ist dieser an der Meeresküste, zuweilen auch im Binnenland gelegen. In solchen Fällen pflegt diesem Mittelpunkt als dem ersten Seehafen stets ungewöhnlich hohe Bedeutung zuzukommen. Doch handelt es sich dann stets um ein rein

Digitized by Google

wirtschaftliches Übergewicht, ohne Tendenzen zu politischer Machtentwicklung.

Die Seehäfen eines besonders dicht entwickelten, gut schiffbaren Stromnetzes, das sternförmig in einem Mittelpunkt zusammenstrahlt, haben zum Gedeihen politische Machtentwicklung nicht nötig und können sich daher ausnahmslos ihren besonders einträglichen wirtschaftlichen Aufgaben widmen, unter Vernachlässignng des mühseligen Unterbaus der politischen Staatenschöpfung. Diese Mündungsstädte sind daher niemals politische Zentren, Hauptstädte von Staaten, sondern nur Handelshäfen von hohem Rang.

Beispiele.

1. An der gemeinsamen Mündung des Ganges-Brahmaputra-Systems ist der stets unpolitische Welthafen Kalkutta entstanden.

2. An der Euphrat-Tigris-Mündung ist Basra, das Balsora der Kalifenzeit, groß geworden, das jedoch ebenfalls nie Sitz einer staatlichen Macht war.

3. Im Amazonasgebiet hat sich tief im Binnenlande Manaos (bis wohin die großen Seeschiffe hinauffahren können) im genauen Zentrum der ineinanderfließenden tropischen Riesenströme als führender, für große Seeschiffe erreichbarer Seehafen entwickelt (Abb. 29).

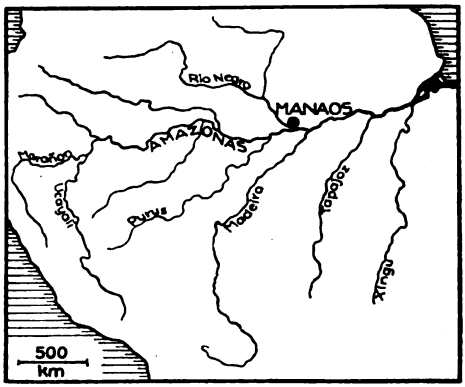


Abb. 29. Manaos als rein wirtschaftlicher Schwerpunkt im Zentrum eines zentripetalen Flußsystems.

4. Im Kongosystem, das ebenso stromreich und tadellos schiffbar ist wie das Amazonassystem, liegt der wirtschaftliche Schwerpunkt in den Städten am Stanley-Pool, da die Mündungsstrecke leider durch schwere Stromschnellen völlig unschiffbar ist. Andernfalls wäre vielleicht der Mündungs-Seehafen Matadi nächst Alexandria und Kapstadt der wichtigste Afrikas.

g) Der geopolitische Einfluß des Meeres.

Es beginnt nämlich der Reichtum im Meere.
Hölderlin.

1. Das Meer als Staatengrenze.

Unter allen Grenzen, die es gibt, sind die Meeresküsten die besten. Die Sicherheit, die sie ihrem Staat gewähren, wächst proportional der Entfernung des nächsten größeren Landes. Zwei Inselländer sind es bezeichnenderweise, die als einzige unter den schon seit dem Mittelalter bestehenden Staaten niemals in ihrer Geschichte durch äußere Feinde (von unbedeutenden Vorgängen an den Küsten abgesehen) ernstlich gefährdet worden sind: Japan und Island. Auch England, das in älteren Zeiten mehrfach feindliche Einfälle erlebt hat (Römer, Pikten, Skoten, Angeln, Sachsen, Jüten, Dänen, Normannen), ist seit der Schlacht von Hastings (14. Oktober 1066) von großen, feindlichen Einbrüchen verschont geblieben; die einzigen unmittelbaren Bedrohungen in den letzten 8½ Jahrhunderten durch die spa-

Digitized by Google

Abb. 30. Englands Besitz in Frankreich um 1425.

nische Armada (1588) und durch Napoleon I. (1805) und die dreimaligen Versuche, England von Irland her anzugreifen (Spanien 1600, Frankreich 1690 und 1798), blieben ohne Ergebnis. (Die Gefährdungen im Weltkrieg durch Luftschiffe und U-Boote sahen ja naturgemäß niemals eine Landung von Truppen und eine militärische Invasion vor.)

Ist ein Inselreich im kälteren Klima nur durch schmale Meeresarme vom Ausland getrennt, so kann es gelegentlich seine Sicherheitslage durch strenge Winter einbüßen, wie es Dänemark 1658 im schwedischen Kriege erfuhr, als ein feindliches Heer mit aller Artillerie über den gefrorenen Öresund in Seeland einbrach und dem Inselstaat den Diktatfrieden von Roeskilde (26. Februar 1658) aufzwang. Aus diesem Grunde kann man die Ålands-Inseln, obwohl sie von einer schwedischen Bevölkerung bewohnt sind, geographisch nur zu Finnland rechnen, mit dem der Archipel allwinterlich durch eine starke Eisdecke auf den trennenden, seichten Meeresarmen fest verbunden wird.

In unseren Tagen ist die hohe Sicherheit auch der festlandnahen Insellage durch die Entwicklung der Luftwaffe, durch U-Boote und weittragende Geschütze teilweise entwertet worden. England hat es schon im Weltkriege erfahren, und künftige Kriege dürften es noch deutlicher erkennen lassen.

Obwohl Inselstaaten militärisch am schwersten angreifbar sind und sich des trefflichsten Grenzschutzes erfreuen, neigen sie häufig dazu, sich ein Sicherheitsfeld (Glacis) auf dem vorgelagerten Festland zu verschaffen.

Beispiele.

1. England hat im 14. und 15. Jahrh. große Teile von Frankreich erobert (Abb. 30). Der nächste und bedrohlichste Festlandplatz, Calais, war zwei Jahrhunderte lang (14. August 1347 bis 8. Januar 1558) englischer Besitz. Es ist schwerlich ein Zufall, daß es sofort nach dem Verlust seines Festlandsglacis begann, sich eine starke Kriegsflotte zu schaffen. Den letzten festländischen Stützpunkt, Dünkirchen, gab England erst 1662 auf.

2. Dänemark hat sich im 13. bis 16. Jahrh. immer wieder in den Besitz Südschwedens, vom 15. bis 19. Jahrh. (1460—1864) Schleswig-Holsteins gesetzt.

Digitized by Google

3. Venedig schuf sich auf dem vorgelagerten Festland eine territoriale Herrschafts- und Schutzzone in Gestalt der sogenannten „Terra ferma“ (Abb. 31).

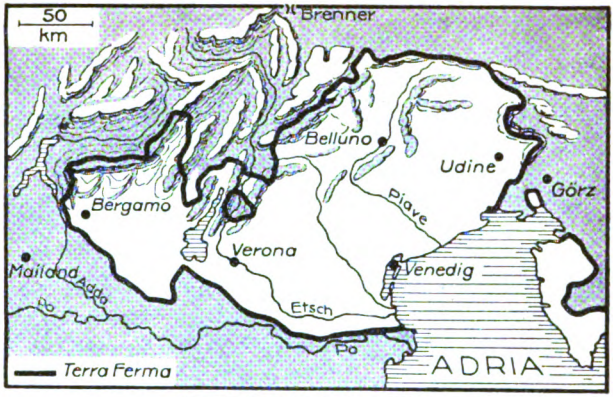


Abb. 31. Venedigs Festland-Glacis.

4. Japan hat zu wiederholten Malen, im 5., im 16. Jahrh., zuletzt 1910, die ihm zunächst gelegene, staatlich stets schwach gewesene Festlandshalbinsel Korea unterworfen und dehnt zur Zeit seine „Terra ferma“ auf die Mandschurei und Jehol, letzthin auch schon auf die Innere Mongolei (Vorstoß nach Tschahar, 23. Januar 1935) und Nordchina aus (vgl. Abb. 32).

5. Erst Portugal (1415—1578), später Spanien haben in jahrhundertelangem Ringen mit wechselndem Erfolg immer wieder versucht, das nördliche Marokko in ihren Besitz zu bringen. Ebenso griff Frankreich 1830 nach Algerien und 1881 nach Tunis hinüber, das eigentlich Italien als seine „terra ferma“ begehrte. Italien hat dann, da ihm Tunis zu seinem schweren Leidwesen entging, 1911/12 Tripolis und die Cyrenaica als Gegenufer erobert.

6. In moderne Form übertragen, finden wir das Streben, sich ein festländisches Glacis zu verschaffen, in Englands Haltung gegenüber Belgien wieder. Der Haupthafen Belgiens, Antwerpen, wurde schon von Napoleon I. als „die auf das Herz Englands gerichtete Pistole“ bezeichnet. Diese „Pistole“ wünscht England nur im Besitz eines kleinen und schwachen Staates zu sehen. Eine Festsetzung Frankreichs oder Deutschlands in Antwerpen würde England nie dulden. Die Trennung Belgiens von Holland nach dem Aufstand von 1830 fand in England ihren tätigsten Befürworter und Förderer. Das vor kurzem gesprochene Wort des britischen Staatsmannes Baldwin, „Englands Grenze liege am Rhein“, zeigt zur Genüge,

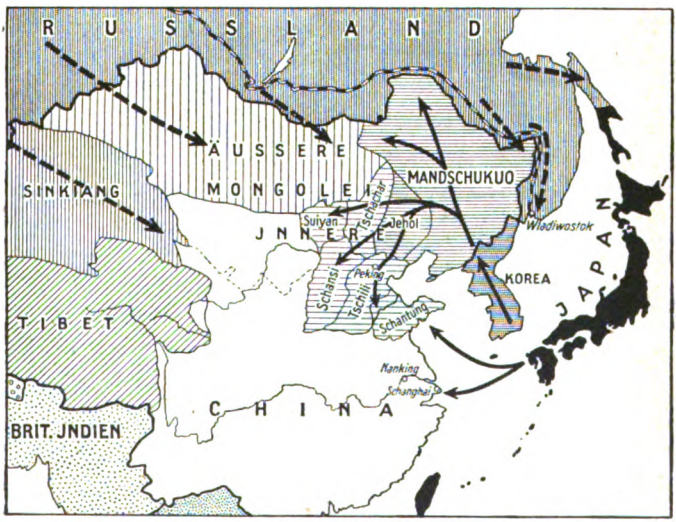


Abb. 32. Japans Ausdehnungstendenz auf dem vorgelagerten Festland.

Digitized by Google

wie auch heute noch England im Vorhandensein Belgiens nur ein Element der eigenen nationalen Sicherheit erblickt.

Auf einen weiteren Zusammenhang zwischen Inselmeeren und geschichtlichen Vorgängen hat in geistvoller Weise Peschel hingewiesen[1]): „Überall und zu allen Zeiten hat die Seeräuberei in inselreichen Gewässern ihr Quartier aufgeschlagen."

2. Der Drang nach der Meergrenze.

Ackerbautreibende Staaten älterer Zeit bedurften der Berührung mit dem Meere nicht. Was die Bewohner an Nahrung und Kleidung benötigten, brachte ihr eigener Boden hervor. Wenn auch kein Volk den Handel mit gewissen Auslandwaren (Metallen, Waffen, Schmuckstücken, Salz, Gefäßen usw.) völlig verschmäht hat, so waren bei primitiven Ackerbauvölkern die ohnehin bescheidenen Bedürfnisse doch viel zu gering, als daß ein Verlangen nach Schiffahrt aufkommen konnte. Wie bisher die Bewohner von Afghanistan und Abessinien einen Küstenbesitz für ihren Staat kaum begehrten, so war es früher binnenländischen Völkern vollkommen gleichgültig, ob ihr Land ans Meer grenzte oder nicht. Der russische Staat z. B. hat — von einer kurzen Episode nach der Ankunft der ersten Engländer in Archangelsk (1553) abgesehen — bis auf Peter den Großen (1689—1725) kein Verlangen nach einer Meeresgrenze verspürt. Mit der beginnenden Weltwirtschaft ist dies ganz anders geworden: das Meer ist eben die „Quelle der Völkergröße" (Ratzel) — heute mehr denn je!

Karge Länder mit wenig Ackerbau und Viehzucht waren dagegen von jeher in so hohem Maße auf das Meer, auf Fischfang, Schiffahrt usw. angewiesen, daß auch nahezu alle ihre wichtigen Städte bis auf unsere Tage am Meer liegen, wie wir es u. a. am Beispiel von Norwegen, Schweden, Finnland sehen.

Schon in den älteren Perioden der Geschichte haben die Meere, die für das Wirtschaftsleben erhöhte Bedeutung haben, eine magnetische Anziehungskraft auf höher entwickelte, starke Staaten ausgeübt. Im späteren Mittelalter waren das Mittelmeer und die Ostsee die Hauptmeere des europäischen Handels. Es ist ein reizvoller Gedanke, ob nicht die jahrhundertelange, national verhängnisvolle Italienpolitik der deutschen Kaiser durch das unbewußte Streben nach einer beherrschenden Stellung am Hauptmeer des Zeitalters ähnlich getragen wurde wie die Ostpolitik Heinrichs des Löwen und der Ordensritter durch den Drang nach der Ostseeküste!

Unter allen geopolitischen Faktoren, die für die Staatengeschichte Bedeutung erlangt haben, ist das Meer heute unzweifelhaft der bedeutungsvollste. Ja, die politische Wichtigkeit des Besitzes guter Meeresküsten ist in den letzten 200 bis 300 Jahren in unablässiger und starker Steigerung begriffen und kann manchmal geradezu zum Angelpunkt des politischen Geschehens und Handelns überhaupt werden.

Die weltwirtschaftliche Verflechtung, insbesondere der überseeische Handel, ist jetzt für jedes halbwegs kultivierte Land eine Angelegenheit von so lebenswichtiger Bedeutung, daß jeder Staat unabhängig zu sein wünscht vom guten oder bösen Willen seiner Nachbarn, die ihm nach Gefallen die Vorteile des Seehandels durch Abschneidung von den Häfen zu rauben oder mit Durchgangszöllen empfindlich zu verteuern

1) Oskar Peschel, Abhandlungen zur Erd- und Völkerkunde. Berlin 1877, Bd. I, S. 96.

Digitized by Google

vermögen. Deshalb drängt heute jeder Kulturstaat ans Meer, und zwar an eine mit guten Häfen ausgestattete oder auszustattende, möglichst das ganze Jahr hindurch benutzbare Küste. Dieser Drang kann unter Umständen mit der Stärke einer Zwangsvorstellung auftreten. Zu entbehren ist die eigene Meeresküste allenfalls, wenn dem Binnenstaat durch gut schiffbare Ströme, deren freie Benutzung durch internationale Verträge gesichert ist, ein allezeit befahrbarer Weg zollfrei zum bestgelegenen Seehafen gewährleistet ist, wie gegenwärtig z. B. für die Schweiz der Rheinweg, für die Tschechoslowakei der Elb- und Oderweg, für Ungarn der Donauweg. In solchem Fall können Binnenstaaten auf den Besitz eigener Meeresküsten zur Not verzichten. Fehlt aber ein solches Sicherheitsventil, so pflegen politische Störungen die Folge der Abschneidung vom Meere zu sein: Seeküsten sind heute die wirtschaftlichen Lungen der Staaten.

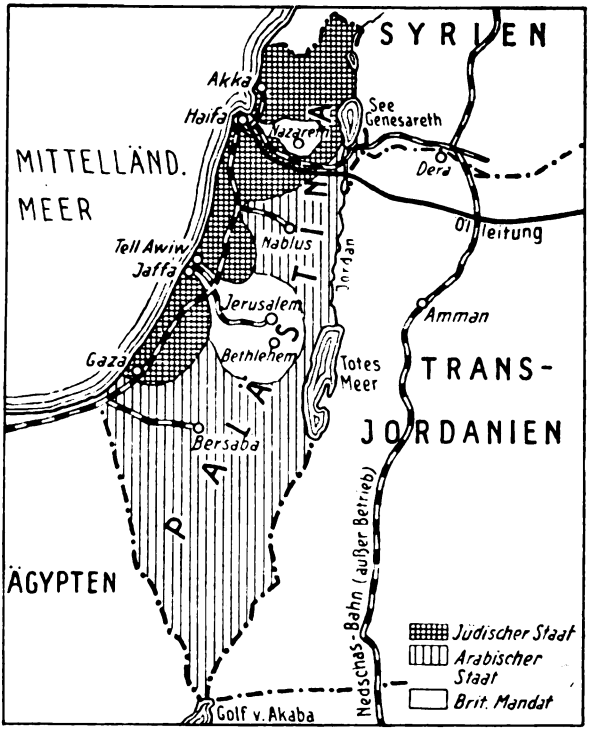


Abb. 33. Der englische 1937er Plan einer Dreiteilung Palästinas mit der Abschrankung Arabiens von den Mittelmeerhäfen durch den Zionistenstaat.

Zuweilen treffen wir in der Geschichte neue Staatenbildungen oder auch Kolonialgründungen an, durch die ein andrer Staat vom Meere abgeschrankt wird. Dergleichen ist stets ein politisch gefährliches Experiment: es wird dadurch in jedem Fall eine bedrohliche Reibungsfläche geschaffen.

Abschrankung vom Meer durch Entstehung von Küstensaumstaaten führt in neuerer Zeit stets entweder zum Durchbruch des abgeriegelten Binnenlandstaates an die Küste oder aber zu seiner Auffaugung durch den Küstenstaat.

1. Der Deutsche Ordensstaat war ein typischer Küstensaumstaat, der sowohl Polen wie Litauen vom Meere abschnitt. Als diese beiden Inlandsstaaten sich 1386 vereinten und dadurch zu einer großen politischen Macht wurden, kam es bezeichnenderweise um Samogitien, das bei Polangen an die Ostsee grenzt, zum Kriege Polen-Litauens mit dem Deutschen Orden, in dem die Ordensritter bei Tannenberg (15. Juli 1410) vernichtend geschlagen wurden.

2. Chile und Peru schieben sich seit 1884 als Querriegel vor Boliviens Zugang zum Meer. Dieser Zustand ist unnatürlich und dürfte eines Tages zu neuen politischen Konflikten führen (S. 23).

Digitized by Google

3. Albanien wurde 1913 eigens als neuer Küstenstaat geschaffen (S. 71), um Serbien von der Adria fernzuhalten. Die darin liegende Gefahr ist dadurch gemildert worden, daß Serbien 1919 weiter nördlich das Meer erreichte.

4. Der im Juli 1937 bekanntgegebene englische Plan einer Teilung Palästinas war geradezu das Muster einer lebensfremden und lebensunfähigen staatlichen „Grenzmacherei" am grünen Tisch. England hatte 1915 Palästina den Arabern als Teil eines kommenden Staates Großarabien und 1917 den Juden als einen nationaljüdischen Staat versprochen. „Daily Herald" charakterisierte diese Haltung treffend: „Wir verkauften ein Pferd, das uns gar nicht gehörte, an zwei verschiedene Käufer." Schließlich betrog aber England beide Käufer und steckte das Land 1919 als „Mandatsgebiet" in die eigene, unergründlich große Tasche. Die Folge waren unablässige Reibungen und bürgerkriegähnliche Zustände. Um ihnen zu entgehen, wurde 1937 eine Dreiteilung als Kompromiß vorgeschlagen: fast das ganze Küstenland sollte Judenstaat werden, das Hinterland als Teil Transjordaniens den Arabern überlassen bleiben. Die heiligen Stätten Jerusalem, Bethlehem und Nazareth mit je einem „Korridor" zum Meer sollten aber in britischem Besitz bleiben (Abb. 33). Diese maßlos komplizierte Verlegenheitslösung, in die Wirklichkeit umgesetzt, könnte zur Not einige Zeit mit englischer Waffengewalt am Leben erhalten werden, wäre aber im übrigen derart baufällig, daß das Gebäude im ersten Sturm umstürzen müßte. Weder waren die Juden zufrieden, denen ihr in drei Teile zerrissener Küstenstaat zu klein, noch die Araber, denen ihr Hinterland viel zu unfruchtbar erschien und die keinen brauchbaren Hafen erhalten sollten — ganz davon abgesehen, daß Jerusalem für Christen, Juden und Mohammedaner heilige Stadt ist und demgemäß von allen dreien begehrt wird. Der einzige, der Vorteil von der vorgeschlagenen Neuregelung gehabt hätte, wäre — England selbst gewesen! (S. 90). Die Ulemas (geistliche Oberhäupter) der Araber erklärten daher, eine Durchführung der Dreiteilung werde die Ausrufung des „Heiligen Krieges" zur Folge haben; auch Ägypten und der Irak sprachen sich scharf gegen den Teilungsplan aus, so daß der Völkerbund diesem nicht zuzustimmen wagte und England im Dezember 1937 das Projekt „vertagen", d. h. fallen lassen mußte. Am 27. April 1938 ist eine neue englische Studienkommission in Palästina eingetroffen, die einen neuen Teilungsplan vorschlagen soll. Auch dieser wird undurchführbar sein.

Von einer „Abschneidung" vom Meer muß man ebenfalls sprechen, wenn ein Staat zwar Küstenbesitz aufweist, der aber von der Natur allzu stiefmütterlich bedacht ist.

Rußland ist seit etwa 1600 mit der größten Festlandsküste ausgestattet, die jemals ein Land der Erde besessen hat. Die Gesamtlänge seiner Kontinentalküste betrug in Luftlinie 13000, mit allen Buchten 49000 km, aber dieser gesamte ungeheure Küstenbesitz konnte dennoch nicht verhindern, daß Rußland sich — mit vollem Recht — vom Meere „abgeschnitten" fühlte. An nicht weniger als sieben Meere grenzt der russische Staatskörper an, und dennoch ist sein Drang nach dem Meer nicht gestillt; denn jene sieben Meeresküsten (Ostsee, Weißes Meer, Eismeer, Schwarzes Meer, Kaspisches Meer, Stiller Ozean, Japanisches Meer) müssen in der Tat zumeist als unzureichend bezeichnet werden.

Das Moskowiterreich der Zaren, vorher ein reiner Binnenlandstaat, hatte bereits im 16. Jahrh. am Weißen Meer eine eigene Seeküste erlangt. Peter der Große eroberte dann mit den bezeichnenden Worten: „Ich suche nicht Land, ich suche Wasser" die schwedisch-baltischen Ostseeprovinzen. Vorher schon (1696) hatte er sein Reich südwärts

Digitized by Google

bis ans Schwarze Meer ausgedehnt. Aber Rußlands Meeresverlangen war nicht gestillt. Alle Häfen waren alljährlich monatelang durch Eis gesperrt: das dauernd benutzbare, das „warme" Meer hatte es nicht erreicht! Zudem waren die neuen russischen Häfen politisch aufs stärkste entwertet, da sowohl an der Ostsee wie am Schwarzen Meer die russischen Schiffe, wie Raubtiere im Käfig, gefangen waren und nur durch schlauchartig enge Zugänge, die leicht zu überwachen und zu sperren waren, mit dem offenen Weltmeer Verbindung hatten. Auch die Erwerbung Finnlands im Frieden von Frederikshamn (17. September 1809) führte nicht weiter. Am Schwarzen Meer erwirkte die englische Eifersucht sogar eigene Staatsverträge, die den russischen Kriegsschiffen die Ausfahrt durch den Bosporus ausdrücklich verboten (Londoner Abkommen vom 13. Juli 1841, Pariser Friede vom 30. März 1856, Berliner Kongreßakte vom 13. Juli 1878). Erst seit 1936 hat Rußland durch die neuen Abmachungen von Montreux für seine Schiffe in Friedenszeiten die nahezu ungehinderte Durchfahrt durch die Meerengen erlangt (S. 77).

Das dritte große Meer Rußlands, das Kaspische, steht mit dem Weltmeer überhaupt nicht in Verbindung. — Als es dem Zarenreich endlich 1860 gelang, in Ostasien an die besser schiffbaren Meere heranzukommen und Wladiwostok, die „Herrin des Ostens", zum neuen russischen Hafen zu machen, war auch dort dasselbe Unheil wie an der Ostsee und am Schwarzen Meer zu beobachten: vier- bis fünfmonatige Vereisung des Hafens in jedem Jahr, dazu Lage an einem Meer, das allseitig von japanischen Inseln umrahmt und nur durch enge, leicht zu sperrende Zugänge erreichbar war. — Infolge dieser „raffiniert ungünstigen" Lage (Georg Wegener) drängte die russische Politik immer stärker nach Süden, zum „warmen Meer". Gegen den Bosporus, gegen den Golf von Alexandrette, vor allem gegen den Persischen Golf und — im Osten — gegen das Gelbe Meer wollte man in Petersburg abwechselnd vorstoßen, gleich einem „Gletscher, der in vier Zungen das Meer zu erreichen strebte" (Kjellén). Nur im Osten hatte man einen kurzen Erfolg: 1898 „pachtete" Rußland von China die Kwangtung-Halbinsel mit Port Arthur. Um die Jahrhundertwende stand Rußland, wenn auch nur mit einem vorgeschobenen Posten, am warmen Meer![1]) Aber dieser hing nur durch einen einzigen, leicht abzuschneidenden Schienenstrang, die Nordmandschurische Bahn, über chinesisches Gebiet mit dem Mutterland, zusammen. Überdies entriß schon 1905 das siegreiche Japan dem Zarenreich den heißbegehrten Küstenbesitz wieder. Heute wissen wir, daß dadurch Rußland veranlaßt wurde, seinen Drang zum Meer in Europa neuerdings aufzunehmen. Wer weiß, hätte Rußland 1905 seine Stellung am Gelben Meer behalten, es wäre 1914 vielleicht nicht zum großen Weltkrieg gekommen!

Der Kriegsausgang hat dann Rußland auch noch seine relativ eisfreiesten Häfen an der Ostsee genommen (Libau, Windau, Riga, Pernau, Baltischport, Reval, Wiborg, Helsingfors, Åbo) und ihm nur Petersburg-Leningrad als einzigen Ostseehafen gelassen, der jährlich vier Monate lang vereist ist. Dafür hat sich aber Rußland seit 1912 an der (durch Golfstromwirkung) so gut wie immer eisfreien Murmanküste am Eismeer den neuen, wichtigen Handels- und Kriegshafen Murmansk in der Kolabucht geschaffen, von wo leicht der offene Ozean jederzeit erreicht werden kann.

1) Ganz eisfrei waren auch die Häfen der Kwangtung-Halbinsel nicht, denn der nördlichste völlig eisfreie Hafen Ostasiens ist erst die Kiautschou-Bucht.

Digitized by Google

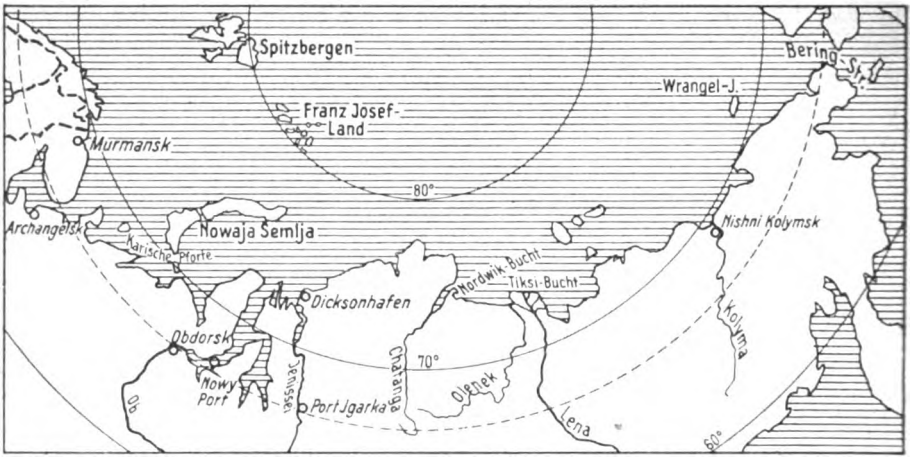


Abb. 34. Die neuen sibirischen Häfen am Eismeer.

Murmansk ist mit dem Inland durch die „Murmanbahn" verbunden. Außerdem gestattet angeblich der im August 1933 eingeweihte Ostsee-Weißmeer-Kanal einen Austausch kleinerer Kriegsschiffe zwischen den Kriegshäfen Kronstadt und Murmansk. Um seine 1918 fast verlorene militärisch-politische Stellung in der Ostsee wieder zu gewinnen, scheint Sowjet-Rußland ferner die Absicht zu haben, bei erster Gelegenheit seine Hand erneut auf die früher russisch gewesenen, heute finnischen Ålands-Inseln zu legen, die, im Mittelpunkt des Meeres gelegen, eine ähnlich beherrschende Stellung einnehmen, wie Malta im Mittelmeer. In Finnland sowohl wie in Schweden fürchtet man seit langem einen russischen Gewaltstreich gegen die genannte Inselgruppe, die zumal als Stützpunkt der russischen Luftwaffe für alle Ostsee-Anlieger eine sehr unbequeme Nachbarschaft werden könnte.

Nicht unerwähnt seien in diesem Zusammenhang die seit wenigen Jahren recht erfolgreichen Bestrebungen der fachwissenschaftlichen Leitung der russischen „Staatlichen Hauptverwaltung der nördlichen Seewege", die das Ziel verfolgen, die ganze „nordöstliche Durchfahrt" durchs Eismeer von der Karischen Pforte bis zur Beringstraße für Handel und Wandel wie auch für die militärische Schlagfertigkeit nutzbar zu machen. Mit Hilfe eines gut organisierten Netzes von Wetter- und Funkstationen, arktischen Erkundungsfliegern, neuen Seehäfen und Kohlenstationen am Eismeer usw. will man in den günstigsten Eismonaten Juli bis Oktober einen ständigen Schiffsverkehr durchs Eismeer möglich machen. Wie viel auf diesem Gebiet schon geleistet ist, zeigt die Tatsache, daß 1936 bereits 14 Schiffe die gesamte „Durchfahrt" bezwungen und die Reise zwischen Murmansk und Wladiwostok zurückgelegt haben. Dazu kommen weitere Schiffe, welche die neuen sibirischen Häfen am Eismeer aufsuchen. 1937 ist jedoch in dieser Entwicklung ein empfindlicher Rückschlag zu verzeichnen gewesen, da infolge außergewöhnlich schlechter Eisverhältnisse 26 Schiffe, die sich im Sibirischen Eismeer betätigen wollten, und dazu sogar 7 Eisbrecher einfroren und großenteils zugrunde gingen. Dennoch wird sich der Eismeerverkehr unzweifelhaft weiter entwickeln. Schon seit mehreren Jahren benutzt und im Aufblühen begriffen sind der Ob-Mündungshafen Nowy Port im Ob-Busen und vor allem der am Jenissei auf

Digitized by Google

dem Polarkreis gelegene Seehafen Port Igarka, heute bereits eine Stadt von etwa 30 000 Einwohnern und der wichtigste Hafen Sibiriens nächst Wladiwostok. Weitere russische Seehäfen am Eismeer entstehen gegenwärtig in Anderma (auf dem Festland südlich Nowaja Semlja), in Obdorsk am Ob, im Dickſonhafen (zwischen Jenissei und Pjasina), in Nordwik (Chatangamündung), in der Tikſibucht (Lenamündung, 71° 31'!), in Nogajewo an der gleichnamigen Bucht und bei Nishni Kolymsk (Kolymamündung).[1]) (Vgl. Abb. 34.)

Das Abgeschlossensein vom warmen Meer hat das Zarenreich, das Abgeschlossensein vom Meer überhaupt hat das Serbien der Vorkriegszeit zum dauernden politischen Unruheherd in Europa und schließlich zum explosionsreifen Dampfkessel gemacht. Serbien war vor 1914 neben der Schweiz der einzige größere reine Binnenstaat in Europa. Aber die weltwirtschaftlichen Interessen der Schweiz waren durch den sicher benutzbaren und zum Ozean führenden Rhein gut gewahrt, Serbien dagegen hatte nur die mangelhaft schiffbare Donau zur Verfügung, die fern von den großen Verkehrsstraßen in ein entlegenes Seitenmeer mündete. So war Serbien in seinem Verhältnis zum Meer in fast derselben Lage wie Rußland und wurde aus gleichem Grunde ein schlimmer Unruhefaktor der hohen Politik. Entweder an der Adria oder lieber noch an der Ägäis, in Saloniki, wünschte es eine serbische Küste und einen serbischen Hafen zu erhalten. Als die Balkankriege 1911/12 gegen die Türken und 1912/13 gegen die Bulgaren erfolgreich ausgingen, hoffte Serbien am Ziel seiner Wünsche zu sein, aber die hohe Diplomatie sprach den besten Hafen, Saloniki, demjenigen Staat zu, der am wenigsten dafür Verwendung und ohnehin einen Überfluß an sonstigen guten Küsten hatte, Griechenland, und Serbiens Hoffnung, Albanien erwerben zu können, scheiterte am kurzsichtigen Veto der österreichischen Staatsmänner. Serbien blieb auch nach dem Friedensschluß von 1913 ein unbefriedigter Binnenlandstaat; die von Serbien gewollte und amtlich geförderte Katastrophe von Serajewo, die den Weltkrieg auslöste, ist am 28. Juni 1914 nicht nur aus völkischen Wünschen entsprungen, sondern war auch eine Rache und Reaktion auf den österreichischen Einspruch gegen die serbische Meeresküste an der Adria im Jahre zuvor!

Ein kulturell entwickelter Staat ohne eine vollwertige Meeresküste ist ein dauernder politischer Unruheherd — es sei denn, daß ein vortrefflicher, abgabenfrei zu befahrender Strom ihm gewissermaßen als „Seeküsten-Ersatz" zu dienen vermag. Der „Drang zum guten Meer" ist in der heutigen Kulturwelt eine der am unwiderstehlichsten wirkenden geopolitischen Triebkräfte.

Beispiele.

1. Daß die Meeresküste „vollwertig", d. h. mit guten Häfen versehen sein muß, um den staatlichen Bedürfnissen zu genügen, lehrt nicht nur das Beispiel Rußlands, das vollwertige Häfen noch nie besessen hat, sondern auch der brandenburgische Staat des Großen Kurfürsten (1640—1688). Brandenburg hatte nach 1648 eigene Seeküsten, aber die hinterpommersche verfügte über keinen guten Hafen, und die

1) Vgl. den Aufsatz von R. Hennig, Die Erschließung Nordsibiriens und der russischen Arktis für die Weltwirtschaft, in den Jahrbüchern f. Nationalökonomie und Statistik (Jena), 1937, S. 271 ff.

Digitized by Google

ostpreußische war, wie heute, ohne Zusammenhang mit dem Hauptstaat und durch das polnische Reich von ihm getrennt. Brandenburg besaß also Küsten, aber keinen Hafen. Die Wirkung war die gleiche, als wenn es ein reiner Binnenlandstaat gewesen wäre: die politische Folge war das lebenslange Ringen des Großen Kurfürsten um Erwerb eines guten eigenen Hafens, ein Ringen, das kurz vor dem Ziel im Unglücksfrieden von St. Germain (29. Juni 1679) scheiterte (ex ossibus ultor) und erst unter seinem zweiten Nachfolger im Frieden von Stockholm (31. Januar 1720) zum Erfolg führte: durch Erwerbung des schwedischen Vorpommern mit Stettin. — An die wichtigere Nordseeküste ist Preußen vorübergehend 1744—1807 (Emden), endgültig erst 1854, durch den Ankauf Wilhelmshavens von Oldenburg, herangekommen, an die Elbmündung gar erst 1864, an die Weser- und Emsmündung 1866. Große preußische Handelshäfen an der Nordsee sind aber, vielleicht von Emden abgesehen, nicht mehr entstanden, da es seit 1871 deutsche Häfen ersten Ranges gab.

2. Vergessen wir nicht, daß der „Drang nach dem Meer" auch einer der stärksten Antriebe zur Gründung zunächst des Deutschen Zollvereins von 1834 gewesen ist, aus dem als logische Folge das neue Deutsche Reich von 1871 hervorging. In der Zeit des beginnenden Weltwirtschafts- und Maschinenzeitalters konnten die süd- und mitteldeutschen Königreiche, denen der „Drang nach dem Meer" ebenfalls nicht erspart blieb, zu bayrischen, württembergischen, sächsischen usw. Seehäfen nur auf dem Wege über einen großen deutschen Wirtschaftsbund, später über ein staatlich geeintes Deutsches Reich kommen. Der Drang zum Meer hatte vielleicht ein Hauptverdienst an der Besiegung des alten deutschen Partikularismus, der staatlichen Eigenbrötelei! In diesem Fall schuf die großdeutsche Idee den ungenügend zum Meer gelegenen Staaten einen Ausweg.

3. Allerdings dürfen die Staaten, die ans Meer drängen, nie vergessen, daß ihre Erwartungen nur dann auf dauernde Erfüllung rechnen können, wenn sie sich auf eigenes Volkstum zu stützen vermögen. Dem alten Österreich und dem alten Ungarn sind ihre von fremdem Volkstum besiedelten Häfen Triest und Fiume, dem alten Rußland seine baltischen und finnischen Häfen wieder verloren gegangen. Es war daher auch ein Fehler der meisten deutschen Kaiser des Mittelalters, daß sie dem Deutschen Reiche mit aller Gewalt die Berührung mit dem Mittelmeer zu verschaffen und zu sichern wünschten, das zwar damals das verkehrswichtigste Meer der Erde, aber an allen Küsten von fremdem Volkstum eingenommen war. Es wäre für die gesamtdeutsche Geschichte wahrlich unendlich viel besser gewesen, wenn die Kaiser sich auf die von ihnen mißachteten deutschen Meere, auf die Häfen „von der Maas bis an die Memel" besonnen und dem an sich großartigen, aber des Schutzes durch eine starke Zentralmacht völlig entbehrenden Städtebund der deutschen Hanse eine kraftvolle Rückenstärkung hätten angedeihen lassen.

4. Der 1932 ausgebrochene Krieg zwischen den beiden reinen Binnenlandstaaten Südamerikas, Paraguay und Bolivien, lehrte wieder die Anziehungskraft des Meeres. Paraguay hängt (wie die Tschechoslowakei und die Schweiz) durch einen allezeit sicher benutzbaren Strom (La-Plata- und Parana-Schiffahrtsakte vom 10. Juli 1853) mit dem Meer zusammen. Bolivien aber ist eine südamerikanische Schweiz, die sich nach ihrem „Rhein" sehnt. Seitdem ihm 1884 nach seinem Krieg gegen Chile die Küste am Stillen Ozean zwischen 23 und 26° s. Br. genommen wurde

Digitized by Google

(S. 23), ist es ein politischer Gefahrenherd. Es verlangte nun den Besitz des Gran-Chaco-Distrikts (Abb. 35) als „Korridor" zum schiffbaren La-Plata-System (dazu auch wegen der Erdölvorkommen). Ein mit einem brauchbaren pazifischen Hafen ausgestattetes Bolivien würde den Gran-Chaco-Krieg nie entfesselt haben, den es zuletzt verloren hat, da seine Gebirgssöhne im feucht-heißen Niederungsklima rascher erschlafften als die tropenfesten Paraguayaner.

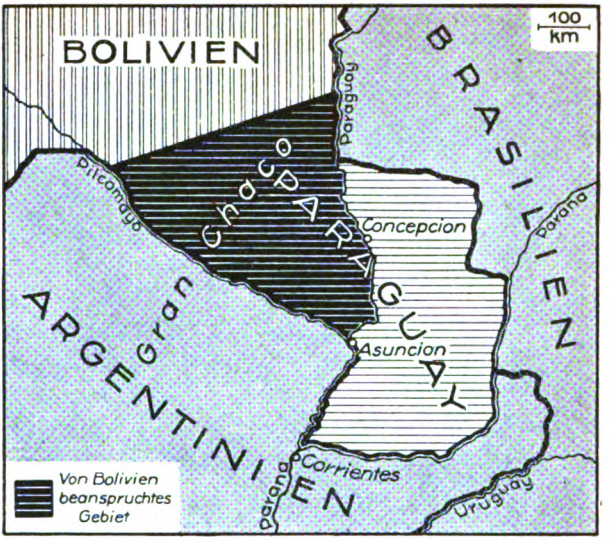


Abb. 35. Das strittige Gran-Chaco-Gebiet.

Mit solchen Erkenntnissen ausgestattet, kann man erst das rechte Urteil gewinnen über die staatsmännische „Klugheit" der Friedensmacher von Versailles, welche die Zahl der reinen Binnenlandstaaten Europas von vier im Jahre 1914 (Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg, Serbien) auf sechs erhöht haben (Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg, Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei) und obendrein zwei weitere neue Staaten (Polen und Südslawien) mit zweifellos nur mangelhaften und schmalen Meeresküsten ausgestattet haben, so daß diese Staaten heute etwa in derselben Lage sind wie das Brandenburg des Großen Kurfürsten im 17. Jahrh. Die Lösungen von Versailles können wahrlich nicht als ein Muster staatsmännischer Intelligenz angesprochen werden! Eine andere Lösung (Internationalisierung der Weichsel und polnische Freizonen in reichsdeutschen Häfen), die sogar die Polen selbst noch im Sommer 1918 allein anstrebten, wäre unendlich viel klüger gewesen als das geopolitisch geradezu ungeheuerliche Gebilde des sogenannten „Polnischen Korridors". Jene andere Lösung des polnischen Problems, die auch Präsident Wilson ursprünglich allein gewollt hatte — er hat dies selber eingestanden —, wäre sachlich um so berechtigter gewesen, als ja auch der Tschechoslowakei in genau gleicher Weise ein „freier Zugang" sowohl zur Nord- wie zur Ostsee (durch Freihäfen in Hamburg und Stettin sowie die freie Benutzung von Elbe und Oder) verschafft worden ist. Demgegenüber ist der „Polnische Korridor", den französische Maßlosigkeit ersonnen und Polen aufgedrängt hat, ein verfehltes Gebilde und der einzige polnische Seehafen Gdingen an offener, ungeschützter Küste nur künstlich durch riesige Staatssubventionen lebensfähig. Auch Bulgarien, dem man den seit 1913 erlangten, heißbegehrten Zugang zur Ägäis 1919 zugunsten des mit Häfen ohnehin überreich ausgestatteten Griechenlands wieder nahm, mußte auf einen „Bulgarischen Korridor" ans Ägäische Meer verzichten und mit wirtschaftlichen Zugeständnissen durch Griechenland in den Häfen Dedeagatsch und Saloniki zufrieden sein. — Jugoslawiens (Serbiens) nunmehrige eigene Häfen an der Adria besitzen dagegen höchst mangelhafte Verbin-

Digitized by Google

Abb. 36. Teilung des Hafens von Fiume.

dungen mit dem Hinterland und können über eine bescheidene, lokale Bedeutung kaum hinauswachsen. Der einzig gute Hafen Fiume gehört in seinem besten Teil zu Italien; allerdings ist Jugoslawien der weniger gute Nachbarhafen Sussak eingeräumt (Abb. 36). — Die andauernde Bedrohung des Danziger Staates durch Polen und der Fiumekonflikt von 1919/20 haben gezeigt, daß die Versailler Staatenmacherei von 1919 ohne hinreichende Einsicht in staatliche Lebensnotwendigkeiten erfolgt ist, daß sie infolge der ungenügenden Berücksichtigung des Dranges nach der guten Meeresküste die Zahl der europäischen Unruheherde gegenüber der Vorkriegszeit nicht vermindert, sondern vermehrt hat!

In ganz eigenartiger Weise hat das Streben nach dem „Korridor" zwecks Berührung mit dem Meer neuerdings Wichtigkeit für die in und um Arabien entstandenen, neuen Staaten erlangt. Unter diesen war Transjordanien ein reiner Binnenstaat ohne jede Küste. Seine Beduinenbevölkerung hatte auch kein Bedürfnis nach Schiffahrt; um so mehr wünschte England als eigentlicher Herr und Vormund dieses Landes, ihm einen Korridor zum Meere zu verschaffen. Transjordanien hat für England ansehnlichen Wert, einmal wegen der Ölleitung (Abb. 10), die England vom mesopotamischen Petroleumgebiet bei Mossul quer durch dieses Land zum palästinischen Seehafen Haifa legte (Inbetriebnahme 14. Januar 1935), aber auch als Durchgangsland seiner indischen Fluglinie, die von Kairo nach Bagdad über Transjordanien hinweggeführt ist. Da bei der neuen staatlichen Grenzziehung der vorderasiatischen Länder 1918—1920 Transjordanien westlich schon am Jordan und Toten Meer endete, hat ihm England mit Hilfe einer ganz raffinierten, wenn auch wirklich nicht sehr einwandfreien Handlungsweise einen „Korridor" zum Roten Meer hin verschafft. Als im Jahre 1924 der Wahabitenführer Ibn Sa'ud den Staat Hedschas eroberte und seinem Reiche Nedschd angliederte (S. 135), veranlaßte England den ihm willenlos hörigen „König von Hedschas" Hussein, unmittelbar bevor er abdanken mußte, den zu seinem bisherigen Reich gehörigen Rote-Meer-Hafen Akabá (das Ezeon Geber der Bibel, von wo Salomos Ophir-Fahrt ausging!) samt dem wichtigen Verkehrsknotenpunkt Maan an der Mekkabahn an „Transjordanien" abzutreten, das sein eigener Sohn Abdallah als Emir von Englands Gnaden beherrschte! Ibn Sa'ud hat die Engländer, denen zumal an der Festsetzung in Akabá viel liegt (S. 85), zu wiederholten Malen wissen lassen, daß er diese typische Schiebung unter keinen Umständen anerkenne und den „transjordanischen Korridor" nach Akabá als einen Bestandteil seines Reiches Hedschas in Anspruch nähme. Alle Bemühungen Englands, diese Gesinnung zu ändern, sind fehlgeschlagen. Die endgültige Regelung des Streitfalls ist aber vertagt worden, so daß die staatsrechtliche Frage, ob Transjordanien gegenwärtig seinen Korridor zum Meere behält oder nicht, erst in Zukunft entschieden wird. Vorläufig schaltet England jedenfalls in Akabá wie in einem „britischen" Hafen, unterhält daselbst auch eine englische Garnison und baut es zu einem zweiten „Aden" aus.

Digitized by Google

Ungewöhnlich charakteristisch ist weiterhin der schmale Korridor zum Eismeer, den Finnland sich 1920 im Frieden von Dorpat nach Petsamo an der Petschengabucht des stets eisfreien Varanger-Fjords verschafft und seither durch eine gute Automobilstraße vom Eisenbahn-Endpunkt Rovaniemi aus erschlossen hat. Finnland hat damit, was für die Staatenpolitik stets besonders wichtig ist[1]), seine Küsten an zwei völlig verschiedenartige Meere vorgeschoben. Die wachsende Bedeutung von Petsamo ist daran zu erkennen, daß 1938 eine Fluglinie Stockholm—Petsamo in Betrieb genommen wurde. Doch droht die Gefahr einer russischen Festsetzung daselbst.

3. Meerespforten und Meerengen.

Ebenso wichtig wie die großen „Pforten" des festen Landes können für die politischen Geschicke die Meerespforten werden. Ihre Bedeutung wächst gewaltig, wenn ihre Umgehung ausgeschlossen ist und die Meeresteile, die sie verbinden, besonders ausgedehnt und bedeutsam für das Verkehrsleben sind. Solche Meerespforten können vom Menschen auch künstlich hergestellt werden: der Suezkanal und der Panamakanal als die einzigen künstlichen Wasserstraßen, die ganze Ozeane verbinden und ganze Kontinente scheiden, sind die klassischen Beispiele.

Die Begriffe Meerespforte und Meerenge decken sich natürlich weitgehend. Es wird aber dennoch gut sein, sie scharf zu unterscheiden, indem man unter Meerenge alle engen natürlichen Wasserstraßen zwischen wichtigen Meeren versteht, unter Meerespforten dagegen nur solche Meerengen, die den Schiffen keinerlei annehmbare Umgehungsmöglichkeit darbieten. In diesem Sinne wird man den Ärmelkanal, den Öresund, die Straße von Messina, die Malakka-, Tsushima- und Magellanstraße, trotz ihrer gewaltigen politischen Bedeutung, nicht als eigentliche „Pforten" im Weltmeer bezeichnen können, wohl aber die Straße von Gibraltar, als weitaus wichtigste und charakteristischste Meerespforte überhaupt, ebenso die Straße von Otranto, den Bosporus mit den Dardanellen, die Straße von Ormuz, die Meerenge Bab-el-Mandeb. Auch die Beringstraße und die Hudsonstraße hätten Anspruch auf die Bezeichnung als Pforte, werden aber als solche nicht in Anspruch genommen, da zur „Pforte" doch eben eine gewisse Verkehrsbedeutung gehört, die jenen Meerengen wegen der bekannten Öde der angrenzenden Meere nicht zu eigen ist. Dagegen spricht man — für den allerdings noch sehr bescheidenen europäischen Seeverkehr zum Ob und Jenissei — von der „Karischen Pforte" zwischen Nowaja Semlja und der Festlandsmasse, da jene Meerenge in der Praxis der Eismeerschiffahrt bisher nicht umgangen werden konnte.

Die politische Bedeutung ist bei allen vom Verkehr benutzten Meerengen kräftig ausgeprägt. Sie wächst natürlich mit der Stärke des Verkehrs und tritt bei den eigentlichen Pforten am stärksten in die Erscheinung. Der Staat, der einen wichtigen Meeresdurchgang fest in der Hand hat, besitzt in Friedens- wie in Kriegszeiten einen großen Vorsprung vor seinen Mitbewerbern und Gegnern.

In neuerer Zeit ist mit dem allgemeinen Anrecht auf das Weltmeer im Frieden (S. 187f.) auch das der jederzeitigen unbehinderten Durchfahrt durch wich-

1) Vgl. R. Hennig, Geopolitik. 2. Aufl. Leipzig 1931. S. 87ff., über den Wert der Zweimeereslage.

Digitized by Google

tige natürliche und selbst künstliche (Suez-, Panama-, Kaiser-Wilhelm-Kanal) Seeengen ein für alle Male grundsätzlich anerkannt und völkerrechtlich verbürgt worden. Dafür äußert sich in unseren Tagen die politische Wichtigkeit jeder Art von Meerenge, die zugleich eine wichtige Handels- und Verkehrsstraße ist, in anderer Weise:

Natürliche Meerespforten und Meerengen sind gegenwärtig in Friedenszeiten „Niemands-Gewässer" und daher den Handelsschiffen aller Völker mit gleichen Rechten und Pflichten freigegeben. Dagegen besteht eine Neigung, solche wichtigen Durchgänge für Kriegszeiten fest in die Hand zu bekommen; entweder der Uferstaat oder der zur See mächtigste Staat sucht durch Errichtung militärischer Stützpunkte in der Durchfahrt, oft von Seefestungen, die Enge zu einem starken Trumpf im Interesse seiner nationalen Politik zu machen.

Beispiele.

1. England hat schon seit über 300 Jahren ganz systematisch darnach getrachtet, wichtige Meerengen zu beherrschen und in der Regel mit englischen Seefestungen oder mindestens Befestigungswerken und Flottenstützpunkten in der nächsten Nähe auszustatten. So befinden sich an der engsten Stelle des Ärmelkanals, in der Gibraltar- und der Malakkastraße die stärksten englischen Festungen; in der Meereinschnürung zwischen Sizilien und Tunis hat sich England 1800 auf Malta festgesetzt, dessen Wert heute allerdings durch die Entwicklung der italienischen Luftwaffe wesentlich gegenüber dem 19. Jahrh. gemindert ist, in der Straße Bab-el-Mandeb 1857 auf den Perim-Inseln. Dazu wird dieselbe Meerenge, die erst im 19. Jahrh. durch den Bau des Suezkanals größere Bedeutung erhielt, durch das seit 1839 britische Aden (1937 aus der indischen Verwaltung herausgenommen und unmittelbare Kronkolonie) in vorteilhaft flankierender Seitenstellung vortrefflich überwacht, ebenso der „internationalisierte" Suezkanal im Norden durch das seit 1878 britische Zypern (Abb. 37), die ehedem besonders wichtige Magellanstraße durch die 1835 von England annektierten Falklandsinseln. Gegenwärtig schafft sich England eine ganze Anzahl neuer Marine-Stützpunkte, die vor allem der Sicherung des Wegs nach dem Fernen Osten dienen sollen. Solche neuen militärischen Stützpunkte sind Famagusta auf Zypern, Haifa, Akaba, St. Helena, Freetown, Simonstown (das „südafrikanische Gibraltar"), Durban, Mombassa, Bahrein-Inseln, Trinkomali auf Ceylon, Port Darwin in Nordaustralien, Brunei auf Borneo und Hongkong.

Neben den riesigen militärischen Vorteilen bringt solche Beherrschung der Meerengen in vielen Fällen auch reichen wirtschaftlichen Nutzen: Singapur z. B., an der Grenze zwischen dem Indischen und Stillen Ozean, zwischen dem britischen Imperium und der erwachenden Welt Ostasiens gelegen, sieht 80% des gesamten Handelsverkehrs zwischen den beiden Ozeanen und 50 v. H. des ganzen japanischen Außenhandels in seinem Hafen erscheinen!

2. Wo England nicht selbst in wichtigen Meerengen Fuß zu fassen vermochte, gestattete es zumindest auch keiner anderen Seemacht sich festzusetzen, sondern achtete eifersüchtig darauf, daß nur politisch schwache und im Ernstfalle wehrlose Staaten Besitzer und Überwacher der Meerenge wurden. Dem „kranken Mann" gönnte man den Besitz des Bosporus und der Dardanellen; der Großmacht Rußland wurde die Annäherung an sie nachdrücklichst immer aufs neue verweigert. Das schwache Dänemark wurde am Öresund und an

Digitized by Google

den Belten geduldet; eine Festsetzung Deutschlands oder Rußlands daselbst (die freilich nie geplant war) wäre für England zweifellos ein casus belli gewesen. An der besonders wichtigen Gibraltarstraße duldete England keinen Territorialbesitz Frankreichs, obwohl es seinem Bundesgenossen von 1904 sonst willig ganz Marokko als Kolonialland überließ. Auf der Südseite der wichtigen Meerenge wurde nur ein „Spanisch-Marokko" gestattet, da Spanien (dem man den wichtigsten Stützpunkt auf der Nordseite der Meerenge, Gibraltar, weggenommen hatte, 4. August 1704) ein schwacher Staat war, der einer englischen Gibraltarstraße niemals gefährlich werden konnte. Den wichtigsten Hafen aber, Tanger, gönnte man auch den Spaniern nicht; er mußte vielmehr, da ihn England selbst nicht in die Hand zu bekommen vermochte, auf englisches Verlangen 1912 internationalisiert und zu einem von England, Frankreich, Marokko, Spanien und Italien gemeinsam verwalteten, besonderen Staat gemacht werden (S. 188f.).

3. An der schlauchartig engen Pforte der Dardanellen hat vor dem Weltkrieg die Türkei als Uferstaat mit deutscher Hilfe Befestigungen gebaut, deren hoher Wert bei den schweren Dardanellenkämpfen von März 1915 bis Januar 1916 klar genug in die Erscheinung trat.

4. An der Straße von Otranto duldete Italien nach dem zweiten Balkankrieg 1912/13 auf der nicht-italienischen Ostseite kein serbisches oder griechisches Gegenufer. Es mußte eigens ein neuer, schwacher Staat Albanien (den auch Österreich forderte) geschaffen werden, damit in ihm die politischen Interessen Italiens leicht durchgesetzt werden konnten. Albanien ist heute von Italien „beschützt", d. h. an jeder antiitalienischen Haltung nachdrücklich behindert (italienische Flottendemonstration vor Durazzo im Juli 1934). Dazu hat Italien 1920 die an der albanischen Küste gegenüber Valona gelegene Insel Saseno besetzt, stark befestigt, zu einem „Gibraltar der Adria" ausgebaut und damit auf der Linie Otranto—Saseno eine Art von militärischer Sperrkette vor die Adria gelegt, da die Otranto-Straße auch sonst militärisch leicht zu sperren ist.

5. Wie sehr Japans Beherrschung der Straße von Korea den russischen Küstenbesitz in Ostasien, insbesondere Wladiwostok, in Kriegszeiten entwertet, hat der Russisch-Japanische Krieg 1904/05 bewiesen. Der spielend leicht errungene japanische Sieg über das mächtige „Baltische Geschwader" der Russen in der Seeschlacht von Tsushima (27./28. Mai 1905) erklärt sich in erster Linie durch den Pfortencharakter der genannten Meerenge. Schon früher einmal (1274) diente die enge Straße von Korea dem Staat Japan zur erfolgreichen Abwehr des ersten mongolischen Eroberungsversuchs und zur Vernichtung eines mongolisch-chinesischen Geschwaders von 300 Schiffen.

6. Gegenwärtig sehen wir einen sehr charakteristischen Wettstreit um die Beherrschung wichtiger Meerengen zwischen England und Italien sich abspielen. Italien strebt nach der Vormachtstellung im Mittelmeer und sucht auch seine durch die Eroberung Abessiniens erlangte Stellung am Roten Meer und an der Straße Bab-el-Mandeb auszubauen. Dadurch stört es die Kreise Englands empfindlich, und zwischen beiden Staaten hat 1936 ein offensichtlicher Kampf um die Beherrschung der engsten Stellen in der großen Meeresstraße Atlantischer—Indischer Ozean eingesetzt, der jedoch durch den Freundschaftsvertrag vom 16. April 1938 beigelegt, richtiger gesagt: vertagt worden ist. Malta, das bisher die Meerenge zwischen Sizilien und Tunis kontrollierte, ist einmal durch die Entwicklung der italienischen Luftwaffe,

Digitized by Google

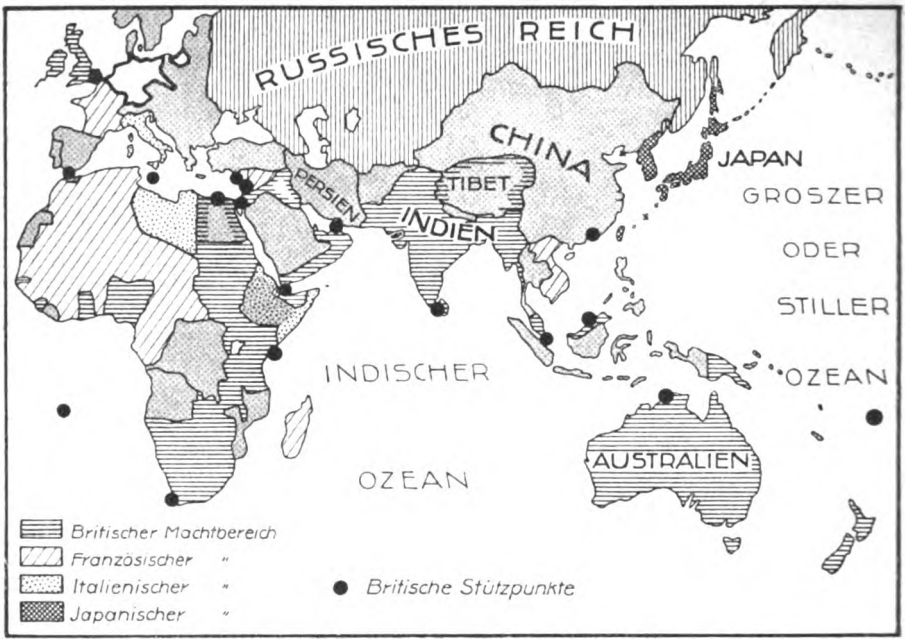


Abb. 37. Die wichtigsten Stützpunkte der britischen Weltmacht.

andererseits durch die neue italienische Befestigung der Insel Pantelleria in der nur 142 km breiten Durchfahrt zwischen Sizilien und Tunis gelegen (S. 75), bedeutend entwertet worden. — Auch die Insel Saseno an der albanischen Küste (siehe oben) wird zur Zeit in eine Seefestung von Rang verwandelt. England sucht sich dafür durch stärksten Ausbau seiner Stellung im östlichen Mittelmeer und am Suezkanal zu entschädigen: am Suezkanal stehen ständig britische Truppen, Zypern wird stark befestigt, Alexandrien und Haifa sind englische Flottenstützpunkte geworden, auch in Akaba liegt dauernd eine britische Garnison, und eine neue Flottenbasis und ein Militärflugplatz sind daselbst im Entstehen begriffen. — Auch an der Straße Bab-el-Mandeb wirkt sich der englisch-italienische Gegensatz aus, der eine ansehnliche Kriegsgefahr für eine nicht ferne Zukunft in sich birgt: Italien befestigt Assab und die unmittelbar an der Meerenge gelegene Insel Dumeira, die ihm im römischen Abkommen vom 7. Januar 1935 von Frankreich abgetreten wurde. Gleichzeitig besetzte England das 1868 von Frankreich annektierte, aber nie ausgenutzte Kap Schech Said an der arabischen Küste der Bab-el-Mandeb-Straße, auf das Frankreich zugunsten Englands verzichtet hat. Außerdem sichert England seinen zweiten Seeweg nach Indien ums Kap durch Schaffung von vier neuen Kriegshäfen an der afrikanischen Festlandsküste (vgl. S. 68).

4. Das Streben nach dem „Mare nostro".

Unter „Mare nostro" im engeren Sinne versteht der Italiener die Adria und darüber hinaus das politische Ziel, tunlich alle Küstenländer dieses Meeres in den italienischen Staat einzubeziehen. Die Adria soll also schließlich ein Binnengewässer innerhalb des Größeren Italien mit einer einzigen, nur von italienischem Besitz

Digitized by Google

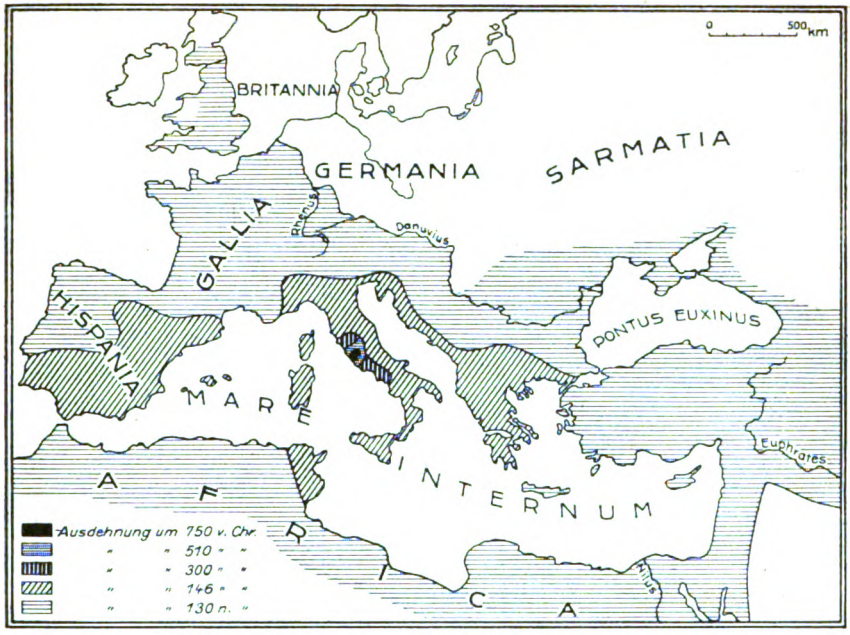


Abb. 38. Das Mittelmeer als römisches Mare nostro um 130 n. Chr.

flankierten See-Zugangsstraße (Straße von Otranto) werden. Nach dem Weltkriege ist dieses politische Ziel mit der Vorschiebung der italienischen Grenze aufs Ostufer bis Fiume und mit der italienischen Vormachtstellung in Albanien zum größeren Teil, wenn auch noch lange nicht vollständig, erreicht worden. Das italienische Streben nach dem „Mare nostro" und der jugoslawische Wunsch nach eigenem adriatischem Küstenbesitz stehen natürlich in unvereinbarem Widerspruch miteinander und stellen eine politische Reibungsfläche von Dauer dar. Italien hat bereits an der Ostküste durch den Besitz von Triest, Fiume, Zara, der Inseln Lagosta vor der Narentamündung und Saseno vor Valona eine militärisch überragende Stellung inne.

Der Begriff „Mare nostro" hat dann aber in der Geopolitik eine erweiterte Bedeutung erlangt:

Wirtschaftlich oder politisch wichtige Randmeere sucht der jeweils kraftvollste Uferstaat von jeher gern in möglichst großem Umfang in seinen Besitz zu bringen — durch Aneignung aller Küsten oder doch zumindest des größten Teiles davon. Gelingt dieser Plan, so liegt ein echtes „Mare nostro" vor. Oft freilich bleibt dieses nur unfertig ausgebildet.

Beispiele.

1. Vom 6. bis zum 3. Jahrh. v. Chr. bestand ein deutliches Streben Karthagos, das ganze westliche Mittelmeer zum karthagischen Mare nostro werden zu lassen. Der erste Punische Krieg (264—241 v. Chr.) zerschlug die Fortführung dieser Politik. — In der Folge machte Rom zunächst durch Erwerbung von Sizilien, Sardinien und Korsika das Tyrrhenische Meer zum Mare nostro. Später wurde in der römischen Kaiserzeit das ganze Mittelmeer für mehrere Jahrhunderte ein römisches Mare nostro (Abb. 38).

Digitized by Google

Abb. 39. Die Ägäis als Mare nostro im byzantinischen Reich des 12. Jahrhunderts.

2. Die Ägäis war zur Blütezeit des Hellenentums nahezu ein griechisches, im 12. Jahrh. ein byzantinisches (Abb. 39), von 1669—1829 ein türkisches Mare nostro. Zwischen 1912 und 1922 versuchte Griechenland abermals, daraus ein griechisches Mare nostro zu machen. Die Küste des griechischen Staates wurde nach dem zweiten Balkankriege 1913 bis über Saloniki, 1920 bis zu den Dardanellen und dem Marmarameer vorgeschoben. 1919—22 griff Griechenland nach Kleinasien hinüber, um den Türken auch das Ostufer der Ägäis zu entreißen, wurde aber 1922 vom türkischen Diktator Kemal Atatürk entscheidend geschlagen und mußte im Frieden von Lausanne (24. Juli 1923) seinen Plan aufgeben, sogar im Norden seine Grenze wieder bis zur Maritza zurückverlegen.

3. Das Schwarze Meer war von 1261—1381 als ein genuesisches, von 1475—1696 als ein türkisches Mare nostro zu betrachten. 1914 hoffte Rußland, daraus ein russisches Mare nostro machen zu können.

4. Die Nordsee war unter Knut dem Großen (1014—1035), der gleichzeitig König von Dänemark, Norwegen und England war, nahe daran, ein dänisches Mare nostro zu werden. Nur der Süden und die schottische Küste wurden nicht von Dänemark beherrscht (vgl. Abb. 40).

5. Die Ostsee war im Anfang des 13. Jahrh. in ihrer Südhälfte größtenteils ein dänisches Mare nostro geworden; denn Dänemarks Küstenbesitz reichte von Südschweden bis zur Memel und umfaßte auch Estland samt den baltischen Inseln. — In der Zeit Gustav Adolfs (1611—1632) dagegen wollte Schweden die Ostsee zum schwedischen Mare nostro machen und hat dieses Ziel durch den Westfälischen Frieden (1648) und den Frieden von Roeskilde (1658) auch fast erreicht; denn von 1658—1700 gehörten zu Schweden, außer dem Stammland, noch ganz Finnland, Karelien, Ingermanland, die baltische Küste bis über die Düna hinaus, Vorpommern mit den pommerschen Inseln, Wismar und zeitweilig (1629—1635) auch die Kurische Nehrung, Pillau und Elbing.

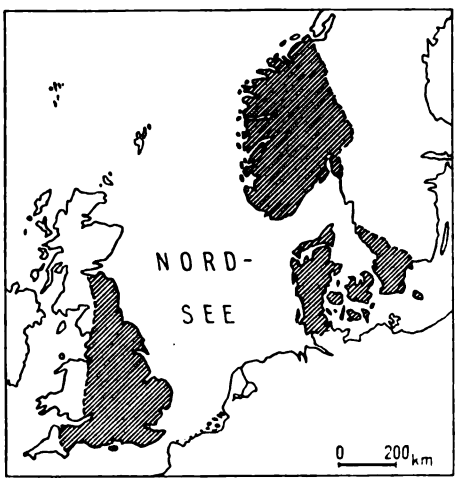


Abb. 40. Die Nordsee unter dänischer Herrschaft um 1035. (Nach K. Haushofer, Weltmeere und Weltmächte, Zeitgeschichte-Verlag, Berlin.)

Digitized by Google

6. Unter Zar Alexander I. (1801 bis 1825) bestand in Petersburg die Absicht, den Nord-Pazifik zu einem russischen Mare nostro zu machen (Abb. 41). 1808 war Rußland nahe daran, die Hawai-Inseln zu annektieren. Am 4. September 1821 untersagte ein kaiserlicher Ukas allen fremden Schiffen die Annäherung an die nordamerikanische Pazifik-Küste nördlich vom 51° n. Br. auf weniger als 100 Meilen — außer in Fällen der Not. Auf dem Kongreß von Verona (1822) forderte Rußland Britisch-Kolumbia für sich, sogar San Franzisco! Doch war es für eine solche Politik bereits zu spät: der Einspruch der Vereinigten Staaten nötigte Rußland 1824, seine Küstenansprüche bis 54° 40′ zurückzupflocken.

Abb. 41. Der ehedem russische Landbesitz in Amerika bis 54°40′ n. Br.

7. Das Japanische Meer ist heute ein japanisches Mare nostro, mit Ausnahme der — wie lange noch? — russischen Küstenprovinz auf dem Festland im Norden von Korea.

8. In der Zeit nach dem Weltkriege hat sich Norwegen folgerichtig bemüht, den Nordatlantik zum norwegischen Mare nostro zu machen. Zunächst wurden 1920 Spitzbergen und die Bäreninsel norwegisch, dann 1929 die Insel Jan Mayen, 1931/32 Teile von Ostgrönland, die ihm aber 1933 wieder genommen wurden (S. 28).

9. Rußland hat seit 1828 (Friede von Turkmantschai) das Kaspische Meer als russisches Mare nostro betrachtet. Zwar waren die südlichen Küsten persischer Besitz geblieben. Im Hinblick auf seine hohe politische Schwäche im 19. Jahrh. hatte aber Persien politisch und militärisch nichts im Kaspischen Meer zu sagen. Die Verhältnisse haben sich neuerdings geändert. Die ansehnliche politische Erstarkung Persiens unter Schah Pählewi seit 1922 hat sich im Kaspischen Meer ebenso ausgewirkt wie im Iranischen Golf, den bis vor kurzem England als seine alleinige Machtsphäre ansah: zur Zeit schafft sich der Staat Iran (seit 1936 hat Persien sich zum Staat Iran-Großpersien umgestaltet) am Südufer des Kaspischen Meeres einen eigenen Kriegshafen Dehnon, von dem gleichzeitig eine militärische Sicherungsbahn als transiranische Bahn bis an den Iranischen Golf ausgehen wird.[1])

10. Das großartigste Beispiel einer Mare-nostro-Bildung bietet der heutige Indische Ozean dar. Hier sind zum ersten Male in der Geschichte nahezu alle Ufer eines ganzen Ozeans unter die Herrschaft oder zumindest die Kontrolle eines einzigen Staates gekommen: Englands. Von Niederländisch-Indien, neuerdings auch von Iran und Teilen Arabiens, abgesehen, sind alle wirklich wichtigen Küsten dieses Ozeans und seiner Randmeere in britischer Hand, sei es als Kronkolonie, sei es als Mandatsland, sei es in anderer Form der Abhängigkeit und Überwachung durch London (Port.-Ostafrika). Ein schon von Leibniz gegenüber Ludwig XIV. geäußertes Wort hat sich wunderbar erfüllt: „Wer Ägypten in Händen hat, hat auch die gesamten Küsten und Inseln des Indischen Ozeans."

1) Vgl. Petermanns Mitteilungen 1935, S. 272.

Digitized by Google

5. Hoheitsansprüche auf Meere (Mare clausum).

Wohl zu unterscheiden von dem Streben nach dem Mare nostro, das sich allein auf den politischen Besitz der Küsten bezieht, ist der in älteren Perioden der Geschichte des öfteren wahrnehmbare Versuch, wertvolle Meere und Meeresteile selbst in den eigenen Herrschaftsbereich einzubeziehen, zum Monopolgebiet der eigenen Handelsschiffahrt zu machen und allen fremden Schiffen die Fahrt daselbst zu verbieten (Mare clausum). Es wurden also Hoheitsansprüche auf ganze Meere, ja, auf Ozeane ausgedehnt. Unsere Zeit kennt dergleichen nicht mehr, da seit 1882 von allen Kulturstaaten der Grundsatz anerkannt ist, daß das offene Meer als internationalisiert anzusehen ist (S. 187). Territorialgewässer im Meer gibt es nur noch in der unmittelbaren Nähe der Küsten: allen Meeresufern ist ein 3 Seemeilen (= 5555 m) breiter Gewässerstreifen vorgelagert, der zum Hoheitsgebiet des Küstenstaates gehört. Darüber hinaus ist grundsätzlich und allenthalben „nullius regio".

Hoheitsansprüche, die sich auf ganze Meere erstrecken, sind seit 1882 ein für alle Male ausgeschlossen. In älteren Zeiten haben sie oft politische Unruhe geschaffen.

Beispiele.

1. Als sich die Karthager nach der Seeschlacht bei Alalia (um 537 v. Chr.) in Südspanien festgesetzt hatten, sperrten sie die Gibraltarstraße für jede nichtkarthagische Schiffahrt bei Todesstrafe. Diese Sperre bestand — mit wenigen, kurzen, unbedeutenden Unterbrechungen — über 300 Jahre, bis zum Jahre 206 v. Chr., in dem während des zweiten Punischen Krieges (218—201) die in Südspanien eindringenden Römer den Karthagern die Herrschaft über die Gibraltarstraße entrissen.

2. Als die Portugiesen 1498 den Seeweg nach Indien gefunden hatten, verboten sie allen nicht-portugiesischen Schiffen die Fahrt ums Kap der Guten Hoffnung in den Indischen Ozean. Ihre Machtmittel reichten freilich nicht aus, um ihren Monopolanspruch durchzusetzen.

3. Jahrhundertelang war allen nicht-spanischen Schiffen die Befahrung der Gewässer der spanischen Kolonien in Amerika und der Handel mit diesen Kolonien verboten. Allerdings bewilligte die spanische Regierung von Fall zu Fall Ausnahmen, zumal solchen Schiffen, die, wie z. B. die hamburgischen, politisch unverdächtig waren.

4. Das Schwarze Meer war seit 1261 für rund 100 Jahre ein Gewässer, auf dem die Fahrt von der genuesischen Großmacht ausschließlich genuesischen Schiffen erlaubt wurde.

5. Im 14. Jahrh. beanspruchte England den Ärmelkanal als rein englisches Gewässer, konnte freilich den Anspruch nicht durchsetzen. Im selben und im nächsten Jahrhundert forderten die Hansestädte das Recht zu bestimmen, wieviel holländische Schiffe alljährlich die Ostsee befahren dürften. Ebenso wollte im 15. Jahrh. Venedig die Adria für fremde Schiffahrt sperren, doch kam es nicht dazu.

6. Im Anfang des 17. Jahrh. beanspruchte England nahezu die ganze Nordsee bis in die Nähe der holländischen Küste als Monopolfanggebiet für britische Heringsfischer. Es kam darüber zu einem scharfen und gefährlichen Konflikt mit Holland. Ein Krieg wurde damals (1616) vermieden, doch trug jener Konflikt und manch anderer,

Digitized by Google

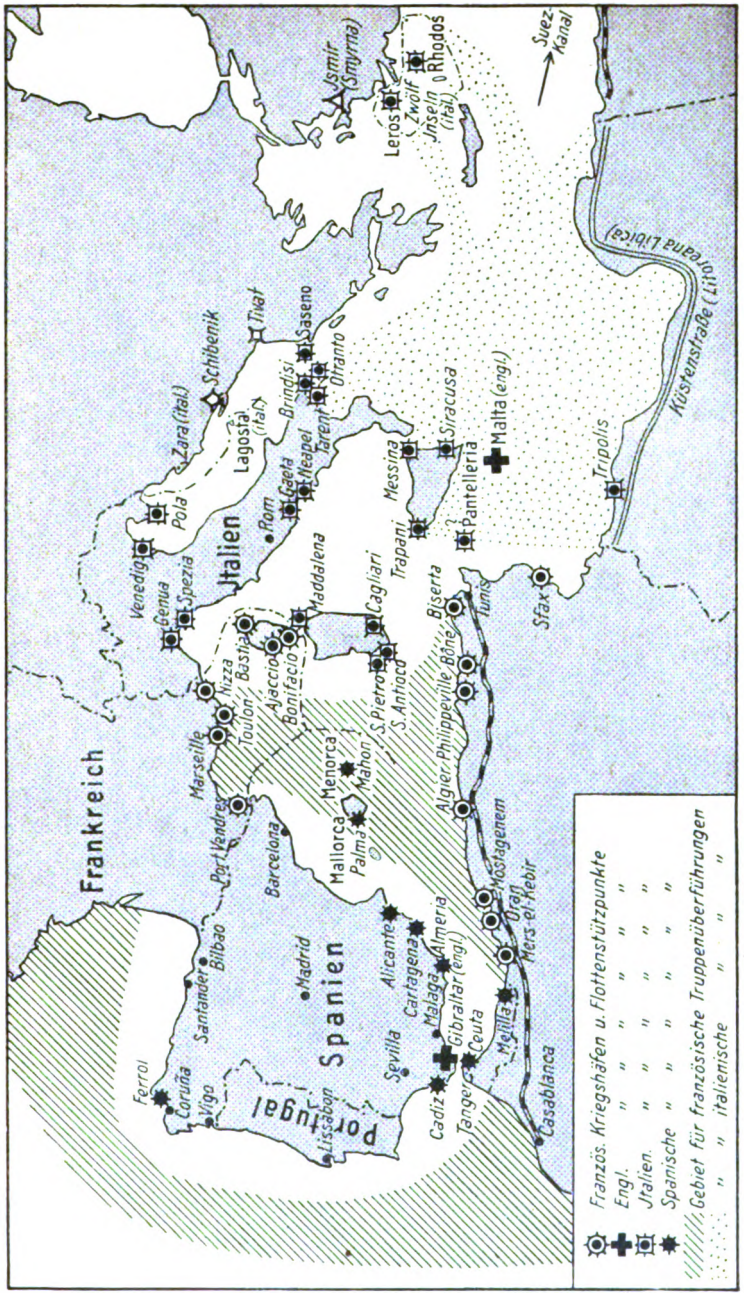


Abb. 42. Flottenstützpunkte im Mittelmeer. (Aus März, Seeherrschaft.)

Digitized by Google

ähnlich gelagerter zwischen England und Holland wesentlich dazu bei, daß der große niederländische Rechtsgelehrte Hugo Grotius († 1645) erstmalig seinen berühmten Rechtsgrundsatz von der bedingungslosen „Freiheit des Meeres" (mare liberum) aufstellte.

7. Im Jahre 1616 wurde allen nicht-russischen Schiffen die Seefahrt im Eismeer östlich vom Weißen Meer verboten. Erst in den 70er Jahren des 19. Jahrh. wurde auf dieses Verbot verzichtet.

8. Unmittelbar vor dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg 1776—83 war England drauf und dran, aus dem größten Teil des Atlantischen Ozeans ein britisches Mare nostro zu machen: die Gewässer zwischen dem Mutterland, Gibraltar (seit 1704 englisch), Gambia (seit 1604), Virginia (seit 1584), den Bermudas (seit 1612), den Bahama-Inseln (seit 1646), Dominica (seit 1748), Neufundland (seit 1713) und Kanada-Akadien (seit 1763) standen unter englischer Kontrolle und waren militärisch völlig von England beherrscht[1]), wenn sie auch im Frieden fremden Schiffen zugänglich blieben.

Auch Meerengen, die so schmal sind, daß sie im ganzen Umfang in die staatliche Dreimeilenzone des Uferstaates bzw. der Uferstaaten fallen, dürfen heute nicht mehr gesperrt und die Durchfahrt in Friedenszeiten kann niemandem verwehrt werden. Früher übten die Hoheitsstaaten in ihnen oft jegliche Willkür aus, sperrten sie für fremde Schiffe, schlossen sie wohl gar mit einer quer über die Wasserstraße gespannten eisernen Kette ab (Bosporus, Bab-el-Mandeb) oder ließen sich zumindest von jedem hindurchfahrenden Schiff die Erlaubnis zur Reise mit ansehnlichen Zollabgaben bezahlen.

1. Am berühmtesten ist die dänische Sundsperre und der dänische Sundzoll geworden. Als alleiniger Durchgang zwischen Ost- und Nordsee war der Öresund mitsamt den Belten im Mittelalter von hervorragender Bedeutung. In Konfliktfällen sperrte Dänemark die Durchfahrt. Besonders die deutschen Hansestädte an der Ostsee wurden hiervon wiederholt empfindlich betroffen, und mehr als einmal ist es darüber zum Kriege zwischen Dänemark und der Hanse gekommen. In der Neuzeit wurde die Sundsperre nicht mehr verhängt. Doch hat Dänemark noch bis 1857 von jedem passierenden Schiff den „Sundzoll" erhoben und erst dann gegen eine einmalige Abfindung für immer auf dieses Recht verzichtet.

2. Als im Jahre 1585 Antwerpen von dem spanischen Statthalter Alexander Farnese dem aufständischen Holland entrissen war, verhängten die zum selbständigen Staat gewordenen Niederlande über die Scheldemündung und die Wasserwege zwischen den ihr vorgelagerten Inseln ein absolutes Schiffahrtsverbot, das sowohl im Waffenstillstand von 1609 wie später 1648 im Westfälischen Frieden anerkannt werden mußte. Abgesehen von den paar Jahren des Napoleonischen Zeitalters, als Antwerpen ein französischer Hafen und Holland eine französische Provinz war, hat diese Scheldesperre von 1585 bis 1839 gedauert und hat dem im 16. Jahrh. blühendsten Hafen Europas einen völligen Niedergang gebracht. Erst im Londoner Frieden (19. April 1839), der Belgien als neuen Staat von den Niederlanden trennte, verzichteten die Holländer auf die Scheldesperre. Da aber die Zufahrt nach Antwerpen notwendig über die niederländischen Hoheitsgewässer in der Scheldemündung verlief

1) Vgl. die Karte in Harms' Deutschem Geschichts- und Kultur-Atlas, 1937, S. 83.

Digitized by Google

(Abb. 43), erhob Holland von jedem nach Antwerpen fahrenden oder von dort kommenden Schiff den Scheldezoll. Erst im Haager Vertrag vom 12. Mai 1863 wurde dieser durch Zahlung einer einmaligen Abfindung ein für alle Male aufgehoben.

Abb. 43. Der holländische Schelde-Riegel.

3. Der Bosporus samt den Dardanellen ist im Laufe der Geschichte zu wiederholten Malen Gegenstand politischer Sperrung gewesen. Höchst wahrscheinlich ist schon der Trojanische Krieg, dessen Geschichtlichkeit jetzt durch die Urkunden von Boghazköj erwiesen zu sein scheint, im letzten Grunde durch das Streben griechischer Fürsten bedingt worden, eine von dem Reich Troja ausgeübte Sperre der Meerengen zu zerbrechen und Zugang ins Schwarze Meer zu erhalten. — Ohne Zweifel fand ein Kampf um eine solche Bosporussperre im Jahre 219 v. Chr. statt, als die Bithynier und Rhodier durch einen kurzen Krieg Byzanz zum Verzicht auf den geplanten Meerengenzoll zwangen. — Daß ums Jahr 1042 der Bosporus von den Byzantinern durch eine Kette gesperrt war, berichten die Norwegischen Königsgeschichten im Anschluß an Haralds des Harten Erlebnisse in Byzanz. — Später erbaute Sultan Mohammed II. nach der Eroberung Konstantinopels (29. Mai 1453) bei Rumeli Hissar einen Turm mit dem bezeichnenden Namen „Abschneider der Meerengen" (Boghas Kesen). — 1628 spannte Sultan Murad IV. abermals eine Kette über den Bosporus, damit kein Schiff ohne seine Erlaubnis die Meerenge durchfahren konnte. Bis 1774 maßte sich die Türkei noch das Recht an, fremden Nationen nach Gefallen die Durchfahrt zu verbieten. — Seit 1829 waren alle fremden Handelsschiffe zugelassen, aber den fremden Kriegsschiffen wurde die Benutzung meist verweigert. — Erst im Lausanner Frieden vom 24. Juli 1923 wurden die Meerengen entfestigt und in friedlichen Zeiten für Handels- wie für Kriegsschiffe gleicherweise benutzbar. Selbst den russischen Kriegsschiffen, denen die Meerengen — von einzelnen Ausnahmefällen abgesehen — noch verschlossen blieben, hat schließlich der Vertrag von Montreux (22. Juni 1936) das Recht der Durchfahrt ohne Beschränkung eingeräumt, was sich im spanischen Bürgerkrieg 1936—38 sehr zum Schaden des nationalen Abwehrkampfes gegen die bolschewistische Regierung ausgewirkt hat. Andererseits hat die Türkei 1936 das Recht zur Befestigung der Meerengen zurückgewonnen.

4. Bei den künstlich geschaffenen, großen Seekanälen, die in ihrer Bedeutung den Meerengen gleichkommen, sind die Rechtsverhältnisse kompliziert und nichts weniger als gleichartig. Man kann es verstehen, wenn der Staat, der den Kanal gebaut und alle Kosten dafür aufgewandt hat, auch besondere Vorrechte und insbesondere Hoheitsrechte darin beansprucht. Doch ist dies im großen und ganzen nur beim Panamakanal der Fall, in dem die Vereinigten Staaten volle Souveränität haben, wenn sie auch in Friedenszeiten verpflichtet sind, den Kanal für alle Schiffe unter gleichen Bedingungen offen zu halten. Sicher werden beim neugeplanten Nikaraguakanal der Vereinigten Staaten die Dinge nicht anders liegen. Zwar dürfte an dem staatlichen Hoheitsrecht Nikaraguas im Kanalgebiet kaum gerüttelt werden; in

Digitized by Google

Wahrheit aber wird Nikaragua im Kanal der Vereinigten Staaten ebensowenig Verfügungsrechte haben wie Ägypten im „ägyptischen" Suezkanal. Militärisch kann ein fertiger Nikaraguakanal für die Vereinigten Staaten noch wichtiger werden als der Panamakanal — einmal wegen seiner nördlicheren, also militärisch zweckmäßigeren Lage, dann aber vor allem wegen seiner größeren Dimensionen. Der Panamakanal mit seinen 33 m breiten und 304 m langen Schleusen gestattet Schiffen von mehr als ca. 35000 t die Durchfahrt nicht mehr, und ein Umbau ist ausgeschlossen. Die neuen Riesen unter den Kriegsschiffen sind aber 40—45000 t groß. Die Notwendigkeit, ihnen eine Durchfahrt zu schaffen, ist für die USA., die sich lange gegen Schlachtschiffe von mehr als 35000 t gesträubt haben, ein Hauptgrund gewesen, den Bau des Nikaraguakanals zu beschließen. — Der Suezkanal ist im Konstantinopeler Abkommen (29. Oktober 1888) „internationalisiert" worden (S. 181); doch steht diese Internationalisierung im wesentlichen auf dem Papier: England hat den Kanal nicht nur im Weltkrieg als britisches Gewässer behandelt, sondern hat sich auch in seinem neuesten Vertrag mit Ägypten vom 26. August 1936 ausdrücklich das Recht zusichern lassen, britische Truppen ständig am Kanal zu unterhalten, um die „Sicherheit" des Kanalverkehrs garantieren zu können. Diese britischen Truppen am Suezkanal stellen die schroffste Verletzung und Nichtachtung des Abkommens von 1888 dar, in dem der Kanal grundsätzlich „neutralisiert", d. h. entmilitarisiert wurde. — Der deutsche Kaiser-Wilhelm-Kanal zwischen Nord- und Ostsee schließlich war zwar stets einwandfrei deutsches Hoheitsgewässer, doch hing über ihm seit Versailles das Damoklesschwert der drohenden „Enteignung", der Internationalisierung, falls einmal Deutschland versuchen sollte, einem fremden Schiff die Durchfahrt zu verweigern oder von ausländischen Schiffen höhere Abgaben als von den eigenen zu erheben; dies war jedoch auch schon vor dem Kriege seit der Eröffnung des Kanals (21. Juni 1895) niemals geschehen. Durch die Willenskundgebung vom 14. November 1936, welche die volle Souveränität über die deutschen Gewässer wiederherstellte, hat sich Deutschland von den Versailler Fesseln völlig frei gemacht: der Kanal ist wieder uneingeschränkt deutsches Hoheitsgebiet; das Damoklesschwert ist hinuntergeworfen worden!

h) Der geopolitische Einfluß des Verkehrs.

1. Der Verkehr als Staatenschöpfer.

Am 23. Oktober 1828 tat Goethe seinem Vertrauten Eckermann gegenüber den prophetischen Ausspruch: „Mir ist nicht bange, daß Deutschland nicht eins werde; unsere guten Chausseen und künftigen Eisenbahnen werden schon das Ihrige tun." Hier haben wir einen geopolitisch besonders bedeutsamen Gedanken richtig erfaßt und in treffende Form gekleidet: den engen Zusammenhang zwischen Staatszusammenschluß und Verkehr. Wir werden noch hören (S. 81 ff.), wie besonders die sehr großen Staaten ihrer Selbsterhaltung wegen gezwungen sind, jede Form des Verkehrs nach Kräften zu fördern. Ebenso aber wirken vollwertige Verkehrsmittel festigend und erzwingen ihrerseits den Zusammenschluß allzu kleiner staatlicher Gebilde zu größeren Einheitsstaaten. Vereinheitlichung des Warenaustauschs, des Geldwesens, der Maße und Gewichte, Aufhebung der inneren Zollgrenzen, einheitliche Eisenbahn, Post, Telegraphie, Rechtsprechung usw. — alle diese

Digitized by Google

verkehrsfördernden Maßnahmen sind die trefflichsten Mittel, um unmerklich eine staatliche Zusammenfassung vorzubereiten und sie schließlich nur als natürliches Schlußglied einer längeren Entwicklungsreihe empfinden zu lassen. Der entscheidende Schritt zur Schöpfung des neuen Deutschen Reiches war nicht so sehr der welthistorische Vorgang im Spiegelsaal von Versailles, der am 18. Januar 1871 nur das Werk krönte, als vielmehr der am 1. Januar 1834 in Kraft getretene Deutsche Zollverein. Dieser stellte gewissermaßen die Grundsteinlegung zum deutschen Reichsbau dar, die Kaiserkrönung in Versailles 1871 dagegen den feierlichen Akt der Hausweihe.

Im Zollverein von 1834 fielen die meisten der zwischen den 36 deutschen Bundesstaaten aufgerichteten Schranken; er war die erlösende Tat, den uns heute so selbstverständlich anmutenden, aber noch im Jahre 1828 einem Goethe als fernes Ideal erscheinenden Zustand herbeizuführen: „Es sei eins, daß der deutsche Taler und Groschen im ganzen Reich gleichen Wert habe; eins, daß mein Reisekoffer durch alle 36 Staaten ungeöffnet passieren könne. Es sei eins, daß der städtische Reisepaß eines Weimarischen Bürgers von dem Grenzbeamten eines großen Nachbarstaates[1]) nicht für unzulänglich gehalten werde, als der Paß eines Ausländers. Es sei von Inland und Ausland unter deutschen Staaten überall keine Rede mehr."

Dieses hohe politische Ziel ist erreicht worden, und zwar weil der gewaltige Aufschwung des Verkehrs im Maschinenzeitalter, zusammen mit dem Willen des deutschen Volkes, es erzwungen hat! Die neuaufkommende Eisenbahn konnte ein segensreiches Schnellverkehrsmittel niemals werden, wenn jeder der 36 deutschen Bundesstaaten um 1830—1850 sich seine eigenen Eisenbahnen in womöglich eigener Spurweite schuf, wenn an jeder Landesgrenze die Bahn halten mußte, weil Zollformalitäten zu erledigen waren, eine andere Spurweite ein Umsteigen der Fahrgäste, ein Umladen der verfrachteten Güter notwendig machte usw. Wie furchtbar hart Eigenbrötelei auf diesem Gebiete sich rächen konnte, hat in der Schweiz der Kanton Graubünden erfahren, der im Mittelalter das wichtigste schweizerische Durchgangsland des Handels und Verkehrs war und der heute von den großen Alpenübergangsbahnen restlos umgangen wird, weil er töricht genug war, bei der Anlage der ersten Bahnen im Gegensatz zu seinen klügeren Nachbarkantonen eine eigene billige Spurweite (Schmalspur) zu wählen. Diese „Ersparnis" ist Graubünden ausnehmend teuer zu stehen gekommen! Gegenwärtig sucht der Kanton den damaligen Fehler durch Schaffung besonders guter Autodurchgangsbahnen wiedergutzumachen. — Ähnlich übel hat Eigenbrötelei auf dem Gebiet des Verkehrs in Australien gewirkt, wo jeder Bundesstaat seine Eisenbahn-Spurweiten ohne Fühlung mit den Nachbarn baute, so daß heute dort ein beträchtlicher Eisenbahn-Wirrwarr herrscht, der äußerlich durch neun verschiedene Spurweiten erkennbar ist.

„Das Deutsche Reich ist mit der ersten Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth gegründet worden" (Wilh. Raabe). Das einheitlich geschaffene deutsche Eisenbahnnetz in einheitlicher Spurweite hat zusammen mit dem Zollverein der politischen Einigung Deutschlands gewaltig vorgearbeitet. Das Fallenlassen mittelalterlicher Zöpfe in Gestalt von Zöllen und Stapelrechten auf den wichtigsten deutschen Strömen wirkte

1) Preußen!

Digitized by Google

im gleichen Sinne; denn das in eigenen Stromschiffahrtsakten (S. 185f.) vereinbarte Recht aller Uferstaaten auf Flaggen- und Handelsfreiheit im ganzen Bereich der Flüsse trug mächtig bei zur Verflechtung der wirtschaftlichen wie der staatlichen Interessen aller Uferstaaten. Von dieser Warte gesehen, geht man nicht fehl, wenn man auch die Schöpfung des Deutschen Reiches von 1871 nicht ausschließlich als einen politischen Vorgang ansieht, sondern gleichzeitig als einen wirtschaftlichen, als eine Wirkung des Maschinenzeitalters.

Es ergibt sich die Regel:

Jeder lebhafte Verkehr stärkt die wirtschaftlichen Beziehungen und fördert damit auch die Neigung zu politischer Verständigung und (in geeiguet gelagerten Fällen) zum staatlichen Zusammenschluß. Einheitliche Verkehrsgebiete werden sich nie aus eigenem Antrieb, sondern nur allenfalls unter dem Zwange feindlichen Machtspruchs eine Zerreißung in verschiedene Staatenzugehörigkeit gefallen lassen.

Beispiele.

1. Die staatlich einende Kraft großer Binnenschiffahrtswege zeigte sich besonders deutlich in dem vollauf zutreffenden Namen „Donau-Monarchie" für das alte Österreich-Ungarn. Die Donau bildete in der Tat lange Zeit eine staatliche Klammer für das bunte Stammes- und Sprachengemisch der verschiedenen Völker, aus denen sich der österreichisch-ungarische Staat zusammensetzte.

2. Nach dem Mersener Teilungsvertrag (870) war der Rhein bis 1648 im gesamten Umfang von der Quelle bis zur Mündung ein Strom des Deutschen Reiches und in Wahrheit der „Schicksalsstrom" dieses Staates. An seinen Ufern spielte sich das staatliche Leben zunächst etwa bis zu Barbarossas Tod (1190) ab. Erst im Zustande völliger Erschöpfung Deutschlands, nach dem Dreißigjährigen Kriege, erfolgte unter feindlichem Diktat die staatliche Zerreißung des Rheinlandes in mehrere Staaten: das Quellgebiet schied als Schweiz, das Mündungsgebiet als Niederlande aus dem Verbande des Deutschen Reiches 1648 aus.

3. In unseren Tagen wird man an den neuen Reichsautobahnen erleben, wie stark einheitliche Gestaltung des Verkehrs auch das Gefühl der staatlichen Einheit stärkt. — Das Wort Hitlers mag sehr wohl Wahrheit werden, das am 25. Juni 1937 gesprochen wurde: „Das neue deutsche Reichsautobahnnetz wird mehr als alles übrige mithelfen, die deutschen Gaue und Lande miteinander zu verbinden und in eine Einheit zu zwingen" (Abb. 44). Aus dieser Erkenntnis heraus ist ja auch sofort nach der Verkündung der Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich (13. März 1938) am 7. April 1938 der erste Spatenstich zum Bau der ersten österreichischen Reichs-Autobahn Salzburg—Wien getan worden.

4. Wenn die deutschen künstlichen Binnenwasserstraßen bislang ähnliche Wirkungen nicht zu zeitigen vermochten, so hängt dies einmal mit der Tatsache zusammen, daß alle deutschen Binnenwasserwege bis 1921 bundesstaatlicher Besitz, nicht deutscher Reichsbesitz waren. Sie wurden also bis dahin überwiegend nur zum Wohle der einzelnen Bundesstaaten angelegt und verwaltet. Jetzt ist es zwar anders geworden; aber noch fehlen die vollwertigen Kanalverbindungen zwischen den wichtigsten deutschen Stromgebieten — außer zwischen Elbe-Oder und Rhein-Weser — gänzlich:

Digitized by Google

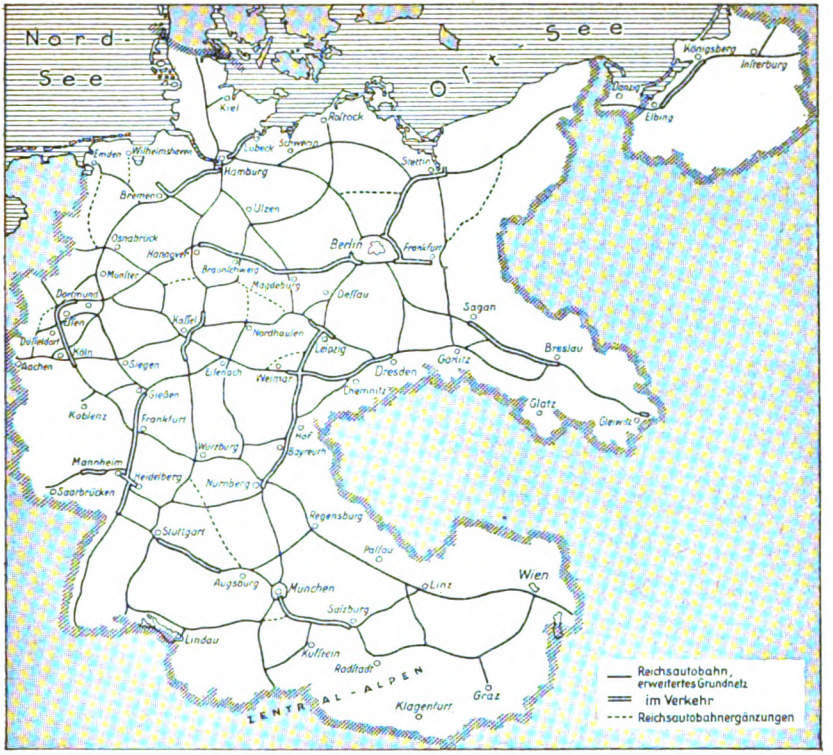


Abb. 44. Die Reichsautobahnen.

einstweilen ist es noch nicht möglich, mit Frachtkähnen vom Rhein zur Elbe oder von der Donau in einen der norddeutschen Ströme zu gelangen! In einer Reihe von Jahren wird es anders sein, wenn der „Mittellandkanal" zwischen Braunschweig und Magdeburg sowie der neue Rhein-Donaukanal fertiggestellt sein werden (1940 bzw. 1945). Insbesondere dieser wird unerhört stark das Hineinwachsen Österreichs ins Reich fördern. Sein Bau ist daher mit Recht in das „Sofortprogramm" aufgenommen worden.

2. Der Verkehr als Staatenerhalter.

Zuweilen entstehen in der Geschichte rasch riesige Reiche von zusammenhängender Gestalt, aber häufig nur auffällig kurzer Lebensdauer. In der Regel schweißt eine überragende Persönlichkeit sie zusammen: ein Cyrus, Alexander, Chlodwig, Karl der Große, Temudschin, auch Dschingis Khan genannt (1206—1227), Timur (1369—1405), Napoleon I. u. a. Sobald der große Schöpfer stirbt oder gestürzt wird, zerfällt sein Werk meist sogleich in mehrere „Diadochenreiche". Von längerer Dauer sind unter den Riesenreichen nur solche, die aus der politischen Arbeit vieler Generationen langsam und organisch erwachsen, wie das Perser- und Römerreich, das (freilich nur lose geeinte) Araberreich des Mittelalters, das Türkenreich der beginnenden Neuzeit, das heutige Russische Reich, das britische Imperium, die Vereinigten Staaten usw. Die anderen sind „Saisonstaaten".

Digitized by Google

Um riesige Reiche politisch zusammenhalten zu können, bedarf es einer sorgsamen Pflege und vollwertigen Ausgestaltung aller Verkehrseinrichtungen, sobald die einzelnen wichtigen Landesteile von einer etwas dichteren Bevölkerung besetzt sind. In der Tat lehrt uns die Geschichte, daß die genialen Schöpfer der Riesenstaaten stets geradezu instinktiv den geopolitischen Wert der besten Verkehrseinrichtungen des Zeitalters für ihren Herrschaftsbereich erkannt und die praktischen Folgerungen daraus gezogen haben. Gelang es, das Tempo des Verkehrsausbaus dem Wachstum des Staates anzupassen, so konnte der Riesenstaat Bestand haben; gelang dies nicht, so war ein schneller Wiederzerfall unvermeidlich.

Höchste Leistungsfähigkeit des Verkehrs in bezug auf Nachrichten-, Menschenbeförderung, Heeresbewegungen usw. ist für den politischen Bestand sehr großer Reiche unentbehrlich.

Beispiele.

1. Das Perserreich des Darius und Xerxes wies die besten Landstraßen des Zeitalters und zwischen den Hauptstädten Sardes und Ekbatana einen hervorragend organisierten Nachrichtendienst berittener Boten auf, die in acht Tagen die 2600 km weite Entfernung zu bezwingen vermochten.

2. Das Römerreich zur Zeit seiner größten Ausdehnung (Abb. 38) besaß rund 130000 km mustergültigster Landstraßen mit Steinunterbau, die weitaus besten Straßen, die Europa bis zum 19. Jahrh. gesehen hat, dazu einen staatlichen Postdienst von trefflicher Organisation (Cursus publicus), der Ähnliches leistete wie die schnellen Boten der persischen Großkönige, nur noch sehr viel umfassender und leistungsfähiger war. Gerade die Möglichkeit, mit Hilfe dieser Einrichtungen Heere sehr schnell in alle Teile des Reiches zu schaffen, machte das römische Reich lange Zeit unangreifbar.

3. Karl der Große war einer der ganz wenigen Herrscher des europäischen Mittelalters, der in einer Zeit schwersten Verkehrsverfalls den Verkehr in seinem riesigen Frankenreich zu heben bestrebt war. Er nahm i. J. 793 den einzigen europäischen Schiffahrtskanal in Angriff, der zwischen dem 1. und 14. Jahrh. in Europa überhaupt gebaut wurde, die Fossa Carolina zwischen Rezat und Altmühl (Rhein und Donau) (Vorläufer des Rhein-Donau-Kanals!), konnte freilich der technischen Schwierigkeiten nicht Herr werden; er tat manches für die Verbesserung der Rheinschiffahrt durch Beseitigung störender Felsen im Binger Loch, ließ in Boulogne 811 sogar den aus der Römerzeit stammenden Leuchtturm wieder in Betrieb setzen usw.

4. Die außereuropäischen Riesenreiche des Mittelalters, das Araber- und das Mongolenreich (mit China), schufen sich ausgezeichnete Reisesicherheit und Posteinrichtungen, die sich von Spanien bis Indien bzw. von der Wolga bis zum Chinesischen Meer erstreckten. Sie waren in den höher kultivierten Ländern (China, Indien) so wunderbar vollkommen, daß sich ihnen in Europa nichts zur Seite stellen konnte (vgl. Marco Polos Schilderungen aus dem China des 13. Jahrh.) und brachten „Peking so nahe an Europa wie nie wieder bis zur Eröffnung der Sibirischen Bahn" (v. Le Coq). Die von Dschingis Khan geschaffenen berittenen Eilboten („Pfeilboten") waren vielleicht das vollkommenste Mittel des Schnellverkehrs, das es im

Digitized by Google

Vormaschinenzeitalter irgendwo gegeben hat.[1]) 1221 gelang es z. B. einem der Vertrauten des Dschingis Khan, die rund 2000 km weite Strecke vom Kaspischen Meer bis zum oberen Amu Darja in wenig mehr als einer Woche zurückzulegen.

5. Napoleon I. war ein Verkehrsförderer ganz großen Stils. Er schuf die besten Straßen des Zeitalters, die erste moderne Heerstraße über die Alpen (Simplon), baute das vollkommenste (optische) Telegraphennetz, das damals irgendwo zu finden war und dessen Vorhandensein ihm seine blitzartig schnellen militärischen Operationen bedeutend erleichterte, nahm den (unvollendet gebliebenen) Riesenkanal von der Seine bis zur Ostsee in Angriff und scheiterte schließlich vornehmlich nur daran, daß er sich 1812 zu tief in ein mit schlechten Verkehrsmitteln versehenes Land verlocken ließ, in dem die zu lange Etappenlinie im Winter versagen mußte.

6. Als in Kalifornien die ersten Goldfunde geglückt waren (1848), die diese bis dahin übersehenen Länder jahrelang zum Ziel einer Masseneinwanderung machten, sorgten die Vereinigten Staaten dafür, daß das soeben erst den Mexikanern abgenommene Gebiet im Westen durch möglichst vollwertige Verkehrsverbindungen (Fahrpost St. Louis—San Franzisko 1858, Reitpost 1860, Überlandtelegraph 1863, Pazifikbahn 1869) so rasch und gründlich wie möglich mit dem Osten staatlich zusammenwuchs.

7. Das russische Zarenreich baute bewußt 1891—1901 die gewaltige Sibirische Bahn nur, um die entlegenen Provinzen im äußersten Osten politisch eng an Petersburg zu binden und militärisch zu sichern. Die Rechnung war richtig: allein das Vorhandensein der Sibirischen Bahn gestattete Rußland, nach seiner Niederlage gegen Japan (1905) die Stellung am Stillen Ozean — von der Wachstumsspitze Port Arthur und von Süd-Sachalin abgesehen — ungeschmälert zu behaupten.

8. Das heutige russische Sowjetreich, das durch den von Japan 1935 erzwungenen Verkauf seiner nordmandschurischen Bahn den Verkehrszusammenhang zwischen Moskau und Wladiwostok empfindlich geschwächt hat, sucht jetzt eifrig durch überstürzten Bau mehrerer neuer militärischer Riesenbahnen in Sibirien die gelockerte politische Bindung der Ostprovinzen an das Kernland wiederherzustellen. Die wichtigste dieser Bahnen, an deren rascher Fertigstellung fieberhaft gebaut wird, führt vom nördlichsten Punkt der Sibirischen Bahn, Kansk, nördlich des Baikal-Sees zu den Goldfeldern am Witim- und Aldan-Fluß und in den Kohlendistrikt von Bodaibo, um schließlich am Unterlauf des Amur unter mancherlei Verzweigungen zu enden.

9. Wie Schienenwege sich als politische Klammer bewähren können, so wirkte im Inkareich der Zeit um 1500 die mächtige, über 20 Breitengrade durch schwieriges Hochgebirge verlaufende

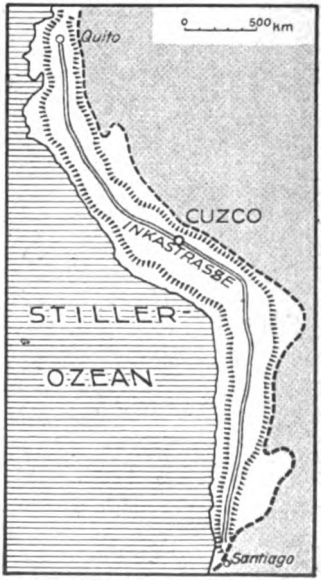


Abb. 45. Der Straßenstaat des Inkareiches.

1) Vgl. Michael Prawdin: Dschingis Khan, der Sturm aus Asien, Stuttgart—Berlin 1935, sowie Rich. Hennig: Verkehrsgeschwindigkeiten in ihrer Entwicklung bis zur Gegenwart, Stuttgart 1936.

Digitized by Google

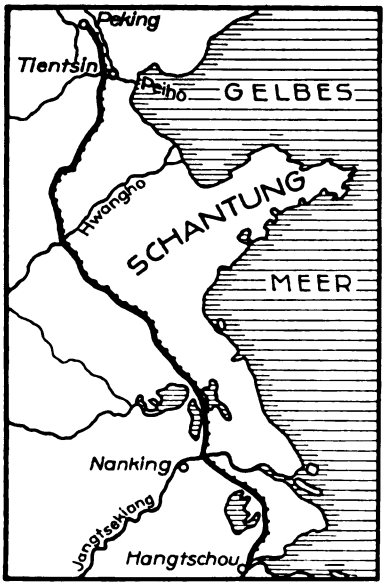


Abb. 46. Der chinesische Kaiserkanal.

Inkastraße als staatliches Bindemittel vortrefflich (Abb. 45).

10. Im Riesenreich China war in eisenbahnloser Zeit der uralte Kaiserkanal, der längste Kanal der Erde (1100 km), die wirksamste wirtschaftliche und zugleich auch politische Klammer zwischen Nord und Süd (Abb. 46). Heute ist er ohne Bedeutung (vgl. S. 50).

11. Die lange Vernachlässigung der Verkehrspflege ist der von der Adria bis zum Persischen Golf reichenden Türkei der Zeit um die Jahrhundertwende verhängnisvoll geworden. Sie zögerte zu lange mit dem Bau von Eisenbahnen und konnte daher im ersten Balkankrieg 1912/13 und im großen Weltkrieg an den gefährdeten Grenzen ihre Truppen nur mit viel zu großer Verspätung aufmarschieren lassen. Infolgedessen war sie gegen den russischen Angriff an der Kaukasusfront, den englischen in Mesopotamien und am Suezkanal[1]) nicht ausreichend widerstandsfähig und verlor erst 1912 ihre Balkanprovinzen und 1919 ihren ganzen asiatischen Besitz außer Kleinasien. — Ganz ähnlich liegen die Dinge im heutigen China, dessen unablässige innere Wirren seit 1911 von dem ehrlich die Einheit Chinas erstrebenden Marschall Tschangkaischek in der Hauptsache deshalb nicht überwunden werden können, weil die küstenferneren Provinzen noch vollkommen aller modernen Verkehrsmittel entbehren.

12. Die neue Transiran-Bahn (vgl. Abb. 47), die noch nicht fertiggestellt ist, soll dem nationalen Zusammenhalt Irans dienen. Sie ist von Bender Schah am Kaspischen Meer über das Elburs-Gebirge bis nach Teheran im Februar 1937 schon eröffnet worden, während an ihrer Fortsetzung bis nach Bender Schahpur am Iranischen Golf noch gebaut wird. Es zeugt für das Nationalbewußtsein des iranischen Volkes und seine Erkenntnis der Bedeutung des großartigen Werkes, daß die Kosten in Höhe von 30 Mill. Pfund ausschließlich vom Lande selbst aufgebracht werden.

13. Zur Sicherung seines nordafrikanischen Kolonialbesitzes in Tripolis und der Cyrenaika hat Italien die 1822 km lange Heerstraße, genannt „Litoranea", von der West- bis zur Ostgrenze durch die Provinz gebaut (von Tripolis nach Tobruk), die im März 1937 durch Mussolini persönlich eingeweiht wurde. — In Abessinien

1) Der Plan der Türkei, die entstehende Mekkabahn durch eine Seitenlinie Maan-Akaba ans Rote Meer heranzuführen, wurde durch England vereitelt, das am 13. Mai 1906 durch eine Flottendemonstration im Bosporus die Türkei zum Verzicht auf jene Bahn zwang. Bei den Kämpfen um den Suezkanal 1915 hätte sie erhebliche Bedeutung erlangen können. Jetzt, wo England sich in Akaba und Maan als Herr fühlt, wird ihm der Bau dieser Bahn durchaus sympathisch sein, so daß sie in absehbarer Zeit wohl vorhanden sein dürfte.

Digitized by Google

sucht Italien gegenwärtig ebenso durch Schaffung moderner Verkehrswege seine Herrschaft zu festigen.[1])

13. England hat soeben durch den Bau einer guten Autostraße Haifa-Akaba eine neue Schnellverbindung zwischen dem Mittelmeer und Roten Meer und somit gewissermaßen militärisch einen „Suezkanalersatz" hergestellt.

14. Selbst das kulturell rückständige Afghanistan, in dem es bis vor kurzem weder Eisenbahnen noch gute Straßen gab, sucht sich jetzt moderne „innere Linien" von strategischer Bedeutung zu verschaffen. 1935 hat es eine große Autostraße über den Hindukusch fertiggestellt, welche die Entfernung Kabul—Mesar-i-Scherif von drei Wochen auf drei Tage herabgemindert hat.

Abb. 47. Die Transiran-Bahn.

15. Ein besonders wichtiges Mittel der staatlichen Machtstärkung durch Verkehrsförderung sind die Seekanäle geworden. Der Panamakanal hat die Schlagfertigkeit der Kriegsflotte der Vereinigten Staaten gewaltig erhöht, da sie zwischen dem Atlantischen und Stillen Ozean verhältnismäßig rasch hin und her wechseln kann. Der Nikaraguakanal wird diese Schlagfertigkeit noch steigern (S. 77f.). Ebenso war für den Bau des deutschen Kaiser-Wilhelm-Kanals (Nord-Ostsee-Kanals) neben der bedeutenden wirtschaftlichen Tragweite der Gesichtspunkt ausschlaggebend, daß die deutsche Kriegsflotte schnell auf der „inneren Linie" zwischen den zwei deutschen Meeren verkehren und somit beide besser verteidigen konnte. Zumal der Umbau dieses 1887—1895 gebauten Kanals auf wesentlich größere Dimensionen in den Jahren 1907—1914 wurde allein durch die Bedürfnisse der Kriegsflotte bedingt. — Ebenso kommt man in Frankreich immer wieder zurück auf das Projekt des Zweimeerekanals (Canal des deux mers), d. h. eines für große Kriegsschiffe benutzbaren Seekanals. Er soll dem Lauf der Garonne folgend vom Biskayischen Meerbusen in den Löwengolf führen und somit zwischen dem Ozean und dem Mittelmeer der französischen Flotte die „innere Linie" verschaffen, unter Ausschaltung der Gibraltarkontrolle. Da aber ein solcher Kanal, der bis auf 189 m Meereshöhe hinaufführen und daher zahlreiche Schleusen erhalten müßte, in Friedenszeiten für die Handelsschiffahrt ganz wertlos und lediglich in Kriegszeiten von Bedeutung sein würde, ist es doch recht zweifelhaft, ob der (schon seit dem 17. Jahrh. erörterte) Plan, dessen Verwirklichung viele Milliarden verschlingen müßte, zur Ausführung kommen wird. — Erwähnt sei auch der vereinsstaatliche Plan, einen Großschiffahrtskanal durch die Halbinsel Florida zu schaffen, der in 300 km Länge eine um etwa eine Tagfahrt kürzere, militärisch wichtige Verbindung zwischen dem Nordatlantischen Ozean und dem Golf

1) Antonio Giordano, Fragen des italienischen Kolonialbesitzes (mit einer guten Straßenkarte), in Zeitschr. f. Geopolitik 1938, Heft 3.

Digitized by Google

Abb. 48. Kanalplan durch den Isthmus von Kra.

von Mexiko schaffen soll. Die Kosten sollen etwa 400 Mill. *RM* betragen.

16. Eine ausgesprochen machtpolitische Verkehrsanlage ist weiter der russische Lenin-Kanal von der Ostsee zum Weißen Meer, der 1931 begonnen und am 20. Juli 1933 eingeweiht wurde. Neben gewissen wirtschaftlichen Aufgaben von allerdings nur bescheidener Bedeutung verfolgt diese Wasserstraße vornehmlich den politisch militärischen Zweck, die russische Ostseeflotte in ihren kleineren Schiffseinheiten über einen russischen Wasserweg ins Weltmeer hinauszuführen und die beiden Kriegshäfen Kronstadt und Murmansk (in der Kolabucht) näher aneinander zu bringen. Der Kanal, dessen technische Ausführung allerdings viel zu wünschen übrig läßt, hat für die Schiffe auch den Handelsweg zwischen den beiden Häfen Leningrad—Archangelsk von 2840 sm auf nur 674 sm verkürzt.[1])

17. Am stärksten wird aber der geopolitische Charakter wichtiger Seekanäle in die Erscheinung treten, falls der Bau eines Kanals durch den Isthmus von Kra erfolgen sollte. Kra ist ein siamesischer Ort auf der schmalsten, nur 42 km breiten Stelle der Halbinsel Malakka, 800 bis 900 km nördlich von Singapur gelegen. Ein Kanal würde hier mit Leichtigkeit herzustellen sein und der gesamten Ostasien-Schiffahrt eine Abkürzung von vielen hundert Kilometern, also große Zeit- und Kostenersparnis, gewähren[2]) (Abb. 48). Seit über 50 Jahren wird der Kanalbau empfohlen. England aber hat ihn mit allen Mitteln verhindert, da natürlich der Wert der von ihm beherrschten Malakkastraße und seiner stärksten Seefestung Singapur durch ihn empfindlichst geschmälert werden würde. Um der Singapur-Gefahr zu begegnen, scheint Japan den Kanalbau zu planen. England freilich kann, darf und wird sich dies niemals gefallen lassen. Hier schlummert ein weltpolitischer Konfliktstoff allerersten Ranges, der eines Tages ganz plötzlich erwachen könnte.

18. Die schon seit über sechs Jahrzehnten erwogenen Pläne einer französischen Transsahara-Bahn und der neuerdings erwogene Gedanke einer Transsahara-Autostraße verfolgen ausschließlich machtpolitische Ziele: Frankreich will seine farbigen Truppen aus Senegambien und dem Sudan mit Hilfe jener Verkehrsanlagen rascher auf einen europäischen Kriegsschauplatz werfen können. Die Bahn soll voraussichtlich von Colomb-Béchar nach Timbuktu verlaufen, die Autostraße von dem

1) Beschreibung und Karte des Kanals in „Volk und Reich", 1936, Heft 9.

2) Es ist vielleicht nützlich, sich den Wert des Isthmus von Kra durch europäische Raumgrößen zu veranschaulichen. Denken wir uns die Malakka-Halbinsel als südliche Verlängerung Norwegens, so würde sie bis in die Nord-Adria reichen; Singapur käme an die Stelle Venedigs zu liegen, während der Isthmus von Kra in Breite und Lage annähernd der Landenge zwischen Hamburg und Lübeck entsprechen würde.

Digitized by Google

Eisenbahnpunkt Tuggurt nach Burem am Niger. Es ist gar nicht unwahrscheinlich, daß diese Projekte einmal verwirklicht werden. Bisher haben aber die außerordentlich hohen Kosten der in Friedenszeiten so gut wie wertlosen Verkehrsanlagen vor der Inangriffnahme des Baues zurückscheuen lassen.

3. Verkehrsbeherrschung zwecks Schwächung fremder Staatsmacht.

Die brutale Annektierung besiegter und eroberter Staaten, wie sie im Altertum und Mittelalter gang und gäbe war, macht in der Neuzeit immer häufiger anderen, feineren Methoden der eigenen staatlichen Machtsteigerung auf fremde Kosten Platz. Als eines der wirksamsten Mittel zur politischen und wirtschaftlichen Niederhaltung eines konkurrierenden Landes hat sich die Beschränkung seiner „Verkehrshoheit", d. h. die fremde Verfügung über seine Verkehrsmittel und Verkehrswege, ihre Kontrolle und Begrenzung erwiesen. Bei den sogenannten „Kapitulationen", die sich vor dem Kriege schwache Staaten (Türkei, Persien, China u. a.) durch die europäischen Großmächte oftmals gefallen lassen mußten, spielte neben der ausländischen Zollkontrolle und der Sonder-Rechtsprechung für fremde Untertanen die Einengung der Hoheitsrechte in allen Fragen des Verkehrs eine besonders große Rolle. Gewissermaßen bleibt in solchen Fällen die äußere Fassade des staatlichen Gebäudes unangetastet, aber die „Inneneinrichtung" bringt der fremde Gläubiger langsam und unmerklich in seinen Besitz.

Der hochbedeutende deutsche Volkswirt Friedrich List (1789—1846) tat bereits vor hundert Jahren den von hoher geopolitischer Weisheit zeugenden Ausspruch:

„Wer die Verkehrsmittel eines Landes in seiner Gewalt hat, hat auch das Land selbst in seiner Gewalt."

Beispiele.

1. Deutschland hat im Versailler Diktat und nachher ausreichend erfahren, wie sehr die Beschränkung der Verkehrshoheit ein Mittel der politischen und wirtschaftlichen Schwächung ist: seine gesamte seetüchtige Handelsflotte und seine Luftschiffe mußte es ausliefern; Flugzeuge durfte es bis 1926 nur halten oder neu bauen, wenn sie 170 km Stundengeschwindigkeit, 750 kg Nutzlast, 2000 m Steighöhe nicht überstiegen; die Deutsche Reichsbahn war bis 1929 fremder Mitverwaltung und fremdem Verfügungsrecht unterstellt; die großen deutschen Ströme wurden zumeist internationalisiert (S. 186), bis im November 1936 ihre Freiheit zurückerrungen wurde.

2. Schon früher hat Deutschland in Zeiten großer politischer Schwäche wiederholt verspürt, wie die Beschneidung seines Verkehrslebens vor allem dazu dienen sollte, seine Ohnmacht zu verewigen. Um die Mitte des 17. Jahrh. (nach dem Westfälischen Frieden) waren seine meisten Seestädte in fremder Hand und alle Flußmündungen durch fremdstaatliche Riegel versperrt: die Rheinmündungen waren niederländisch; Bremen, Stade, Wismar, Stralsund, Greifswald und Stettin schwedisch; Altona, Kiel und Flensburg dänisch; Danzig und Elbing polnisch. — Ähnlich war von 1810 bis 1813 in der Napoleonischen Zeit Deutschland so gut wie abgeschnitten vom Meer: die Mündungen des Rheins, der Weser, Elbe und Trave waren im französischen

Digitized by Google

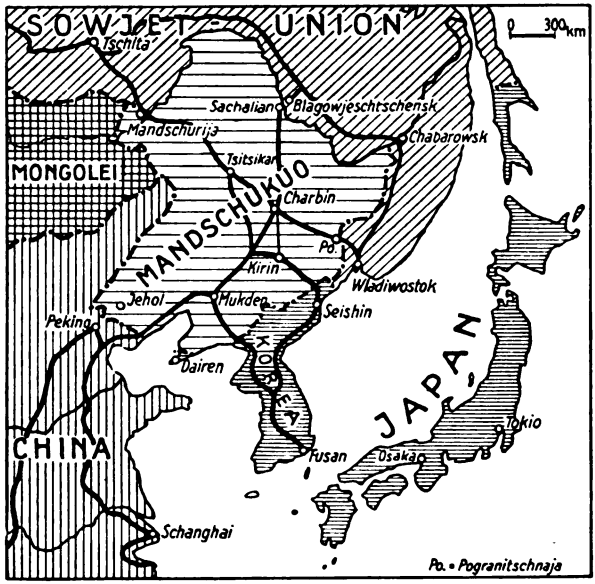


Abb. 49. Die japanischen Hauptbahnstrecken in Korea und der Mandschurei mit Seishin, dem neuen koreanischen Konkurrenzhafen für Wladiwostok.

Besitz, Emden, Bremen, Hamburg und Lübeck französische Städte[1]); auch war Danzig von 1807—1814 schon einmal ein eigener Staat, unter einem französischen Gouverneur; allein die Oder- und Memel-Mündungen blieben im Besitz eines deutschen Staates (Preußen).

3. In Portugals kolonialen Besitzungen hat England von jeher, fast wie in seinen eigenen, das Verkehrswesen beherrscht. In Angola und Mozambique verfügt der Engländer und der Südafrikaner, welche Eisenbahnen, Automobilstraßen usw. gebaut werden sollen. Frankreich hingegen besitzt ein Landemonopol für Flugzeuge in allen portugiesischen Kolonien (das jüngst angeblich gekündigt wurde).

4. Der Türkei wurde 1900 von Rußland ein Vertrag aufgezwungen, wonach im nördlichen Kleinasien die Russen ein vollkommenes Eisenbahnmonopol besaßen; sie allein bestimmten, ob Eisenbahnen gebaut werden durften. Sie haben dies Recht benutzt, um alle Bahnbauten zu verhindern und damit das Land militärisch fast wehrlos zu machen. — Ebenso wurde im südlichen Kleinasien durch englisch-russischen Machtspruch der von der Türkei gewünschte Weiterbau der an deutsche Unternehmer konzessionierten Bagdadbahn[2]) von 1904—1909 gänzlich vereitelt.

5. In den lateinamerikanischen Staaten suchen sowohl England wie vor allem die Vereinigten Staaten durch möglichst umfangreiche Eisenbahn-, Kanal- und andere Verkehrskonzessionen, neuerdings insbesondere auch durch weitgehende Flugmonopole (Kondor-Linie) für nordamerikanische Unternehmungen, die Verkehrshoheit in tunlich großem Umfang in ihren Besitz zu bringen und mit wirtschaftlichen Mitteln (auch Bergwerkskonzessionen, Anleihen usw.) die politische Vorhand an sich zu reißen („Dollarimperialismus"). Einzelne dieser Staaten, so insbesondere Panama und Nikaragua, waren lange kaum von nordamerikanischen Kolonien zu unterscheiden. Erst in jüngster Zeit haben die Nordamerikaner freundlichere Saiten aufgezogen und die „Politik der guten Nachbarschaft" verkündigt.

---

1) Wenig bekannt ist, daß Zweibrücken einige Jahrzehnte lang schwedisch und Jever 14 Jahre lang (1793—1807) russisch war (vgl. S. 120).

2) Die Türkei ließ sowohl diese Bahn wie die sogenannte Hedschasbahn Damaskus—Medina (eröffnet 1908) gerade deshalb durch Deutsche bauen, weil sie wußte, daß diese keine politischen Nebenabsichten in Gestalt deutscher Annexionen türkischen Gebietes verfolgten.

Digitized by Google

6. Von Englands meisterhaftem Verständnis, durch Verkehrsbeherrschung in wichtigen Meeresstraßen die eigene politische Machtstellung auf fremde Kosten gewaltig zu steigern, war schon in anderem Zusammenhang (S. 68) die Rede.

7. Rußland baute 1898—1903 die Ostchinesische (heute: Nordmandschurische) Bahn Mandschurija-Pogranitschnaja (Abb. 49) in 1726 km Länge als kürzeste Verbindung nach Wladiwostok über chinesisches Hoheitsgebiet, um dadurch die geplante Annexion der Mandschurei wirksam vorzubereiten und zu unterstützen. Japans Sieg 1905 vereitelte diesen Plan.

8. Um seine imperialistische Politik auf dem ostasiatischen Festland besser fördern zu können, will Japan gegenwärtig die Tsushima-Straße untertunneln, um somit eine schnelle, von keiner fremden Seemacht zu störende Eisenbahnverbindung zwischen Japan und Korea zu erhalten. — Ein Gegenstück dazu ist der Plan Rußlands, Sachalin zu entinseln, und zwar durch den Bau eines Eisenbahndammes zwischen der Insel und dem Festland durch den Tartarischen Golf, der an der schmalsten Stelle nur 8 km breit, flach und ohne Bedeutung für die Schiffahrt ist. Seine Aufgabe soll vornehmlich die sichere Zuführung des Sachalin-Erdöls nach Sibirien in Kriegszeiten sein.

4. Die „geophysische Lage".

Unter der geophysischen Lage versteht man in der Geopolitik die zufällige Gunst oder Ungunst der Lage eines Landes zu den beherrschenden Hauptverkehrslinien des Zeitalters. Diese Lage ist deshalb von größter politischer Bedeutung, weil der erhöhte Anteil am Welthandel und Verkehr, den eine gute geophysische Lage bedingt, dem betreffenden Lande naturgemäß materielle Güter und Reichtümer zuführt. Diese aber können sich in zwiefacher Weise für die staatlichen Geschicke auswirken.

Eine gute geophysische Lage bedeutet starke politische Macht für ein Land, das sich selbständig zu halten in der Lage ist, politische Abhängigkeit aber für ein Land, das zu schwach ist, sich gegen fremde Begier nach einträglichem Zwischenhandel zu schützen. Ungünstige geophysische Lage zieht staatliche Verkümmerung nach sich.

Beispiele.

1. Als der zu allen Zeiten hervorragend wichtige Orienthandel, zumal der indische und chinesische, seinen Weg zum Mittelmeer teils über das Rote Meer nach Ägypten, teils über den Iranischen Golf in die östlichen Mittelmeerländer fand, erstanden in diesen Landesteilen zu wiederholten Malen nicht nur die ersten Handelsstädte der Welt (Alexandrien, Antiochien, Bagdad), sondern auch mächtige Reiche, die durch den Zwischenhandel Reichtümer erwarben und auf der Grundlage dieser Reichtümer zeitweilig hohe politische Macht erlangten: Babylonien und Assyrien, das Partherreich, das kurzlebige Reich Palmyra des 3. Jahrh. n. Chr. in der südsyrischen Steppe, das persische Sassanidenreich mit Ktesiphon am Tigris, das Kalifenreich in Mesopotamien mit Bagdad, das Kaiserreich Trapezunt (1204–1461) u. a. Die Kreuzzüge (1096—1291) galten, wirtschaftlich bewertet, vornehmlich der Sprengung der von den Mohammedanern im Orient verhängten Verkehrssperre für Christen und schlummerten ein, als sich durch das Entstehen der neuen

Digitized by Google

Mongolenreiche im Norden der mohammedanischen Sperrmauer die Möglichkeit bot (Marco Polo!), diese Sperre zu umgehen.[1])

2. Werden und Vergehen der politischen Herrlichkeit Venedigs, der Königin der Adria, gibt uns ein weiteres vortreffliches Beispiel für den Wert der guten geophysischen Lage. Venedig und ebenso sein großer Nebenbuhler Genua waren politische Großmächte im 13. bis 15. Jahrh. durch den einträglichen Handel mit den begehrten Waren des Orients, den sie geradezu monopolartig beherrschten. Venedig, das im 14. und 15. Jahrh. zur ersten Stelle emporstieg, lag am Verkehrsbrennpunkt der hochwichtigen Handelsstraße, die vom östlichen Mittelmeer zur Nordadria und weiter über den Brenner nach Süddeutschland (Augsburg, Regensburg, Rothenburg) oder aber über die Graubündener Pässe (vgl. S. 45) zum Rhein und den Rhein hinunter nach Holland, Flandern, England führte. Aus dieser Gunst der Handelslage erwuchs Venedigs staatliche Großmacht. Diese schwand aber dahin, seit das erste portugiesische Schiff unter Vasco da Gama in Indien eintraf (20. Mai 1498) und damit die Epoche der direkten europäischen Seefahrten nach Indien und nach den Gewürzinseln (Molukken) eingeleitet wurde. Die Welthandelsstraße des Verkehrs zog sich aus dem Mittelmeer zurück und verlief bis zur Eröffnung des Suezkanals ums Kap der Guten Hoffnung. Venedig geriet ins „Altwasser des Verkehrs" und sank unaufhaltsam von seiner stolzen politischen Machthöhe bis zu seiner völligen Vernichtung als selbständiger Staat (1797; vgl. S. 125), während die nunmehr mit der besseren geophysischen Lage bedachten Handelsländer am Ozean, Portugal, Spanien, später auch England und Holland, schnell zu politischen Großmächten emporstiegen.

3. Die Eröffnung des Suezkanals (17. November 1869) brachte zumal Ägypten erneut in eine hervorragend günstige geophysische Lage — auf Kosten des bis dahin besser gelegenen Kapstadt. Da aber Ägypten stets ein schwacher Staat war, zog ihm diese ungewöhnliche Gunst der Lage an einer der ersten Verkehrsstraßen der Welt alsbald auch den englischen Vormund ins Land, der 1882 einrückte und 1914 die Annexion aussprach. Später (1922) mußte England allerdings sein Protektorat wieder aufgeben und 1936 sogar Ägyptens fast völlige Unabhängigkeit wieder zugestehen.

4. Letzthin ist mit der Entwicklung neuer, wichtiger Verkehrsmöglichkeiten (Fluglinien, Autostraßen) Palästina mit Transjordanien immer stärker als wichtigstes Durchgangsland nach Indien an die Stelle von Ägypten gerückt. Die Fluglinie Haifa-Basra und dazu die neue Ölleitung Kerkuk-Haifa sind gegenwärtig für England kaum minder wichtig als der Suezkanal. Die politische Auswirkung liegt klar zutage: England lockert die Kandare, an der Ägypten gehalten wurde (Unabhängigkeitsvertrag vom 26. August 1936), sucht aber dafür in Palästina (Haifa!) und in Transjordanien immer stärkeren Einfluß zu gewinnen.

5. Die Macht des Staates Nowgorod im ausgehenden Mittelalter, die bis zur Unterwerfung durch die Russen 1470 bestand, war eine unmittelbare Folge der hervorragend günstigen Lage am Ilmensee. Hier war Nowgorod für die nur kleinen Seeschiffe der damaligen Zeit der östlichste überhaupt erreichbare Ostseehafen des Zeitalters, wurde dadurch zum wichtigsten Pelzmarkt des Ostens, barg eines der bedeutendsten Handelskontore der Hanse (Petershof) und konnte daher jenen ge-

1) Vgl. Rich. Hennig: Terrae incognitae, Leiden 1938. Bd. III, Kap. 119 ff.

Digitized by Google

waltigen Wohlstand und, im Zusammenhang damit, jenen politischen Einfluß erringen, der zu dem Wort Anlaß gab: „Wer kann wider Gott und Groß-Nowgorod?"

6. Ganz ähnlich ließ einige Jahrhunderte vorher die gute geophysische Lage die Nachbarorte Schleswig und Haithabu zu hoher Bedeutung aufsteigen. Hier, im innersten Winkel der Schlei, lag der westlichste überhaupt erreichbare Ostseehafen des Zeitalters, der bedeutendste Umschlagplatz zwischen Nordsee- und Ostseehandel, der bis 1200 niemals ums Kap Skagen, sondern immer auf Überlandwegen, zumeist über die Eider und die Schlei, vor sich ging. Schleswig war daher lange Zeit auch die politische Hauptstadt des dänischen Reiches, mußte aber nach dem Aufkommen des „Umlandverkehrs" ums Kap Skagen seine wirtschaftliche und politische Stellung an die nun in der besseren geophysischen Lage befindlichen Häfen Kopenhagen am Öresund und Lübeck abgeben.

7. Als 1902 der Panamakanal fest beschlossen war, wurde dem schwachen Staat Kolumbien seine hervorragend gute geophysische Lage zur neuen Verkehrshauptstraße ähnlich verhängnisvoll wie 20 Jahre zuvor Ägypten. Der Westteil Kolumbiens, der Isthmus von Panama, wurde dem Staate durch eine von den Vereinigten Staaten entfesselte und offen begünstigte Revolution geraubt (1903). Ein neuer, von Washington völlig abhängiger Strohmannsstaat Panama wurde geschaffen und zu einem Vertrage genötigt, der das Kanalgebiet, einen 16 km breiten Korridor von einem Ozean bis zum anderen, als territoriales Eigentum den Vereinigten Staaten abtrat. — Auch Nikaragua ist bei seiner politischen Schwäche die gute geophysische Lage zu beiden Ozeanen teuer zu stehen gekommen: der geplante Nikaraguakanal, den die Vereinigten Staaten sich schon 1916 haben konzessionieren lassen, hat ihre fortschreitende Einmischung in die politischen Verhältnisse des Landes zur Folge gehabt. Jahrelang hielten sich amerikanische Marinetruppen im Lande auf, gegen den Wunsch und Willen der Regierung Nikaraguas. Die Selbständigkeit des kleinen Kaffee-Staates reichte nicht mehr weiter, als es den Nordamerikanern genehm war. Erst 1933 sind die amerikanischen Truppen, die sich zeitweise auf 6000 Mann beliefen, zurückgezogen worden, und ein kommender fertiger Kanal dürfte für Nikaragua zwar wirtschaftlich wertvoll sein, aber politisch vielleicht das Ende wahrer staatlicher Unabhängigkeit bedeuten.

8. Inseln in günstiger, militärisch beherrschender Lage zu einer wichtigen See-Verkehrsstraße erschienen allzeit politisch besonders begehrenswert. Kaum war der Suezkanal beschlossen, da besetzte England, 2 Jahre vor der Aufnahme der Kanalarbeiten, 1857 die Perim-Inseln im schmalen Südzugang der Straße Bab-el-Mandeb; nach der Eröffnung nahm es sich zudem 1878 Zypern, das den Kanal im Norden strategisch flankiert. — Wegen ihrer ähnlichen Lage zur Magelhanstraße wurden 1835 die argentinischen Falklandsinseln von England fortgenommen. — Als Wächter des Panamakanals wurden die zu Ekuador gehörenden Galapagos-Inseln mehrfach, wenn auch bisher vergeblich, von den Nordamerikanern begehrt. Auch der unter starkem vereinsstaatlichem Druck zustande gekommene Kauf der dänischen Jungferninseln im nordöstlichen Antillenbogen, St. Thomas, St. Croix und St. John, durch die Vereinigten Staaten erfolgte 1917 wegen ihrer guten Lage zum Panamakanal. St. Thomas ist durch M. G. Schmidt treffend als „amerikanisches Gibraltar" bezeichnet worden, weil es die Anegada-Passage ins Karaibische Meer abzuriegeln gestattet.

Digitized by Google

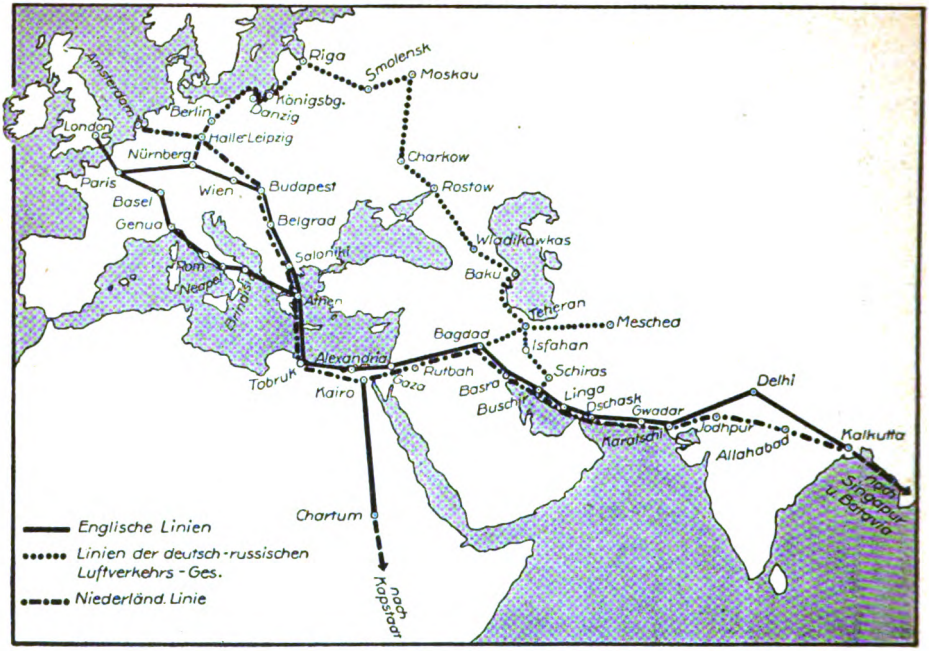


Abb. 50. Das „Luftkreuz" des Verkehrs in Vorderasien.
(Der „Suezkanal der Luft".)

9. Gegenwärtig sehen wir, wie die halbwegs zwischen Sizilien und Tunis liegende, kleine Insel Pantelleria, welche die engste Stelle der Seeverbindung zwischen dem westlichen und dem östlichen Mittelmeer beherrscht, wegen ihrer vortrefflichen geophysischen Lage von den Italienern zu einem starken Kriegshafen und damit zum Kernpunkt ihres Anspruchs auf die Vormachtstellung im Mittelmeer ausgebaut wird.

10. Ganz ähnlich tritt gegenwärtig die gute geophysische Lage der Balearen im westlichen Mittelmeer politisch stark in die Erscheinung. Neben Spanien, dem die Inseln gehören, haben England, Frankreich und Italien ihr Auge auf den Archipel geworfen, zumal auf die Insel Menorca. Für Englands Ost-West-Verkehrsstraße durchs Mittelmeer, für Frankreichs nord-südlich gerichtete Verbindung mit seinen nordafrikanischen Besitzungen wäre die Insel nicht minder ein hochwillkommener Stützpunkt wie für Italiens Wunsch, im westlichen Mittelmeer eine ausschlaggebende Rolle zu spielen. Zunächst haben jedoch England wie Italien in ihrem Osterabkommen von 1938 den Status quo im Mittelmeer und damit Spaniens Besitzrecht auf die Balearen anerkannt.

11. Ebenso sehen wir, wie von dem werdenden Luftverkehr, obwohl er noch in den ersten Anfängen steckt, Wirkungen ausgehen, die den Wert der „geophysischen Lage" in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht wieder einmal gut beleuchten. Im „Luftnetz" der sich allmählich abzeichnenden großen Weltverkehrsfluglinien prägt sich das wichtige „Luftkreuz" in den östlichen Mittelmeerländern, wo drei Kontinente zusammenstoßen, deutlich genug aus (Abb. 50); aber auch das britische Bestreben, diesen gesamten Länderkomplex unter englische Kontrolle und politische Vormacht zu bringen, durch Schaffung nur halbsouveräner,

Digitized by Google

von England gegängelter Staaten (Ägypten, Transjordanien, Irak) oder englischer Mandatsgebiete (Palästina). Zugleich erleben wir eine Rückwirkung auf Iran. Dieses ist durch die neuentstandenen Welt-Luftverkehrslinien nach Indien, Hinterindien, den Sundainseln, nach Australien und Indochina, unversehens in eine recht gute geophysische Lage gerückt. England hat sich infolgedessen auf südiranischem Boden in wachsendem Maße einzunisten gesucht. Iran hat aber die Angriffe auf seine Hoheitsrechte erfolgreich abgewehrt (S. 24). Es weiß genau, daß mit der Erhaltung seiner Verkehrshoheit seine staatliche Unabhängigkeit überhaupt steht und fällt, und weist deshalb alle britischen Sonderwünsche mit großer Energie zurück.

Weitere Rückwirkungen der neu entstehenden Luftverkehrslinien auf die „geophysische Lage" erleben wir, zunächst überwiegend mit wirtschaftlichen, nicht so sehr mit politischen Wirkungen, an der plötzlich gesteigerten Verkehrsbedeutung mancher Länder. Während früher von den drei südeuropäischen Landhalbinseln nur Italien für den großen Weltverkehr als Durchgangs- und Umschlagsland Bedeutung hatte, sind jetzt auch Spanien (Zeppelinverkehr nach Südamerika) und Griechenland (Athen als Luftkreuz aller Orientlinien) in eine günstige Verkehrslage gerückt worden, dazu die gesamten Länder um die vorderasiatische Landbrücke zwischen dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean. Ebenso sind Irland, Island, Grönland, Neufundland, die Azoren, Bermudas, Kanaren, Kapverdischen Inseln, die brasilianische Insel Fernando Noronha, Pernambuco plötzlich aus weitgehender Verkehrsisolierung zu mehr oder weniger bedeutenden Verkehrsknotenpunkten geworden, oder sie schicken sich an, es zu werden. Sehr leicht können daraus in Zukunft politisch-staatliche Wirkungen hervorgehen, die sich bisher schon hier und da angedeutet haben, ohne freilich zunächst größere Bedeutung zu erlangen.

In der Südsee bahnen sich solche Wirkungen schon sichtlich an. Am 3. März 1938 forderten die Vereinigten Staaten die im Phönix-Archipel gelegenen Inseln Canton- und Enderbury-Island, die als britisch galten, für sich, um nationale Stützpunkte für ihre Transpazifik-Fluglinie nach Neuseeland und Australien zu erhalten. Sie besetzten die unbewohnten beiden Inseln, ohne die englische Zustimmung abzuwarten, und übten auf ihnen Hoheitsrechte aus, boten aber dafür England ein Landerecht für britische Flugzeuge auf Hawai als Entgelt an (10. März 1938). Im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden (April 1938), ist der Streitfall noch unbereinigt. Auch auf ihren eigenen Koralleninseln Johnston- und Howland-Island schaffen sich die USA. Flugzeugstationen in der Südsee. Der normale Flugverkehr San Francisko-Auckland verläuft einstweilen über Hawai, Kingmans Reef und den USA.-Marinestützpunkt Pagopago in der Samoa-Gruppe.

Als politische Folge der durch den kommenden Luftverkehr sich wandelnden geophysischen Lage ist auch das Wettrennen verschiedener Staaten um die territoriale Aufteilung der ehedem völlig mißachteten arktischen und antarktischen Gebiete zu bewerten. Der interkontinentale Flugverkehr auf sehr große Entfernungen wird in Zukunft sicherlich in die subarktischen und arktischen Zonen hineingehen, weil sich hier dem Weltverkehr die kürzesten Luftlinien („größte Kreisbogen") darbieten. 1933 sind allein in der russisch-sibirischen Arktis 233000 km von Flugzeugen durchmessen worden, 1934 schätzungsweise an 600000 km! Infolgedessen werden

Digitized by Google

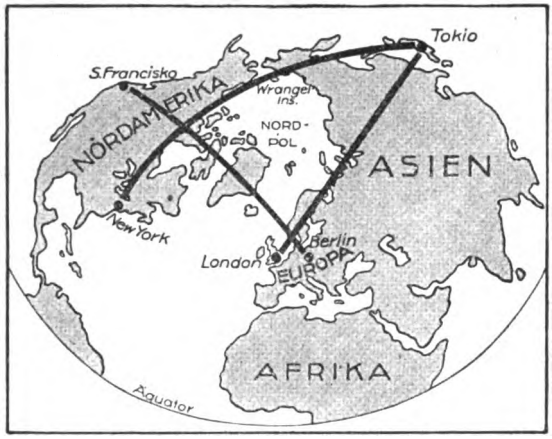


Abb. 51. Arktische Fluglinien der Zukunft auf dem größten Kreisbogen.

fortan in den hellen Sommermonaten gar manche bislang völlig vergessene Landstriche erhöhte Verkehrsbedeutung erlangen können (Abb. 51). In den hochnordischen Ländern Rußlands in Europa und Asien werden gegenwärtig bereits 10000 km Fluglinien regelmäßig beflogen, darunter Verbindungslinien der Sibirischen Bahn mit allen Hauptplätzen der großen sibirischen Ströme bis zu ihren Mündungen, eine Verkehrsstrecke Wladiwostok—Beringstraße mit Zweiglinien nach Kamtschatka und Sachalin usw. Die Eröffnung einer Fluglinie längs der ganzen Eismeerküste von Murmansk an der Kolabucht bis zur Beringstraße dürfte nicht mehr lange auf sich warten lassen. Vom 18. bis 20. Juni 1937 wurde bereits ein Ohne-Halt-Flug von Moskau über den Pol bis nach Barax an der Grenze der Staaten Oregon und Washington durchgeführt. Im Juli 1937 flog der russische Flieger Gromow in großen Höhen sogar von Moskau über den Pol bis nach San Diego in Kalifornien. Ein dritter derartiger Versuch im August 1937 endete allerdings tragisch: der Flieger Lewanewski geriet im kanadischen Polarmeer in einen Sturm und blieb verschollen.[1])

Die arktische Welt wird also allmählich ins Weltflugnetz einbezogen. In der Hauptsache hiermit hängt es zusammen, daß Rußland 1924 alle Inseln zwischen Sibirien und dem Nordpol; Kanada alle Inseln zwischen seinem amerikanischen Festland und dem Nordpol; die Vereinigten Staaten zwischen Alaska und dem Nordpol als annektiert erklärt haben — auch die noch gar nicht entdeckten Inseln! Am 22. Mai 1937 hat Sowjetrußland seine Flagge sogar am Pol selbst auf dem Meereise gehißt und diesen damit symbolisch für Rußland annektiert!

Wie gründlich sich die Anschauungen über den Wert von Territorialbesitz in der Arktis gewandelt haben, geht aus folgendem hervor. Als der Nordpolfahrer Peary nach langjährigem Bemühen am 6. April 1909 den Nordpol erreicht hatte und dies Ereignis später telegraphisch mit den Worten meldete: „Der Nordpol steht zur Verfügung des amerikanischen Volkes", äußerte Präsident Taft mit leichter Ironie, „er wisse nicht, was er mit einem solchen interessanten und reichen Geschenk anfangen solle". Nach dem Weltkrieg aber ist allein um die kleine, völlig arktische Wrangel-Insel im Nordwesten der Beringstraße, die gute Jagdmöglichkeiten bietet und überdies genau auf dem kürzesten Luftkreisbogen New York—Tokio liegt, ein wiederholter, nicht ganz belangloser Besitzkonflikt entstanden, an dem drei Staaten beteiligt waren: England, Rußland und die Vereinigten Staaten. England hißte 1921 dort

1) Vgl. R. Hennig, Zwei Fragen des Weltluftverkehrs, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik 1938, 481 ff.

Digitized by Google

den Union Jack, die Vereinigten Staaten am 15. und Rußland am 18. Oktober 1924 ihre Flaggen. Schließlich hat Rußland die Oberhand behalten, da es dort 1927 eine Kolonie von 60 Köpfen zur Wahrung seiner dortigen Besitzrechte untergebracht hat. Doch haben die Vereinigten Staaten die Anerkennung des russischen Anspruchs abgelehnt.

Auch die schon recht weit gediehene territoriale Aufteilung des Südpolarkontinents hängt zusammen mit dem Ausblick auf eine spätere Zukunft, hier den kürzesten Flugverkehr zwischen Australien bzw. Neuseeland und Südamerika ins Leben zu rufen. Abb. 52 zeigt die von England beanspruchten Gebiete in der Antarktis. Nach Englands staatsrechtlichen Kundgebungen vom 7. Februar 1933, wodurch auch alle Gebiete der Antarktis zwischen 45° und 160° östl. Länge — mit einziger Ausnahme des von Frankreich annektierten Adélie-Landes und des norwegischen Kap Ann unter 46° östl. Länge — dem britischen Imperium einverleibt und der australischen Verwaltung unterstellt worden sind, müssen schon rund 62½% der Fläche des Südpolarkontinents, etwa 5,3 Mill. qkm, als britisches Territorium betrachtet werden, darunter auch die von Deutschen (Expedition v. Drygalski 1901—03) erstmalig entdeckten antarktischen Küstenstriche des Kaiser-Wilhelm-Landes! Weitere ansehnliche Teile des Kontinents werden von den Vereinigten Staaten und von Norwegen als ein ihnen zustehender Territorialbesitz angesehen. Wir können ohne weiteres von arktischem und antarktischem Imperialismus sprechen.

Weitere Beziehungen zwischen Luftverkehr und hoher Politik erleben wir zur Zeit im Raum des Stillen Ozeans. Der jahrzehntelange, scharfe Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und Japan hätte voraussichtlich längst zum Kriege geführt, wenn nicht die Entfernung beider Staaten voneinander so bedeutend wäre (etwa gleich der Entfernung Berlin—Peking), daß die beiderseitigen Flotten in den Heimatgewässern des Gegners ohne eigenen Stützpunkt gar nicht längere Zeit operieren könnten. Am nächsten kommen sich die beiderseitigen Hoheitsgebiete noch im hohen Norden, wo die zu Amerika und Alaska gehörige Inselkette der Aleuten und die japanische Inselkette der Kurilen sich nähern und nur durch die Landmasse des russischen Kamtschatka geschieden sind. Im Hinblick auf die hohe Bedeutung des Flugwesens in einem künftigen Kriege wenden beide Gegner zur Zeit diesen ihren nördlichen, sonst wenig wertvollen Inseln eine auffällig erhöhte Aufmerksamkeit zu. In Dutch Harbour auf der Insel Unalaska im Aleutenbogen schaffen

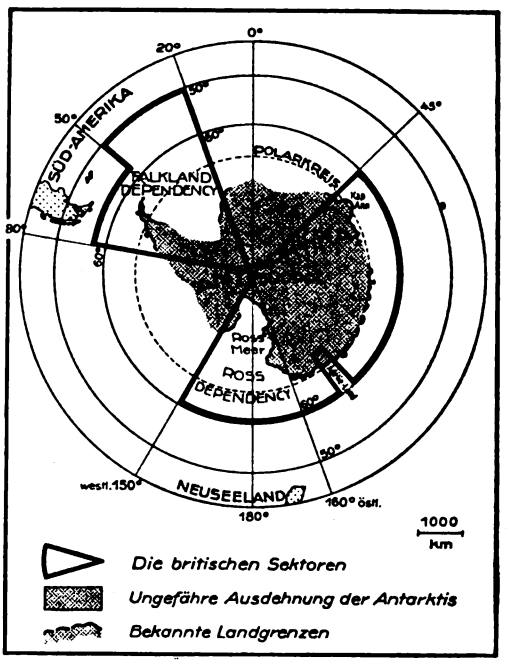


Abb. 52. Britische Landansprüche im Südpolargebiet.

Digitized by Google

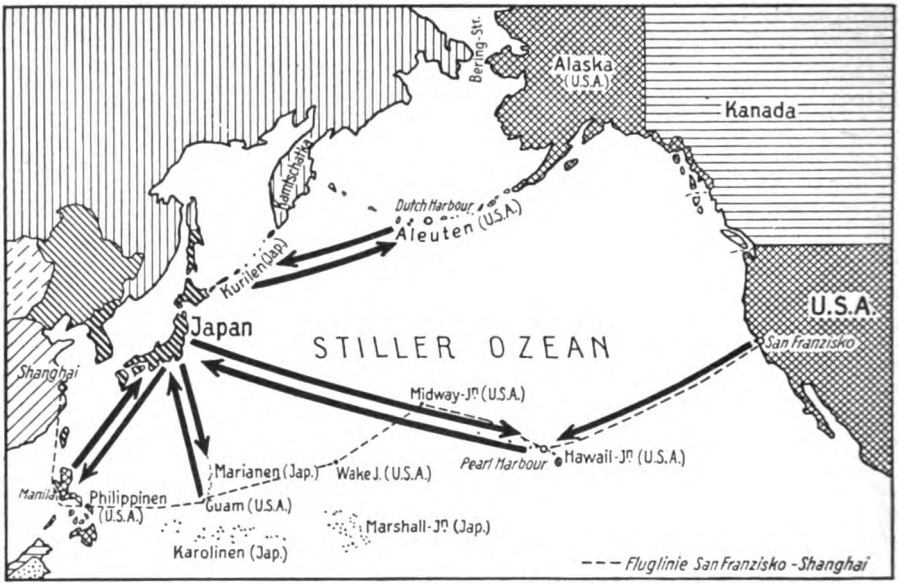


Abb. 53. Die vereinsstaatlichen und japanischen Kraftlinien im pazifischen Raum.

sich die USA. einen starken Kriegshafen, der ihren großen Kriegshäfen Pearl Harbour auf der Hawai-Insel Oahu und Pago-Pago auf Tutuila ebenbürtig sein soll, dazu auch einen militärischen Flugstützpunkt ersten Ranges; denn von hier aus würde es ihnen am leichtesten möglich sein, auf dem Wasser- wie auf dem Luftwege gegen die japanischen Hauptinseln vorzustoßen. Dutch Harbour ist nur rd. 2900 km von der nördlichsten Insel Japans entfernt, während zwischen Hawai und Yokohama rund 6250 km zu bewältigen sind. Auch verhandeln die USA. mit Kanada wegen der Einräumung eines „Luftkorridors" über die 1300 km lange kanadische Küste zwischen Seattle, dem „Tor Alaskas", und Alaska selbst, da sonst der Luftbafen von Dutch Harbour militärisch allzu isoliert sein würde. Überdies schaffen sie sich in Sitka einen neuen militärischen Flugstützpunkt zu gleichem Zweck.

Die Japaner treffen auf den Kurilen ihre flugtechnischen Gegenmaßnahmen, über die bislang nichts Näheres bekannt gegeben wird. Ebenso ist an der Südwestküste von Formosa ein neuer japanischer Kriegshafen Takao im Entstehen begriffen, der von Hongkong nur 100, von den Philippinen 200 Seemeilen entfernt liegt. Ein Flughafen und eine weitreichende Radiostation bei Takao sowie auf der Insel Saipan (Marianen-Mandatsgebiet!) erhöhen noch Japans Schlagfertigkeit in der Südsee. Da einige Jahre hindurch die Philippinen, bis zu ihrer Unabhängigkeit (1944), noch ein vereinsstaatliches Territorium sind, haben die USA. des weiteren die Kette ihrer pazifischen Besitzungen Hawai-Inseln—Midway-Insel—Wake-Insel—Guam—Philippinen, die sie sich um die Jahrhundertwende zwecks Verlegung ihres transpazifischen Seekabels (1903) schufen, jetzt zu einer transpazifischen Fluglinie ausgebaut, mit einer Verlängerung von Manila bis aufs ostasiatische Festland nach Kanton (Abb. 53). Der Stille Ozean kann über 12000 km Entfernung unter Umständen schon in 3 Tagen — gegen bisher 3 Wochen! — überwunden werden. Diese Maßnahme

Digitized by Google

wirkt als politische Klammer zwischen dem Mutterland und den staatlichen Vorposten im westlichen Ozean.

Schließlich sei darauf hingewiesen, in wie hohem Maße der Luftverkehr politische Machtverschiebungen auch dadurch bedingt, daß er den Wert gewisser militärischer Anlagen gründlich umwandelt. Die noch vor wenigen Jahrzehnten als „uneinnehmbar" betrachteten Seefestungen Malta und Gibraltar sind plötzlich durch Angriffe aus der Luft recht empfindlich verwundbar geworden und damit ungewöhnlich stark entwertet. „Die Zeit, da man Größe und Bedeutung von Seefestungen am Maßstab Gibraltars messen konnte, ist vorbei."[1]) Die noch im Anfang des 20. Jahrh. bestehende „splendid isolation" Englands, die schon durch das Aufkommen der U-Boot-Waffe einen empfindlichen Stoß erlitten hatte, ist gegenwärtig, im Zeitalter des Luftkriegs, völlig beseitigt worden: militärisch gesehen, ist England heute kein Inselstaat mehr und kaum gesicherter als irgendein Staat des Kontinents. Ebenso nüchtern wie mitleidlos ist diese wesentlich veränderte weltpolitische Stellung Englands von einem britischen Untertan, dem Inder Subhas Bose, dem Präsidenten des letzten Indischen Nationalkongresses in Haripur, in seiner Eröffnungsansprache am 19. Februar 1938 geschildert worden: „England kann sich kaum noch Beherrscherin der Meere nennen. Der Abstieg Großbritanniens wird durch einen neuen, hervorstechenden Faktor der Weltgeschichte herbeigeführt werden, durch die Luftwaffe." Schon Kjellén sah 1914 in der Hypertrophie des britischen Imperiums eine Gefahr und meinte, man fühle „den Schatten des babylonischen Turmes" über dem Weltreich heraufziehen.[2]) Jetzt hat Schneefuß diese Befürchtung präzisiert[3]): die letzten Jahre hätten gezeigt, daß „der Engländer lieber zu Haus arbeitslos ist, als daß er sich entschließen könnte, sein Brot in den Kolonien zu verdienen". Dies sei aber eine bedenkliche Alterserscheinung, die im Hinblick auf die zunehmenden Ansprüche der farbigen Untertanen des Imperiums „Gefahren einer Lockerung des Reiches von innen heraus" infolge mangelnden weißen Nachschubs berge.

Luftpolitisch sichere Gegenden sind eigentlich nur noch die inmitten weitester Ozeane gelegenen Inseln. Pearl Harbour auf den Hawai-Inseln, Dutch Harbour auf den Alëuten, sie können, im Gegensatz zu Malta oder Helgoland, zur Zeit als militärisch leidlich gut gesichert gelten. Infolge dieser Entwicklung dürfte die politische Wichtigkeit festlandferner Inseln, wie der Azoren, Islands, der Tschagos-Inseln, vieler Südseeinseln usw. in Zukunft rasch wachsen. Die kürzlich gemeldete Nachricht, England beabsichtige den Portugiesen die Azoren abzukaufen, deutet ja bereits neue Möglichkeiten an, die durch die geopolitische Bedeutung des Luftverkehrs heraufbeschworen werden.

---

1) Walter Pahl in der Deutschen Rundschau, Märzheft 1938.
2) Rudolf Kjellén, Die Großmächte und die Weltkrise, Leipzig 1937, S. 108.
3) Walter Schneefuß, Gefahrenzonen des Britischen Weltreiches, Leipzig 1937, S. 119.

Digitized by Google

II. Einflüsse der Natur auf den Charakter der Staatsbürger.

a) Feindliche und rauhe Natur als Wecker sittlicher Energien.

Ein jedes Volk, sei's noch so klein,
Saugt Lebenskraft aus Not und Pein.
Ibsen, Brand.

Oft fragt sich der philosophisch veranlagte und zum Nachdenken neigende Mensch nach dem „Sinn" des Unglücks, des Leids und Elends in der Welt, nach dem Zweck des so häufigen „blinden Wütens der Natur" im großen Weltenplan, nach der Absicht der „Zuchtruten Gottes", der Schicksalsprüfungen aller Art, die von Zeit zu Zeit immer wieder in Gestalt von Mißernten, Dürren, Überschwemmungen, Sturmfluten, Erdbeben, Vulkanausbrüchen, Kriegsnöten aller Art über Länder und Völker hereinbrechen. Sie durchziehen die ganze Weltgeschichte wie ein rotes Band, und selbst unsere jetzige hochentwickelte Kultur, Wissenschaft und Technik ist ihrer erst zum kleinsten Teil (Seuchen, Hungersnöte) Herr geworden. Warum leben wir nicht in einer besseren und vollkommeneren Welt, in der den Menschen all dies Weh und Leid für immer erspart ist?

Kaum ziemt es dem begrenzten menschlichen Wissen, solche Fragen zu stellen und Kritik an der Weltenschöpfung, wie sie nun einmal ist, zu üben. Aber gerade die geopolitischen Erkenntnisse sind geeignet, unser Verständnis für den „Sinn" des Unheils in der Welt zu schärfen und den Schleier zu lüften, der die Absichten der göttlichen Schickung und der allwaltenden Natur für unseren beschränkten menschlichen Verstand zu verhüllen pflegt.

Im großen Weltgeschehen haben auch die furchtbaren Heimsuchungen und „Gottesgeißeln" ihr Gutes und Segensreiches, da sie die Entwickelung der Intelligenz, die menschliche Willensstärke und vor allem die Heranbildung starker, gesunder, lebensfähiger Völker und Staaten machtvoll zu fördern geeignet sind. Ein dauerndes Leben im Paradies würde unzweifelhaft jeglichen menschlichen Fortschritt, jede Hinaufentwicklung vereiteln. Wären die Adam und Eva der biblischen Legende nicht aus dem Garten Eden vertrieben worden — es würde von unserer ganzen heutigen Kultur vielleicht nichts errungen und erarbeitet worden sein, und wir würden noch jetzt müßig und untätig-genießerisch auf dem gleichen primitiven Kulturstande dahinleben wie das biblische erste Menschenpaar. Es ist kein Zufall, daß die auf der untersten Stufe der Kulturhöhe und Intelligenz lebenden Völkerschaften unserer Tage so oft in üppigen, „paradiesischen" Gegenden wohnen, wo des Lebens Nahrung ihnen nahezu von selbst in den Schoß fällt, bemerkenswerterweise ausnahmslos in schwer zugänglichen Teilen von tropischen Inseln, die von Kriegsstürmen kaum jemals heimgesucht werden und wo daher des Lebens große Nöte und Sorgen am seltensten zu Gast zu sein pflegen.

Digitized by Google

Das Goethewort, daß nichts schwerer zu ertragen sei als eine Reihe von guten Tagen, gilt im Leben der Staaten noch ungleich mehr als im Dasein der Einzelpersonen. Dauerndes Wohlleben führt erstaunlich schnell zur Verkümmerung und Entartung. Für den einzelnen Menschen ist ein solches Dasein — vielleicht! — behaglich, für ein ganzes Volk kann es tödlich werden. Wie rasch ging dem Karthagerheer Hannibals die hohe Kriegstüchtigkeit im üppigen Capua verloren! Wie schnell zerbrach die anscheinend für die Ewigkeit gesicherte Machtstellung des römischen Imperiums nach der glänzenden Gipfelhöhe der langdauernden, aber entnervenden Pax Romana des 2. Jahrh. n. Chr.! Wie erstaunlich bald vergingen die machtvollen Reiche, die sich die Goten in den herrlichen Ländern Italien und Spanien, die Vandalen in Tunis, die Normannen in Sizilien und Unteritalien gezimmert hatten! Im Wohlleben des sonnigen Südens erschlafften die Söhne des rauhen Nordens nach wenigen Generationen und wurden von der Geschichte wieder ausgelöscht, wobei allerdings auch gewichtige andere Gründe (Feindschaft Ostroms! mangelnder Nachschub!) mitwirkten, während ihre Stammesgenossen, die in kälteren Zonen nach Siedlungen suchten, meist lebenstüchtig und stark blieben bis auf den heutigen Tag!

Dies alles ist kein Zufall! Das dauernde Behagen der glücklich dahinlebenden Phäaken- und Sybaritenvölkchen, die keinem Schicksalssturm gewachsen sind, war schon den Völkern des Altertums unheimlich, und sie fühlten dem allzu großen Glück und Wohlleben gegenüber jene Empfindung des Schillerschen Amasis von Ägypten: „Flehe zu den Unsichtbaren, daß sie zum Glück dir Schmerz verleihn!" Nur eine sehr gründliche Vertrautheit mit der Geschichte und der Psychologie der Völker konnte bewirken, daß ein kluger Kopf wie der schwäbische „Vau-Vischer" (Prof. Friedr. Theod. Vischer 1807—1887) 1870 beim Eintreffen der Nachricht von Sedan, im Gegensatz zum allgemeinen Siegesjubel, prophetische Besorgnisse verspürte: „So viel Glück ertragen die Deutschen nicht ... Sie werden frivol werden ... Es bedarf eines großen Unglücks, und das wird kommen in einem neuen Krieg!"

Wo immer wir, sei es in der Geschichte oder in der Gegenwart, einem besonders tüchtigen, arbeitsfrohen, unternehmungslustigen, selbstbewußt-stolzen Volk begegnen, das bereit ist, sich und seine Freiheit „allen Gewalten zum Trotz zu erhalten", da dürfen wir überzeugt sein, daß seine Vergangenheit überreich an harten Prüfungen und Schicksalsschlägen aller Art war. Völker, die im fortgesetzten Kampf mit den Schrecknissen und Tücken der Natur, mit Erdbeben, Überschwemmungen, Stürmen, mit einem nur schwer zu bearbeitenden, kargen Ackerboden oder mit feindlichen Menschen und Tieren unausgesetzt durch Jahrhunderte und Jahrtausende hindurch ihre Energie stählen, ihre Intelligenz schulen, ihre Kraft zur höchsten Leistungsfähigkeit anspannen, haben Aussicht, sich im allgemeinen Kampf ums Dasein zu behaupten. „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß" (Faust). Der lebensstarke, abenteuerfrohe, trotzig-kühne Charakter der Normannen wurde offensichtlich durch den unablässigen Kampf mit einem spärlichen Ackerboden, mit Klippen, rauhen Bergen, Gletschern, brauenden Nebeln und wilden Stürmen gezüchtet; den harten, mutigen Charakter etwa unserer Friesen hat eine ähnliche Umwelt und das tägliche Leben an und auf einem tückischen und gefährlichen Meer herausgemeißelt. Man vergleiche mit ihnen den Charakter der Bewohner sanfterer, üppigerer, südlicher Küsten, des Golfs von Neapel, der Ägäischen Inseln, der Hawaigruppe usw. Die heitere, sonnige Umwelt ruft dort eine entsprechend heitere und fröhliche Charakterveran-

Digitized by Google

lagung hervor, während die ernste und düstere nordische Natur sich nicht minder klar im Charakter ihrer Menschen widerspiegelt. Wie sticht der Sangesfrohsinn im „dolce Napoli" ab von dem „Frisia non cantat!"!

Im sonnigen Süditalien, auf Sizilien, in Griechenland sorgen die von Zeit zu Zeit immer wiederkehrenden, verheerenden Erdbeben oder Vulkanausbrüche dafür, daß die Energien stets aufs neue wachgerüttelt werden. Ebenso hat in Japan, das nie unter Kriegsnöten und fremden Eroberern zu leiden hatte, eine außergewöhnliche Häufung von unablässigen Naturkatastrophen verschiedenster Art dafür gesorgt, daß der Aufbau- und Arbeitswille niemals erschlaffen konnte. Weitaus am häufigsten sind aber die kargen Ackerböden die großen Lehrmeister der Schulung des Willens, die Wecker der Energie und der Intelligenz geworden.

Auf einem gesegneten Boden, der fast von selbst dem Besitzer hundertfältige Frucht zuwachsen läßt, gedeihen keine kraftvollen und selbstbewußten Völker. Schon vor 2½ Jahrtausenden wußte der große Gründer des Perserreichs Cyrus um diese Zusammenhänge. Nach dem Bericht des Herodot (IX, 122) tat er den scharfsinnigen Ausspruch: „Aus üppigen Böden gehen gern weichliche Menschen hervor, und niemals erzeugt dasselbe Land wundervolle Früchte und kriegstüchtige Männer!" Und ähnlich äußerte Montesquieu in seinen „Considérations" (1734): „Die Bewohner der kalten Länder sind kühn und mutig wie Jünglinge, die der warmen furchtsam wie Greise" (wobei jedoch bemerkt sei, daß dieser Ausspruch in solcher Verallgemeinerung nicht zutreffend ist).

Tatsächlich sind für das sittliche Gedeihen der Völker und ihrer Staaten die kargen Ackerböden von größerem Wert als die üppigen. Natürlich darf es sich niemals um so armseliges Land handeln, daß ihm auch bei emsigster Bearbeitung nur kümmerliche Gewächse entsprießen, mit deren Hilfe der Mensch kaum seine bescheidensten Bedürfnisse decken kann. So ertragfähig muß vielmehr der Boden sein, daß er bei angestrengter und sachkundiger Arbeit auch wirklich gute und reichliche Frucht zu tragen vermag, um seinen Herrn über ein Dasein der Armut hinauszuheben und ihm nach einem mühsamen Leben voll unablässiger Tätigkeit zu einem gewissen Wohlstand zu verhelfen.

Solche Böden, die gute Erträge liefern können, aber nur, wenn ein eiserner Arbeitswille und eine nie ermüdende Arbeitsfreudigkeit für ihre Bearbeitung aufgewandt werden, lassen die tatkräftigsten und wertvollsten Völker entstehen. — So ergibt sich die Regel:

Die im Lebenskampf tüchtigsten, daher zumeist selbstbewußten und freiheitsliebenden Völker haben eine Schule harter Arbeit und Willensbildung auf dürftigem Boden oder im Kampf mit Naturgewalten hinter sich. Völker, die in üppigen Ländern gesichert wohnen, sind wenig widerstandsfähig im Kampf ums Dasein. Die Güter der Erde fallen zuletzt dem zu, „der das Fürchten nie gelernt"!

Beispiele.

1. Die sandige Mark Brandenburg wurde zur Wiege des neuen Deutschen Reiches, da ihre in Leiden und Entbehrungen geschulten Bewohner die sittlichen Kräfte und zähen Energien entwickelten, die sie befähigten, später Rufer im Ringen um die deutsche Einheit zu werden. — Die spanische Abwehr der maurischen Fremdherrschaft ging vom rauhesten Teil des Landes aus, von Asturien, ebenso der hel-

Digitized by Google

demütige Kampf der Niederländer gegen das spanische Weltreich von der kargen holländischen Geestlandschaft, nicht von den fetten Marschen.

2. Die landwirtschaftlichen Paradiese, die reichen Fruchtgärten und „Kornkammern" finden sich fast überall in Ländern, deren Bevölkerung eine führende Stellung im politischen Leben der Nationen weder jemals eingenommen noch auch nur beansprucht hat. Wohl konnten in solchen Gegenden die ersten menschlichen Kulturen aufkommen, deren Reichtum tatenlustigen absoluten Herrschern zeitweilig die Grundlage für politische Machtgebilde ersten Ranges zu liefern vermochte. Aber im Tüchtigkeitswettkampf der Nationen sind solche Bevölkerungen von vornherein gehemmt. Das überaus fruchtbare und volkreiche Nildelta war über 2000 Jahre lang, seit der zweiten Eroberung durch die Perser (345 v. Chr.), nie mehr zur Eigenstaatlichkeit, zur politischen Unabhängigkeit gelangt. Erst in jüngster Vergangenheit ist im Zusammenhang mit dem Erwachen nahezu der ganzen Welt zum völkischen Nationalismus, auch Ägypten 1936 wieder ein freier und unabhängiger Staat geworden, mögen auch noch nicht alle Wünsche der extrem nationalbewußten Wafd-Partei in Erfüllung gegangen sein und die britischen Soldaten noch bis 1956 am Suezkanal stehen bleiben. Freilich hat es durchaus den Anschein, als handle es sich um eine „Unabhängigkeit", die nur so lange bestehen wird, als sie Englands Kreise nicht stört.

3. Das wundervoll fruchtbare Land Vorderindien zeigt besonders deutlich, wie irdische Paradiese friedliche, unkriegerische Menschen züchten. Schon einem Plinius fiel auf, daß das indische Volk als einziges von allen niemals aus seinen Grenzen hinausgestrebt habe (S. 128). Andererseits fanden fremde Eroberer, die meist vom Khaiber-Paß her in Indien eindrangen, in dem volkreichen Lande allzeit nur einen sehr schwächlichen Widerstand. — Ähnlich ist das Zweistromland Mesopotamien, das bei guter Wasserwirtschaft eins der glücklichsten Länder der Welt sein kann, seit fast 2500 Jahren, seit Babyloniens Eroberung durch die Perser (538 v. Chr.), ständig von fremden Herren abhängig gewesen und stand auch kürzlich noch, obwohl es 1932 wieder ein nominell selbständiger Staat Irak geworden ist, nachdrücklichst unter englischer Vormundschaft. Es hat sich dieser jedoch durch die Bagdader Palastrevolution vom Oktober 1936 anscheinend weitgehend entzogen und sucht Verbindung mit Ibn Sa'ud.

4. Selbst noch im heutigen deutschen Sprachgebiet spiegelt sich die Natur der einzelnen Landschaften und ihrer Fruchtbarkeit bis zu einem gewissen Grade im Charakter ihrer Bewohner wider. Die wortkargen, unliebenswürdigen, „grantigen" Volksstämme bewohnen die ärmeren, schwer zu bearbeitenden Böden des Landes; doch gerade deshalb stellen sie zugleich auch die energischsten, kriegstüchtigsten Volksteile, die freiheitsliebenden „Pidder Lüng"-Naturen, während in den gesegneteren Landschaften die heiteren, lebenslustigen, gemütlichen und liebenswürdig-geselligen Naturen zu Hause sind, die aber doch auch die am wenigsten energischen, die weicheren und meist nicht sehr widerstandsfähigen Charaktere zu liefern pflegen.

Für Europa muß es jedenfalls als ein Segen bezeichnet werden, daß der größere Teil seines Bodens nicht mit besonders großer Fruchtbarkeit und einem ideal schönen Klima ausgestattet worden ist. Seine vorhandenen Wirtschaftswerte pflegt er nur dem zu erschließen, „der immer strebend sich bemüht". Gerade dadurch ist die europäische Menschheit fähig geworden, Führer und Lehrmeister des ganzen Erdballs

Digitized by Google

zu werden. Heute spielt naturgemäß die Beschaffenheit des Bodens im Wettkampf der Nationen nicht mehr die Rolle wie ehedem. Inzwischen hat sich der Rassencharakter der Völker so gefestigt, daß er des öfteren die Bedingtheiten der räumlichen Umwelt zu überwinden vermag. Um aber das historisch Gewordene recht zu verstehen, muß man sich die geschilderten Zusammenhänge doch nachdrücklich vergegenwärtigen. Die Nutzanwendung für unser engeres, deutsches Vaterland hat jedenfalls schon Friedr. Ratzel († 1904), einer der Väter der jungen geopolitischen Wissenschaft, mit besonders schönen Worten gezogen: „Unser Vaterland ist nicht das größte, nicht das fruchtbarste, nicht das sonnig-heiterste Europas. Aber es ist groß genug für ein Volk, es ist reich genug, ausdauernde Arbeit zu lohnen, es ist schön genug, Liebe und treueste Anhänglichkeit zu verdienen, es ist mit einem Wort ein Land, worin ein tüchtiges Volk große und glückliche Geschichte vollenden kann."

Die Naturkatastrophen und Unglücksfälle jeglicher Art, so entsetzlich sie von den jeweilig betroffenen Menschen empfunden werden, sind also im großen Weltgeschehen förderlich für den menschlichen Gesamtfortschritt; denn sie wecken alle schlummernden geistigen und körperlichen Kräfte der davon betroffenen Völker und tilgen die lebensuntüchtigen aus.

Gewitter werden oft furchtbar, vernichten örtlich durch Blitzschlag, Wolkenbruch, Wirbelsturm, Hagel gewaltige Werte, und doch sind sie im großen Haushalt der Natur ein Segen für das Land: nach verdorrender Hitze führen sie ihm reiche Niederschläge zur Erhöhung der Ernteerträge zu. Genau ebenso sind, im objektiven Lichte kulturgeschichtlicher Betrachtung gesehen, auch die zahllosen Kriege der Geschichte grauenhaft für die davon betroffenen Generationen, aber, auf weite Sicht gesehen, die vielleicht stärksten Wecker aller menschlichen Energien. In der Weisheit des großen Weltenplanes werden eben auch grausamste Zuchtmittel nicht verschmäht, wenn sie nur die Hinaufentwicklung der gesamten Menschheit fördern. „Wir wollen Gott danken, daß Sturm ist in der Welt" (Gorch Fock)!

Sicherlich haben die Kriege der Weltgeschichte die gleiche politisch erzieherische Rolle gespielt wie die großen Naturkatastrophen: sie schärfen den politischen Sinn, fördern den Willen zum Staat, die Hingabe an den Staatsgedanken, an das Wohl der Gesamtheit. Treffend hat ein chinesischer Weiser einmal geäußert: „Eine Nation, die keinen Feind und keine äußere Gefahr kennt, kann leicht fallen."

Große, gemeinsam durchlebte Gefahren und Notzeiten schmiedeten stets die Leidensgefährten in wunderbarer und unvergleichlicher Weise zur Schicksalsgemeinschaft zusammen. Wie der Einzelmensch sich zu solchen Mitmenschen besonders hingezogen fühlt, mit denen er schwere Abenteuer, großes Leid, harte Not, grausige Kriegserlebnisse gemeinsam glücklich überstanden hat, so geht auch die große Volksgemeinschaft, die Nation, aus gemeinsam ertragenen und gemeinsam überwundenen Schicksalsschlägen eines ganzen Landes kraftvoll und gefestigt hervor. „Die Zucht des Leidens, des großen Leidens; wißt Ihr nicht, daß nur diese Zucht alle Erhöhungen des Menschen bisher geschaffen hat?" — dieses Nietzschewort, wie trifft es zu auf das Werden Großdeutschlands nach den Katastrophen von 1918—1923! Man spricht nicht umsonst von „Blutsbrüderschaft", die fester aneinanderkittet als selbst die gemeinsame Sprache. Ein lange im Wohlsein dahinlebendes Volk pflegt fast stets in innere Zwistigkeiten, in Hader und Kleinkrieg mit den eigenen Volksgenossen zu verfallen. Mit dem Blutsbruder, dem Kriegskameraden, dem Leidensgefährten

Digitized by Google

jeglicher Art dagegen fühlt sich der Mensch in echter Nibelungentreue oft auf Lebenszeit verbunden, wie einst Volker und Hagen.

Aus großer kriegerischer Notzeit geht am sichersten die Hingabe an den Staat, die Staatsfreudigkeit hervor.

Beispiele.

1. Gleich einem eisernen Ring preßten die benachbarten Stämme von drei Seiten her die Latiner zusammen und stellten sie von Anfang an vor die Wahl, sich zu behaupten oder unterzugehen. Der Abwehrkampf schmiedete ihre Gaue und Städtchen zu einem festen Bunde zusammen (Latinischer Bund), und seine Führung gewann die zukunftsreiche Stadt Latiums: Rom.

2. Die ungeheure Leidens- und Gefahrenzeit des Siebenjährigen Krieges 1756 bis 1763 ließ nicht nur das kleine, von den drei bedeutendsten Großmächten gleichzeitig bekriegte Preußen selber politisch zur Großmacht werden, sondern schuf auch im preußischen Volk jenen starken Willen zum Staat und jene Staatsfreudigkeit, deren glänzendste Betätigung die Opferwilligkeit der neuen Notzeit des Jahres 1813 wurde. Bismarck kleidete diese Staatsfreudigkeit einmal in das Wort: „Wir sind nicht dazu da, um glücklich zu sein, sondern um unsere Pflicht zu tun."

3. Sowohl der glückliche wie der unglückliche Krieg vermag ein Wecker sittlicher Energien zu werden. Denken wir daran, wie das „auf den Lorbeeren Friedrichs des Großen eingeschlummerte", im Beamten- und Offizierkorps vergreiste Preußen durch die furchtbare Niederlage von 1806/07 zur Selbstbesinnung gebracht und zu einer gründlichen Erneuerung seines ganzen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und moralischen Lebens angeregt wurde! Wie verzopft und verkalkt war das Preußen von 1805, wie jugendfrisch, stark und begeisterungsfähig mutete, nach dem Wirken Steins, Scharnhorsts, Fichtes, Arndts u. a., das Preußen von 1813 an!

4. Die schweizerische Eidgenossenschaft erwuchs aus der erfolgreichen Abwehr der mächtigen Heere des damaligen Österreich, Burgund, Frankreich, Mailand. Die gemeinsame Leidenszeit der „Urkantone", die uns symbolhaft in Schillers „Tell" als Geßlers Schreckensregiment dargestellt wird, und ihre Überwindung durch die „Eidgenossen" des Rütlischwurs — sie erstrecken sich in der Geschichte tatsächlich über mehr als zwei Jahrhunderte. Aus der oft wiederkehrenden, gemeinsam überstandenen Kriegsgefahr, aus den vereint gegen große Übermacht errungenen Siegen bei Morgarten (1315), Sempach (1386), Näfels (1388), St. Jacob a. d. Birs (1444), Granson (1476), Murten (1476), Nancy (1477), Giornico (1478), Dornegg (1499)[1]) ist der bei aller Kleinheit und aller Dreisprachigkeit überraschend starke Staat hervorgegangen, den wir die Schweiz nennen.

5. Die Niederlande, bis 1648 ein Glied des Deutschen Reiches, wurden durch die furchtbare Notzeit seit 1567, die wir als „Abfall der Niederlande" bezeichnen, zu einem eigenen Staat mit eigener Geschichte, eigenen Erinnerungen zusammengeschweißt, hinter deren gewaltigen seelischen Eindrücken das Bewußtsein des Zusammenhangs mit dem großen Deutschen Reiche verblaßte und schließlich verloren ging. Das heutige stolze nationale Selbstbewußtsein der Holländer ist durch jene

1) Erst nach dem schweizerischen Siege bei Dornegg (22. Juli 1499) ließ Österreich seine Hoheitsansprüche auf das Land endlich fallen.

Digitized by Google

siegreich überwundenen Leiden erst geschaffen worden. Die landläufige Geschichtsschreibung sieht zwar im Kampf der Niederländer gegen Spanien nur einen Religionskrieg. Das Wesen des Kampfes ging jedoch im Grunde nicht um Religion, sondern um Politik. Egmont war ja z. B. katholisch und die Mehrheit des Volkes ebenfalls! Aber auch diese Katholiken fühlten sich als Glieder einer in vielen Jahrhunderten gewachsenen Gemeinschaft, deren nationales Eigenleben bedroht war.

6. Schweden, das nach Sten Stures Niederlage bei Bogesund (19. Januar 1520) in Gefahr stand, dänische Provinz zu werden, wurde nach härtester Unglückszeit (Blutbad von Stockholm, 8. November 1520) durch den siegreichen Freiheitskampf unter Gustav Wasa 1521—23 zum starken Staat, der binnen 100 Jahren zur bedeutendsten nordeuropäischen Großmacht emporwuchs. Während zur Zeit des Dänenkönigs Christian II. Dänemark viel stärker und mächtiger war als Schweden, war es ein Jahrhundert später, in den Tagen Gustav Adolfs, umgekehrt. Passarge[1]) hat diese eigenartige Wandlung wohl mit Recht dadurch zu erklären gesucht, daß der Schwede auf seinem kargeren Boden und in härterem Klima energischer ist als der behaglicher lebende Inseldäne. Solange Schweden menschenarm war, konnte Dänemark das Land niederzwingen; als aber mit dem Aufblühen des Bergbaus und der Kulturhöhe Schwedens Bevölkerungszahl gewachsen war, machte sich die Überlegenheit der schwedischen Energien geltend. Dabei bleibt freilich zu beachten, daß Schweden noch zur Zeit seiner größten Blüte unter Gustav Adolf nur 900 000 Bewohner und ein Heer von ganzen 13 000 Mann besaß.

7. Die brutale Eroberungs- und Unterdrückungspolitik eines Napoleon I. ließ in den Notjahren 1805—1813 gleich in drei verschiedenen europäischen Gebieten ein Nationalbewußtsein der Völker, das vorher kaum dagewesen war, entstehen und wachsen. Spanien erhob sich in wildem Volkskrieg gegen seine Bedrücker; die Russen opferten sogar ihre nationale Hauptstadt, das heilige Moskau, um die Störer ihres Friedens desto tödlicher zu treffen. In der Vielheit der 36 deutschen Staaten aber entwickelte sich, sogleich nach dem Aufhören der alten deutschen Reichseinheit (6. August 1806), zum ersten Male eine deutsche Nationaleinheit, der Wille zum gesamtdeutschen Reich, dem dann nach neuer, gemeinsamer Blutsbrüderschaft der deutschen Stämme im Kriege 1870/71 der 18. Januar 1871 in Versailles die endliche, wenn auch noch nicht vollkommene Erfüllung brachte. Und die neue, furchtbare Notzeit des Weltkriegs und der Blockade, des Versailler Wortbruchs, des französischen Ruhreinfalls und der größten Inflation der Geschichte hatte im Endergebnis doch die eine stolze Wirkung zur Folge, daß sie das vorher noch etwas äußerlich geeinte Volk auch innerlich zu einem starken, nationalen Block zusammenschweißte. Die großdeutsche Abstimmung vom 10. April 1938 hat es herrlich bewiesen!

Wir Deutschen, denen in den Jahren nach 1914 so unendlich viel nationales Leid auferlegt worden ist, beginnen seit 1933 immer deutlicher zu spüren, daß auch diese schwere Schule des Unglücks im letzten Grunde der Veredelung unserer Nation und der Stärkung des Nationalgefühls gedient hat. Ein siegreicher Krieg hätte vielleicht Übermut, zunehmende Materialisierung, Entnervung, womöglich gar Degeneration zur Folge gehabt; heute aber steht das deutsche Volk, nach Überwindung der furchtbar

1) Siegfried Passarge, „Politisch-geographische Betrachtungen über Schweden und Dänemark". Geogr. Zeitschr. 1936, S. 176.

Digitized by Google

schweren Jahre, jugendfrisch und stark da, wie nur je in seiner Geschichte. Was der Führer am 13. September 1937 auf dem Nürnberger Parteitag aussprach, wir fühlen aus eigenster Erfahrung seine Richtigkeit an uns selbst:

„Manchmal äußert sich die tiefe Liebe der Vorsehung zu ihren Geschöpfen auch durch eine Züchtigung."

b) Wirkung der Bergländer und Tiefebenen auf den Charakter.

Vergleichen wir die Bevölkerung eines schwer zugänglichen, abgelegenen, rauhen Gebirgstals und diejenige einer verkehrsstarken, gut bewirtschafteten Ebene miteinander! Die erstere haftet grundsätzlich mit oft eigensinniger Strenge an der Tradition, ist mißtrauisch gegen jede noch so bescheidene Neuerung und findet ihre tiefste Befriedigung in einem Leben, das sich möglichst in gar nichts unterscheidet von dem ihrer Vorfahren. Auch die Bauernschaft in abgelegenen, verkehrsarmen Gebieten oder auf schwer zugänglichen Inseln weist nicht selten diesen stark konservativen Zug auf, der freilich in unserer raschlebigen und technisch eingeschworenen Gegenwart immer seltener zu finden ist. Der Bewohner der weiten Ebene dagegen, der Großstädter insbesondere, zeigt in der Regel (nicht immer!) das genau umgekehrte Bild: er nimmt jede Neuerung, jede Modeströmung, auch jede Modetorheit, willig an; alles Neue ist ihm grundsätzlich willkommen, nicht weil es gut oder gar besser als das Alte, sondern nur, weil es neu ist. Beide (extreme) Einstellungen sind nicht eben wertvoll für den menschlichen Fortschritt. Die eine führt zur Erstarrung, zur Rückständigkeit, zur Überflügelung durch neue, bessere, zeitgemäßere Vervollkommnungen, die andere zur kritiklosen Oberflächlichkeit, zum Modenarrentum, zur Ziellosigkeit und Pietätlosigkeit. Wer grundsätzlich alles Neue ablehnt und das Alte bevorzugt, ist ebenso kurzsichtig wie der, der jegliche Modeströmung mitmachen muß und sich damit des Rechtes auf die Persönlichkeit völlig begibt. Im Leben der Staaten ist es nicht anders: ein Reich kann daran sterben, daß es erstarrt, aber auch daran, daß es seine Wurzeln vergißt! — „Prüfet alles und das Beste behaltet" ist ein kluges Wort des Apostels Paulus. Der Mittelweg zwischen den Extremen fördert den menschlichen Fortschritt zumeist, der Mittelweg, der jeder Neuerung ein wohlwollendes Interesse entgegenbringt, aber erst sorgsam und kritisch nachprüft, ob das Neue wirklich auch das Bessere ist, und es dann gern und freudig aufnimmt, der es aber ebenso entschlossen verwirft, wenn es dem erprobten Alten nicht zumindest gleichwertig ist. — Oftmals folgt jedoch die Eigenart ganzer Volksstämme nicht so sehr dem Verstand als dem Instinkt und bevorzugt grundsätzlich hier das Alte und dort das Neue.

Diese von der Natur bedingte, verschiedene seelische Veranlagung der Gebirgs- und der Ebenenbewohner spiegelt sich selbstverständlich auch in der Einstellung zu den staatlichen Problemen wider.

Gebirgsbewohner neigen zur Eigenbrötelei, zur Kleinstaaterei, und pflegen sich, gerade weil sie jeder Neuerung abhold sind, fremden Eroberungs- und Einverleibungsversuchen erbittert zu widersetzen. Die Bewohner weiter, fruchtbarer Ebenen finden sich dagegen im allgemeinen leichter mit Neuerungen ihres politischen Geschickes ab und leisten fremden Eindringlingen zuweilen nur wenig oder gar keinen Widerstand; sie neigen daher zur staatlichen Verschmelzung, zur Großstaatlichkeit, manchmal gar zum Verzicht auf nationale Eigenart zugunsten eines fremden Herrn.

Digitized by Google

Beispiele.

Allgemein. Man vergleiche etwa das Verhalten der Schweiz gegenüber den Eroberungsversuchen fremder Großmächte vom 14. bis 18. Jahrh., das der Tiroler gegenüber feindlichen Einbrüchen in den Jahren 1703, 1809, 1915 oder der Kärntner gegenüber der serbischen Überrennung 1918/19 mit der nur schwachen und meist erfolglosen Abwehr, welche die in fruchtbaren Ebenen wohnende Bevölkerung Nordindiens oder Chinas in allen Zeitläuften der Geschichte gegen erobernde Heere oder die das russische Volk (nicht aber das Heer von 1812!) gegenüber den Einbrüchen der Mongolen und den Leiden unter der Sowjetherrschaft an den Tag gelegt hat.

Gebirgsländer. 1. Noch in unseren Tagen sind die Gebirgsländer die rechte Heimat der Kleinstaatlichkeit. — In Deutschland hatten wir vor dem Weltkrieg die stärkste kleinstaatliche Aufsplitterung in einem der Mittelgebirge aufzuweisen, im Thüringer Wald. Doch auch die sonstigen kleinsten deutschen Bundesstaaten hafteten mit Vorliebe an den vom Verkehr umgangenen Berg- und Hügellandschaften: die beiden Lippe und Reuß, Waldeck, Braunschweig usw. — Die an sich schon kleine Schweiz gliedert sich nochmals in 25 weitgehend selbständige Bundesstaaten.

2. In Italien zeigt uns die Zwergrepublik San Marino die Neigung der Bergbewohner zu kleinen staatlichen Sonderwesen, in Frankreich das eigene Fürstentum auf dem Fels von Monaco, in den Pyrenäen die Sonderstellung der winzigen Republik Andorra, auf dem Balkan der eigene kleine Gebirgsstaat Montenegro 1389—1919, auf dem Vorgebirge Athos die staatsrechtlich zwar nicht anerkannte, aber daselbst seit 1000 Jahren tatsächlich bestehende, sonderbare Mönchsrepublik. Gebirgsbewohner und ebenso Volkssplitter einsamer, abgelegener Inseln bewahren auch am längsten und eigensinnigsten ihre völkische, sprachliche, kulturelle Eigenart, ihre uralten Sitten, Trachten usw. Man denke an die weitgehende kulturelle und z. T. sprachliche Sonderstellung der Walliser, Basken, Ladiner, Isländer, der Inseln Marken in der Zuidersee, Runö im Rigaischen Busen, der Kanalinsel Sark, von Helgoland, Mönchgut auf Rügen usw.

3. Außerhalb Europas tritt uns die Sonderstellung von Gebirgsstaaten besonders deutlich entgegen in den nominell selbständig gebliebenen Himalayastaaten Nepal, Sikkim und Bhutan, auch in der staatsrechtlichen Sonderstellung von Kaschmir und Tibet. In Vorderasien sind Beispiele für die Sonderstellung der Gebirgsländer die so oft in der Geschichte selbständig gewesenen Staaten Armenien und Georgien. Gerade sie haben sich, wie das Gebirgsland Abessinien oder die Drusen des Libanon-Gebirges, inmitten einer völlig mohammedanischen Umwelt sogar ihr Christentum weitgehend bewahrt. Nur um dieses zu retten, schloß sich Georgien, das viele Jahrhunderte seine eigenen Fürsten gehabt hatte, freiwillig 1801 an Rußland an, wurde freilich alsbald als russische Provinz behandelt und unterdrückt, so daß schon seit 1804 zahlreiche Aufstände stattfanden.

4. Gebirgsbewohner pflegen bis auf unsere Tage am schwersten von den Großstaaten unterworfen und mit der staatlichen Neuregelung ausgesöhnt zu werden. Die Kaukasusstämme haben sich niemals ganz mit der russischen, die Rifkabylen nicht mit der französischen bzw. spanischen Eroberung, die Kurden nicht mit der türkischen Herrschaft abgefunden usw.

Digitized by Google

Tiefebenen. 1. Der räumlich größte deutsche Bundesstaat, Preußen, hat sich in der Hauptsache über die große norddeutsche Ebene ausgedehnt.

2. Das ungeheure russische Reich ist geradezu in Anlehnung an die größte Ebene der Welt, die nordasiatisch-osteuropäische, entstanden, in der es sich ölfleckartig nach allen Richtungen ausgebreitet hat. An den großen Gebirgssystemen Asiens aber ist die Staatsausdehnung im wesentlichen zum Stehen gekommen oder ist nur hier und da in geringer Tiefe in sie eingedrungen. Erst nach dem Kriege hat der russische Bolschewismus begonnen, in der Äußeren Mongolei und in Ost-Turkestan (Sinkiang) über die Randgebirge hinüberzugreifen.

3. Die zu wiederholten Malen außerordentlich rasch entstandenen, meist aber auch ebenso rasch wieder vergangenen mittelalterlichen innerasiatischen Riesenreiche der Mongolen, Türken usw. sind in ihrer Entstehung durch die leicht zu durchschreitenden, meist menschenarmen und daher zum Widerstand unfähigen Ebenen im Umkreis der Dsungarischen Pforte (Abb. 15) wesentlich begünstigt worden, griffen aber nur selten und wenig in die Bergländer über.

4. Ein neueres Beispiel, wie die Bildung eines ausgedehnten Staates bzw. Staatenbundes durch menschenarme Ebenen begünstigt wird, ist das rasche Wachsen des heute führenden afrikanischen Staatengebildes, der südafrikanischen Union, über die großen Hochflächen Südafrikas. Nur die beiden Burenrepubliken leisteten Widerstand, der dann 1899—1902 von England zerbrochen wurde. Dieser Ausdehnungsprozeß ist offenbar noch nicht beendet.

5. Der starke Expansionsdrang des französischen Staates hat sich seit Jahrhunderten zumeist in der Richtung der Ebenen und Mittelgebirge, nach Norden und Nordosten, immer aufs neue betätigt, so daß der Staat 1810 zeitweilig sogar bis zur Elbmündung und Ostsee hinaufreichte; dagegen hat er an den Hochgebirgen im Osten, Südosten und Südwesten im allgemeinen haltgemacht, so daß die dortigen Grenzen, von kleineren Vorschiebungen (Savoyen) und zeitweiligen Vorstößen (Napoleonische Zeit) abgesehen, bemerkenswert stabil geblieben sind. Die gelegentlichen Versuche, in den Hochgebirgsländern und noch jenseits von ihnen Fuß zu fassen, sind ziemlich ergebnislos geblieben (die Armagnacs 1444, Schweizer Feldzug 1798/99, spanischer Feldzug 1808). Über die Vogesen hinweg hat Frankreich jedoch in deutsches Land erobernd eingegriffen, da der Verkehrswert des Rheins zu stark lockte.

6. Die staatliche Sonderstellung der ungarischen Tiefebene ist in allen Zeitepochen eigenartig genug ausgeprägt. Den Römern sagte die Steppennatur der ungarischen Puszta nicht zu; infolgedessen wies an dieser Stelle, in Pannonien, der Verlauf der spätrömischen Reichsgrenze eine eigenartige Einbuchtung auf (Abb. 7): die ungarische Ebene wurde von Rom nicht einverleibt. Um so stärker lockte die Natur der Puszta die nach Europa als Eroberer eindringenden Steppenvölker an: erst die Hunnen, später die Avaren, die Ungarn, die Mongolen, zuletzt die Türken.

c) Die Bedeutung der Gegenufer und Inselschwärme für die Seetüchtigkeit.

Friedrich List hat dereinst jedes Land, das keinen Anteil an einer guten Seeküste, an einem gut schiffbaren Meer hat, „des Herrgotts Stiefkind" genannt. Vollauf richtig ist dieser Ausspruch erst in den letzten paar Jahrhunderten geworden, etwa seit den Taten eines Columbus und Vasco da Gama. Denn erst seit dieser Zeit konnte

Digitized by Google

sich der eigentliche Welt- und Überseehandel, der auf das Meer angewiesen ist und die seefahrenden Länder reich zu machen pflegt, zu voller Bedeutung entwickeln. Immerhin ist auch schon unter den wesentlich bescheideneren Verhältnissen des Altertums und Mittelalters ein gut entwickelter Seehandel stets eine Quelle des Wohlstands und oftmals die Wiege mächtiger Staaten gewesen.

Wie kommt es nun, daß keineswegs alle Völker, die an schiffbaren Meeren wohnen, sich zu tüchtigen Seefahrern und Seehändlern entwickelt haben, daß viele von ihnen trotz guter Beschaffenheit ihrer Küsten „Landratten" geblieben sind, die zwar Fischfang und etwas Lokalschiffahrt betrieben, sich aber niemals zu Fahrten in weitere Fernen und zur eigentlichen Hochseeschiffahrt aufgeschwungen haben?

Hat nur die rassische Veranlagung der Küstenbewohner ihre völlig verschiedene Einstellung zum Meer und zur Seefahrt bedingt? Aber abgesehen von den Indianern und Negern, die in der meist üppigen Großräumigkeit ihres Erdteils gar keinen Anlaß hatten, aufs Meer hinauszugehen, haben alle menschlichen Rassen neben typischen „Landratten"-Völkern ausgezeichnete Seefahrernationen hervorgebracht, so die Mongolen (Japaner, epocheweise auch die Chinesen, die z. B. in der ersten Hälfte des 15. Jahrh. die führende Seemacht im Raum des Indischen Ozeans waren, die Eskimos), die Malaien (Südseeinsulaner), die Semiten (Phönizier, Karthager, Araber).[1]) Es müssen demnach zu den rassischen Eigenschaften noch weitere Ursachen ausschlaggebend hinzukommen.

Wenn wir nun von der geographischen Seite her nachprüfen, wo auf der Erde tüchtige Seefahrervölker sich entwickelt haben und welche Küsten in dieser Hinsicht unfruchtbar geblieben sind, so kommen wir zu einem ebenso eigenartigen wie beachtenswerten Ergebnis:

Seetüchtigkeit entwickelt sich nur an solchen Küsten, denen in mäßiger Entfernung begehrenswerte Gegenufer, vornehmlich Inselschwärme und Inselketten, vorgelagert sind. Wo solche Gegenküsten fehlen, bleibt die Seefahrt der Küstenbewohner in den ersten Anfängen stecken. Ebensowenig gehen die Bewohner tropisch üppiger Küsten und sehr großer, fruchtbarer Inseln aufs Meer hinaus, da für sie kein wirtschaftlicher Anreiz dazu vorliegt.

Beispiele.

1. Die Riesenküsten Amerikas und Afrikas haben wirkliche Seevölker nicht hervorgebracht, da fast überall die nahen Gegenküsten fehlen (Abb. 54). Schon einem Adalbert v. Chamisso war es aufgefallen: „Kein amerikanisches Volk war ein Schiffervolk."

2. Die tüchtigsten Seefahrer entwickeln sich dort, wo Inseln sich in der Nähe zahlreich darbieten, wie an der Westküste Norwegens, in Friesland, in der Bretagne, auf den Südseeinseln, in Japan.

---

1) Wenn Ernst Schultze in seinem sonst sehr lehrreichen Buch: „Meeresscheue und seetüchtige Völker" (Stuttgart 1937) den Arabern die Seetüchtigkeit abspricht, so ist dies ein schwer verständlicher Irrtum. Im Altertum haben die arabischen Sabäer im Raum des Indischen Ozeans kaum weniger geleistet als die Kreter, Phönizier und Griechen im Mittelmeer, und im Mittelalter waren die Araber des Zweistromlands lange Zeit neben den Normannen das erste Seefahrervolk der Welt.

Digitized by Google

3. Die älteste germanische Seeschiffahrt entstand schon um 4000 v. Chr. in der südwestlichen Ecke der Ostsee, dort wo die nahe beieinanderliegenden dänischen Inseln frühzeitig als Verkehrsbrücke nach Skandinavien hinüber benutzt werden konnten.

4. Im westlichen Europa finden wir an zwei benachbarten Gegenküsten, in der Normandie-Bretagne und in Südengland, von altersher die kühnsten und leistungsfähigsten Seefahrer.

Abb. 54. Gegenuferlosigkeit in Südamerika.

5. Die Seetüchtigkeit der alten Griechen, zumal der Athener, schulte sich an der von Hellas bis Kleinasien hinüberreichenden ägäischen Inselbrücke (Abb. 55), wo auf dem gesamten Meer infolge der dauernd klaren Luft kaum irgendwo das Land dem Blick verloren geht. In der kleinasiatischen Kolonialstadt Milet saß daher lange Zeit die seetüchtigste und unternehmungsfroheste griechische Seebevölkerung. Derselben geographischen Lage dankte bis um 1400 v. Chr. Kreta seine überragende Seebedeutung.

6. Die allzeit hohe Seetüchtigkeit der Bewohner des südwestlichen Arabien (Sabäer, Himjariten usw.) ist vornehmlich dadurch zu erklären, daß die ihnen vorgelagerte Gegenküste des Somalilandes von altersher die wertvollsten Weihrauch- und Duftstoffe hervorbrachte, die stets vom Handel besonders lebhaft begehrt wurden.

7. In Ostasien haben sich in der besonders reichhaltigen Inselwelt von Japan die trefflichsten Seefahrer und Fischer entwickelt. — In China hat nur der mit guten Häfen ausgestattete Süden tüchtige Seefahrer hervorgebracht, niemals der Norden oder dessen Nachbarland Korea.

Merkliche Seetüchtigkeit entwickelt sich auch auf Inselgruppen und angesichts guter Gegenufer nicht, wenn die Inseln oder die Hinterländer der Küsten üppig und ausgedehnt genug sind, um den Bewohnern alles zu bieten, was sie auf primitiver Kulturstufe gebrauchen. Dann besteht eben keinerlei Anreiz, sich auf das gefährliche Meer — außer im Lokalverkehr

Abb. 55. Die Inselbrücke in der Ägäis.

Digitized by Google

zwischen Inseln — hinauszubegeben. Aus diesem Grunde sind z. B. die einheimischen Inselbewohner der Kanaren, der Guinea-Inseln, Madagaskars, Ceylons, der Sundainseln, Neuguineas, der Großen Antillen u. v. a. niemals wirkliche Seefahrer gewesen. „Kargheit der Landesnatur und einseitige Aufgeschlossenheit[1]) zum Meere hin müssen zusammenwirken, um die Erzieherrolle des Meeres hervortreten zu lassen."[2]) — Wieder also erweckt die rauhe Natur die Tatkraft im Menschen und entwickelt seine heldischen Eigenschaften im Kampf mit den Elementen.

8. Andererseits fehlt die Seetüchtigkeit solchen Völkern merklich, deren Geschichte sich zumeist im tiefen Binnenlande, fern von allen Meeresküsten abgespielt hat, auch nachdem sie bereits seit einigen Jahrhunderten Anlieger des Meeres geworden sind. Sehr charakteristische Beispiele sind etwa die Türken, die erst seit dem 13., und die Russen, die erst seit dem 16. bzw. 18. Jahrh. Küstenbesitzer geworden sind. Was die Russen bis zum 19. Jahrh. an bedeutenderen seemännischen Leistungen vollbrachten, ist in der Hauptsache aufs Konto entweder ihrer normannischen Staatengründer oder aber ihrer baltischen, deutschblütigen Untertanen zu schreiben. Auch die Babylonier, Assyrer und Juden haben niemals ein rechtes Verhältnis zum Meer gewinnen können.[3])

1) D. h. Angewiesensein auf die Befahrung des Meeres.

2) Jos. März, Die Ozeane in der Politik und Staatenbildung, S. 41. Hirt, Breslau 1931; derselbe, Seeherrschaft. Teubner, Leipzig 1937.

3) Ernst Schultze, Meeresscheue und seetüchtige Völker. Stuttgart 1937.

Digitized by Google

B. Staat und Staatsbürger.

Wer nur sein eigenes Land kennt, kennt auch dieses nicht.
William Harbutt Dawson.

I. Der Staat als lebender Organismus.

a) Lebensäußerungen, Geburt und Tod der Staaten.

Einer der charakteristischsten Züge der geopolitischen Betrachtungsweise ist die Bewertung des Staates als eines lebenden Organismus. Wohl ist diese Auffassung nichts weniger als neu. Wir begegnen ihr schon in der geistvollen Fabel des alten Menenius Agrippa, die er im Jahre 494 v. Chr. den auf den Heiligen Berg ausgewanderten Plebejern Roms erzählte. Durch die berühmte Geschichte von dem scheinbar nur genießenden Magen und den Gliedern des Körpers, die deshalb gegen ihn rebellierten, verdeutlichte er ihnen die Notwendigkeit der Volksgemeinschaft und das Wesen des Staates, von dessen Gesundheit das Wohl jedes Staatsbürgers abhängt. — Auch Goethe war jene Auffassung vom Staat nicht fremd: am 23. Oktober 1828 äußerte er zu seinem getreuen Eckermann: „Man hat einen Staat wohl einem lebendigen Körper mit vielen Gliedern verglichen, und so ließe sich wohl die Residenz eines Staates dem Herzen vergleichen, von welchem aus Leben und Wohlsein in die einzelnen nahen und fernen Glieder strömt." Der Schwede Kjellén († 1922) hat mit Nachdruck auf den „Staat als Lebensform" hingewiesen.

Eine derartige Auffassung vom Staat hat den Vorteil, daß man in ihm von vornherein nicht etwas Abstraktes, Starres und Totes sieht, sondern einen lebendigen, entwicklungsfähigen Körper, der ebenso wie der tierische Organismus bestimmten Naturgesetzen und Natureinflüssen unterliegt, aber sich dennoch auch vom Menschen weitgehend bilden und formen läßt.

Genau wie menschliche oder tierische Organismen werden Staaten geboren, wachsen, erreichen (in der Regel) einen Stillstand des Wachstums, werden von Krankheiten und Schwächezuständen — meist durch Zwistigkeiten der Stände und Klassen im Volk selbst — befallen, pflanzen sich fort, werden im hohen Alter oft lebensuntüchtig und dann entmündigt oder machen einen Einschrumpfungsprozeß durch und sterben, wenn sie nicht mehr lebensfähig sind, früh oder spät, je nach den äußeren Umständen.

Beispiele.

Staaten werden geboren. Es seien zunächst nur europäische Beispiele und nur solche der Zeit seit 1900 genannt: Albanien, Ukraine, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Island, Fiume, Irland, Kirchenstaat.

Digitized by Google

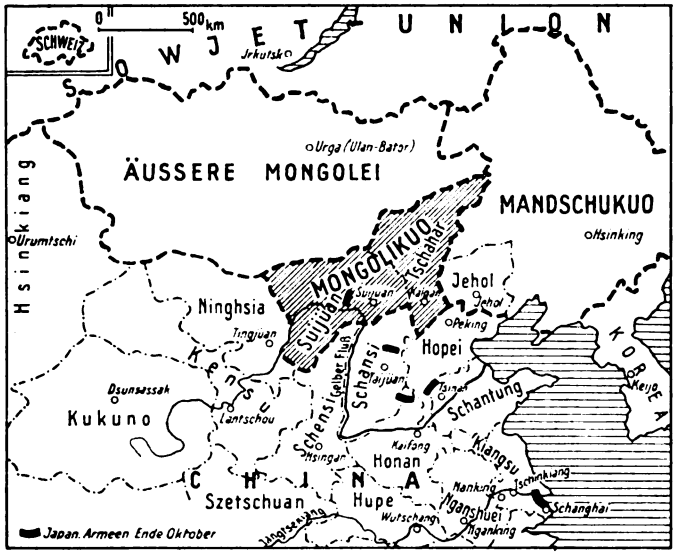


Abb. 56. Der jüngste Staat der Erde, die Innere Mongolei (Mongolituo, Mengu-tuo, Khokho).

Frankreich hat ferner 1936 die Abspaltung eines neuen Drusenstaates vom syrischen Staate verfügt; England wünscht das ohnehin nicht große Palästina in drei Staaten aufzuteilen (S. 59) — 1940 wird Island als ein völlig selbständiger, auch nicht mehr durch Personalunion mit Dänemark verbundener Staat erstehen und wenig später die Philippinen, die sich freilich wohl nur kurze Zeit der staatlichen Selbständigkeit erfreuen und dann dem japanischen Imperialismus als Beute zufallen werden.

Der jüngstgeborene Staat der Erde ist die „Innere Mongolei", von den Japanern Mengu-kuo (Mongolenstaat), von den Mongolen Khokho genannt. Nachdem schon im Januar 1936 der mongolische Prinz Tehwang, mit japanischer Hilfe, die Mongolei als eignen Staat ausgerufen hatte, ist Ende Oktober 1937 durch eine berufene Volksvertretung der neue Staat endgültig aus der Taufe gehoben und von China losgerissen worden (Abb. 56). Er umfaßt — zunächst — die beiden früheren chinesischen Provinzen Tschahar und Suiyüan, dürfte aber eine starke magnetische Anziehungskraft auf andre, von Mongolen bewohnte Gebiete ausüben, die vorläufig noch unter sowjetrussischer Tyrannei schmachten. Die Hauptstadt des neuen Staates ist Kukuhoto, die bisher chinesisch Suiyüan heißende Stadt. Leitender Minister ist der 71-jährige Prinz Yun, sein Vertreter Prinz Tehwang, der eigentliche Schöpfer des neuen Staates. Dieser Staat selbst schwimmt vollständig im japanischen Fahrwasser, ja, kann ohne weiteres, wie Mandschukuo, als japanisches Protektoratsland und Aufmarschgebiet angesehen werden. Sollte Japan im jetzigen Ostasien-Krieg nicht nur die Schlachten, sondern auch den Krieg gewinnen, würde wohl ein weiterer, neuer Staat „Nord-China" erstehen.

Junge Staaten haben in der Regel einen starken Wachstums- und Ausdehnungsdrang, wenn keine zu großen Hindernisse im Wege stehen. (Näheres im folgenden Kapitel.)

Ältere Staaten, jedoch nur solche, die nicht als „Großstaaten" zu unbegrenztem Wachstum neigen, pflegen einen Stillstand ihres Größenwachstums zu erreichen und bezeigen dann keinerlei Lust mehr, über ihre erreichten Grenzen hinauszuwachsen. Beispiele unter den heutigen Staaten: die Niederlande, die Schweiz, Schweden, Spanien, Portugal u. v. a.

Digitized by Google

Staaten pflanzen sich fort, indem sie „Tochterstaaten" gründen, zumeist überseeische Kolonien, die zunächst vom Mutterstaat gegängelt und verwaltet werden müssen, die aber im Laufe der Zeit zu selbständigen staatlichen Wesen mit eigenem Willen heranwachsen und „mündig", d. h. reif zur Selbstverwaltung, werden können. Sie stellen sich auf eigene Füße und sagen sich entweder von der Mutter los, wie Karthago von Tyrus, die Vereinigten Staaten von England (1776), die lateinamerikanischen Staaten von Spanien bzw. Portugal (1810—25), oder sie bleiben gewissermaßen im schützenden und billigen elterlichen Hause, als gleichberechtigte Erwachsene, freiwillig wohnen, wie die englischen Dominions Südafrika, Australien, Neuseeland, Kanada und Neufundland (Halbdominium) im britischen Imperium. Jede dieser „Töchter" Albions führt dabei ihr durchaus eignes Leben und fügt sich dem Willen der „Mutter" nur, soweit sie selbst es für richtig hält. Es war sehr bezeichnend, daß unmittelbar nach dem Weltkrieg Englands Wunsch, die Türkei noch einmal zu bekriegen, durch die Weigerung der Dominions, sich an einem solchen Kriege zu beteiligen, erstickt wurde!

Alte Staaten verfallen zuweilen, wie alte Menschen, einem Schrumpfungsprozeß. (Näheres S. 123 ff.)

Andere sehr alte Staaten müssen zuweilen entmündigt werden, wenn sie lebensuntüchtig werden und sich nicht mehr selber schützen können. So sind im Altertum Ägypten und das Zweistromland nach jahrtausendelanger, herrlicher Blüte unter fremde Vormundschaft gekommen. Auch China, die Türkei und Persien waren mehrfach nahe daran. Letzthin aber haben alle diese Staaten sich wieder auf ihr nationales Eigenleben besonnen. Irak ist seit 1932 selbständig und hat durch die innere Umwälzung vom Oktober 1936 bewiesen, daß es sich vom englischen Gängelband völlig frei zu machen wünscht. Ägypten ist durch den mit England geschlossenen Vertrag vom 26. August 1936 wieder nahezu vollsouverän geworden; doch ist noch nicht ganz zu übersehen, wie der bisherige englische Vormund sich die Freiheit Ägyptens denkt. Zunächst bleibt jedenfalls der wichtige Suezkanal der ägyptischen Verfügung noch entzogen und der ägyptische Haupthafen Alexandrien militärischer Stützpunkt der britischen Flotte.

Staaten sterben in jedem Jahrzehnt irgendwo — manchmal in sehr „zartem", manchmal in hohem Alter. Seit 1900 sind z. B. folgende Staaten gestorben: die beiden Burenrepubliken 1902, Korea (an typischer Altersschwäche) 1910, Marokko 1912, die Ukraine (nach kaum zweijährigem Bestehen) 1919, Montenegro 1919, die deutschen Vorkriegs-Bundesstaaten 1919—37 (zuletzt der Freistaat Lübeck), der Freistaat Georgien, der erst 1918 neu geboren worden war, 1921, Fiume 1924, Abessinien 1936 und zuletzt, freiwillig und freudig — Österreich 1938.

Die Ähnlichkeiten zwischen den menschlichen und staatlichen Organismen sind also zahlreich und unverkennbar. Allerdings bestehen auch mancherlei Unterschiede. So zählt das Leben einiger weniger Staaten nicht nur nach Jahrhunderten, sondern selbst nach Jahrtausenden (Ägypten, Persien, China, Japan). Auch können gestorbene Staaten, nach Phönixart, zuweilen wieder aufleben, wenn nur der völkische „Zellkern" unbeschädigt geblieben ist. So ist das 1806 gestorbene Deutsche Reich 1871 neu und jugendfrisch erstanden, das 1795 ausgelöschte Polen 1919, das 1171 ver-

Digitized by Google

nichtete Irland 1921. Vielleicht erleben wir sogar ein Wiederaufleben des im Jahre 70 n. Chr. ausgelöschten Judenstaates in Palästina — wenn auch nur als eines von Anfang an recht schwindsüchtigen Gebildes.

b) Das räumliche Wachsen der Staaten.

In der ganzen Geschichte fällt das ungemein starke Bedürfnis der Staaten auf, ihre Grenzen weiter und weiter auszudehnen. Fast alle Kriege und die meisten großen politischen Konflikte von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart sind durch den Hunger nach Raum hervorgerufen worden. Wunsch nach Erweiterung der politischen Macht des Staates und seiner Herrscher und die damit in der Regel verbundene Stärkung und Vermehrung des wirtschaftlichen Besitzes, Kriegsbeute in früheren Zeiten, Bodenschätze und Verkehrswerte in der Gegenwart, haben die große Mehrzahl der Völker- und Staatenkämpfe bedingt.

Neuerdings fällt der Drang, einem „Volk ohne Raum" den nötigen Siedlungsboden, den „Lebensraum" zu schaffen (das „volksbiologische Element"), ähnlich ins Gewicht, wie einst in der Zeit der großen Völkerwanderungen. Alle leidlich starken Staaten, zumal alle jugendlichen, nutzen jede sich bietende Gelegenheit aus, um ihre Grenzen weiter zu stecken und ihr Hoheitsgebiet zu vergrößern. Je gewaltigerem Umfang ein Staat anschwillt, um so unersättlicher pflegt er in seinem immer neuen Wachstumsdrang zu sein. In seinem schönen Festvortrag „Erdraum und Schicksal"[1]) zur Reichsgründungsfeier 1931 hat Georg Wegener treffend gesagt:

„Der Drang nach Raumerweiterung ist eine der elementarsten, absolutesten Eigenschaften jedes lebenskräftigen Staates."

Beispiele zu geben, ist in diesem Falle nicht nötig; denn Geschichte und Gegenwart liefern sie zu Hunderten. Wo die Raumerweiterung auf Widerstand stößt, kommt sie zum Stehen; doch pflegt der Staat dann sozusagen ständig auf der Lauer zu liegen und harrt des Zeitpunkts, da er mit Aussicht auf Erfolg die Hemmung durch Güte oder Gewalt ausschalten kann. Wo kein Widerstand sich zeigt, geht das Wachstum zuweilen phantastisch schnell vorwärts. China wuchs seit 589 im Lauf eines halben Jahrhunderts im Westen etwa aus seinen Grenzen von 1900 bis an die untere Wolga, Rußland von 1578 (Jermaks Zug über den Ural) bis zur Mitte des 17. Jahrh. vom Ural bis an den Stillen Ozean, die Vereinigten Staaten dehnten sich nach der endgültigen Anerkennung ihrer Unabhängigkeit im ersten Frieden von Versailles (1783) in den nächsten 70 Jahren täglich um 250 qkm im Durchschnitt aus (Abb. 57),

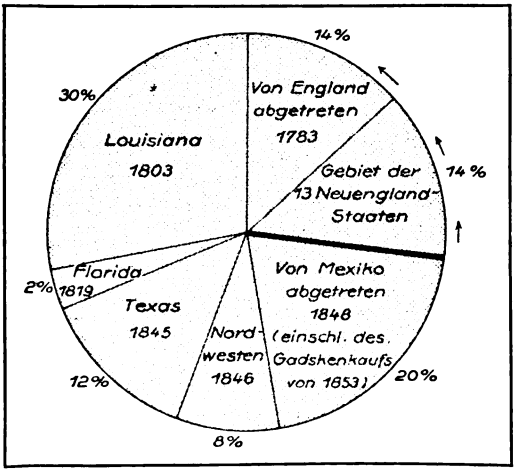


Abb. 57. Das Wachstum der Vereinigten Staaten von Amerika in den ersten 70 Jahren.

1) Zeitschr. f. Geopolitik, 1931, S. 549.

Digitized by Google

Rußland sogar 400 Jahre lang (1500 bis 1900) täglich um 130 qkm!

Eine Höchstgrenze für das Wachstum der Staaten gibt es nicht. Die größten Staaten, welche die Geschichte je gesehen hat, sind das britische Imperium der Gegenwart und das russische Zarenreich um die letzte Jahrhundertwende, ersteres (mit dem annektierten Raum in den Polargebieten) fast 41 Mill., letzteres 23 Mill. qkm groß.[1]) Beide Staaten weisen zugleich die Verschiedenheiten des räumlichen Wachstums auf, nämlich:

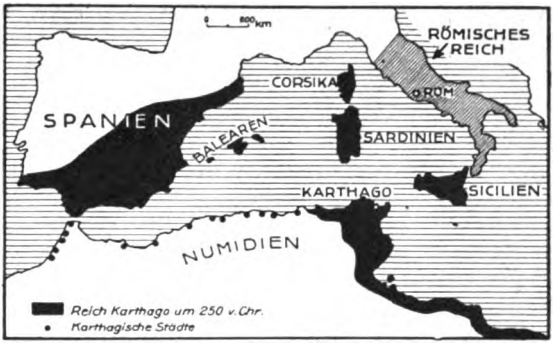


Abb. 58. Die äußersten Grenzen des karthagischen Landbesitzes.

1. Rußland zeigt die „ölfleckartige" Ausdehnung der Landstaaten, die sich durch ständiges Einbeziehen von unmittelbaren Nachbarländern in das eigene staatliche Hoheitsgebiet und ständiges Vorschieben der Grenzen über festes Land abspielt. Wir finden sie auch in der Ausdehnung der Araber- und Mongolenreiche sowie neuerdings im Wachstum des französischen Kolonialreiches in Nordwestafrika wieder. Bei Rußland ist für die territoriale Elefantiasis neben dem steten und bis heute ungestillten Sehnen nach dem warmen Meer auch der Umstand maßgeblich gewesen, daß Rußland sehr arm an Steinen und daher auch an Festungen ist. Festungen konnte man aber am ehesten dann entbehrlich machen, wenn der eigne Herrschaftsbereich möglichst viele Nachbarländer mitumfaßte.

2. England dagegen zeigt die „punktförmige" Ausdehnung der Seestaaten, die geeignet gelegene überseeische Küsten, Häfen, Inseln zu erwerben strebt und von solchen Stützpunkten aus gelegentlich ganze Länder, ja Kontinente sich untertan macht (Südafrika von Kapstadt, Australien von Sydney, Kanada von der St. Lorenzstrommündung aus; Abb. 60). — Sie tritt uns im übrigen ebenfalls höchst charakteristisch in der mittelalterlichen Schaffung der zahlreichen Normannenreiche entgegen.

Im ersteren Fall haben wir es mit einem unmittelbaren Wachsen des Staatskörpers selbst zu tun, im letzteren mit einer Art von Fortpflanzung, da von einem „Mutterstaat" neue staatliche Organismen in die Welt gesetzt werden, die sich zu selbständigen, großen Staaten auswachsen können.

Im Altertum stellt neben dem Alexanderreich das römische Reich denselben Typus dar wie das Rußland der Neuzeit: es zeigt dieselbe ölfleckhaltige Ausdehnung, die wohl schmale Meeresarme einfach überspringt (wie die Messina- und Gibraltarstraße, den Ärmelkanal, Bosporus und Dardanellen, oder das Rußland des 18. Jahrh. die Beringstraße), aber niemals von vornherein in Übersee Stützpunkte sucht. Das karthagische Reich auf dem Gipfel seiner Macht um 500 und 270 zeigt uns dagegen

1) Vergleichsweise sei bemerkt, daß das Deutsche Reich auch nach Österreichs Eingliederung nur 554582 qkm umfaßt. England und Rußland zusammen herrschen demnach über rund 42% der gesamten Landmasse des Erdballs!

Digitized by Google

genau dieselben Entwicklungstendenzen wie das heutige britische Imperium: es verankert seine Macht auf Inseln oder an afrikanischen und europäischen Küstensäumen, greift jedoch nur wenig ins Hinterland der Küsten ein (Abb. 58). Man kann geradezu sagen: die Küsten des römischen Reiches sind vom nächstgelegenen Lande, die des karthagischen vom Meere her einverleibt worden.

c) Tochterstaaten (Kolonien).

Überseeische Besitzungen pflegt man seit den Tagen des Altertums als Kolonien zu bezeichnen. Der Zweck solcher Kolonien kann sehr verschiedenartig sein. Das Altertum und Mittelalter kannte vornehmlich Kolonien zu Handelszwecken. In der Regel bestanden sie damals aus einzelnen „Pflanzstädten", die Faktoreien, also Handelsmittelpunkte, waren. In selteneren Fällen dienten sie Siedlungszwecken und nahmen dann einen Bevölkerungsüberschuß der Mutterstadt auf. Hierzu hat die Neuzeit Kolonien gefügt, die allein aus politischen Gründen geschaffen wurden: Seefestungen und Flottenstützpunkte, wie Gibraltar, Malta, Singapur, Pearl Harbour (Hawai), oder Rekrutierungsbecken zwecks Auffüllung des eigenen stehenden Heeres, wie es die meisten neuen französischen Kolonien sind (zwei Fünftel der Friedensstärke des französischen Heeres bestehen aus farbigen Truppen!).

In unserem Zeitalter sind Kolonien am notwendigsten zu Siedlungszwecken und zur Beschaffung von Rohstoffen.

Staaten, deren heimischer Boden nicht ausreicht, die wachsende Bevölkerung zu ernähren, müssen entweder Land und Raum für ihren Bevölkerungsüberschuß beschaffen oder aber industrielle Arbeitsgelegenheit, um durch die Ausfuhr von Industriewaren Devisen zur Einfuhr der nötigen Nahrung aus dem Ausland zu erhalten, wenn sie nicht ersticken wollen. In beiden Fällen bedürfen sie in der Regel einer Ergänzung des heimischen Bodens durch überseeische Erwerbsquellen.

1 Quadratkilometer landwirtschaftliche Fläche hat gegenwärtig zu ernähren in:[1])

Frankreich	120	Menschen
Polen	130	„
Großbritannien mit Irland	238	„
Italien	323	„
Deutschland (ohne Österreich)	327	„
Belgien	687	„
Holland	800	„
Japan	1167	„

Unter solchen Umständen ist es natürlich sehr unklug, wenn die beati possidentes den kolonialen „Habenichtsen" (Sir Samual Hoare) jeden überseeischen Landbesitz am liebsten ganz verweigern möchten, während z. B. das britische Imperium allein fast ein Drittel der gesamten festen Erdoberfläche für sich in Anspruch nimmt und überdies erklärt, es könne durchaus nichts davon entbehren.

Für alle Kulturländer unserer Tage, die eine reiche Industrie aufweisen, sind Kolonien eine unbedingte Notwendigkeit. Sie bedürfen vornehmlich tro-

1) Kombiniert aus Angaben aus einem Vortrag des Barons v. Dietinghoff-Scheel auf der Essener Tagung des Alldeutschen Verbandes am 29. August 1937 und einem Aufsatz von Ad. Reichwein im Dezemberheft 1937 der Deutschen Rundschau.

Digitized by Google

pischer Kolonien, in denen die wichtigsten Kolonialprodukte gedeihen: Kaffee, Kakao, Kautschuk, Baumwolle, Kopra (Palmkerne zur Ölgewinnung) usw.; oder sie brauchen Siedlungsland in subtropischen und gemäßigten Zonen und auf den großen tropischen Hochplateaus, die in Afrika noch überreich vorhanden und zumeist ausgesprochen menschenarm sind; denn die Neger meiden diese Gegenden gern, weil das Klima ihnen zu kühl ist, während es für Menschen weißer Rasse als äußerst gesund bezeichnet werden kann (im tropischen Tiefland können Weiße nicht dauernd leben). Staaten, die solche Handels- und Siedlungsgebiete in den warmen Zonen nicht besitzen, sind gegenüber anderen Ländern empfindlich benachteiligt; denn sie müssen u. a. für die genannten Kolonialprodukte alljährlich an fremde Staaten gewaltige Summen bezahlen, die ihrem Volksvermögen erhalten blieben, wenn sie selber die Waren auf eigenem Kolonialboden hervorbringen könnten.

In weiten Teilen der Welt gehört heute die Kolonisierungsmöglichkeit der Vergangenheit an, da die Bevölkerung der meisten Länder zur eigenen Staatenbildung reif geworden ist. Es gibt jetzt Kolonien (neuerdings auch koloniale Mandate) überwiegend nur noch in Asien, Afrika, Australien und Ozeanien. Europa und Amerika bieten neues Kolonialland nicht mehr dar. Einige letzte Reste von Kolonien aus älterer Zeit sind in Europa Gibraltar und Malta, die aber von Spanien und Italien als Pfahl im Fleisch empfunden werden. Bis 1890 war ferner Helgoland als englische, bis 1918 Island als dänische Kolonie auf europäischer Erde zu bezeichnen. Schließlich kann man allenfalls die Normannischen Inseln im Ärmelkanal (Jersey, Guernsey, Sark, Alderney) als englische Kolonien im französischen Sprachgebiet bezeichnen, deren Bewohner aber, trotz ihrer französischen Sprache, Engländer sein und bleiben wollen. — Ebenso ist Amerika seit der Verkündung der Monroedoktrin (1823) jeder neuen Kolonisation entzogen. Gelegentliche Versuche europäischer Staaten, neues Kolonialland in Amerika zu gewinnen (England in Nikaragua 1848, Frankreich in Mexiko 1862—67), sind durch stärksten Druck der Vereinigten Staaten, der auch vor Kriegsbereitschaft nicht zurückscheute, vereitelt worden. Das vor 1823 erworbene europäische Kolonialland ist geduldet, jedoch allmählich verkleinert worden. Noch sind die Bermudas- und Bahamainseln, die drei Guyanas (Britisch-, Französisch-, Niederländisch-Guyana) sowie eine ganze Anzahl von Antilleninseln Besitzungen europäischer Länder geblieben; aller spanische, portugiesische, russische und dänische Kolonialbesitz in Amerika ist jedoch verschwunden. Dafür zeigen sich Spuren einer Kolonisation der Vereinigten Staaten im eigenen Erdteil (Alaska 1867, Kuba [seit 1902 bzw. 1934 selbständig] und Portorico 1898, Panamakanalzone 1903, Haiti 1915 [1934 selbständig], die dänischen Jungferninseln 1917).

Australien ist schon vor 100 Jahren (2. Mai 1829) im ganzen Umfang zum britischen Besitz erklärt worden. Ob die Tatsache freilich für immer anerkannt bleibt, erscheint fraglich. Vermutlich wird hierbei Japan ein gewichtiges Wort mitreden. In Asien ist für neue koloniale Betätigung kaum noch Raum, zumal da die Verkündung einer „asiatischen Monroedoktrin" durch Japan wohl nur eine Frage der Zeit, für Ostasien am 17. April 1934 („Hands off China"-Proklamation) sogar schon erfolgt ist. Ozeanien bietet wenig Raum für koloniale Betätigung. Die große Mehrzahl der Inseln ist klein und kommt für Siedlungszwecke kaum in Betracht; auch sind alle Inseln schon aufgeteilt.

Digitized by Google

Somit ist und bleibt Afrika der eigentliche Kolonialerdteil, und zwar wohl noch auf lange Zeit. Die Neger sind sich dessen bewußt, daß sie noch unfähig sind, vollwertige Staaten zu bilden. Von den beiden „modernen" Negerstaaten Liberia (großer Aufstand 1936) und Haiti, die trübseligste Fehlschläge geworden sind, gilt das Wort: vestigia terrent. Die Schwarzen (von Ausnahmen abgesehen) wollen weiße Herren haben, die ihnen ihr Land entwickeln, sie selber anleiten und erziehen. Afrika vermag etwa 2 Milliarden Menschen aufzunehmen, zählt aber nur 150 Millionen Bewohner.

Japan hat durch sein Vorgehen in Korea und der Mandschurei, Italien durch die Eroberung Abessiniens den benötigten Siedlungsraum in ansehnlichem Umfang gewonnen und gleichzeitig der wichtigsten Rohstoffnot gesteuert. Deutschland ist daher zur Zeit als einzige unbefriedete Großmacht zurückgeblieben. „Mit Ausnahme der international garantierten Schweiz ist Deutschland das einzige Land der Welt, welches über keine ausreichende heimische oder koloniale Ernährungsgrundlage für seine Bevölkerung verfügt."[1]) Daher kann ein so stark übervölkertes und in die Weltwirtschaft verflochtenes Industrieland wie Deutschland eigene vollwertige Kolonien auf die Dauer keinesfalls entbehren. Von „Gleichberechtigung" der Nationen kann zudem nicht die Rede sein, solange einer Großmacht unserer Tage der Besitz ihrer Kolonien vorenthalten und die Volkswirtschaft dieses Landes dadurch überaus empfindlich geschädigt wird. Deutschlands 30jährige Kolonialperiode (1884/1914) gehört zu den erfolgreichsten und glänzendsten, welche die Kolonialgeschichte kennt. Ihre vorbildlichen Leistungen sind auch von gerecht urteilenden Ausländern und nicht zumindest von den Eingeborenen selbst („Bund der Togo-Deutschen" in Akra) vorbehaltlos anerkannt worden.

In allen früheren deutschen Kolonien ohne Ausnahme sehnen sich gegenwärtig die Eingeborenen nach der alten deutschen Verwaltung zurück. Jeder Reisende, der heute vorübergehend oder dauernd in unsere ehemaligen Kolonien kommt, bestätigt diese Sehnsucht der Schwarzen nach ihren deutschen Herren und Freunden. Der Zustand fast aller deutsch gewesenen Kolonien ist zur Zeit trübseliger als 1914, zumal in hygienischer Hinsicht. Wenn den Farbigen die „Selbstbestimmung" ehrlich zugebilligt würde, hätte Deutschland bald ziemlich alle seine Kolonien wieder im Besitz! — 1919 wurde vom Feindstaatenbund, um den gegen die Bestimmungen des vereinbarten Vorfriedens (5. November 1918) verstoßenden Raub der deutschen Kolonien mit einem moralischen Mäntelchen zu umhüllen, die bewußte Lüge aufgebracht, die Deutschen hätten sich als Kolonisatoren unfähig erwiesen und ihre Kolonien müßten daher „fortgeschrittenen Nationen" (Art. 22 des Völkerbundstatuts) zur Verwaltung anvertraut werden. Der Raub der deutschen Kolonien ist unter Verletzung der Versailler Bestimmungen ohne Entschädigung und ohne Anrechnung ihres Wertes (ca. 300 Milliarden Mark!) erfolgt. Ein englischer Kolonialpolitiker, Dawson, hat diese Handlungsweise die „schäbigste und unehrlichste Handlung, deren sich die britische Nation, die britische Regierung und die britische Krone jemals schuldig gemacht haben", genannt.

Das in der Heimat verstümmelte und in seinem natürlichen Volkstum zerrissene, heutige Deutsche Reich ist nicht minder auf überseeisches Wachstum angewiesen als

---

1) Hjalmar Schacht am 26. Mai 1937 bei der Einweihung des Deutschen Hauses auf der Pariser Weltausstellung.

Digitized by Google

das blühende Deutschland im goldenen Kolonialzeitalter 1884—1914. Deshalb muß sich jeder Deutsche zu der Überzeugung durchringen: „Neue deutsche Kolonien sind unentbehrlich!"

Zumal aus wirtschaftlichen Gründen ist eine neue deutsche koloniale Betätigung nicht zu entbehren. Heute ist jeder Kulturstaat im wirtschaftlichen Wettbewerb schwer benachteiligt, wenn er genötigt ist, notwendige koloniale Waren, wie Baumwolle, Gummi, Kaffee, Kakao, Tee, Palmöl, Kopra usw., vom Ausland zu kaufen, während die Kolonialstaaten die gewaltigen Ausgaben dafür ihrem Volksvermögen größtenteils erhalten können, da sie jene Erzeugnisse auf eigenem Überseeboden gewinnen und ohne Inanspruchnahme von Devisen kaufen können. Auch der heimischen Industrie ist erfahrungsgemäß viel stärkere Beschäftigung gesichert, wenn Landsleute reichlich in eigenen Kolonien weilen: jeder deutsche Farmer und Pflanzer in den deutschen Überseegebieten verschaffte nachweislich etwa drei Arbeitern in der Heimat ständig Arbeit und Brot! Diese starke Befruchtung ist unserer heimischen Wirtschaft durch den Raub der Kolonien größtenteils ebenfalls abhanden gekommen. Man darf annehmen, daß dem deutschen Volksvermögen täglich etwa 3 Millionen RM nur deshalb verloren gehen, weil wir unsere alten Kolonien nicht mehr besitzen![1])

d) Wachstumsspitzen.

Während des Wachstumsprozesses eines Staates, der seine Grenzen in Nachbargebiete vorzuschieben beginnt, machen sich nicht selten sogenannte „Wachstumsspitzen" (Haushofer) bemerkbar, d. h. vorgeprellte Exklaven in fremdem Hoheitsgebiet, die nach Art ausgestreckter Fühler gewissermaßen die Stelle eines schwachen Widerstandes abtasten und das politische Ziel abstecken, bis zu dem hin der Staat seine Grenzen in den nächsten Jahrzehnten vorzuschieben hofft. Falls dem Wachstumstrieb keine unüberwindlichen Widerstände begegnen, so werden die einstweiligen Exklaven allmählich durch Einverleibung der noch trennenden fremdstaatlichen Landbrücken in die Grenzen des wachsenden Staates hineingezogen.

Wenn Staaten, die eine deutliche Neigung zu räumlicher Ausdehnung bekunden, sich Wachstumsspitzen in bisher fremdländischem Gebiet schaffen, so ist dies ein sicheres Alarmzeichen, daß die Landesteile, die zwischen dem Hauptstaat und seiner Wachstumsspitze liegen, in verstärktem Maße von Annexionspolitik bedroht sind.

Beispiele.

1. Um 1750 wies das Preußen Friedrichs des Großen Wachstumsspitzen in Ostpreußen, am Niederrhein, an der Weser sowie in Ostfriesland auf, von Exklaven bei Halle und Kottbus, in Thüringen, Bayern, Württemberg und in der Schweiz (Neufchatel) zu schweigen. Die östlichen wurden durch die polnischen Teilungen von 1772 und 1793 mit dem Hauptstaat vereinigt, die westlichen erst durch die politischen Vorgänge des Jahres 1866 (Einverleibung Hannovers), die südlichen (Neufchatel, Hohenzollern, Ansbach-Bayreuth) sind verkümmert.

2. Frankreich, das noch zu Beginn des 14. Jahrh. sein vorläufiges politisches Wachstumsziel in der Gewinnung der „Vierströmegrenze" im Osten (Rhone, Saone,

1) „Deutschlands Recht auf Kolonien", Schrift des Alldeutschen Verbandes, Berlin 1935, S. 10.

Digitized by Google

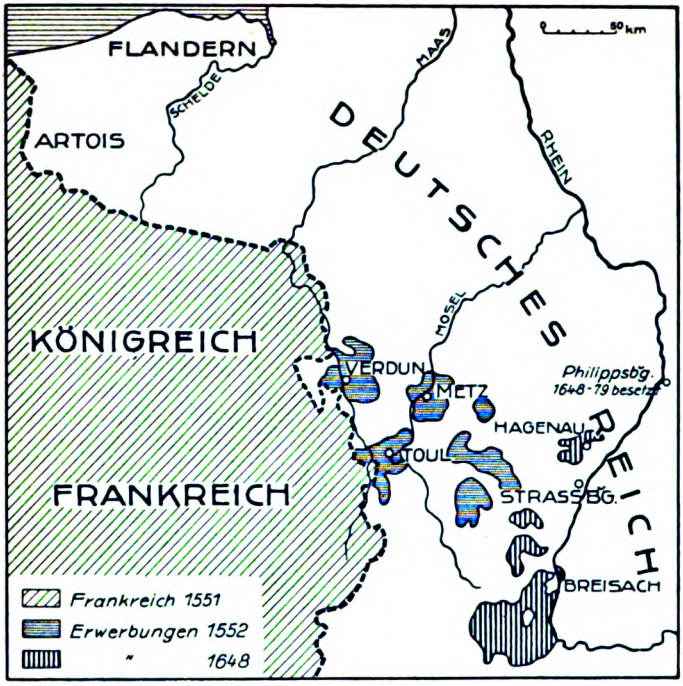


Abb. 59. Französische Wachstumsspitzen auf deutschem Boden im 16. und 17. Jahrhundert.

Maas, Schelde) sah, wuchs immer weiter nach Osten in ehemals deutschen Reichsboden hinein. 1552 erwarb es als Exklaven auf deutschem Gebiet, also als Wachstumsspitzen, Metz, Toul und Verdun, die bald im französischen Staatskörper aufgingen. Nach dem Dreißigjährigen Kriege konnte Frankreich dem völlig geschwächten deutschen Reich die Abtretung der durch Abb. 59 gekennzeichneten, neuen Wachstumsspitzen im Sundgau sowie in anderen Teilen des Elsaß und sogar schon im rechtsrheinischen Gebiet (Breisach) aufzwingen, die Ludwig XIV. dann drei Jahrzehnte später in den Jahren, da Deutschland von der Türkengefahr bedroht wurde, mitten im Frieden durch seine berüchtigten Reunionskammern (Raub Straßburgs, 30. Sept. 1681) in die französischen Staatsgrenzen einbezog.

3. Die Kwangtunghalbinsel mit Port Arthur war von 1898—1905 eine russische Wachstumsspitze, die einzige russische Exklave, die es je gegeben hat (abgesehen von — Jever, das sonderbarerweise von 1793—1807 einmal zu Rußland gehörte!).

4. Alaska und die Panamakanalzone sind heute deutliche Wachstumsspitzen der Vereinigten Staaten, die freilich auf sehr weite Sicht berechnet sind.

Auch im punktförmig verstreuten Überseebesitz der seemächtigen Staaten können sehr wertvolle koloniale Neuerwerbungen als Wachstumsspitze dienen, insofern als das Mutterland sich alsdann bestrebt, sich eine aus gutgelegenen Zwischenstationen gebildete Etappenstraße dorthin zur politischen und militärischen Sicherung seines Eigentums auszubauen.

Der Besitz besonders wichtiger Gebiete in Übersee verlockt zur Aneignung neuer, möglichst vieler und starker maritimer Zwischenstationen, die politisch oder militärisch die Stellung des Mutterstaates zu stärken und seine wertvolle überseeische Wachstumsspitze zu sichern imstande sind. Allerdings können sich nur Staaten, die zur See überragend stark sind, eine solche Politik in folgerichtiger Durchführung gestatten.

Digitized by Google

Beispiele.

1. Als Venedig nach der Erstürmung Konstantinopels durch die Kreuzfahrer des vierten Kreuzzuges (12. April 1204) und der Errichtung des lateinischen Kaisertums daselbst (1204—1261) zur herrschenden Macht im östlichen Mittelmeer und zum stärksten Seestaat geworden war, baute es den Seeweg nach Konstantinopel geschickt durch eine Kette von insularen Stützpunkten aus: 1204 gelangte Kreta in venetianischen Besitz, 1207 Naxos mit den übrigen Kykladen, 1211 Euböa, 1224 Kephallenia, 1401 Korfu (Kerkyra).

2. Als England durch die Tätigkeit der Ostindischen Kompagnie die wertvollsten Teile von Ostindien erworben hatte (entscheidendes Ereignis die Schlacht bei Plassey, 23. Juni 1757), baute es die damals alleinige Seestraße nach Ostindien ums Kap zu einer gesicherten britischen Etappenstraße nach Indien aus: dem schon 1650 englisch gewordenen St. Helena wurden 1794 die Seychellen, 1802 Ceylon, 1806 die Kapkolonie, 1810 Mauritius und die Tschagosinseln, 1814 die Amiranten und Rodriguez, 1815 Ascension, 1843 Natal als englische Besitzungen angefügt und somit eine gesicherte nationale Etappenstraße hergestellt. — Als dann aber die Franzosen, dank der Initiative des Grafen Ferdinand Lesseps (1805—94), mit dem Bau des Suezkanals einen neuen, kürzeren und besseren Weg nach Indien zu eröffnen sich anschickten, schuf sich England folgerichtig eine neue Etappenstraße britischer Kolonien im Mittelmeer und Roten Meer fast von dem Augenblick an, da der neue Weltverkehrsplan erörtert wurde. Dem schon lange vorher (4. August 1704) gewonnenen Gibraltar und dem 1800 eroberten und widerrechtlich behaltenen Malta fügte England nun der Reihe nach hinzu: Aden (1839), die Kurian-Murian-Inseln südlich von Arabien (1854), die Periminseln in der Straße Bab-el-Mandeb (1857), die Insel Zypern (1878), Ägypten (1882), Berbera, Bulhar und Zeila am Aden-Golf (1884), die Insel

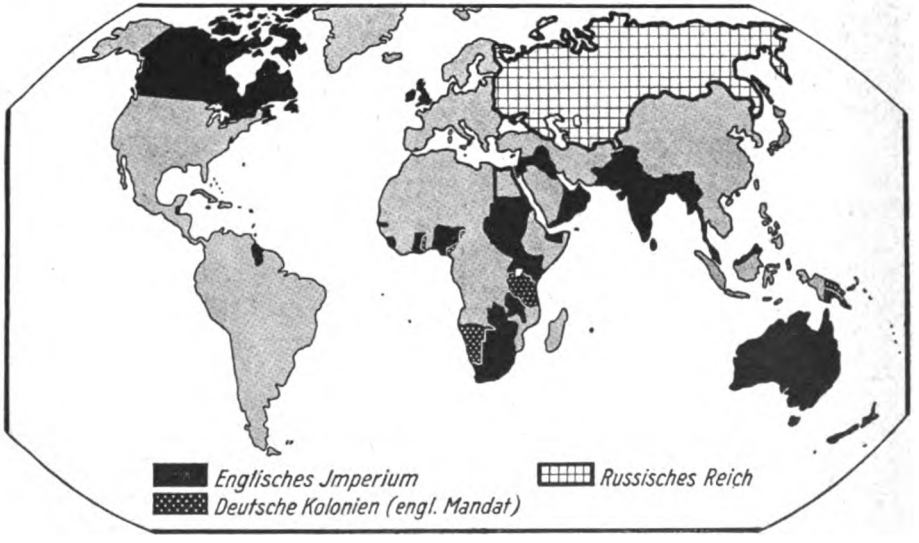


Abb. 60. Gegenüberstellung der gesamtrussischen Landmasse und des punktförmig verteilten britischen Imperiums („Wachstum der Eiche und des Epheus").

Digitized by Google

Sokotra (1886), Brit.-Somaliland (1889), den Isthmus von Sinai (1906). Als der Suezkanal eröffnet wurde (17. November 1869), waren jedenfalls seine beiden einzigen Verbindungswege zum Weltmeer, die Meerenge von Gibraltar und die Straße Bab-el-Mandeb, schon fest in englischer Hand (Abb. 60).

3. Das unwirtliche, aber ehedem für den Segelschiffverkehr so ausnehmend wichtige Kap Horn auf Feuerland selbst in Besitz zu nehmen, hätte keinen Wert gehabt. Aber den Weg dorthin unter Kontrolle Englands zu bringen, schien eine dankbare politische Aufgabe zu sein. Zweimal, 1806 und 1808, versuchten die Engländer, Buenos Aires in ihre Hand zu bekommen und zum britischen Stützpunkt zu machen, doch scheiterte der Versuch beide Male. Dafür bemächtigten sich aber die Briten 1835 der Falklandsinseln, die in strategisch hervorragender Flanken- und Kontrollstellung sowohl zum Kap Horn wie zur Magelhanstraße liegen, und nahmen mitten im Frieden diesen seit 1820 einwandfrei argentinischen Landbesitz einfach fort. Argentinien hat übrigens bis heute diesen Raub staatsrechtlich niemals anerkannt und betrachtet die Inseln nach wie vor als argentinisches, von England okkupiertes Gebiet. Die strategisch günstige Lage der Falklandinseln zu den südamerikanischen Seestraßen erwies sich am deutlichsten in der Seeschlacht an den Falklandinseln (8. Dezember 1914), die dem deutschen Kreuzergeschwader des Grafen Spee den Untergang brachte.

4. Ebenso betrachtete England die hochwichtige Malakastraße und den Verkehr nach Ostasien als einen von Rechts wegen den Briten zustehenden Besitz, der sich dann als Wachstumsspitze auch in den Gewässern jenseits von Vorderindien auswirkte. 1786 wurde die Insel Pinang im Norden der Malakkastraße britisch, 1800 ein Küstenstrich auf Malakka, 1819 die wertvollste Insel Singapur, das eigentliche Gibraltar der Malakkastraße und heute die stärkste Seefestung der Welt. Als es dann den Engländern gelungen war, im Frieden von Nanking (29. August 1842) die Insel Hongkong von China abgetreten zu erhalten und somit eine neue Wachstumsspitze in Ostasien zu erwerben, wurde die bis Singapur reichende Etappenstraße britischer Stützpunkte noch weiter nach dem Osten in der Richtung auf China verlängert: 1847 wurde die halbwegs zwischen Singapur und Hongkong gelegene Insel Labuan nebst einigen kleineren Nachbarinseln einverleibt, 1860 Kaulun gegenüber Hongkong, 1878 und 1888 Nord-Borneo. 1869 waren auch noch die Nikobaren als gut gelegene Zwischenstationen auf dem Singapur- und Ostasienwege britisch geworden, das Sultanat von Johore auf Malakka 1885.

5. Ähnlich hat für die Vereinigten Staaten der Erwerb der vordem spanischen Philippinen als Wachstumsspitze gewirkt, indem quer über den Stillen Ozean eine Kette von Inselstützpunkten zur Sicherung dieses Außenbesitzes entstand. Diesem Ziele galt u. a. die Einverleibung der Hawai-Gruppe (1898), ferner die im Pariser Friedensschluß (10. Dezember 1898) erreichte Abtretung der größten Marianeninsel Guam an die Vereinigten Staaten, die Erwerbung von „Amerikanisch-Samoa" (die östlich vom 171. Meridian gelegenen Inseln), der Wake-Insel und des einsamen Korallenriffs Midway-Island 1899. Der Ausdehnungsprozeß der Vereinigten Staaten in der Südsee ist übrigens — außer im Westen — noch durchaus nicht abgeschlossen (vgl. S. 93).

Digitized by Google

e) Zerfalls- und Schrumpfungsprozesse.

Oftmals in der Geschichte wird die staatliche Klammer, die ein gewordenes Staatsgebilde zusammenhält, wieder gesprengt, sei es durch äußere Einwirkung oder durch innere Vorgänge, die dann in der Regel zu heftigen Kämpfen Anlaß geben. Die Ursachen können ungemein mannigfaltig sein. Zumal große und größte Staaten sind von solchen Gefahren bedroht, sobald sich irgendeine Angriffsstelle findet.

Am eindrucksvollsten tritt uns der Zerfallsprozeß jedesmal entgegen in der Geschichte der durch einen gewaltigen Eroberer rasch zusammengezimmerten Riesenreiche, deren jähes Anschwellen zu ungeheurer Größe nicht Zeit läßt zu einem organischen Zusammenwachsen der einzelnen Länder, wie es die langsam in vielen Generationen aufgebauten Großreiche (Römisches und Britisches Imperium, Türkenreich des Mittelalters, Russisches Reich usw.) aufweisen, die infolgedessen längeren Bestand haben. Wenn das überragende militärische und organisatorische Genie, das ein Riesenreich schafft, vom Schauplatz schwindet, so bricht auch die staatliche Klammer auseinander, und der neue Staat zerfällt. Stets folgen dann auf den Großen Alexander die Zeiten der Diadochen, meist auch der Diadochenkriege, auf den Großen Karl die „Reichsteilungen". Aus dem jäh emporgestiegenen Weltstaat wird eine Vielheit von sich befehdenden Territorien, und es tritt ein Rückfall in den Zustand der miteinander um die Hegemonie ringenden Stammesstaaten ein.

Doch auch kleinen Staaten droht leicht Zerfall, wenn innere Spannungen durch Uneinigkeit im Volk auftreten, die eine starke Hand oder ein überragend kluger Kopf nicht rechtzeitig auszuschalten versteht. Ursachen können u. a. sein: Herrschaftswünsche ehrgeiziger Führer („Hie Welf, hie Waiblingen", englische Rosenkriege, Chinas Bürgerkriege) und der Parlamente (England im 17. Jahrhdt., Zerfall Polens), Zwist um die Vormacht- und Hegemoniestellung (Deutscher Krieg 1866), soziale und wirtschaftliche Gegensätze einzelner Landesteile (Sezessionskrieg der Vereinigten Staaten 1861—65), Widerstand gegen Staatsumwälzungen (Schottischer Aufstand gegen Cromwell, Vendée- und Bretagne-Aufstand 1793, spanischer Abwehrkampf 1936/38 gegen die kommunistischen Umsturzpläne), religiöse Unduldsamkeit (Schmalkaldischer Krieg 1546/47, Dreißigjähriger Krieg, französische Hugenottenkriege, Belgiens Abfall von Holland 1830, Schweizer Sonderbundkrieg 1847), sprachliche und Volkstumsgegensätze (Zerfall des Karolingerreiches, Norwegens Lossage von Schweden 1814 und 1905, Schleswig-Holsteins Auflehnung gegen Dänemark 1848—1850 und 1863/64, Österreich-Ungarns Zerfall 1918, Flamen-, Katalanen-, Slowaken-, Kroatenbewegung) usw. Besonders verhängnisvoll pflegt dabei meist die Vernichtung des gesunden, mit der Scholle verwachsenen Bauerntums zu wirken (Niedergang der römischen und spanischen Weltmacht).

In anderen Fällen droht nicht gerade ein Zerfall des Staates, doch kommt es zu einem Abblätterungs- und Schrumpfungsprozeß, der sich über lange Zeiträume hinzieht. Wie bei altersschwachen Bauwerken heute hier und morgen dort einige Teile herausbrechen, ohne daß dennoch das Bauwerk als solches verschwindet, so machen Staatengebilde, deren Größe nicht mehr im richtigen Verhältnis zu ihrer inneren Stärke steht, einen greisenhaften Schrumpfungsprozeß durch, der sich fast unbegrenzt fortzusetzen vermag. Ein Außenland nach dem andern sagt sich von dem

Digitized by Google

altersschwachen Staat los oder wird ihm von kraftvollen Nachbarn genommen, bis schließlich nur eine Staatsruine übrigbleibt, die über kurz oder lang abstirbt. Jederzeit kann aber eine solche staatliche Rückbildung durch das rechtzeitige Eingreifen eines großen Mannes aufgehalten werden.

Beispiele.

a) Zerfallsprozesse.

1. Das Frankenreich, das um 800 n. Chr. seine größte Ausdehnung erreichte, zerfiel bei der Teilung von Verdun (11. August 843) zunächst in drei, dann bei der Teilung von Mersen (9. August 870) in zwei Staaten, Deutschland und Frankreich, die zwar vorübergehend unter Karl dem Dicken (885—887) nochmals geeint waren, von denen aber bald darauf das deutsche Reich unter Konrad I. (911—918) nahe daran war, seinerseits nochmals in fünf Territorialstaaten: Sachsen, Franken, Bayern, Schwaben und Lothringen auseinanderzubrechen. Lediglich das staatsmännische Genie des ebenso klugen wie kraftvollen Sachsenkönigs Heinrich I. (919—936) tat der drohenden Zersplitterung Einhalt.

2. Als in den Jahren 1810—1824 das ungeheure spanische Kolonialreich in Amerika fast vollkommen — mit alleiniger Ausnahme Kubas und Portoricos — zerfiel, bildeten sich daraus alsbald 14 neue, selbständige Staaten.

3. Der Zerfall Österreich-Ungarns im Jahre 1918 ist das neueste und uns nächstliegende Beispiel. Die Großmacht zerfiel in drei selbständige Staaten (Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei), und gewaltige Landkomplexe wurden zudem von ausdehnungsfreudigen Nachbarn (Polen, Rumänien, Serbien, Italien) einverleibt.

4. Westrußland löste sich im gleichen Jahre in fünf neue Staaten auf (Polen, Litauen, Lettland, Estland und Finnland). Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dieses Herausbrechen der Westfront vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer nur der Beginn eines Zerfallsprozesses sein wird, wie ihn auch die übermäßig angeschwollene Türkei von 1699 bis 1919 erlebt hat.

5. Die Türkei zerfiel ebenfalls 1918 in nicht weniger als zehn Staaten und „Mandatsländer" (Türkei, Syrien, Palästina, Transjordanien, Irak, Hedschas, Yemen, Nedschd, Asir und Hasa).

6. In manchen Fällen kommt es nicht nur zum Zerfall, sondern unter Umständen sogar zur vollständigen Auffaugung des bisherigen Staates, falls zugriffbereite Nachbarländer die Gunst der Lage zu eigener Vergrößerung ausnutzen. Die drei polnischen Teilungen von 1772, 1793, 1795, die der einstigen (16. Jahrh.) Großmacht Polen, nicht ohne ihre eigene Schuld, für 123 Jahre ein Ende machten, sind das lehrreichste Beispiel.

7. Seit 1912 hat China einen deutlichen Zerfallsprozeß durchgemacht, wie übrigens schon mehrfach in seiner über 4000jährigen Geschichte. Seit der Absetzung des jugendlichen Kaisers Puji 1912 standen zahlreiche örtliche Gewalten, ehrgeizige Generale, provinzielle Sonderbündeleien, Parteiinteressen usw. in unablässigem Kampfe gegen andere Teile des Reiches. Die Außenprovinzen machten sich selbständig, wie Tibet, oder gerieten in ausländische Hörigkeit: die Mandschurei, die Provinz Jehol, die innere Mongolei in japanische, die äußere Mongolei und Sinkiang (Ostturkestan) in russische,

Digitized by Google

Yünnan in französische, oder sie verfielen, wie bedeutende Teile des Südens, dem kommunistischen Gedanken, der übrigens gerade der chinesischen Geschichte schon früher nicht fremd war und mehrfach, besonders im 9., 11. und 19. Jahrh. (Taiping-Aufstand 1851—1864), schwerstes Unheil über das Land brachte. — Die Macht der Regierung in Nanking erstreckte sich zeitweilig nur über wenige Provinzen; alles andere war in chaotischer Gärung. Dann brachte die starke Hand des zweifellos genialen Marschalls Tschangkaischek Ordnung in dies Chaos. Der im Juli 1937 ausgebrochene Krieg gegen Japan hat der nationalen Einigung Chinas starke Vorspanndienste geleistet; die Einigung kam zwar zu spät, um die japanische Invasion hindern zu können. Immerhin ist der Schrumpfungsprozeß des chinesischen Staates insofern besonders eigenartig, als gleichzeitig die Ausdehnung des chinesischen Volkes wächst, da dieses nach allen Seiten über die Grenzen des ihm bisher zugewiesenen, zu eng gewordenen Raumes hinüberflutet.

b) Schrumpfungsprozesse.

1. Venedig schrumpfte seit dem Jahre 1489, in dem es durch Erwerbung von Zypern den Höhepunkt seiner Großmachtstellung erklomm, als Seestaat über 300 Jahre lang immer weiter zusammen, bis das Einrücken der Franzosen in die Stadt und der Friede von Campo Formio (1797) die letzten Reste des einst so mächtigen Staates auswischte.

2. Das typischste neuere Beispiel ist das Zusammenschrumpfen des türkischen Großreichs (Abb. 61), das mit der Eroberung Asows durch Peter den Großen (1696), ganz besonders aber mit dem Frieden von Karlowitz (1699) einsetzte und in zahlreichen Etappen bis 1920 fortdauerte, wo im Frieden von Sèvres der oben erwähnte Zerfall in viele neue Staaten eintrat. Hierbei ist immerhin ein türkischer Staatskern erhalten geblieben, der deutlich lebenskräftig ist und von dem eines Tages wahrscheinlich ein neuer Wachstumsprozeß ausgehen wird. Dieser scheint sich schon jetzt im Anspruch auf den Hafen Alexandrette anzudeuten.

3. Ähnlich ist das Weltreich Spanien seit dem 16. Jahrh., wo es die erste Großmacht der Welt war, zunächst langsam, später immer schneller zur Bedeutung eines Staates dritter Größe herabgestiegen. Die Jahre 1567 (Abfall der Niederlande) und 1588 (Untergang der Armada) bedeuteten den Beginn des Abstieges. Trotzdem blieb Spanien noch bis nach 1800 neben Rußland der raumgrößte Staat der Welt. Erst die Wirren, die seit Napoleons Tagen Spanien selbst schwer erschütterten, führten zu jenem riesenhaften Abblätterungsprozeß, der von 1811 bis 1829 den gesamten festländischen Besitz Spaniens in Amerika vom Mutterlande löste. Auch der Rest des spanischen Kolonialbesitzes, abgesehen von geringen Trümmern (Kanaren, Span.-Marokko, Rio d'Oro), wurde dem

Abb. 61. Der Niedergang des türkischen Staates in Europa.

Digitized by Google

Staat 1898 von den Ver. Staaten entrissen oder 1899 freiwillig von ihm aufgegeben und verkauft.

4. Eine wenn auch nicht erhebliche, so doch als Symptom zu beachtende Schrumpfung zeigt sich soeben ansatzweise im territorialen Besitz der Ver. Staaten. Die bis in den pazifischen Westen, nach den Philippinen, vorgetriebenen Wachstumsspitzen beginnen deutlich zu verkümmern. Sie waren nur berechtigt und ließen sich nur dann halten, wenn keine andere national starke und ausdehnungsbedürftige Großmacht in Ostasien aufkam. 1898, als jene Wachstumsspitzen erworben wurden, war eine solche noch nicht in Sicht. Als dann aber nach dem russischen Krieg seit 1905 das raumhungrige Japan plötzlich asiatische Vormacht mit starkem nationalem Selbstbewußtsein wurde, erwies sich die amerikanische Erwerbung Guams und der Philippinen als schwerer politischer Fehler, der jetzt freilich ohne starke Einbuße an Prestige nicht wieder gut zu machen ist. Guam ist heute umrahmt von 586 japanisch gewordenen, kleinen, früher deutsch gewesenen Inseln, die zugleich der vereinsstaatlichen Flotte den nächsten Weg zu den ohnehin viel zu weit entfernten Philippinen abschneiden, so daß diese in der Luft hängen und militärisch niemals zu halten sind. Infolgedessen hat Präsident Roosevelt am 24. März 1934 das Dekret unterzeichnet, das den Philippinen — nach einer Übergangs- und „Anstands"-Frist — von 1944 an die Unabhängigkeit gewährt. Guam wird voraussichtlich eines Tages von den Amerikanern gleichfalls aufgegeben werden müssen, da es seinen Zweck als „Sprungbrett" nach den Philippinen eingebüßt hat: der Abblätterungsprozeß der USA. im pazifischen Westen hat eingesetzt. Wie weit er sich fortpflanzen wird, ist natürlich nicht zu prophezeien. Die amerikanischen Admirale befürworten ein Zurückweichen der USA. bis zur Linie Aleuten — Hawai-Inseln — Samoa, deren Eignung als Verteidigungsbasis im Februar 1938 durch „das größte Manöver in der Geschichte Amerikas" erprobt wurde.

5. Der nächste europäische Staat, dem ein Schrumpfungs-, wenn nicht gar ein Zerfallsprozeß zu drohen scheint, dürfte die Tschechoslowakei sein. Sie ist ein nicht organisch gewachsener, sondern ein stümperhaft am grünen Tisch zusammengeleimter Staat, „ein groteskes, raumgeographisch völlig unhaltbares Gebilde" (Maull), der nur geschaffen wurde, weil Frankreich ihn als Gegengewicht gegen Deutschland möglichst groß zu sehen wünschte. Er wäre lebensfähig gewesen — vielleicht! — wenn die Tschechen, die als Hauptvolk nur 46,9% der Gesamtbevölkerung bilden, den andern Nationalitäten volle Freiheit gewährt hätten, die sie ihnen ausdrücklich garantiert hatten. Da sie ihre Zusagen gebrochen haben, besteht die heutige Tschechoslowakei aus „lauter Irlanden" (Kjellén) (vgl. S. 178).

Digitized by Google

II. Die Einstellung der Staatsbürger zum Staatsbegriff.

Die Politik ist das Schicksal!
Ausspruch Napoleons I. zu Goethe
in Erfurt am 2. Oktober 1808.

a) Der Einfluß der Lebensweise der Völker auf ihre Staaten.

Von der jeweiligen wirtschaftlichen Einstellung einer Bevölkerung können die politischen Geschicke eines Staates entscheidend beeinflußt und geformt werden, wobei hier die Tatsache außer acht bleiben soll, daß natürlich die wirtschaftliche Betätigung ihrerseits wieder sehr erheblich von der Bodenbeschaffenheit, dem Klima, dem Charakter der Menschen, ihrer Rasse und Umwelt abhängt. Ackerbau macht eine Bevölkerung meist friedliebend, da ihr Wohlstand dann am besten gewahrt bleibt, wenn ihre landwirtschaftliche Tätigkeit so wenig wie möglich von kriegerischen Vorgängen, ja, überhaupt von politischen Ereignissen gestört wird. Ebenso friedfertig sind allenthalben die Fischervölker. Demgegenüber sind reine Hirten- und Jägervölker, die ein unstetes, schweifendes Leben gewöhnt sind, beutelustig, raubgierig, kriegerisch; wo sie in der Nähe blühender Ackerbauländer hausen, werden sie von diesen immer wieder magisch angezogen, um sich als Räuber oder Krieger in den Besitz fremder Werte zu setzen. Schließlich sind Völker, die in erster Linie den Handel (einschließlich des Zwischenhandels) pflegen, entweder, wenn der von ihnen bewohnte Staat schwach ist, politisch indifferent und weltbürgerlich-materialistisch eingestellt, dem Grundsatz ergeben: „Ubi bene, ibi patria", oder aber sie sind, sobald sie eine starke Staatsgewalt hinter sich wissen, ganz besonders aggressiv und imperialistisch eingestellt, auf stete Erweiterung ihrer Wirtschafts- und Machtgebiete und Unterdrückung fremder Konkurrenz, fremder Völker bedacht. Die letztgenannten Völker sind machtpolitisch überhaupt niemals zu sättigen; je gewaltiger die Macht ihrer Staaten wächst, um so höher stecken sie ihre ferneren Ziele: „Je mehr er hat, je mehr er will."

Selbstverständlich kann die Einteilung in Ackerbau-, Fischer-, Jäger-, Viehzucht- und Händlervölker für kulturell entwickeltere Völker nicht mehr in Betracht kommen. Für die Würdigung der geschichtlichen Vorgänge durch Jahrtausende hindurch aber ist es ungemein wichtig, sich den Charakterunterschied der genannten Bevölkerungen klarzumachen. Deshalb sei den Haupttypen eine genauere Betrachtung gewidmet.

Agrarvölker. In den Anfängen ihrer Geschichte waren sowohl Ägypten wie Babylonien Jahrtausende hindurch selbstgenügsam und hatten kein Bedürfnis zu politischer Machtentfaltung. Erst als sie mit fortschreitender Kultur und höherer Lebenshaltung lebhaften Handel pflegten, verschrieben sie sich dem politischen Imperialismus und wurden kriegerische Großmächte mit starkem Eroberungsdrang.

Digitized by Google

Ebenso war das älteste China im Umkreis des mittleren Hwanghogebiets durch lange Zeiträume friedlich und selbstgenügsam, ein Land, in dem jeder Bürger vom Staat ein bescheidenes Stück Ackerland zugewiesen erhielt. In dieser Periode des sogenannten Tsing-tien-(Feld-Brunnen-)Systems erlebte China sein friedliches „Goldenes Zeitalter" (bis etwa 500 v. Chr.), während dessen es — angeblich — keine Kriege und keine Räuber im Lande gab. Des weiteren sehen wir den friedlichen Charakter der auf üppigem Boden lebenden Ackerbauvölker besonders deutlich ausgeprägt in der Geschichte des indischen Volkes, das niemals Eroberungskriege gegen seine Nachbarn führte und, wie schon Plinius (nat. hist. VI, 21) feststellte, das einzige Volk war, das seine Grenzen nie erweitert hat, das freilich um so häufiger seine reichsten Gebiete an fremde, raubgierige Eroberer verlor.

Fischervölker. Der Beruf des Fischers ist von jeher sehr friedlich. Abgesehen von einigen Versuchen, in Korea Fuß zu fassen, hat Japan mit seiner ungewöhnlich stark auf Fischfang angewiesenen Bevölkerung in über zweitausendjähriger Geschichte bis tief ins 19. Jahrh. hinein auf alle großen auswärtigen Kriege verzichtet. Erst seit 1894 ist es, infolge seiner Einspannung in die Weltwirtschaft und seiner katastrophalen Übervölkerung, angriffslustig und imperialistisch geworden. Wenn wir an die Geschichte anderer typischer Fischerbevölkerungen denken, der Friesen, der Bretonen, der Färöer-Bewohner, der Isländer, Grönländer usw., so gewahren wir immer wieder, daß ihnen zu allen Zeiten Kriegslust fremd war, wenn sie auch gelegentlich für ihre eigene Freiheit und Unabhängigkeit fremden Eroberern sehr nachdrücklich die Tür zu weisen wußten.

Nomadenvölker. Das Wort vom „friedlichen Hirten" ist eine poetische Fiktion. Der einzelne Hirt, der seine Herde weidet, mag einen sehr friedlichen Eindruck machen und dem frommen Hirten Abel der Bibel gleichen. Ganze Volksstämme aber, die Viehzucht treiben und als Nomaden von Weideplatz zu Weideplatz ziehen, sind nach fremdem Besitz lüstern, raubgierig und kriegerisch. Von Nomadenvölkern der Steppen sind wieder und wieder die allergrößten politischen Erschütterungen der Weltgeschichte ausgegangen, die riesigen Völkerwanderungen und Völkerwogen, die zum Teil ganze Erdkreise in Mitleidenschaft zogen und zuweilen jahrhundertelang Unruhe verbreiteten, ehe sie zum Stehen kamen. Die arabischen Hyksos (um 1700—1600 v. Chr.), die skythischen Kimmerier des 6. Jahrh. v. Chr., die Hunnen, Mongolen und Türken, die Araber, die Ungarn des 10. Jahrh., die Fulbe als die großen Unruhestifter Innerafrikas, sie alle waren Nomadenvölker, die nach Beute in reichen Ländern, nach Raub und Eroberung trachteten und in regelmäßigen Stößen aus ihren heimischen Steppen und Wüsten heraus ungeheure Ländermassen überrannten und unterjochten. — Um den kriegerischen Charakter gleichfalls nomadisierender Jägervölker zu erweisen, genügt es, den Namen Indianer auszusprechen.

Händlervölker mit mangelndem Staatsgefühl. Der Typus eines nur auf Handel eingestellten, den Staatsbegriff nahezu verleugnenden Volkes waren die alten Phönizier. Lange eingekeilt zwischen die mächtigsten Großmächte der verschiedenen Zeitalter: Ägypten, das Hethiterreich in Nordsyrien, Babylonien, Assyrien, Persien usw., konnten die an der syrischen Küste liegenden phönizischen Städte nicht daran denken, ihre politische Unabhängigkeit im Kampfe mit den überstarken Nachbarn zu

Digitized by Google

behaupten. Sie verzichteten daher — von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen (Auflehnung 674 gegen Assyrien, 585—573 gegen Nebukadnezar, Tyrus' Widerstand 332 gegen Alexander) — grundsätzlich auf kriegerische Abwehr fremder Eroberer, unterwarfen sich ihnen freiwillig und machten sich ihnen zugleich als Träger des Handels mit willkommenen Wirtschaftsschätzen aus Übersee durchaus unentbehrlich. Solange man sie ungestört Handel treiben ließ, war es ihnen gleich, welchem Staat sie angehörten und Tribut zahlten. In buntem Wechsel gehorchten die phönizisch-syrischen Städte den Ägyptern, Hethitern, Assyrern, Babyloniern, Persern, Mazedoniern, Römern usw.[1])

Imperialistische Händlervölker. Wie solche Handelsvölker sich politisch gänzlich anders einstellen, sobald sie selber große politische Macht in die Hand bekommen, zeigt uns das Beispiel der berühmtesten phönizischen Tochterkolonie Karthago, die in ganz anderer Umgebung wiederholt ausgesprochen heroische Züge entfaltete. Jahrhundertelang von keiner politischen Großmacht bedroht oder gefährdet, baute sie ihren Staat rücksichtslos zu einem starken politischen Machtgebilde aus. — Die allein durch vorteilhaften Handel großgewordenen italienischen Handelsstädte Genua und Venedig wurden durch ihren Reichtum befähigt, sich auch politisch zu starken Machtgebilden, ja, zu Großmächten des ausgehenden Mittelalters aufzuschwingen. — Der Zweckverband der mittelalterlichen deutschen Seestädte, die Hanse, ist zwar niemals ein eigener Staat gewesen, wenn er auch im 14. Jahrh. nahe daran war, ein solcher zu werden. Aber da er über starke politische Machtmittel, eine eigene schlagkräftige Kriegsflotte usw. verfügte, so ergab auch er sich einem umfassenden Imperialismus und wurde nach dem Frieden von Stralsund (24. Mai 1370) die erste politische Großmacht des Nordens, die sogar darüber bestimmte, wer die Throne von Dänemark und Norwegen zu besteigen habe. — Unter den Handelsvölkern neuester Zeit verdienen die beiden angelsächsischen Völker an erster Stelle genannt zu werden, wenn es gilt, Beispiele für Staaten aufzuzählen, deren gesamte Politik und deren rücksichtsloser Imperialismus in erster Linie durch die Rücksicht aufs „business" bestimmt wird. England ist „ein Staat, der vom Geschäft lebt" (R. Cobden).

b) Die innere Konstruktion der Staaten.

Wie der mehr kriegerische oder friedliche, der auf Ackerbau, Handel oder Raub abzielende Charakter eines Staates durch die besondere Einstellung seiner Bürger bedingt wird, so wird auch der innere Ausbau eines Staates und die Staatsform durch die Sonderneigungen seiner Bewohner (dazu natürlich durch allerhand sonstige Geschehnisse) in den Grundzügen vorgezeichnet. Ob ein Staat zu starkem Wachstum neigt oder sich mit geringem Umfang begnügt, ob er ein straff zentralistisches Regiment bevorzugt oder seinen einzelnen Ländern und Provinzen weitgehende Selbstverwaltung zubilligt, ob er zur bundesstaatlichen Verfassung oder zum Einheitsstaat neigt, das wird zwar, wie oben dargelegt wurde, durch die Besonder-

1) Genauere Ausführungen über das Verhältnis der bekanntesten Völker des Altertums zum Staat und ihre Gegenstücke in der politischen Welt unserer Tage in R. Hennig, Geopolitik, S. 19.

Digitized by Google

heiten der umgebenden Natur weitgehend entschieden, aber es kommen doch von Fall zu Fall noch allerhand andere Einflüsse, „Imponderabilien", hinzu, die sich nicht leicht in feste Regeln gießen lassen. Es ist z. B. charakteristisch, daß dasselbe Land Italien, das zur Zeit der römischen Kaiser ein denkbar straff zentralistisch regierter Einheitsstaat war, in der Epoche der Renaissance und noch in der ganzen nachfolgenden Zeit bis 1860 bzw. 1870 zur Zersplitterung in zahlreiche Einzelstaaten neigte, seit der Einnahme Roms durch die Italiener (20. September 1870) aber neuerdings zum Einheitsstaat zurückkehrte. Ähnlich hat sich auf der gebirgigen Pyrenäenhalbinsel aus einem im Mittelalter staatlich vielfach zersplitterten Raum schließlich ein Doppelstaat Spanien-Portugal herauskristallisiert, der zeitweilig (1580 bis 1640) gleichfalls staatlich verschmolzen war, dessen dauernde Einheit jedoch, ähnlich wie auf der skandinavischen Halbinsel, durch die Sprachverschiedenheit der Bewohner verhindert worden ist. Aus diesen Tatsachen geht hervor, daß zwar der Charakter der Natur die Formung der „Innenarchitektur" eines Staatenbaus gewissermaßen anregt, daß es aber schließlich vom menschlichen Willen abhängt, ob und inwieweit auf die empfehlenden Anregungen der Natur von Fall zu Fall geachtet wird: der Volkskörper, der vor allem durch die Sprache erkennbar wird, ist und bleibt eben der biologische Träger des Staates und steht neben dem Raum als gleichberechtigter Faktor da!

Wenn wir oben hörten, daß ausgedehnte Gebirgslandschaften zur staatlichen Aufsplitterung, zur Kleinstaaterei neigen, so trifft dies zwar in den meisten Fällen zu, aber nicht in allen. Es gibt auch großräumige Gebirgsstaaten, wie Bolivien, Peru, Iran, Tibet u. a. Trotzdem bleibt jene geopolitische Grundtatsache wahr, und das Gesetz der Vorliebe für kleine und kleinste Staaten (Duodezstaaten) wirkt sich in Gebirgsländern am häufigsten aus.

Dies ist aber auch vollauf einleuchtend. In ausgedehnten Gebirgsländern mit schwierigen Verhältnissen ist jeder in sich abgeschlossene Talkomplex gezwungen, unter weitgehender Abkapselung gegen die Nachbargebiete jenseits der Berge ein wirtschaftliches Eigenleben zu führen. Es besteht gar kein Bedürfnis zum Zusammenschluß, solange nicht eine hochbedeutende Verkehrs-Durchgangsstraße oder eine schwere politische Notzeit dazu zwingt, Anlehnung an die Nachbarn zu suchen. Genau ebenso schließen sich die Bewohner verschiedener Flußsysteme, wie oben gezeigt (S. 51 ff.), gern gegeneinander ab, wenn nicht besondere Kräfte eines politischen Zentralraums oder der Wille eines mächtigen Herrschers oder bedeutende Handels- und Verkehrsinteressen die Vereinigung zur Großräumigkeit erzwingen. In der weiten Ebene hingegen liegt es von vornherein im ureigensten Interesse ihrer Bewohner, den Rahmen eines Zusammenschlusses mit den Nachbargegenden zu staatlicher Gemeinschaft soweit wie möglich zu spannen, um dadurch erhöhte Abwehrkraft und militärische Sicherheit, oft auch bequeme Absatzgebiete für gewerbliche Produktion usw. zu erhalten. Allerdings pflegten in Ländern mit stark entwickelter Fürstengewalt oftmals dynastische Bestrebungen und „Erbschaftsteilungen" ganzer Länder und Ländchen dem Streben nach staatlichem Zusammenschluß zuwiderzuarbeiten und die weitere staatliche Zersplitterung zu begünstigen, falls nicht kluge Gesetze und Sitten (wie bei großen privaten Bauernhöfen, Rittergütern, Fideikommissen — „Erbhof"-Gesetzgebung!) dafür sorgten, daß der einmal zurechtgezimmerte große Staat in der Hand eines Herrn und damit in seiner Großräumigkeit erhalten blieb. Das weise Gesetz

Digitized by Google

der Primogenitur bestand im alten Brandenburg-Preußen (Achilleisches Hausgesetz 1473), in den sächsisch-thüringischen Staaten dagegen die Erbteilung. Die Folgen sind bekannt: Preußen konnte ein großer und mächtiger Einheitsstaat werden, während in Sachsen-Thüringen lange Zeit die Kleinstaaterei ihre höchsten Triumphe feierte.

Für die Politik und die Förderung des Staatsgedankens ist eine Zersplitterung in viele Miniaturstaaten, wie sie gerade die deutsche Geschichte so zahlreich aufweist, zweifellos schädlich, oft sogar verderblich gewesen. Treffend sagt hierzu Johannes Haller[1]):

„Ein kleiner Staat ist etwas Unnatürliches, Widersinniges, weil er seine eigentliche Bestimmung nicht erfüllen kann ... Fehlt ihm die Macht, so kann er seinen eigentlichen Daseinszweck nicht erreichen ... Unter allen Umständen wird er die Neigung haben, sich seine Ziele möglichst niedrig zu stecken, sich mit dem unbedingt Notwendigen und wohl auch mit weniger zu begnügen. Ein kleiner Staat kann nur kleine Ziele haben und kleine Mittel brauchen ... Wo der Staat keine höheren Ziele erstreben kann, wie sollen da die einzelnen Bürger sich an größere Aufgaben wagen? ... Das freie, offene und sichere Auftreten, das manche Nationen in allen ihren Angehörigen zeigen, ist nur möglich auf dem tragenden Boden eines großen, festgefügten und starken Staates. Sogar die Erinnerung an frühere Macht und Größe kann diese Eigenschaften erzeugen, wie das Beispiel der Holländer und Spanier lehrt."

Gerechterweise wird man aber anerkennen müssen, daß die Entstehung zahlreicher, kleiner deutscher Residenzen, die stets auch Mittelpunkte eines eigenen Geisteslebens waren, für die Entwicklung der deutschen Kultur und ihre wundervolle Vielgestaltigkeit sehr förderlich gewesen ist. Kleinstaaterei bedeutet politische Schwäche; die Beherrscher kleiner Staaten aber, denen großes politisches Wirken versagt ist, streben dafür oft Förderung von Kunst und Wissenschaft an (Alt-Hellas, Italien im Renaissancezeitalter, Deutschland um 1800). Hätte es in der zweiten Hälfte des 18. Jahrh. nur große deutsche Staaten gegeben, so würden wir es zu dem Wunder des Zeitalters von Weimar nie gebracht haben. Das Preußen Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms II. oder das Sachsen des Kurfürsten Friedrich August II. (1763—1827) würden, wenn sie die einzigen Staaten in Mitteldeutschland gewesen wären, einem Goethe, Schiller und Herder niemals eine Stätte der Wirksamkeit verschafft haben, aber der thüringische Zwergstaat Weimar-Eisenach, der viel zu klein war, um politisch eine Rolle spielen zu können (nur 100000 Einwohner, ein Heer von 300 Mann!), hat nun dem deutschen Geistesleben und der Welt den unvergleichlichen Weimarer „Musenhof" geschenkt, den die deutsche Geschichte ohne das Vorhandensein der „Duodezstaaten" sicher nicht erlebt hätte. Ähnlich hat dann im 19. Jahrh. die Theaterbegeisterung kleinerer deutscher Bundesfürsten uns Deutschen den großen Fortschritt der „Meininger" Schauspielkunst und ein Bayreuther Festspielhaus beschert. Man möge dergleichen nicht vergessen, ehe man über jede Kleinstaaterei grundsätzlich ein Verdammungsurteil ausspricht!

Selbstverständlich ist die Aufsplitterung eines großen Volkes in viele Kleinstaaten machtlüsternen, großen Nachbarstaaten stets erwünscht. Der Grundsatz „Divide et impera" beherrschte im Altertum die Politik Persiens und Mazedoniens gegenüber den griechischen Kleinstaaten genau ebenso wie in den letzten Jahrhunderten und noch heute die französische Politik gegenüber Deutschland oder die englische in Indien, Palästina, Arabien. Der von den Persern diktierte Friede des Antalkidas, der den

1) Joh. Haller, Die Epochen der deutschen Geschichte, Stuttgart-Berlin 1935, S. 114.

Digitized by Google

Korinthischen Krieg beendete, war im Jahre 387 v. Chr. auf genau denselben politischen Grundsätzen aufgebaut, wie der Westfälische Frieden von 1648: weitgehende staatliche Spaltung des Nachbarvolks zwecks ungestörter Erweiterung der eigenen Staatsmacht. Nichts war der französischen Politik willkommener, als daß das heißbegehrte Rheinland noch in den Jahren gegen 1800 aus — 238 eigenen, „reichsunmittelbaren" Zwergstaaten und Reichsstädten bestand.

An Frankreichs Haltung im Dreißigjährigen Kriege, an Mazarins „Rheinischer Allianz" von 1659 und an Napoleons I. Rheinbundpolitik kann man besonders deutlich erkennen, wie sehr Frankreich immer darauf bedacht war, die deutsche Vielstaatlichkeit zu verewigen. Napoleons Umwandlung der Kurfürstentümer Bayern, Württemberg und Sachsen in neue Königreiche, die Schaffung des „Königreichs Westfalen" und manche ähnlichen Maßnahmen wurden im letzten Grunde von der Hoffnung getragen, daß Königreiche sich schwerer als Kurfürstentümer und Herzogtümer bereit finden würden, sich zu einem neuen Deutschen Reich zusammenzufinden. Ein in viele selbständige Kleinstaaten aufgelöster Raum erschöpft seine politische Kraft gern im Leerlauf innerer Konflikte der Bundesstaaten um die Hegemonie, in unzähligen, kleinen Eifersüchteleien, zuweilen selbst in Bruderkriegen — zur Freude seiner feindlichen Nachbarmächte. Und nicht oft in der Geschichte folgt auf einen schweren inneren Zwist so rasch eine staatliche Einigung, wie es unter dem Bann Bismarckscher Staatskunst in den wenigen Jahren zwischen 1866 und 1871 der Fall war. 1923 hat Frankreich mit seiner Begünstigung der rheinischen Separatisten gezeigt, daß die Politik Richelieus, Mazarins und Napoleons ihm immer noch geläufig ist. Hatte doch Briand in einem Briefe vom 12. Januar 1917 an den französischen Botschafter in London, Cambon, ausdrücklich empfohlen, das ganze deutsche linksrheinische Land als „Deckung vor unserem Gebiet" in eine Reihe von kleinen „neutralen" Staaten (nach dem Muster des „Saarstaates") aufzulösen!

Neigung zur Aufspaltung in viele kleine Staaten bedeutet für ein Gesamtvolk oftmals Blüte von Kunst und Wissenschaft, aber auch stets hohe politische Schwäche und deshalb erhebliche Gefahr für den staatlichen Fortbestand.

Beispiele.

1. Unsere deutsche Geschichte ist reich an Beispielen für diese Behauptung. Wie im alten Germanien die einzelnen Stämme, so befehdeten sich im Mittelalter die einzelnen Herzogtümer, in der Neuzeit die einzelnen deutschen Staaten. Heinrichs IV. Kampf mit den Sachsen und mit Rudolf von Schwaben (1075 bis 1080), Kaiser Rudolfs I. Krieg mit dem Böhmenkönig Ottokar (1278), die Göllheimer Schlacht zwischen Albrecht von Habsburg und Adolf von Nassau (1298), die Mühldorfer Schlacht zwischen Friedrich von Habsburg und Ludwig dem Bayern (28. September 1322), der Schmalkaldische, der Dreißigjährige[1]) und der Siebenjährige Krieg, der Bruderkrieg von 1866 — das sind nur einige Hauptbeispiele aus

1) Selbst in den schlimmsten Zeiten deutscher Zerrissenheit, im 30jährigen Kriege, schlummerte der Reichsgedanke nicht völlig. Ergreifend ist es zu hören, wie der tapfere Reiterobrist Michael Obentraut, der „deutsche Michel", als er im Kampf gegen Tilly bei Seele an der Leine tödlich verwundet worden war (25. Oktober 1625), dem an sein Sterbelager tretenden Feinde mahnend zurief: „Die innere Feindschaft richtet uns zugrunde! Das Reich, Tilly, das Reich!"

Digitized by Google

der Geschichte deutscher Bruderkämpfe, die oft genug das gesamtdeutsche Reich zugunsten ausländischer Feinde geschädigt haben. Nur selten ist es ganz großen Personen gelungen, mit starker Hand den inneren Hader zu bändigen und die Gesamtkraft der deutschen Stämme in den Dienst einer gemeinsamen großen staatlichen, religiösen oder weltanschaulichen Idee zu stellen (Karl der Große, Heinrich I., Otto der Große, Heinrich III., Bismarck, Hitler). Meist überwucherte der Partikularismus, wie im alten Hellas, im mittelalterlichen und neuzeitlichen Italien. Die Stammesherzogtümer und die Macht der freien Reichsstädte erstarkten, während die Kaiser ihre und des Reiches Kräfte in ausländischen Zielsetzungen und vergeblichen Römerzügen erschöpften, ja, schließlich selber völlig verausländerten, wie der geniale, aber für Deutschland dennoch verhängnisvolle, glänzende Hohenstaufenkaiser Friedrich II. (1215—1250). — Erst seit 1871 und 1933 sind die Segnungen des geeinten Reiches von allen Volksteilen so deutlich erkannt worden, daß Deutschland vor den Gefahren einer neuen staatlichen Aufsplitterung gesichert scheint, wie sich in den gefährlichen Jahren 1918—1923 bereits hinreichend deutlich gezeigt hat. Die wundervolle Abstimmung vom 10. April 1938, in der sich 99½% von fast 50 Millionen stimmberechtigter Deutscher zum großdeutschen Gedanken bekannten, hat diese Gewißheit verbrieft und versiegelt.

Abb. 62. Italiens Vielstaatlichkeit um 1850.

2. Die Behauptung, daß staatliche Zersplitterung zuweilen eine Höchstentwicklung von Kunst und Wissenschaft mit sich bringt, wird uns durch das Italien der Renaissancezeit ähnlich lehrreich bestätigt, wie durch die hellenische Kleinstaaterei des Perikleischen Zeitalters und durch die deutsche Kleinstaaterei im Beginn des 19. Jahrh. Dasselbe Land Italien, das im Altertum das durchaus amusische, in Kunst und Wissenschaft lediglich von der hellenischen Nachahmung zehrende, aber politisch-geniale römische Volk hervorgebracht hatte, sah im ausgehenden Mittelalter und in der beginnenden Neuzeit die wunderbare geistige Blüte der Renaissance — jedoch verbunden mit politischer Ohnmacht kleinräumiger Staaten, deren Fürsten den Mäzen spielten, da sie kaum hoffen durften, politische Lorbeeren zu pflücken. Noch um die Mitte des 19. Jahrh. war diese staatliche Aufspaltung in Italien ähnlich spürbar wie im damaligen Deutschland (Abb. 62). — Italien schweißte erst 1861 und 1870 sieben italienische Staaten unter Savoyens Führung zum Einheitsstaat zusammen, von dem nur die Zwerggebilde San Marino (61 qkm, 13000 Einwohner) und der Kirchenstaat (½ qkm, 1000 Einwohner) ausgeschlossen sind.

3. Im Mittelalter und im größeren Teil der Neuzeit neigte auch die Pyrenäenhalbinsel zur Klein- und Vielstaatlichkeit. Spanien legte sie 1479 bzw. 1492 ab

Digitized by Google

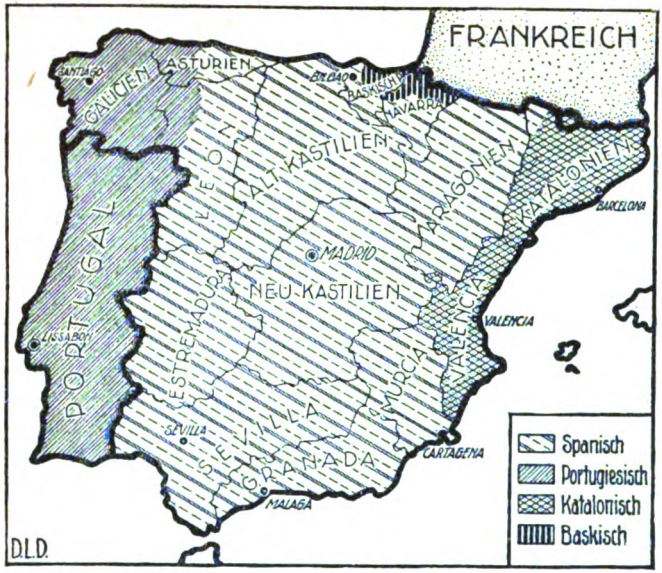


Abb. 63. Die Diersprachigkeit der Pyrenäenhalbinsel.

(nach dem Fall des maurischen Granada); doch spielt im gegenwärtigen spanischen Bürgerkrieg der Gegensatz der Sprachen und Stämme auf der Iberischen Halbinsel (Abb. 63) wieder eine starke Rolle, da gerade die von den katalanischen und baskischen Minderheiten bewohnten Provinzen die Seele des Widerstandes gegen die nationalen Truppen waren. Auf der Balkanhalbinsel hat nur Griechenland die staatliche Einigung in der großen Notzeit des Freiheitskampfes gegen die Türkenherrschaft 1821—29 errungen; der Norden aber wurde nach seiner Loslösung von der Türkei das klassische Beispiel der in fast unablässigen Bruderzwist verwickelten Kleinstaaten („Balkanisierung").

4. In Frankreich kommt die Zusammenstraffung zum geeinten Staat schon unter Ludwig XI. (1461—1483) zustande, dann nach den großen Religionskriegen des 16. Jahrh. nochmals im 17. Jahrh.; in Großbritannien, das noch im 15. Jahrh. durch seinen „Dreißigjährigen Krieg" zwischen der Weißen und Roten Rose aufs schwerste innerlich geschwächt worden war, im Zeitalter der großen Königin Elisabeth (1558—1603)[1]); in Rußland seit Iwan III. (1462—1505). In diesen Staaten waren die staatlichen Zersplitterungstendenzen in der Folgezeit, von kurzen Perioden innerer Umwälzungen abgesehen (Zeit Cromwells, Vendée-Aufstand), unterbunden; sie konnten daher bedeutend früher Großmächte werden als Deutschland oder Italien. — Auch Japan, das einst aus 278 Gaustaaten bestand, ist seit langem ein straff zentralistisch regierter Staat, mit dem politischen Schwerpunkt auf der bestgelegenen mittelsten Insel.

5. Ungemein deutlich zeigt uns die Geschichte Chinas ein häufiges Hin- und Herpendeln zwischen einem machtvollen, geeinten Großstaat und einem Zerfall in mehrere, einander zuweilen durch Jahrhunderte bekriegende Kleinstaaten, mit dem stets ein Zeitalter hoher staatlicher Schwäche verbunden war. Auf den Höhepunkten politischer Machtentfaltung, in denen das chinesische Reich sich zeitweilig bis ans Kaspische Meer ausdehnte, wurde stets durch kraftvolle, z. T. auswärtige (mongolische) Herrschergestalten die Einigung des Gesamtreiches erzwungen; diese Höhepunkte fielen in die Zeit um 100 v. Chr., 100 n. Chr., ins 7. und 13. Jahrh. — Seit 1911

1) England und Schottland sind seit 1603 durch Personalunion verbunden, seit 1707 Einheitsstaat.

Digitized by Google

machte China abermals einen Zerfallsprozeß durch, dem Marschall Tschangkaischek Einhalt zu tun nicht ohne Erfolg bemüht war, bis die japanische Invasion seit 1937 ihm sein Werk wieder zu zerschlagen droht.

6. In unserer unmittelbaren Gegenwart vollzieht sich möglichenfalls ein Zusammenwachsen zu einem straff zentralistisch regierten, machtvollen Einheitsstaat auf dem unruhigen Boden Arabiens. Dieses Land mit seiner uralten, 3000jährigen Geschichte ist ein besonders lehrreiches Beispiel für die politisch schwächende Wirkung innerer Zwistigkeiten. Fast immer standen die vielen kleinen arabischen Häuptlinge und Beduinenscheichs in zahllosen Fehden miteinander und verhinderten dadurch, daß Arabien eine politische Rolle gegenüber der Außenwelt spielte. Ein einziges Mal in 3000 Jahren gelang es einer großen Führernatur, Mohammed († 632), nicht nur eine neue Religion von fanatisierender Kraft des Zusammenschweißens zu schaffen, sondern auch ganz Arabien politisch zu einen, so daß seine Nachfolger imstande waren, ein arabisches Weltreich zu schaffen, dessen Einfluß von der Gibraltarstraße bis zum Indus und Syr Darja reichte. Dann aber verfiel Arabien neuerdings für rund ein Jahrtausend in die politische Lethargie seiner Stammesgegensätze und in kleinstaatliche Schwäche. Gegenwärtig scheint ihm in Ibn Sa'ud, dem arabischen Hitler, ein neuer genialer politischer und nationaler Führer zum großarabischen Einheitsreich, nach Art Mohammeds, erstanden zu sein. Ibn Sa'ud, ursprünglich (seit 1898 bzw. 1904) ein kleiner Stammesfürst der fanatischen Wahabiten im Nedschd, machte im Weltkrieg mit englischer Hilfe Arabien von der türkischen Fremdherrschaft unabhängig. Als nach dem Kriege England sein ausdrückliches Versprechen, sich für einen großarabischen Einheitsstaat einzusetzen, brach und statt dessen das Land in viele Einzelstaaten und „Mandatsgebiete" zersplitterte, sagte sich Ibn Sa'ud von England los und wurde zum nationalen Erneuerer seines Landes. 1921 bemächtigte er sich mit seinen Wahabiten des Nedschd, 1923—1924 Asirs, 1924—1926 des Hedschas samt den heiligen Stätten Mekka und Medina, 1934 des nördlichen Yemen. Gegenwärtig (1937/8) sucht er durch Anknüpfung von Freundschaftsbeziehungen zu den Herrschern des Irak und Transjordaniens, die er vor einigen Jahren noch befehdete, der panarabischen Einheitsidee — mit scharf antibritischer Spitze — weiteren Vorschub zu leisten.

7. Indien besteht heute noch nominell aus 562 Eingeborenenstaaten. Der lachende Nutznießer dieser staatlichen Zerklüftung ist der britische Eroberer. Der neue, im Januar 1935 veröffentlichte englische Verfassungsentwurf für Indien sieht daher auch einen Staatenbund von 11 Ländern und Provinzen sowie eine Abtrennung Birmas von Indien vor. Die indischen Nationalisten lehnen infolgedessen diese Verfassung von Englands Gnaden entschlossen ab. Sie fordern, daß Indien ein echtes Dominium werde, wie es England im Weltkrieg ausdrücklich versprochen hat.[1])

8. Ein gutes Mittel, zwischen der Neigung zur Stammeseigenart und der Notwendigkeit zur großstaatlichen Zusammenfassung zu vermitteln, ist der freiwillige Zusammenschluß zu größerer staatlicher Einheit auf dem Wege der bundesstaatlichen Vereinigung, wie wir sie im Deutschen Reich von 1871, in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten und Kanada, in Mexiko, Brasilien, der südafrikanischen Union, im australischen Commonwealth und in gar manchen anderen Beispielen der modernsten Geschichte, vor allem auch im gesamtbritischen Imperium, vor uns haben.

1) Walter Schneefuß, Gefahrenzonen des Britischen Weltreiches, Leipzig 1937, S. 88.

Digitized by Google

c) Nation und Volk.

1. Die Begriffe Nation und Volk.

Die Begriffe Nation und Volk werden am besten durch den Unterschied zwischen der Hingabe an den Staat und der Hingabe an die Muttersprache verständlich gemacht. Sie werden freilich in wechselndem Sinne gebraucht. Da man aber zumeist unter Nationalgefühl Vaterlandsliebe und unter Volkstum eine Kultur- und Sprachgemeinschaft zu verstehen pflegt, so dürfte folgende Definition, in Anlehnung an eine Begriffsbestimmung von Maull[1]), zutreffen:

Ein Volk ist eine Bluts-, Sprach- und Kulturgemeinschaft, die unabhängig ist von zufälligen staatlichen Grenzen, unter Umständen sogar ohne jeden staatlichen Rückhalt bestehen kann. Die Nation dagegen ist ohne Staat undenkbar. Zu ihrem Wesen gehört die Staatsbejahung, die opferbereite Mitarbeit aller wertvollen Teile seiner Bewohner oder doch ihres größten Teiles an eben diesem Staat. Am meisten erwünscht ist es, wenn ein Volk zugleich eine Nation und eine Blutsgemeinschaft bildet; doch decken sich diese Begriffe nur selten vollkommen miteinander.

Beispiele.

1. Das deutsche Volk ist zur Zeit als geschlossene Einheit verteilt über nicht weniger als 17 europäische Staaten: Deutsches Reich, Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Ungarn, Rumänien, Polen, Danzig, Litauen, Lettland, Estland, Dänemark, Belgien und Frankreich. (Ebenso ist das magyarische Volk seit 1919 zwangsweise auf vier Staaten verteilt.) Die deutsche Nation dagegen besteht aus allen im Deutschen Reiche naturalisierten Staatsbürgern, die den deutschen Staat als solchen bejahen, ihn zu erhalten und zu schützen entschlossen sind. Hierzu gehören nicht nur die Staatsbürger deutscher Muttersprache, sondern auch fremdsprachliche Elemente, die im deutschen Staat so heimisch geworden sind, daß sie Hingabe an ihn bekunden, wie die Wenden im Spreewald, die Wasserpolacken, die Masuren und Litauer Ostpreußens, die französischen Refugiés usw.[2]) (Ähnlich fühlen sich 90% der kärntnerischen Slowenen durchaus als Kärntner und lehnen den staatlichen Zusammenschluß mit Jugoslawien ab.) Deutsches Volk und deutsche Nation decken sich also nur zum großen Teil, aber keineswegs vollständig.

2. Wo innerhalb eines Staates starke völkische Minderheiten sich fortgesetzt gegen Vergewaltigungen durch ein Hauptvolk wehren müssen, kann kein Staatsgefühl aufkommen, keine geeinte Nation entstehen. Wohl gibt es eine schweizerische Nation, obwohl im Schweizer Staat drei Sprachgebiete gleichberechtigt zusammengeschlossen sind.[3]) Ebenso gibt es eine kanadische Nation, trotz ausgeprägter Zweisprachigkeit, und eine sehr stolze und selbstbewußte Yankeenation, obwohl die Staatsbürger der Vereinigten Staaten einen wahren Mischkessel von Menschen verschiedener Muttersprachen

1) Otto Maull, Politische Geographie, Berlin 1925, S. 380/81.

2) Emil Meynen, Deutschland und Deutsches Reich. Sprachgebrauch und Begriffswesenheit des Wortes Deutschland. Leipzig 1935. — Leo Körholz, Deutschland — Deutsches Reich — deutsches Volk — deutsche Nation. Geograph. Anzeiger 1936.

3) Im Sommer 1937 ist sogar eine vierte Sprache, die rhätoromanische, als vierte Amtssprache ausdrücklich anerkannt worden.

Digitized by Google

darstellen. Dagegen fällt es schwer, in Staaten, deren verschiedensprachige Volksteile in fortgesetztem Ringen miteinander stehen, von einer „Nation" zu sprechen. Ebensowenig wie man im Vorkriegs-Österreich zuletzt von einer österreichischen Nation sprechen konnte, sondern nur von einem deutschen Hauptvolk mit einer Fülle von anderen Volksgruppen, so wenig gibt es heute eine geschlossene belgische, tschechoslowakische, jugoslawische, polnische, litauische usw. Nation, sondern nur ein wallonisches und ein flämisches, ein deutsches, tschechisches und slowakisches, ein serbisches und ein kroatisches, ein deutsches, polnisches, ukrainisches, jüdisches, litauisches Volk, die vielleicht einmal zu Nationen verschmelzen werden, auf weit absehbare Zeit dazu aber nicht bereit sind und mit den heute vielfach beliebten Vergewaltigungsmethoden (Tschechoslowakei! Polen!) bestimmt niemals zu guten Staatsbürgern gemacht werden.

Zur Nation gehört freudige Hingabe an den Staat. Nation ist Schicksalsgemeinschaft, Blutsbrüderschaft.

Diese freudige Hingabe an den Staat kann ganz selbstverständlich in einem mehrsprachigen Staat nur dort erwartet werden, wo es keine unterdrückten fremden Volksgruppen gibt, sondern allein gleichberechtigte, mit Kulturautonomie ausgestattete Staatsbürger verschiedener Muttersprache. Die Angelsachsen sind eines der wenigen Völker der Geschichte, die, auch hierin den Römern ähnelnd, niemals Sprachenzwang in unterworfenen Ländern ausgeübt haben. Gerade dadurch ist im Altertum das Latein und in unserer Zeit das Englische zur herrschenden Weltsprache geworden. Heute ist Englisch die Muttersprache für 125 Mill., die Amtssprache für 550 Mill. Menschen![1])

2. Schlummern und Erwachen des Nationalgefühls.

In früherer Zeit waren die Bürger eines Staates in erster Linie Untertanen des Herrschers, des Königs, Sultans, Häuptlings usw. Dieser verkörperte den Staatsgedanken; Wohl und Wehe der staatlichen Gesamtheit war in seine Hand gelegt. Die ältesten Staaten waren daher stets absolute Monarchien mit durchaus unbeschränkter Gewalt der jeweiligen Oberhäupter. Das konnte auch gar nicht anders sein, solange die Masse der Bewohner eines Staates gar nicht fähig war, zu beurteilen, was der Gesamtheit frommte, ja, nicht einmal fähig, den Begriff des Staates auch nur zu verstehen. Da mußte die Arbeit jedes einzelnen zum Wohle der Gesamtheit eben durch einen übermächtigen Willen erzwungen werden, oder das Wohl der Gesamtheit, die im Staat vereinigt war, ging zugrunde.

Je mehr die Bewohner eines Staates zum Verständnis des Staatsgedankens sich aufschwangen, um so mehr konnte ihnen auch Mitbestimmungsrecht in der einen oder anderen Form eingeräumt werden. Staatsgesinnung, Staatsbejahung ist eine unerläßliche Vorbedingung für die Zubilligung staatsbürgerlicher Rechte. Wo wir der republikanischen Staatsform in der Frühgeschichte begegnen (Rom, Athen usw.), haben wir es stets mit einem schon hochentwickelten Willen zum Staat zu tun, ohne den weitgehende Bürgerrechte bei der Bestimmung der staatlichen Geschicke schlechterdings verhängnisvoll wirken. Im „demokratischen Zeitalter" der europäischen Völker sahen wir und sehen wir noch, wie verheerend es sich jedesmal auswirkt, wenn

1) Kjellén-Haushofer, Die Großmächte, 24. Aufl., Leipzig 1933, S. 70.

Digitized by Google

Mitbestimmungsrecht und staatsbürgerliche Rechte auch Individuen zugesprochen werden, die den Staat als solchen ablehnen und verneinen. Der Staat selbst wird dadurch — wir erleben es zur Zeit in Spanien und Frankreich und erlebten es vor 10 bis 20 Jahren in Deutschland und Italien — in schwere, unter Umständen lebensgefährliche Krisen gestürzt.

Wo der Staatsgedanke aus dem einen oder anderen Grunde noch unentwickelt ist, da fehlt auch das Bewußtsein, ein Vaterland zu besitzen und einer Volkseinheit anzugehören, da kommt eine Landsknechtsgesinnung zum Durchbruch, die heute diesem und morgen jenem Herrn, heute diesem und morgen jenem Staat dient, wie es gerade der Nutzen des Augenblicks verlangt. — Alle aus ihrem Mutterlande auswandernden Völker oder Volkssplitter, die ihr Heimatboden nicht ernähren konnte, zogen entweder als staatenlose Räuber, Piraten und Krieger umher und suchten mit des Schwertes Spitze irgendwo eine ganz neue staatliche Gemeinschaft zu gründen, in der sie selbst die herrschende Schicht bildeten, oder sie verdingten sich als Krieger ausländischen Herrschern (die 13000 Griechen bei Kunaxa, die normannische Warägergarde in Byzanz, die Schweizergarden der Päpste und der französischen, spanischen, sardinischen usw. Herrscher).[1]) Ebenso war in den Zeiten stärkster staatlicher Zersplitterung in Deutschland, als fast jeder kleine Ritter, jede größere Stadt einen eigenen „Staat" gegenüber einer stark geschwächten staatlichen Zentralgewalt im „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation" bildete, das deutsche Staatsgefühl derart verkümmert, daß die waffentüchtigen Männer Berufskrieger wurden und sich als „Landsknechte" jedermann vermieteten, der sie gerade gebrauchte und gut bezahlen konnte — gleichviel ob ihr jeweiliger Herr ein Deutscher oder ein Ausländer war. Das Gefühl der Verbundenheit mit irgendeinem Staat konnte dabei natürlich nicht aufkommen, geschweige denn ein Vaterlands-, ein Nationalgefühl. Ubi bene, ibi patria — dieses Wort kennzeichnet so recht die Stellung der staatenlosen Landsknechtsnatur zum Gedanken des Staates. Das 16. und 17. Jahrh. bilden in der deutschen Geschichte den Höhepunkt dieser höchst unerfreulichen und wenig rühmlichen Entwicklung. Der furchtbare Dreißigjährige Krieg, in dem ganz Deutschland überhaupt nur noch religiöse Gegensätze kannte, stellte das unglückselige Ergebnis der voraufgegangenen staatlichen Atomisierung und der damit verbundenen Vernichtung jedes sprachlichen, völkischen, staatlichen Gemeinschaftsgefühls dar.

Gewiß zeigen sich gleiche Erscheinungen auch in anderen Staaten, aber doch niemals sonst in so überragender Bedeutung wie in Deutschland. Eine weitgehende Ähnlichkeit bietet uns vor allem die altgriechische Geschichte, die überhaupt der deutschen oftmals parallel gelaufen ist. Auch sie kennt das verblendete Paktieren einzelner Landschaften mit dem äußeren Feinde: dem Perser, dem Mazedonier, dem Römer, dem Syrer, zwecks Befehdung der Stammesbrüder nur allzu häufig, sie kennt sogar eine geniale, aber charakterlose Landsknechtsnatur wie Alkibiades, der bald mit den

1) Daß auch gegenwärtig solche trübseligen Einrichtungen noch bestehen, dafür ist das berüchtigtste Beispiel die französische Fremdenlegion, die zumeist aus Deutschen besteht und die kaum bestehen könnte, wenn nicht gerade aus Deutschland ihr immer wieder Kanonenfutter zustrebte, das rücksichtslos geopfert wird. Zur Zeit sind 40000 unter ihren 54000 Soldaten deutscher Herkunft! In den 100 Jahren 1830—1930 sind in ihr 220000 Deutsche zugrunde gegangen!

Digitized by Google

Athenern die Spartaner, bald mit den Spartanern die Athener, bald mit den Persern alle beide bekämpfte.

Ebenso gibt es in der französischen Geschichte den aus Schillers „Jungfrau" bekannten Herzog Philipp den Guten von Burgund (1419—1467), der aus persönlicher Feindschaft gegen den französischen König sich mit dem englischen Erbfeind verbündete. Und die englische Geschichte weist den „Königsmacher" Warwick auf, der in den schweren Rosenkriegen (1452—1485) zeitweise Parteigänger der Weißen und zeitweise der Roten Rose war und schließlich mit französischer Hilfe ein Heer gegen England führte, bis er bei Barnet (1471) Sieg und Leben verlor. — In jenen Jahrhunderten mangelnden oder erst beginnenden Nationalgefühls zeigt die Geschichte verschiedener Völker derartige Vorkommnisse. Deutschland freilich litt am schwersten und am längsten unter der Ertötung des Nationalgefühls. Hat es doch nach der Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges noch über 200 Jahre gedauert, ehe das deutsche Volk völlig reif wurde für den Gedanken des neuen Deutschen Reiches und 300 Jahre, bis es 1938 die Kraft fand, den Weg zur wirklichen Volkseinheit zu finden, wenngleich auch jetzt erst 85,5% der in Europa lebenden Deutschen staatlich zusammengeschlossen sind.

Wie entsteht nun in der Neuzeit der moderne, von den Massen der Staatsbürger selbst getragene Wille zur Staatseinheit und Volksgemeinschaft?

Wieder erweist sich harte Not als erfolgreichster Lehrmeister bei der Formung des Willens zum „Nationalstaat".

Beispiele.

1. Das klassische Beispiel der Entstehung übermächtiger Liebe zum Vaterland und Volkstum hat Schiller in seinen Dramen „Jungfrau von Orleans" und „Wilhelm Tell" gegeben. Nie wäre in dem zarten Hirtenmädchen von Domrémy oder in dem einzelgängerischen Träumer Tell der Wille zu politischem Handeln, zur Befreiung des Landes von fremden Eroberern und Tyrannen erwacht, wenn nicht die ungeheure Not der Volksgenossen ihren Willen zur Rettung gestählt hätte.

2. Das sehr starke niederländische Nationalgefühl erwuchs aus der furchtbaren Not des spanischen Druckes und seiner erfolgreichen Abwehr im 16. Jahrh.

3. Das preußische Nationalgefühl ging hervor aus der siebenjährigen Dauergefahr des dritten Schlesischen Krieges und ihrer glücklichen Abwehr unter einem genialen Feldherrn und König, dem ersten „deutschen Nationalhelden" der neueren Zeit. Friedrichs Sieg bei Roßbach (5. November 1757) über die Franzosen darf man geradezu als die Geburtsstunde des neuen deutschen Nationalgefühls bezeichnen; denn selbst die deutschen Feinde Friedrichs jubelten ihm nach dieser Tat zu, wurden „fritzisch" (Goethe) gesinnt und dadurch zum Bewußtsein der Volksverbundenheit erzogen. Der Napoleonische Druck ließ dann das ganze Volk zum Nationalbewußtsein erwachen. Die Schlacht von Leipzig vollendete in Deutschland, was Friedrichs Sieg bei Roßbach begonnen hatte. Wenn auch die staatliche Einigung der bei Leipzig zu gemeinsamer heroischer Kraftanstrengung geeinten deutschen Stämme infolge diplomatischer Umtriebe (Metternich) noch 57 Jahre lang auf sich warten ließ, so gab es doch von 1814 bis 1870 merkwürdigerweise in einem nicht durch ein Deutsches Reich geeinten, in 36 Staaten aufgesplitterten deutschen Volk dennoch einen allgemeinen deutschen Nationalfeiertag, den 18. Oktober! Bis 1806 bestand ein Deutsches Reich ohne

Digitized by Google

Nation, vom 18. Oktober 1813 bis zum 18. Januar 1871 sozusagen eine deutsche Nation ohne Reich.

4. Als das griechische Volk im schwersten Freiheitskampf 1821—29 das türkische Joch abschüttelte, als die Polen 1830/31 vergeblich ihre verlorene staatliche Einheit wiederzugewinnen trachteten, kam nicht nur ein flammendes griechisches und polnisches Nationalgefühl auf, sondern diese nationale Welle ergriff selbst Ausländer mit unwiderstehlicher Gewalt (Byron, der „Griechen-Müller", Jul. Mosen u. a.).

Heute ist in allen gesunden Staaten der Welt das Nationalgefühl zum stärksten politischen Faktor geworden. Es ist gegenwärtig kaum vorstellbar, daß innerhalb einer europäischen Volkseinheit noch Kämpfe zwischen verschiedenen Stämmen um die Hegemonie stattfinden könnten, wie es doch noch 1866 in Deutschland geschah, oder daß religiöse Gegensätze die Gefahr eines staatlichen Zerfalls heraufbeschwören, wie es im 16. und 17. Jahrh. in Deutschland, Frankreich und in vielen anderen Staaten der Fall war, wie sie sogar die staatliche Einheit der kleinen Schweiz bisher noch in jedem Jahrhundert (1531, 1656, 1712, 1847) aufs schwerste bedroht haben. Selbst wirtschaftliche und soziale Gegensätze, die im amerikanischen Sezessionskrieg 1861—65 beinahe zum Zerbersten des Staatskörpers führten, werden wohl nicht leicht noch einmal Gefahren für den Bestand des Staates, dessen Bevölkerung sich als Nation fühlt, herbeiführen können. Nur die unselige Parteipolitik, falls sie zum Fanatismus gesteigert wird, und vor allem marxistisch-bolschewistische Phrasenseligkeit kann noch zur Schwächung und unter Umständen zum Sprengpulver für einen Staat werden, wie wir in Deutschland in den Jahren vor 1933 hinreichend erlebt haben. Sonst dürfen wir sagen, daß im Laufe der letzten hundert Jahre das Nationalgefühl die Oberhand gewonnen hat[1]), und diejenigen Staaten stehen am gesichertsten und innerlich kräftigsten da, in denen alle wertvollen Teile der Staatsbürger von einem nicht übertriebenen, aber gesunden und gewissermaßen selbstverständlichen Nationalempfinden und Nationalstolz erfüllt sind, wie es zumal in England von jeher in geradezu vorbildlicher Weise zu Hause ist.

Die gewaltigen, in der gesamten Geschichte ohne jede Parallele dastehenden Vorgänge des März 1938, die zur staatlichen Verschmelzung Österreichs mit dem Deutschen Reiche geführt haben, ohne daß ein Schuß fiel, ein Blutstropfen vergossen wurde, sie werden wohl auf Jahrhunderte das großartigste Beispiel bleiben, wie stark in unseren Tagen das Nationalgefühl geworden und zu welchen stolzen Taten es fähig ist.

Daß die staatliche Zusammenschweißung des gesamtdeutschen Volkstums mit der Heimkehr Österreichs ins Reich noch nicht abgeschlossen sein kann und darf, ist selbstverständlich. Allmählich werden doch auch alle andren noch im Ausland geschlossen lebenden deutschen Volksgruppen, soweit sie selbst es wünschen, Staatsbürger des Deutschen Reiches werden müssen. Mehr denn je zuvor besteht seit dem 13. März 1938, der Österreich heimfinden ließ, Aussicht, daß des großen schweizerischen Dichters und Sehers Konrad Ferd. Meyer prachtvolle Verheißung eines Tages doch noch Wirklichkeit wird:

---

1) Arnold Oskar Meyer, Deutsches Nationalgefühl in zwei Jahrhunderten. „Deutsche Blätter". Berlin u. Langensalza 1936.

Digitized by Google

Geduld! es kommt der Tag, da wird gespannt
Ein einig Zelt ob allem deutschen Land!
Geduld! wir stehen einst um ein Panier,
Und wer uns scheiden will, den treffen wir.
Geduld! ich kenne meines Volkes Mark!
Was langsam wächst, das wird einst doppelt stark,
Geduld! was langsam reift, das altert spat!
Wenn andre welken, werden wir ein Staat!

Haben nicht die wunderbaren und erhebenden Ereignisse des März 1938 bewiesen, wie sehr diese markige Prophezeiung eines Deutsch-Schweizers im Begriff ist, herrliche Wirklichkeit zu werden?

„Die Ereignisse unserer Zeit haben die Bedeutung der moralischen Kraft, der Nationalität für den Staat endlich einmal wieder zur Anschauung in das allgemeine Bewußtsein gebracht" (L. v. Ranke 1833!).

3. Das Gefühl des Volkstums.

Neben dem zu voller Stärke sich entwickelnden Nationalgefühl ist in den letzten hundert Jahren überraschend schnell und lebhaft eine **Volksverbundenheit durch Sprach- und Blutsgemeinschaft** entstanden, die auch vor zufälligen Staatsgrenzen nicht halt macht. Früher kannte man dergleichen nicht oder doch höchstens nur in Grenzbezirken, wo verschiedene Völker, verschiedene Kulturen, verschiedene Sprachen aufeinanderprallten und sich miteinander vermischten. An solchen Stellen hat es ein Gefühl volksmäßiger Verbundenheit mit dem „Landsmann" jenseits der Grenzen auch früher schon gegeben. Aber was wußte im blühenden Deutschen Reiche der Vorkriegszeit der Durchschnittsstaatsbürger von den Auslandsdeutschen? Der Balte war ihm ohne weiteres ein „Russe", der Siebenbürger Sachse ein „Ungar", und wenn er mit solchen Deutschen zusammentraf, die in einer fremden staatlichen Gemeinschaft lebten, so sprach er wohl seine Verwunderung aus, „wie gut deutsch" der Ausländer sprechen konnte. Unstreitig ist das Verständnis für das **Auslandsdeutschtum**, dessen Umfang durch den unglücklichen Kriegsausgang zahlenmäßig so erschreckend stark zugenommen hat, heute bedeutend besser als vor 1914, was immerhin eine erfreuliche Seite des nationalen Unglücks von 1918/19 ist. Dabei sei die verdienstvolle Arbeit des VDA. und der Stadt Stuttgart, der „Stadt der Auslandsdeutschen", besonders rühmend hervorgehoben.

Das unendlich schwierige Problem der „**völkischen Minderheiten**", die es heute in nahezu allen Staaten Europas gibt, kann hier nur kurz gestreift werden. Es mag genügen, darauf zu verweisen, daß seit der Verkündung des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker" selbst bei geschichtslosen Völkern, die sich noch vor kurzem wenig um ihre staatliche Zugehörigkeit gekümmert haben, das Verlangen nach dem eigenen nationalen Staat sich ganz ungeheuerlich gesteigert hat. Allen gutgemeinten Paneuropa-Bestrebungen zum Trotz nimmt die Vielstaatlichkeit Europas seit 1918 ständig zu: heute gibt es 39 eigene Staaten in unserem Erdteil gegen 27 im Jahre 1914, 37 verschiedene Zollgebiete gegen 26 sowie 27 verschiedene Währungen gegen 13 im Jahre 1913!

Digitized by Google

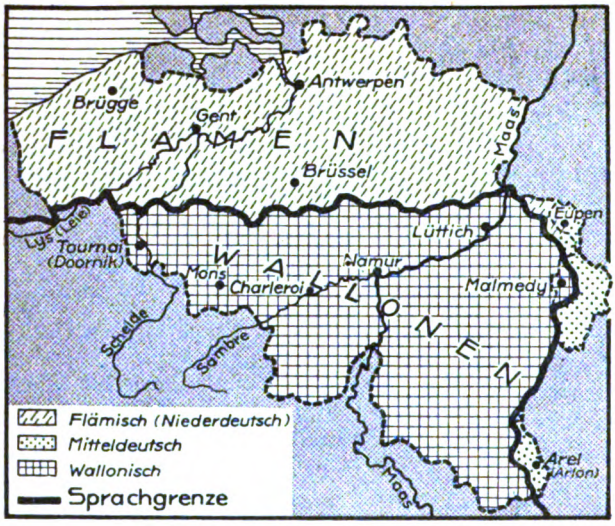


Abb. 64. Die innere Trennung Belgiens.
(Aus Haushofer, Jenseits der Großmächte.)

Und zur Zeit sind weitere, starke Autonomiebestrebungen, die eines Tages bei günstiger Gelegenheit zu neuer staatlicher Abspaltung führen können, zu finden bei den Elsaß-Lothringern, den Flamen (Abb. 64), Basken, Katalanen, Kroaten, Slowaken, Weißrussen, Ukrainern, Mazeoniern u. a. Gerade die jugendlichsten neuen Staaten pflegen dabei den stärksten nationalen Chauvinismus, die größte Unduldsamkeit gegen völkische Minderheiten und zudem die lebhafteste Irredentaphantasie zu entwickeln.

Dadurch sind in unserem 20. Jahrh. zahlreiche, neue politische Reibungsflächen in Europa entstanden, die man im 19. Jahrh. noch nicht kannte[1]). Fast überall an den Sprach- und Volkstumsgrenzen gibt es heute politische Schüttergebiete (Abb. 65), die in der Hauptsache dadurch entstehen, daß für einige Hunderttausende, wenn nicht gar Millionen Menschen einer geschlossen wohnenden völkischen Minderheit ein unablässiger tragischer Konflikt entsteht zwischen der Treue zu ihrem Muß-Staat und der Treue zu ihrem Volkstum. Nur dort, wo kein Verrat am Volkstum verlangt wird, kann sich wahres Nationalgefühl in einem Staat entwickeln! Volksverbundenheit vermag sehr wohl über die Grenzen auszustrahlen, ohne daß die Treue zum Staate darunter leidet (deutsches Volkstum in Nord- und Südamerika!). Wenn die Zahl dieser Fälle nicht eben groß ist, so muß dafür allein die Torheit vieler Regierungen verantwortlich gemacht werden, die sich von blindem Chauvinismus und nicht von staatsmännischem Instinkt leiten lassen. Englands überraschend große politische Erfolge in allen Teilen der Welt sind gerade dadurch in allererster Linie bedingt worden, daß die Engländer nie einen Sprachenzwang gekannt haben. Wird doch selbst im englischen Wales die alte, wallisische Sprache der Bewohner nicht nur nicht unterdrückt, sondern sogar als Unterrichtssprache in den Schulen amtlich geduldet und gefördert. Wie gute Engländer die Walliser trotzdem sind, wird durch die Nennung des Namens eines Wallisers bewiesen: Lloyd George! Hätte England gegenüber Irland dieselbe kluge Assimilationspolitik betrieben, wie gegenüber Schottland und Wales, so würde es heute sicher weder eine irische Frage noch ein Ulster-Problem geben! Volle Kulturautonomie ist das sicherste Mittel, ein loyales Staatsgefühl bei völkischen Minderheiten zu erzeugen.

1) Wohl gibt es auch in Amerika ungelöste Grenzkonflikte (vgl. Hans Ramers Aufsatz in der „Ibero-Amerikanischen Rundschau" 1935, S. 195). Es handelt sich aber dort um echte Staaten- und keine Volkstums-Gegensätze wie in Europa.

Digitized by Google

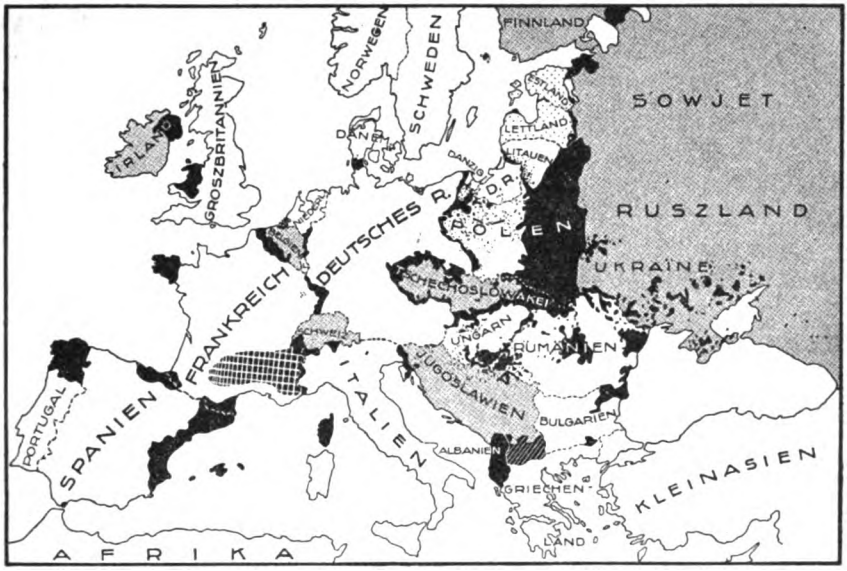


Abb. 65. Politische Schütterherde in Europa.

4. Nationalstaaten und Nationalitätenstaaten.

Wenigen Völkern ist es beschieden, im gleichen Staat mit der Hauptmasse aller Volksgenossen und fast nur mit diesen zusammenleben zu können (Nationalstaat). Als Erbschaft aus älteren Zeiten, die von einem völkischen Zusammengehörigkeitsgefühl noch wenig oder nichts wußten, hat sich gerade in Europa der Zustand erhalten, daß die meisten Völker auf mehrere Staaten verteilt und daß alle Staaten mehr oder minder stark mit dem Problem der völkischen Minderheiten belastet sind (Nationalitätenstaaten).[1] Sogar ein reiner Inselstaat wie Großbritannien, das von der Natur gegen alle Mischzonen an den Grenzen geschützt ist, hat mit den Wallisern und Iren als völkischen Minderheiten zu rechnen, während die Schotten sich ihrer nationalen Sonderwünsche begeben haben. Ungleich mehr macht dieses Problem fast allen europäischen Festlandsstaaten zu schaffen (am günstigsten daran sind noch Portugal, Schweden und Norwegen, seit 1919 auch Deutschland), dazu gar manchem außereuropäischen Staat, zumal Japan und den Vereinigten Staaten.

Staaten, in denen die völkischen Minderheiten weniger als 10% der Gesamtheit der Bevölkerung ausmachen, kann man ohne weiteres als leidlich national geschlossen bezeichnen. Selbst wenn die Minderheiten unter 20% bleiben, ist die Frage für den betreffenden Staat noch nicht geradezu schwerwiegend. Auch wo die Minderheiten 20% übersteigen, aber sonst in ihrem staatsbejahenden Willen einig sind (Schweiz, Finnland), hat der Staat keinen Anlaß, die Minderheitenfrage tragisch zu nehmen. Anders liegen die Dinge, wenn starke fremde Volksgruppen

1) Es ist bezeichnend, daß der Begriff „Nationalität" erst 1831 zum überhaupt ersten Male angewendet worden ist, und zwar in einer Thronrede Louis Philippes: „La nationalité polonaise ne périra pas."

Digitized by Google

dem Staat, in dem sie zu leben gezwungen sind, innerlich ablehnend entgegenstehen, wenn sie vielleicht gar durch ihr Gefühl der Volksverbundenheit zu einem anderen Staat jenseits der Grenzen hingezogen werden. Dann haben wir es mit Staatsgebilden zu tun, in denen ein wirkliches Nationalgefühl nicht aufkommen kann, in denen womöglich die zentrifugalen Kräfte stärker als die zentripetalen entwickelt sind. Das alte Österreich-Ungarn war ein solches unglückseliges Gebilde eines aus 11 verschiedenen Sprachprovinzen bestehenden Nationalitätenstaates. Wenn in einem Staat viele Völker zusammenleben, deren Nationalbewußtsein erst schwach oder gar nicht entwickelt ist, entstehen aus dem Gemisch der vielen Völkerschaften keine schwerwiegenden Probleme. Das russische Zarenreich der Zeit um 1900 umfaßte 142 verschiedene Völkerschaften, aber nur die Polen und die Finnen hatten den Wunsch nach staatlicher Abspaltung und staatlichem Eigenleben.

Auch die Türkei der Vorkriegszeit war das Muster eines durch riesige Eroberungskriege früherer Jahrhunderte zusammengeschweißten Nationalitätenstaats buntester Zusammensetzung, der 1912—1919 endgültig zerbrach, wie das wesensverwandte Österreich-Ungarn der Habsburger. Schwerlich wäre die Türkei überhaupt als Staat lebensfähig geblieben, wenn sie sich nicht unter der starken Führung Kemal Atatürks auf das nur-türkische Volkstum besonnen und unter Ausscheidung der meisten fremdstämmigen Elemente eine neue, bedeutend verkleinerte, aber innerlich erstarkte Türkei gebildet hätte. Bei dieser Gelegenheit wurde zwischen der Türkei und einigen ihrer Nachbarstaaten zum ersten Male in der Geschichte in großem Stil sogar das Experiment gemacht, große Massen von völkischen Minderheiten einfach auszutauschen. Auf Grund eines Staatsvertrages vom 15. Juni 1930 sind große Mengen von Griechen, die in der Türkei lebten, gegen Türken, die in Griechenland ansässig waren, ausgewechselt worden. Vorher waren bereits auf Grund des Friedensschlusses von Neuilly von Griechenland 95000 Bulgaren und von Bulgarien 45000 Griechen im gegenseitigen Austausch abgegeben worden. Es ist dies die radikalste Lösung der Minderheitenfrage, die freilich nicht überall anwendbar ist![1])

Unter den heutigen europäischen Staaten ist der von zentrifugalen Tendenzen seiner fremden Volksgruppen zumeist bedrohte Staat die Tschechoslowakei. Die unbegreiflich unkluge Haltung der Tschechen, die nur 46,9% der Gesamtbevölkerung ausmachen, gegenüber den Deutschen (26%), Slowaken (15%), den Magyaren, Ruthenen, Polen im Staat muß dazu führen, daß der Staat (vgl. Abb. 66) in Kürze auseinanderbricht, falls nicht die Tschechen das Steuer noch in letzter Stunde herumwerfen — entsprechend den von Konrad Henlein auf der Karlsbader Tagung der Sudetendeutschen (24. April 1938) verkündeten „8 Punkten".

Die 1919 künstlich am grünen Tisch zusammengeleimten neuen Staaten in Mittel- und Osteuropa haben alle mehr oder weniger stark mit den Schwierigkeiten der nationalen Minderheiten zu kämpfen und erschweren sich überdies zumeist selber die Lage ungeheuerlich, indem sie ihren Minderheiten durch möglichst schlechte Behandlung und Unterdrückung Liebe zum neuen Staat aufzwingen wollen. In Jugoslawien betragen die völkischen Minderheiten 64%, in der Tschechoslowakei 54, in Rumänien 40, in Polen 39, in Lettland 25%![1]) Solche Massen von Volk-

1) Vgl. G. Passarges Aufsatz über die geopolitischen Gefahrenzonen Europas in der „Zeitschr. f. Geopolitik" 1936, S. 143.

Digitized by Google

heiten lassen sich natürlich nicht aufsaugen und „verdauen". Liebe zum „Muß-Staat", in dem sie leben, wird ihnen nur bei weitestgehender kultureller Freiheit und Autonomie beizubringen sein. Daß so viele Regierungen unserer Tage diese politische Selbstverständlichkeit nicht einsehen wollen, ist ein schlimmes Verhängnis und läßt der staatlichen Lebensdauer der genannten neuen Staaten keine gute Prognose stellen.

Wo große nationale Volksgruppen in einem fremden Staat geschlossen zusammenleben, stellen sich heute sofort staatsverneinende, zentrifugale Tendenzen im Staat ein, sobald diese Minderheiten nicht von einer klugen Regierung pfleglich behandelt werden. Die Slowaken der Tschechoslowakei verlangen z. B. ihre Vereinigung mit Ungarn.

Sehr bezeichnend ist, daß ganz Amerika keine Minderheitennöte weißer Menschen kennt, weil nirgends vom Staat Sprachvorschriften erlassen werden. Europa, in dem 120 Sprachen gesprochen werden, ist der eigentliche Erdteil der Minderheitenprobleme!

Leider gibt es nur wenige europäische Staaten, die wirklich zufriedene, den Staat bejahende, sprachliche und völkische Minderheiten aufweisen. Hierzu können Deutschland (das ohnehin nur noch ganz wenige, geschlossen lebende Minderheiten birgt), die Schweiz und England, Finnland und — mit Einschränkung — Estland gezählt werden. Mustergültig gelöst ist die Nationalitätenfrage auf den Ålandsinseln, die zu Finnland gehören, deren überwiegend schwedische Bevölkerung aber vollste Freiheit hat, ihre kulturellen Angelegenheiten selber zu bestimmen. Belgiens innerpolitische Zustände werden nicht mehr zur Ruhe kommen, wenn die Wallonen sich nicht entschließen können, den unterdrückten Flamen und Deutschen endlich einmal die volle Gleichberechtigung und Kulturautonomie ehrlich zu bewilligen (Abb. 64).

Wahrhaft kluge Minderheitenpolitik trieben allzeit die alten Römer und ebenso die angelsächsischen Völker. Sie ließen ihren nationalen Minderheiten und unterworfenen Völkerschaften im allgemeinen völlig freie Hand in allen kulturellen, unpolitischen Dingen: welche Sprache sie redeten, welche Religion sie bekannten, welchen Volkssitten sie huldigten — darum kümmerte sich das Staatsvolk nicht, wenn nur dem Staat als solchem keine Gegnerschaft entgegengebracht wurde. Richteten doch die Römer sogar ein Pantheon ein, zur Verehrung aller Götter aller Religionen! Ebendadurch wurde den nationalen Minderheiten aber Staatsgesinnung eingeimpft, und sie bejahten freudig einen Staat, der stark genug war, auf Sprachen-, Glaubens- und Gesinnungszwang verzichten zu können. Auch die nationalen Minderheiten im Deutschland der Vorkriegszeit — von einigen Ausnahmen (Polen, Dänen, Franzosen) abgesehen — fühlten sich als Deutsche und wollten deutsche Staatsbürger sein.

Gerade in der unmittelbaren Gegenwart erleben wir, wie ein Staat durch pflegliche Behandlung nationaler Minderheiten große politische Vorteile für sich selbst zu erringen versteht. Die Japaner, die sonst — in Korea — rücksichtslose Unterdrückung fremden Volkstums üben, suchen im Staate Mandschukuo durch gute Behandlung der mongolischen Minderheiten weitere, großzügige politische Ziele vorzubereiten. Im Südwesten der Mandschurei leben etwa 2 Millionen Mongolen. Ihnen ist von

1) Vgl. die genaue Tabelle der völkischen Minderheitenanteile in R. Hennig, Geopolitik, 2. Aufl., S. 375.

Digitized by Google

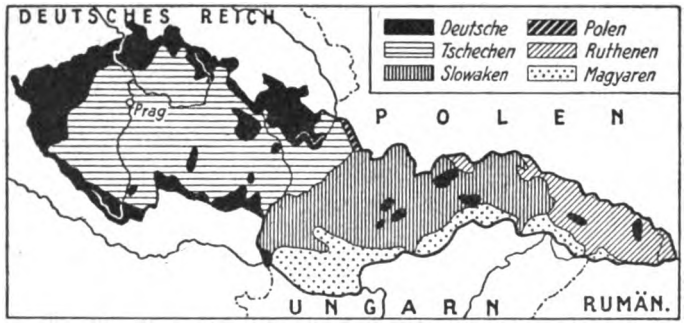


Abb. 66. Das Völkergemisch in der Tschechoslowakei.

den in Mandschukuo tonangebenden Japanern volle kulturelle Selbstverwaltung zugestanden worden. Dieser Schachzug ist politisch unendlich klug: werden doch dadurch die Bewohner der gesamten Mongolei, die früher, unwillig genug, unter chinesischer Herrschaft standen und heute (in der äußeren Mongolei) die sowjetrussische Vormundschaft abschütteln möchten, mächtig angereizt, sich gleichfalls unter japanisches Protektorat zu stellen, von dem sie eine Verwirklichung ihrer kulturellen Wünsche erhoffen können.

Mangelnde Ehrlichkeit europäischer Staatsmänner hat nach dem Kriege einem Lande, das in den letzten Jahrhunderten dergleichen nicht kannte, ganz überflüssigerweise ein Minderheitenproblem von ebenso hoher Eigenart wie Unerquicklichkeit beschert. 1936 lebten in Palästina 759000 Araber, 329000 eingewanderte Juden (Tel Awiw ist eine rein jüdische Stadt mit 150000 Einwohnern) und 103000 Christen.[1]) Zwischen Arabern und Zionisten, die beide das Land als ihr Eigen ansehen, herrscht heftige Feindschaft, die schon mehrfach zu Blutvergießen geführt hat. In Wahrheit verfügt aber England über das Land und sorgt dafür, daß jene Feindschaft nicht erlischt, wie der Gegensatz zwischen Hindus und Mohammedanern in Indien die britische Herrschaft sichert. Divide et impera! Allerdings sät England hier eine Drachensaat, die eines Tages furchtbar aufgehen dürfte (S. 60).

Um den starken kroatischen Bevölkerungsanteil im vergrößerten Serbien zu verwischen, konstruierten die Serben 1919 den Begriff der „Südslawen" (Jugoslawen), der aber nicht hinderte, daß die Serben alle Macht für sich beanspruchten und das kroatische Element unterdrückten. Das Ergebnis dieser kurzsichtigen Politik war die starke kroatische Autonomiebewegung, die in der Ermordung des serbischen Königs Alexander in Marseille (9. Oktober 1934) ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Genau ebenso schufen die Tschechen, als sie im Vertrag von Pittsburg (30. Mai 1918) die vorher zu Ungarn gehörigen Slowaken durch Verheißung der Kulturautonomie überredeten, sich unter künstlicher Ausschaltung der von der Natur selbst gezogenen Trennungslinie (Weiße Karpaten!) staatlich mit der Tschechei zu verbinden, den neuen, sachlich unsinnigen Nationalitätenbegriff der „Tschechoslowaken" (ohne den — wild befehdeten — Bindestrich!) und glauben nun das Recht zu haben, ihr Versprechen der slowakischen Kulturautonomie verleugnen und die Slowaken rücksichtslos tschechisieren zu dürfen.[2]) Wieder andere Völker versuchen nach außen hin das Bestehen völkischer Minderheiten zu vertuschen, indem sie ihre andersprachigen Landeskinder zwingen,

1) Mitteilung der englischen Regierung im Unterhaus am 19. Juni 1936.

2) Die Folgen der gebrochenen Versprechungen der Tschechen beurteilte der Engländer Ward Price in der „Daily Mail" vom 16. Juli 1937 folgendermaßen: „Europa leidet an einem entzündeten Blinddarm, dessen Name Tschechoslowakei heißt ... Europa würde die

Digitized by Google

nicht nur althistorische Ortsnamen, sondern sogar ihre Familiennamen abzulegen: in Südtirol zu italienisieren, in Ungarn zu magyarisieren, in Siebenbürgen zu romanisieren, in Posen und Ostschlesien zu polonisieren usw. — Mit so brutalen Mitteln löst man natürlich auf die Dauer keine Minderheitenprobleme und schafft vor allem nicht die vornehmste und sicherste Grundlage gesunder Staaten: Staatsgesinnung!

5. Völker ohne eigenen Staat.

Unter den bisher behandelten Fragen der völkischen Minderheiten und Nationalitätenstaaten haben wir im wesentlichen drei Gruppen von fremden Volkssplittern zu unterscheiden:

1. solche, die sich vollkommen wohl im fremden Staatskörper fühlen und keine staatliche Änderung wünschen.

   Beispiele sind: die Deutschen, Franzosen und Italiener in der Schweiz, die Schotten und Walliser in Großbritannien, die Schweden auf den Älands-Inseln, die Deutschen in Amerika[1]), die Franzosen in Kanada, die „Buren" (meist deutscher oder holländischer Herkunft und französische Hugenotten) in Südafrika;

2. solche, die dem fremden Staat an sich bejahend gegenüberstehen, aber z. T. noch um kulturelle Eigenbelange kämpfen:

   Beispiele sind: die Deutschen in Dänemark, in Frankreich, im zaristischen Rußland und in Rumänien, die Flamen in Belgien, die Neger in den Vereinigten Staaten;

3. unterdrückte Volksgruppen mit Absplitterungswünschen und Neigungen zu fremden Staaten:

   Beispiele sind: die Deutschen in Litauen, Polen, der Tschechoslowakei, die Italiener in Jugoslawien, die Polen, Slowaken und Magyaren in der Tschechoslowakei, die Tschechen in Polen, die Ukrainer, Georgier, Karelier sowie die Araber in den vorderasiatischen Mandatsgebieten u. a.

Zu den genannten Volksgruppen gesellen sich nun aber solche, die jedes eigenen staatlichen Zusammenschlusses entbehren und die nur in einem fremden Staat oder gar in mehreren irgendwie ihr Volkstum zu bewahren bestrebt sein müssen. Auch hier sind verschiedene Gruppen zu unterscheiden:

1. Seßhafte Volkssplitter im fremden Staat, die zu klein, zu geschichtslos oder zu unkultiviert sind, um eigenen staatlichen Ehrgeiz zu entwickeln, die daher vollauf zufrieden sind, wenn man sie in Ruhe ihre eigene Sprache und Kultur, ihre Sitten, Trachten usw. pflegen läßt.

Konfliktgefahren mindern, wenn es der Slowakei Gelegenheit gäbe, sich durch eine Volksabstimmung von den Tschechen zu befreien." Und die Sudetendeutschen?

1) Bezeichnend für die Gesinnung der etwa 900000 Deutschen in Brasilien ihrem neuen Staat gegenüber ist die Tatsache, daß sie eine eigene deutsch-brasilianische Nationalhymne haben und daß der 25. Juli, der Tag, an dem 1824 die ersten deutschen Siedler ins Land kamen, von ihnen als ein von der Regierung anerkannter Nationalfeiertag alljährlich festlich begangen wird. Um so unbegreiflicher ist es, daß in allerjüngster Zeit, nach über 110 Jahren friedlichen Zusammenlebens, auch das brasilianische Deutschtum über feindliche Haltung der Behörden klagen muß.

Digitized by Google

Beispiele sind: die Wenden im Spreewald, die Masuren, Ladiner, Friauler, Rätoromanen, die Indianer in den USA., Ainos in Japan, die Eskimos, die nordsibirischen Stämme und zahllose andere Naturvölker;

2. Größere seßhafte Volksmengen, die wohl befähigt und auch willens wären, einen eigenen Staat zu bilden, die aber in fremde Staaten einverleibt sind bzw. waren:

a) Volksmengen, die vor 1914 ohne eigenen Staat waren, seither aber zu einem solchen gelangt sind.

Beispiele sind: Polen, Litauer, Letten, Esthen, Finnen, Tschechen, Iren, Albaner, Isländer, Filipinos.

b) Volksmengen, die noch heute in ganzem Umfang in einen einzigen fremden Staatskörper eingegliedert sind:

Beispiele sind: Bretonen, Slowaken, Georgier, Koreaner[1]).

c) Volksmengen, die noch heute auf mehrere fremde Staatskörper verteilt sind: Beispiele sind: Ukrainer, Weißrussen, Kroaten, Katalanen, Basken, Armenier, Kurden, Turkmenen.

In den letztgenannten Fällen ist nicht ganz selten den Minderheiten durch Vertrag oder Verfassung ausdrücklich Schutz ihres Volkstums, Kulturautonomie usw. garantiert (Ukrainer und Weißrussen in Polen, Deutsche, Slowaken und Ruthenen in der Tschechoslowakei, Deutsche in Südtirol usw.). In der Praxis zeigt es sich aber immer wieder, daß derartige Bindungen nicht den geringsten Wert haben, wenn es dem jeweiligen Hauptvolk an gutem Willen fehlt, sie zu beachten.

Selbst internationale Garantien solcher Autonomieverpflichtungen durch Großmächte oder den Völkerbund haben sich in der Praxis als gänzlich wertlos erwiesen, zumal da diese Garanten bisher weder die ehrliche Absicht noch auch nur irgendeine Möglichkeit gehabt haben, die Beachtung der von ihnen garantierten Autonomie zu erzwingen. Das klassische Beispiel für diese Machenschaften ist ja das Memelstatut vom 8. Mai 1924 geworden, das den an Litauen verschacherten Deutschen im alten deutschen Memelland volle Kulturautonomie verbürgen sollte. Keine Großmacht hat diese Bürgschaft je ernst genommen. Litauen hat bis heute das Memelstatut als Fetzen Papier behandelt, so daß noch 1938 der Memeler Landtag gegen die fortgesetzte Unterdrückung des deutschen Volkstums protestieren mußte: „Mit den Gewaltmitteln des Staates können zwar die Arme gebunden und der Mund zum Schweigen, nicht aber der Kopf und das Herz gewonnen werden." Ehe nicht Deutschland selbst die Autonomie des Memellandes verbürgt und durchsetzt — so oder so! — wird den Memeldeutschen bestimmt ihr garantiertes Recht niemals werden!

3. Schweifende oder zersplitterte Volksmengen, die nirgends eine wahre Heimat haben:

Beispiele sind: Juden, Zigeuner, Lappen.

Zum letztgenannten Beispiel sind noch zwei Ergänzungen erforderlich.

---

1) Japan macht neuerdings in Korea den interessanten Versuch, der starken Japanerfeindlichkeit der Koreaner durch systematisch geförderte Ehen zwischen koreanischen und japanischen Volksteilen zu steuern. Der Erfolg ist noch nicht zu beurteilen.

Digitized by Google

Es hätte nicht viel gefehlt, daß auch die Iren zu den heimatlosen Völkern geworden wären. Es gibt insgesamt rund 13 Mill. Iren; aber kaum 4 Mill. leben noch im heutigen Irischen Freistaat, die übrigen 9 Mill. im Ausland. Die englische Politik hat eben die Iren allmählich in jahrhundertelanger Arbeit aus ihrem Mutterlande mehr und mehr hinausgedrängt, vor allem durch Enteignung des Bodens, ähnlich wie es einst die Römer nach den Ereignissen des Jahres 70 n. Chr. mit den Juden in Palästina taten und gegenwärtig die Japaner mit den Koreanern und die Russen mit den finnischen Ingern in Ingermanland zu tun im Begriff sind. Von den hinausgedrängten Iren kehrt allmählich doch nur ein recht kleiner Bruchteil in die seit 1921 wiedergewonnene nationale Heimat zurück.

Ein Gegenbeispiel bieten uns die gegenwärtigen Bemühungen, den über die ganze Welt verstreuten Juden wieder in Palästina eine nationale Heimat zu schaffen (S. 60), wobei mit Recht Wert darauf gelegt wird, die einwandernden Juden zu Ackerbürgern zu machen und damit an die Scholle zu binden. Wenn dies nicht in ansehnlichem Umfang gelingt, ist das Experiment von vornherein zum Scheitern verurteilt, denn nur die Bindung an den Boden schafft eine nationale Heimat. Wäre es anders, so müßte ja z. B. New York, wo 2 Mill. Juden leben, viel eher die nationale Heimstätte des Judentums sein als Palästina, wo heute knapp 400000 zu Hause sind. Auch zeigt es sich, daß nur ein Bruchteil der in Palästina einwandernden Juden Fähigkeit und Neigung hat, sich in der Landwirtschaft selber zu betätigen.

Nur etwa ein Viertel der Gesamtzahl betätigt sich als Landwirt, Obstzüchter usw.; drei Viertel wohnen in den Städten (in Tel Awiw 150000, in Jerusalem 76000, in Haifa 50000, in Jaffa 18000 usw.) und sind Händler, Landaufkäufer usw. oder in anderen freien Berufen tätig.

Die gleiche rassische Eigenart des jüdischen Volkes hat bisher noch alle Versuche, neue Judenstaaten zu errichten, scheitern lassen. Um 1890 versuchte der berüchtigte Baron Hirsch mit einem Aufwand von vielen Millionen Mark eine eigene jüdische Kolonie in Argentinien zu schaffen. Sein Plan scheiterte jedoch, da die einwandernden Juden zumeist nicht auf dem Lande blieben, sondern in die großen Städte gingen, wo sie als Händler einen ihnen mehr zusagenden Beruf suchten. 1897 bot ferner England dem zionistischen Kongreß Uganda als jüdisches Siedlungsgebiet an; auch hier blieb jedoch ein praktischer Erfolg aus, so daß der augenblicklich erwogene Plan, Madagaskar für die jüdische Siedlung zu öffnen, mit starker Skepsis betrachtet werden muß. Sogar der sowjetrussische Versuch, seit 1923 das Land Birebidschan im Amurbogen zu einem rein jüdischen Staat mit voller Selbstverwaltung (seit 1934) zu machen[1]), ist trotz stärkster Begünstigung des Judentums und Zuerteilung reicher Mittel (allein 1936 wurden 67 Mill. Rubel für die Landwirtschaft von Birebidschan gespendet) in der Hauptsache gescheitert. Von etwa 40—50000 Juden, die nach Birebidschan umgesiedelt wurden, sind nur etwa 6000 im Lande geblieben, wo sie sich originellerweise zumeist der Schweinezucht gewidmet haben; der Rest ist in die Städte Ostasiens abgewandert.

Es ist immerhin hochbedeutsam, daß nach einer Zusammenstellung von Markwart[2]) gegenwärtig allein an nationalen Minderheiten, die in geschlossenen Siedlungen von

1) Vgl. Br. Plaetschke, Birebidschan, das autonome Judengebiet im Fernen Osten, in „Petermanns Mitteilungen" 1936, S. 225.

2) Marc Markwart, Völker ohne Staaten, in „Volk und Reich" 1937, Heft 1.

Digitized by Google

je über 1 Mill. beisammen wohnen und die dennoch jeder eigenen Staatlichkeit entbehren, etwa 73—74 Mill. Menschen in Europa zu verzeichnen sind, nämlich:

45	Mill.	Ukrainer	3	Mill.	Bretonen
7	„	Weißrussen	2½	„	Slowaken
6	„	Katalanen	1,1	„	Basken
5	„	Flamen	1	„	spanische Galicier.
3½	„	Kroaten			

Nimmt man noch die Fülle von kleineren, geschlossenen Minderheiten hinzu, so mögen im heutigen Europa alles in allem sicher über 80 Mill. Menschen zu Völkern gehören, denen der eigenstaatliche Zusammenschluß versagt ist!

6. Die Frage der farbigen Rassen.

Die ohnehin sehr schwierigen Aufgaben, die so vielen Staaten durch ihre völkischen Minderheiten gestellt werden, verwickeln sich noch ungleich mehr durch die zuweilen damit verbundene Rassenfrage. Diejenigen Länder, in denen starke völkische Minderheiten nicht nur eine andere Sprache sprechen, sondern zugleich einer fremden, vielleicht gar farbigen Rasse angehören, stehen z. T. vor fast unlösbaren innerpolitischen Schwierigkeiten und Sorgen — es sei denn, daß die fremdartige Rasse so anspruchslos und politisch uninteressiert ist wie z. B. die Lappen im nördlichen Norwegen, Schweden und Finnland oder die heutigen Indianer in den Vereinigten Staaten.

In Europa sind im großen und ganzen diese Fragen, deren hohe Bedeutung immer deutlicher erkannt wird, weniger brennend als in den anderen Erdteilen. Farbige Rassen waren ja in unserem Erdteil bis jetzt kaum vertreten. Nur für Frankreich werden die Gefahren der Mischung mit farbigen Rassen allmählich stärker spürbar, da die skrupellose französische Politik eine höchst bedenkliche Infektionsstelle für die Reinheit der weißen Rassen unseres Kontinents in Südfrankreich geschaffen hat: in Marseille bilden die Neger und Indochinesen bereits ein Sechstel der Bevölkerung, in Paris leben ständig etwa 200000 Neger, und im stehenden französischen Heer finden sich gar 240000 Farbige oder 38 v. H. des Gesamtbestandes! Ja, es gibt schwarze französische Berufsoffiziere, in Paris sogar einen schwarzen General! Bei der Revolte am 6. Februar 1934 in Paris haben farbige Soldaten auf weiße Franzosen geschossen! Dieser Weg, Bevölkerungspolitik zu treiben, ist derselbe, den das sinkende römische Imperium beschritt: er führt in den Abgrund! Sollte der von Frankreich aus militärischen Gründen gewünschte Bau der Transsahara-Bahn zustande kommen, so wird dadurch die Vernegerung Südfrankreichs nur noch beschleunigt werden, da Afrika dann noch näher an Südfrankreich heranrückt.

Ebenso bedrohlich wie in Frankreich ist die Gefahr der Rassenmischung in sämtlichen amerikanischen Staaten. Am wenigsten ist noch Kanada betroffen. In den Vereinigten Staaten aber bilden die Neger 13 % der Bevölkerung, in den südöstlichen Bundesstaaten meist über 40, in einigen (Mississippi und Süd-Carolina) über 50 %, also die Mehrheit (vgl. Abb. 67)! Dazu sind sie vom Einbruch der gelben (mongolischen) Rasse bedroht und wehren sich dagegen nur mit großer Anstrengung und zuweilen brutalen Mitteln. Ebenso ist in allen anderen Staaten Amerikas, insbesondere in denen der warmen Zonen, dazu in Südafrika, Südostasien usw., die Rassenmischung, die fast durchgängig schlimme Degenerationserscheinungen zeitigt, z. T. erschreckend

Digitized by Google

weit fortgeschritten. Einige Länder, wie Natal, die Philippinen, die Hawai-Inseln usw., sind geradezu ein „Rassenmischkessel" geworden. Es ist hohe Zeit, daß die gesamte weiße Menschheit sich der schwerwiegenden Bedeutung der Forderung nach Rassenreinheit und Rassenscheidung bewußt wird.

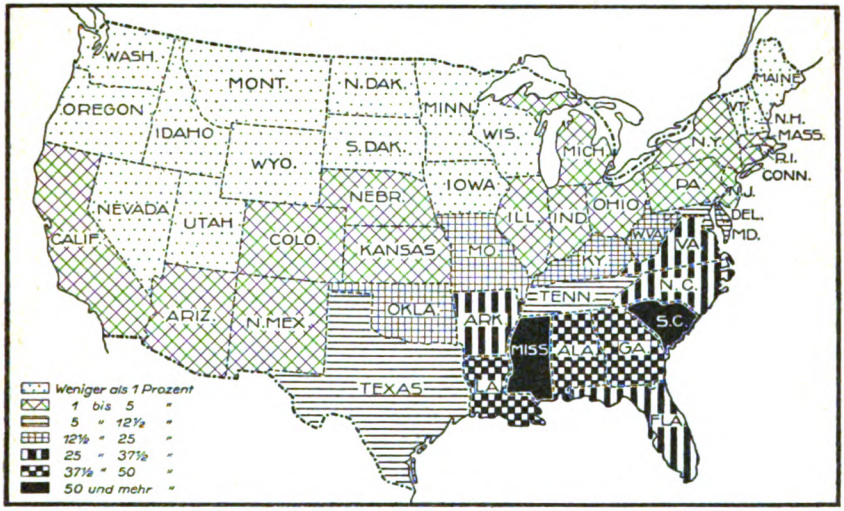


Abb. 67. Verbreitung der Neger in den Vereinigten Staaten 1920.

Im organischen Staat muß heute der Grundsatz der Rassen-Auslese von einer verantwortungsbewußten Bevölkerungspolitik beachtet werden. Infolgedessen spielt in Europa jetzt die Wahrung des Arierprinzips und die Judenfrage mit Recht eine große Rolle.

Im vorliegenden Werk kann und soll das Rassenproblem, dessen gründliche Erörterung ein ganzes Buch erforderlich macht[1]), nur gestreift werden. Den mehrfach in den Kritiken erhobenen Vorwürfen, unser Buch gehe zu wenig auf die Rassenfragen ein, kann keine Berechtigung zuerkannt werden; denn dies Buch soll in die Geopolitik einführen und nicht in die Rassenkunde.

Das ungeheuer umfangreiche Gebiet der Rassenwissenschaft in dieser Arbeit dem Verständnis nahezubringen, liegt den Verfassern gänzlich fern. Es wird von ihr daher nur einiges berücksichtigt, was auf das besondere Verhältnis der weißen Rasse zu den farbigen Bezug hat.

In keiner Weise wünschen sich die Verfasser dem Vorwurf auszusetzen, sie unterschätzten die Bedeutung des Rassenproblems. Sie fühlen sich dagegen um so mehr gefeit, als der eine von ihnen bereits lange vor 1933, in einer Zeit, da man in Deutschland von Rassenfragen noch gar nichts hören wollte, nachdrücklich auf die hohe Wichtigkeit des Rassenproblems und seine Bedeutung für die Geopolitik hingewiesen hat.[2]) Wenn freilich in manchen Besprechungen unseres Buches die Anschauung geäußert

1) Vgl. das ausgezeichnete Werk von R. Eichenauer, Die Rasse als Lebensgesetz. 2. Aufl. Leipzig 1935, B. G. Teubner.

2) R. Hennig, Geopolitik, 2. Aufl. Leipzig 1931. S. 337ff. — niedergeschrieben bereits 1927!

Digitized by Google

wurde, Kjelléns Geopolitik sei eine völlig nebensächliche und überflüssige Wissenschaft, denn nur rassisch seien die Geschicke der Völker und Staaten zu verstehen, so liegt hier ein Fehler vor, der genau so groß ist wie die früher übliche Unterschätzung des Rassenproblems. Es ist hoch erfreulich, daß das neue Deutschland die Bedeutung der Rassenwissenschaft erkannt und praktische Folgerungen daraus gezogen hat. Man soll aber ein edles Pferd reiten, jedoch nicht zu Tode hetzen! Es gibt neben der Rassenwissenschaft noch andere Faktoren von hoher staatlicher Bedeutung: die Geopolitik gehört zu ihnen!

Zur Zeit sind lebhafte Auseinandersetzungen im Gange, ob die rassischen Erbanlagen oder die Eigenheit der räumlichen Umwelt von größerer Bedeutung für die Züchtung der Völkercharaktere sind. Dieser Streit wird schon seit mehr als 100 Jahren ausgefochten. Dereinst, in den Tagen Lamarcks, war man geneigt, der Umwelt, also dem Raum, den überragenden Einfluß zuzusprechen. Es war die Zeit, wo selbst der große Alexander v. Humboldt die Meinung äußerte: „Die Völker tragen die Livree der von ihnen bewohnten Gegenden." Diese Auffassung ist natürlich nicht haltbar. Heute besteht eine nicht ganz geringe Neigung, ins gegenteilige Extrem zu verfallen, die Einflüsse des Raumes zu bagatellisieren und der rassischen Erbmasse alleinige Bedeutung für den Charakter der Menschen und Völker zuzuschreiben. Diese Auffassung dürfte ebenso in die Irre gehen wie der Lamarckismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrh. Die Wahrheit liegt vermutlich, wie so oft, in der Mitte: Blut und Boden stehen ebenbürtig nebeneinander, d. h. Rassenfragen und geopolitische Einflüsse wirken in gleich starkem Ausmaß an den Geschicken der Völker mit.

Im übrigen ist das ganze Problem noch wissenschaftlich viel zu wenig geklärt, als daß man heute schon eine sichere Entscheidung fällen könnte. Eine solche ist um so weniger möglich, als noch nicht einmal die Vorfrage zuverlässig zu beantworten ist, ob die rassischen Eigenschaften selbst konstant oder (durch Umwelteinflüsse) wandelbar sind. Manche schwerwiegenden Tatsachen sprechen für ihre allmähliche Wandelbarkeit; doch ist hier nicht der Ort, diese überaus komplizierten und zunächst noch unsicheren Fragen nachzuprüfen oder gar zu beantworten. Immerhin darf man eine von M. G. Schmidt gewählte Formulierung als annehmbar bezeichnen[2]):

„Unter dem Einfluß mannigfaltiger Faktoren formt sich im Laufe langer Geschlechter der Charakter eines Volkes. Unter diesen nimmt der Heimatboden eine Vorrangstellung ein. Reiche zerfielen und Völker gingen zugrunde, aber die Landschaft blieb und übte mit ihrer natürlichen Beschaffenheit die gleiche stille, zähe Wirkung auf die Menschenschicksale aus. Daher ist der Lebensraum eines Volkes wegweisend und richtungbestimmend für seine Entwicklung."

Der Einfluß der rassischen Zugehörigkeit eines Volkes auf die politischen Geschicke der Staaten zeigt sich in der Geschichte vor allem in der staatenbildenden Kraft der Rassen, die heroische Charakterzüge aufweisen und daher ausgesprochene Krieger- und Eroberernaturen hervorzubringen pflegen. Innerhalb der weißrassischen Völker beansprucht hier unbedingt die nordische Rasse die Führung. In allen Perioden der Geschichte hat diese sich als Staatenschöpfer ersten Ranges bewährt. Gelegentlich wurden nordrassische Völker wohl von anderen Stämmen friedlich ins Land gerufen,

1) M. G. Schmidt, Japanischer Kriegsgeist, im „Geograph. Anzeiger" 1937.

2) Vgl. den Aufsatz von R. Hennig im Juliheft 1938 der „Marine-Rundschau".

Digitized by Google

wie die schwedischen Normannen des 9. Jahrh. durch die Slawen des heutigen Rußlands, die jene baten: „Groß ist unser Land und fruchtbar, aber es herrscht keine Ordnung darin. Kommt also, seid unsere Fürsten und herrscht über uns!" Aus nordischen (normannischen) Kriegern schufen sich die byzantinischen Kaiser des Mittelalters ihre Waräger-Leibgarde und die wendischen (slawischen) Pommernfürsten des 10. Jahrh. die Jomsburg-Besatzung in der Odermündung zum Schutze ihres Landes. Nordrassische Krieger bildeten das Hauptelement in der „Schweizergarde" der Päpste und der französischen Könige, stellen auch heute noch den Hauptanteil an der berüchtigten Fremdenlegion der Franzosen in Nordafrika (S. 138). Zumeist freilich drangen nordrassische Völker als Eroberer in fremde Länder ein, rissen die Herrschaft an sich und lenkten dann als Herrenschicht unter stärkster Absonderung von den fremdrassischen Unterworfenen die staatlichen Geschicke. Beispiele solcher Staatenschöpfungen von Menschen nordischer Rasse sind z. B. die altindischen Reiche, das antike Persien, vermutlich auch das Reich der Hethiter, viele hellenische Staaten, das Makedonierreich, das römische Reich, die Goten- und Langobardenreiche in Italien, das Vandalenreich in Spanien und Nordafrika, der deutsche Ordensstaat des Mittelalters, das russische Warägerreich, dessen gesamter Adel vom 9. bis 11. Jahrh. nordische Namen trug, u. v. a. (Näheres über diese geschichtlichen Zusammenhänge in dem genannten Werk von Eichenauer: „Die Rasse als Lebensgesetz".) — Wir finden aber auch bei farbigen Rassen ein deutliches Zusammentreffen von heldischem Wesen, kriegerischer Tüchtigkeit und staatenschöpferischer Kraft. Hierher gehören gewisse Zweige der mongolischen Rasse, heute vor allem die Japaner, ehedem im 13. bis 15. Jahrh. die eigentlichen Mongolen, deren hervorragende politische Fähigkeiten in unserer landläufigen Vorstellung von ihnen lange nicht hoch genug eingeschätzt werden (ein Dschingis Khan, ein Timurlenk waren Organisatoren, Staatsmänner und Staatenlenker von sehr hohem Rang![1])), ferner die rassisch wieder ganz andersartigen Malaien, auch die Araber, deren zahlreiche, mittelalterliche Schöpfungen an neuen, kraftvollen Staaten ein Gegenstück finden in den germanischen Staatenschöpfungen des Mittelalters. An Lord Beaconsfields Auffassung, in der Rassenfrage liege der „Schlüssel zur Weltgeschichte", ist viel Wahres.

Während Staat, Nationalbewußtsein, Volkstum, auch Sprachzugehörigkeit von vornherein stark politisch abgestempelt sind, ist die Rasse zunächst etwas Unpolitisches, ein rein naturwissenschaftlicher Begriff, wie Hans Günther ausdrücklich betont hat. Die rassischen Elemente machen sich, außer in der körperlichen Erscheinung, weit mehr im Unbewußten, Trieb- und Instinkthaften des menschlichen Seelenlebens bemerkbar. Der äußere Beobachter, der Forscher insbesondere, vermag sie festzustellen; der einzelne Mensch bemerkt sie nicht leicht, weder an sich noch an anderen. Rassenunterschiede und Rassengegensätze machen sich daher nur dann bemerkbar, wenn sehr stark voneinander abweichende Menschentypen aufeinanderprallen, wie etwa weiße Nordamerikaner und Neger, Südafrikaner und Schwarze, Australier und Mongolen usw. In solchen Fällen besteht die Möglichkeit der Vermischung völlig verschiedener Rassen, die als eine wirklich große Gefahr für die Menschheit bezeichnet werden muß. Mulatten- und Mestizenvölker sind stets minderwertig und lassen ziemlich ausnahmslos schwere moralische und nationale Degenerationserscheinungen erkennen. In dieser Hinsicht haben seit Jahrhunderten die romanischen Völker besonders viel gesündigt, während

1) Vielleicht floß in ihnen nordisches Blut (vgl. Volk und Rasse, 1938, S. 121).

Digitized by Google

die germanischen — von einigen Ausnahmen abgesehen (die Holländer auf den Sunda-Inseln!) — allzeit viel mehr darauf bedacht gewesen sind, die weiße Rasse rein zu erhalten. Gegenwärtig sind es vor allem die Franzosen, die mit ihrer aus militärischen Wünschen entspringenden, unheilvollen These von der „Gleichheit der farbigen Brüder" schwerste Verantwortung vor der Geschichte auf sich laden, da sie der Rassenvermanschung jeglichen Vorschub leisten.

Die Völker Europas, die ehedem sämtlich der weißen Rasse angehörten, sind im Westen durch das Meer, im Osten durch unermeßliche Öden und Steppen, im Süden durch das Mittelmeer und die Wüste von den farbigen Rassen nachdrücklich getrennt und haben nur im Südosten eine eigentliche Berührungsfläche mit völlig andersrassischen Völkern. Daher kennt die Geschichte unseres Erdteils nur recht wenig Ereignisse, die uns eigentliche Rassenkämpfe vor Augen führen. In dieser Hinsicht ist Europa viel günstiger gestellt gewesen als alle anderen Erdteile — von dem so gut wie geschichtslosen Australien abgesehen. Der erste große Abwehrkampf gegen farbige Völker auf europäischem Boden war die gewaltige Hunnenschlacht auf den Katalaunischen Feldern 451, in der bezeichnenderweise die vorher einander hitzig befehdenden weißen Völker, Römer und Westgoten, sich zu gemeinsamer Abwehr der „gelben Gefahr" als Bundesgenossen zusammenfanden, ebenso wie 732—737 die sonst einander feindlichen Franken und Langobarden sich zur Niederringung der arabischen Völkerwoge, bei Wahlstatt 1241 Deutsche und Polen zum Aufhalten der mongolischen Sturmflut, vor Wien 1683 wieder Deutsche und Polen gegen den türkischen Ansturm vereinigten. Alle diese geschichtlichen Ereignisse stellten gewissermaßen eine Selbstbesinnung der Völker weißer Rasse dar gegen die Eroberungsgier farbiger, uneuropäischer, kulturell meist minderwertiger Rassen. Eine stärkere Mischung mit völlig andersartigen Rassen hat in europäischen Ländern ehedem nur vom 13. bis 15. Jahrh. mit den mongolischen Eroberern in Rußland, mit Arabern in Spanien und Sizilien, mit Türken im Südosten stattgefunden.

Die Rassengegensätze können verschärft werden, wenn sich zu den nationalen Gegensätzen religiöser Fanatismus gesellt. Es zeichnet sich am Horizont eine neue allislamische Bewegung ab, die in Nordafrika und in Syrien den Franzosen, in Arabien, Palästina und im sonstigen Vorderasien den Engländern schon heute schwer zu schaffen macht. Ihre Vorkämpfer sind heute die Araber, nicht mehr die (modernisierten) Türken. Doch ist zwischen panislamischer und panarabischer Bewegung scharf zu unterscheiden. Auch im Fernen Osten stehen Sturmzeichen. Ein Entscheidungskampf zwischen der weißen und der gelben Rasse dämmert dort herauf.

Im 20. Jahrh. mag die ostasiatische Frage im wesentlichen erst ein nachbarlicher Streit zwischen Japan, Rußland und China sein, in den freilich die Vereinigten Staaten, England, zwei britische Dominions, Frankreich und Holland leicht hineingezogen werden können. Die böseste geopolitische Reibungsfläche ist zur Zeit lediglich die unnatürlich und unerträglich verzahnte Grenze (Abb. 49), die nach der Annexion der Mandschurei durch Japan (trotz des „Kaiserreichs Mandschukuo" darf man von einer japanischen Annexion sprechen!) im Fernen Osten am Amur entstanden ist und die notwendig beseitigt werden muß.

Japan dürfte diese Grenze, zu seinen Gunsten, im nächsten Jahrzehnt beseitigen, zumal nachdem der durch Rußland unfreiwillig erfolgte Verkauf der mandschurischen Hauptbahn an Japan (S. 88) 1935 und Rußlands mehr als schwächliche Haltung

Digitized by Google

im Amurinsel-Konflikt vom Juni und Juli 1937 die politische und militärische Schwäche Sowjet-Rußlands im Osten blitzartig erhellt hat. Jetzt suchen die Sowjets durch einen Wall von weißen Siedlern im Amurgebiet die japanische Gefahr zu bannen. Ob ihnen dies aber gelingt mit einem Menschenmaterial, dem alle religiösen, ethischen und nationalen Ideale aus dem Herzen gerissen sind, das mit dem Amurland durch nichts verbunden ist als die vorläufig gewährte — Steuerfreiheit, muß ernstlich bezweifelt werden! Japan wird jedenfalls schwerlich ruhen, ehe nicht ganz Ostasien bis zum Baikalsee japanisch geworden ist; ja, vielleicht wird es sich nicht einmal damit begnügen. Die ganz offizielle Ankündigung, die beim Austausch der Ratifikationsurkunden über den von Japan erzwungenen Verkauf der russischen Mandschureibahn (März 1935) vom japanischen Bevollmächtigten, General Matsui, dem russischen Gesandten Jurenew gemacht wurde, beleuchtet jedenfalls Japans rassenpolitische Ziele mit fast brutaler Deutlichkeit:

„Das Gebiet östlich des Ural wird von verschiedenen asiatischen Völkern bewohnt ... Über die nationale Frage der zur Sowjetunion gehörenden europäischen Völker wollen wir nicht reden. Wohl aber haben wir das Recht, über die asiatischen Völker mitzusprechen, da dieses Problem uns nahe angeht ... Es scheint so, als ob die seit langem unter fremdem Joch schmachtenden Völker Asiens bald selber ihr nationales Wesen verstehen und begreifen werden. Die Erweckung der nationalen Idee und der Aufruf zur Selbsterkenntnis aller Mongolen und Burjäten ist unsere Pflicht, und wir werden diese unter allen Umständen erfüllen."

Damit hat Japan seinen Anspruch auf Führung aller mongolischen Stämme in ganz Asien unmißverständlich angemeldet. Gelingt es ihm, dies Ziel zu erreichen, dann mag das Mongolentum leicht seine Kräfte sammeln und im 21. oder 22. Jahrh. auf einer räumlich eng gewordenen Erde zum entscheidenden Kampf auf Tod und Leben gegen die weißen Völker zu Felde ziehen.

Wenn wir aus solchen Zukunftsaussichten eines für unsere unmittelbare Gegenwart und die Zukunft lernen wollen, so ist es die eindringliche Mahnung, daß die Völker der weißen Rasse Wichtigeres zu tun haben sollten, als ihre europäischen Zwistigkeiten und kleinlichen Zänkereien widereinander auszufechten. Der frühere südafrikanische Premierminister Smuts hat vollkommen recht gehabt, wenn er in einer aufsehenerregenden Rede, die er am 9. Februar 1935 in Kapstadt vor dem Südafrikanischen Institut für internationale Fragen hielt, alle heutigen europäischen Konflikte, im Vergleich mit dem, was sich am Stillen Ozean zusammenbraut, als „belanglose Familienstreitigkeiten" (petty family squabbles) bezeichnete.

Kommende, riesenhafte Zusammenstöße zwischen Weiß und Gelb werden unvermeidlich sein; sie kündigen sich noch undeutlich, aber doch erkennbar an. In Japan haben führende Staatsmänner und Militärs der weißen Rasse, zumindest soweit sie kolonialen Raum in Asien beansprucht, bereits wiederholt den Fehdehandschuh hingeworfen. Im Memorandum an den Kaiser, das der japanische Premierminister Tanaka am 25. Juli 1927 aufsetzte, wurde eine japanische Eroberung von China, Indien, Zentralasien und aller Südseeinseln gefordert. Der Generalleutnant Hayao Tada schrieb in einem Buche: „Japans große Mission ist die Befreiung der Asiaten von der weißen Rasse." Der frühere Kriegsminister Araki erklärte 1935 in einer Neujahrsansprache ans Heer, der kaiserlich japanische Geist müsse der beherrschende Geist aller Menschen werden, und der gegenwärtige japanische Ministerpräsident

Digitized by Google

Fürst Konoye schrieb kürzlich, Asien wolle nicht mehr länger koloniales Anhängsel oder ein Besitz westlicher Mächte sein. Es ziehen also von Osten und auch von Süden (Afrika!) Rassenkonflikte drohend herauf.

Mögen die weißen Rassen sich nicht vorher selber durch neue Weltkriege nach dem Muster des 1914—1918 ausgefochtenen allzu sehr geschwächt haben, wenn eines Tages die größten Rassenkämpfe der Geschichte verderblich heranbrausen und die „Krise des weißen Mannes" (Colin Roß) heraufdämmert!

Nur allzu berechtigt ist daher die ernste Warnung, die Hans Günther schon 1929 ausgesprochen hat[1]):

„Der Weltkrieg war für alle von ihm betroffenen Völker eine Entwertung und erbgesundheitliche Schwächung, die den Einsichtigen erschaudern machen ..., die aber aufmerksam verfolgt werden von allen Völkern außereuropäischer Rasse, welche das Aussterben der Führerschaften Europas herbeiwünschen."

Sollte es nicht möglich sein, daß ein neuer Staatsmann nach dem Beispiel Bismarcks, dem die Einigung der deutschen Stämme gelang, auch eine Einigung der Völker weißer Rasse zur Abwehr der farbigen Gefahren herbeiführt? Es wird hier bald genug um Sein und Nichtsein der weißen Rasse überhaupt gehen!

d) Weltanschauliche Triebkräfte im staatlichen Geschehen.

Eine Überschätzung der geopolitischen Einflüsse auf das Leben der Staaten wird am ehesten vermieden werden, wenn man sich in aller Kürze davon Rechenschaft gibt, in wie großem Umfange auch geistige Strömungen im staatlichen Leben ausschlaggebende Bedeutung erlangen können. Es ist unverkennbar, daß schon das im letzten Abschnitt behandelte Nationalbewußtsein unserer Tage zu diesen geistigen Strömungen zu rechnen ist, und gerade wir Deutschen haben es ja in den letzten fünf Jahren zu unserer Freude und Genugtuung verspürt, wie stark die Gesundheit des Staates durch ein kraftvoll entwickeltes und sorgsam gepflegtes Nationalbewußtsein gefördert werden kann.

Dem geschichtlich rückschauenden wie dem unser heutiges politisches Geschehen musternden Blick zeigen sich jedoch noch weitere, rein geistige Triebkräfte, die sich den geopolitischen Einflüssen wie den rein wirtschaftlichen Beweggründen im staatlichen Geschehen in sehr bedeutsamer und zuweilen ausschlaggebender Weise hinzugesellen. Es ist dies einmal das religiöse Element, das in früheren Zeiten oft ein politischer Faktor ersten Ranges war, und weiterhin die allgemein weltanschauliche Bewegung, die in unseren Tagen immer häufiger politische Kräfte miteinander ringen läßt und die am raschesten gekennzeichnet wird, wenn man das Wort „Bolschewismus" ausspricht.

Auch diese Triebkräfte von hoher politischer Bedeutung seien daher kurz beleuchtet.

1. Religion und staatliche Bestrebungen.

Im allgemeinen bewegen sich staatliche und religiöse Bewegungen auf durchaus verschiedenen Ebenen. Wo die staatlichen Forderungen sich gegen die Interessen eines anderen Landes und Volkes richten, spielte die Frage, ob die feindlichen Parteien sich zur gleichen Religion bekannten oder nicht, zumeist eine durchaus untergeordnete

1) Hans Günther, Rassenkunde Europas. München 1929, S. 311.

Digitized by Google

Rolle. Wohl hat des öfteren in der Geschichte Herrschsucht die religiösen Bestrebungen als Aushängeschild für imperialistische Bestrebungen benutzt. Chlodwigs Vorgehen gegen die arianischen Westgoten, Karls des Großen Sachsenkrieg, die Eroberung des Azteken- und Inkareiches durch die Spanier, die explosionsartige Ausbreitung der Araberherrschaft im 8. und 9. Jahrh., die Schaffung des Königreichs Jerusalem um 1100 und manche ähnlichen Vorkommnisse der Geschichte liefern hierfür Beispiele. Das gesamte Zeitalter der Kreuzzüge zeigt die enge Verquickung zwischen staatlichen Machtansprüchen und Glaubensfragen. Insbesondere der höchst merkwürdige vierte Kreuzzug (1202 bis 1204) ist ein sehr lehrreiches Beispiel, da sich in ihm die militärische Stoßkraft des Kreuzfahrerheeres schließlich gar nicht gegen die „ungläubigen" Sarazenen wandte, sondern gegen das christliche byzantinische Reich, dessen Hauptstadt Konstantinopel am 12. April 1204 die schlauen Venetianer als Siegesbeute einstecken konnten.

In allen den wilden Glaubenskämpfen des 16. und 17. Jahrh. zwischen Katholiken und Protestanten, Calvinisten, Zwinglianern, Hugenotten usw. waren gleichfalls oft genug staatliche und dynastische Begierden nur in ein religiöses Gewand gekleidet, um sich ein „gottwohlgefälliges" Ansehen zu geben. Daß dabei sehr oft ehrlicher Glaubenseifer die Staatsmänner und Fürsten beseelte, darf natürlich keinen Augenblick verkannt werden. Aber man wird doch z. B. nicht leicht entscheiden können, ob der an sich aufrichtig fromme König Gustav Adolf 1630 bei seinem Eingreifen in den deutschen Krieg mehr von imperialistischem Streben nach einem allschwedischen mare nostro (S. 72) an allen Küsten der Ostsee geleitet wurde oder von dem Wunsche, seine protestantischen Glaubensgenossen in Norddeutschland vor der Überrennung durch den Katholizismus zu bewahren.

Ältere Zeiten kannten solche Glaubenskämpfe, wie sie die neue Zeit so oft gesehen hat, nur ganz ausnahmsweise. Immerhin ist nicht zu verkennen, daß in den Kriegen der Parther und der Juden gegen den Syrerkönig Antiochos IV. (175—164 v. Chr.) sich nicht nur das parthische und das jüdische Volk gegen die hellenische Diadochenherrschaft, sondern gleichzeitig auch die Religionen des Zarathustra und des Moses gegen den griechischen Götterhimmel auflehnten.

Ihre stärkste Ausbildung als politischer Faktor von überragender Bedeutung hat die Religion im Papsttum und im Kirchenstaat erfahren, die im Mittelalter neben dem deutschen und dem byzantinischen Kaisertum lange die stärkste politische Großmacht überhaupt darstellten. Der Anschauung des Mittelalters entsprechend, war ja der Papst Gottes Stellvertreter auf Erden, und da alles Erdreich Gott gehörte, durfte auch der Papst in weitem Umfang darüber bestimmen, welchen Herrschern die einzelnen Länder gehören sollten.

Die vorhandenen Staaten, die im ausgehenden Mittelalter, abgesehen von dem einzigen Freistaat Island (bis 1262), sämtlich Monarchien waren, gehörten Herrschern „von Gottes Gnaden"; die neuentdeckten Länder aber unterstanden im 14. und 15. Jahrh. der Verfügung des Papstes. Dieser bestimmte, nachdem 1341 die Kanarischen Inseln neu entdeckt worden waren, einen gewissen Luis de la Cerda, einen spanischen Prinzen, zum (vorübergehenden) König dieser Inseln („Fürstentum Fortunia"); der Papst vergab 1454 und 1481 die von den Portugiesen neuentdeckten Teile der Erde an den König von Portugal als Herrschaftsgebiete; der Papst legte nach der Entdeckung von Amerika durch Columbus durch seinen Vorschlag vom

Digitized by Google

3./4. Mai 1493 die „Demarkationslinie" von Pol zu Pol fest, welche die spanischen und portugiesischen Teile der überseeischen Welt voneinander scheiden sollte und auf deren Anerkennung sich dann Spanien und Portugal im Vertrag von Tordesillas (1494) einigten.

Als gleichzeitiges Oberhaupt der weltlichen und der geistlichen Macht waren ferner der russische Zar und der türkische Sultan Beispiele für die enge Beziehung zwischen Kirche und Staat, wie sie noch im 19. Jahrh. bestand. In allen „heiligen Kriegen" von der Zeit der Kreuzfahrer bis zur türkischen Teilnahme am Weltkrieg gingen politische Wünsche und religiöse Ideale Hand in Hand.

Auch sonst kennt aber die Geschichte in nicht ganz seltenen Fällen staatliche Priesterherrschaften, wie sie etwa schon im alten Ägypten eine wohlbekannte Erscheinung waren und wie sie sich bis auf unsere Tage am charakteristischsten in dem seltsamen Lamaismus Tibets erhalten hat, wo der oberste Priester, der Dalai Lama, zugleich das staatliche Oberhaupt ist und in Zeiten, da der als kleines Kind erwählte Dalai Lama noch minderjährig ist, sein Stellvertreter, der Taschi Lama.

Ein typisches Staatsgebilde, das aus religiösen Ideen seinen Ursprung nahm, war weiterhin das zweimal zum Leben erweckte, aber immer nur kurzlebige Königreich Jerusalem (1099—1187 und 1229—1244) im Zeitalter der Kreuzzüge.

Ferner verdienen in diesem Zusammenhang die aus Ritter- und Mönchsorden hervorgegangenen Staatengebilde Beachtung, so die Johanniterstaaten auf Rhodos und später Malta und vor allem das großartige Gebilde des Deutschen Ordensstaates, der im Höhepunkt seiner Entwicklung (1309—1410) als Küstensaumstaat von der Weichsel bis zum Finnischen Golf reichte. Auch der vom Jesuitenorden gegründete, seltsame Jesuitenstaat in Paraguay sei als interessantes Beispiel genannt, der von 1609 bis 1767 bestand und der sich ausschließlich aus weißen Jesuiten und Indianern zusammensetzte, während kein sonstiger Weißer daselbst geduldet wurde.[1])

Seit dem 17. Jahrh. sind die Beziehungen zwischen religiösem Leben und staatlichem Geschehen lockerer geworden. Das Erwachen der Völker Europas zum nationalen Leben hat der Religion im staatlichen Dasein ihre Bedeutung großenteils genommen. Allerdings gilt dies nur für die Kulturnationen. Bei primitiveren Völkern stehen auch noch heute gelegentlich die religiösen Belange über den staatlichen.

Selbst der einst so mächtige Kirchenstaat des Papstes hat im Lauf des 19. Jahrh. seine Bedeutung so gut wie vollständig eingebüßt. Nach der Einigung Italiens und der Besetzung Roms durch die nationalen Truppen (20. September 1870) schien der Kirchenstaat völlig verschwunden zu sein, und der grollende Papst, der den Verlust seiner weltlichen Machtstellung nicht verwinden konnte, betrachtete sich selbst als den „Gefangenen des Vatikans". Mussolini hat aber seinen Frieden mit dem Papst geschlossen und durch den Lateranvertrag vom 11. Februar 1929 den Kirchenstaat als ein staatliches Zwerggebilde[2]) von nur 0,44 qkm Umfang und einigen hundert Einwohnern formell wieder anerkannt.

1) Näheres über diesen blühenden und glücklichen Staat im Aufsatz von Hedwig Weiß-Sonneberg, Der Jesuitenstaat in Paraguay, in der „Deutschen Rundschau", Septemberheft 1937, S. 176.

2) Räumlich ist die Vatikanische Stadt der kleinste Staat Europas, kleiner noch als Monaco oder San Marino. Bezüglich der Kopfzahl aber gibt es noch einen kleineren europäischen

Digitized by Google

Sicherlich hat in den letzten 100—200 Jahren die Religion nur noch eine sehr bescheidene Rolle in der hohen Politik der Staaten und in der Weltpolitik gespielt. Dies kann sich aber in Zukunft leicht ändern, ganz besonders im Raume des mohammedanischen Bekenntnisses, von dem schon oben die Rede war. Das nationale Erwachen der zahlreichen Völker, die sich zum Islam bekennen, ist stark religiös verbrämt und wird zugleich als Kampf der mohammedanischen Völker gegenüber den christlichen Kolonialmächten, als Ringen des Islams um seine Gleichberechtigung gegenüber dem Christentum, hingestellt. Gegenwärtig (Frühjahr 1938) spüren dies die Engländer in Palästina, die Franzosen in Syrien und in dem sehr auffässig gewordenen Marokko gar sehr am eigenen Leibe. Durch den Glaubensfanatismus erhalten die nationalen Bestrebungen der islamitischen Völker unstreitig eine bedrohlich gesteigerte Schwungkraft.

Höchst charakteristisch in dieser Hinsicht sind auch die neuen, engen Bündnisse mohammedanischer Staaten untereinander: der zwischen der Türkei, Iran, Afghanistan und dem Irak am 8. Juli 1937 im Schlosse Saadabad bei Teheran geschlossene Vierbund[1]), zu dem in jüngster Zeit durch den unter der Ägide Ibn Sauds vereinbarten Dreibund Saudi-Arabien—Ägypten—Irak ein bedeutungsvolles Seitenstück entstanden ist, so daß die Möglichkeit eines panmohammedanischen Staatenbundes am Horizont sichtbar wird.

Nicht unerwähnt bleibe in diesem Zusammenhang ferner die enge Bindung zwischen politischer Bewegung und religiöser Einstellung, die wir gegenwärtig in den Beziehungen Irlands zu England erleben: die irischen Katholiken, die besonders strenggläubig zu sein pflegen, sind in der Regel stark englandfeindlich; die irischen Protestanten dagegen stehen England erheblich freundlicher gegenüber.

Zum Schluß sei darauf hingewiesen, daß England gerade die scharfen religiösen Gegensätze zwischen den indischen Mohammedanern und den buddhistischen Hindus von jeher in besonders geschickter Weise ausnützt, um seine eigene politische Herrschaft im indischen Raum sicherzustellen. Die Engländer hofften in Palästina dasselbe Experiment zu ihrem Nutzen machen zu können, indem sie dauernde Zwietracht zwischen Juden und Arabern schufen. Es scheint aber, daß sie sich hier verrechnet haben und daß sie sich an dem von ihnen leichtfertig angelegten Brand in Palästina schließlich selber bös die Finger verbrennen werden.

2. Bolschewismus und staatliches Wohlergehen.

An Stelle der religiösen Belange, deren einst so bedeutender Einfluß auf das staatliche Geschehen heute im Schwinden begriffen ist, sind in unserem 20. Jahrh. immer stärker andere weltanschauliche Fragen zu Triebkräften im politisch-weltanschaulichen Geschehen geworden. Der Bolschewismus ist gewissermaßen zu einer neuen Religion, zu einem wirtschaftlichen Glaubensbekenntnis für Millionen von Menschen

---

Staat: die zu den Normannischen Inseln gehörige, malerische Kanalinsel Sark, die zwar zum Imperium, aber nicht zu England gehört, sondern seit 1565 einen eigenen, schuldenfreien Zwergstaat von 5 qkm Fläche und mit 675 französisch sprechenden Bewohnern bildet und von einer eigenen Herrscherin, der „Dame von Sark", regiert wird.

1) Vgl. Gotthard Jäschke, Der Vertrag von Saadabad in der „Zeitschrift für Politik", 1937, S. 495.

Digitized by Google

geworden, und in der Nachkriegszeit ist der Kampf für und wider diesen Bolschewismus von Jahr zu Jahr mehr zu einer hochpolitischen Frage erster Ordnung fast für alle Kulturvölker geworden. Der Bolschewismus sucht quer über die nationalen Belange und die geopolitischen Zwangsläufigkeiten hinweg neue politische Bindungen zwischen allen Menschen zu schaffen, die der kommunistischen „Heilslehre" ergeben sind, und hat immerhin erreicht, daß in den letzten Jahren an Stelle der ehedem üblichen Bündnissysteme nach staatlich-politischen oder dynastischen Gesichtspunkten im heutigen Europa die Staatenbündnisse und Staatengegensätze in steigendem Maße von solchen weltanschaulichen Motiven bestimmt werden. Wenn es im mittelalterlichen Deutschen Reich hieß: hie Welf, hie Waiblingen!, so teilt sich das heutige Europa sichtlich immer stärker in zwei Staatengruppen ein, gemäß dem Schlachtruf: hie Bolschewismus, hie Faschismus! Dabei hat es durchaus den Anschein, als ob dieses neue, weltanschauliche Ringen — neben den nationalen Gegensätzen — in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eine noch stets wachsende Bedeutung im weltpolitischen Geschehen erlangen wird.

Die bolschewistische Lehre als radikalste und ethisch minderwertigste Konsequenz des marxistischen Irrwahns hebt allein das wirtschaftlich-materialistische Element auf den Schild und stellt geradezu die Verneinung völkischer Kräfte und der sittlichen, höheren Werte der Menschheit dar. Im 19. Jahrh. konnte der damals noch gemäßigte Marxismus für die hohe Politik erst geringe Bedeutung erlangen. Das „demokratische Zeitalter" geht aber gegenwärtig offensichtlich am Marxismus zugrunde. Die Demokratie mit ihrem Parteiwesen und ihren Parteikämpfen war den staatlichen Bedürfnissen des vorigen Jahrhunderts angepaßt und stellte für die staatliche Gesundheit keine Gefahr dar, solange alle größeren und ausschlaggebenden Parteien der einzelnen Völker einig waren in der Staatsbejahung und im Willen, dem Staat als solchem zu geben, was des Staates ist. Erst als der Marxismus größer und größer wurde, der dem Staat zumindest gleichgültig, oft geradezu feindlich gegenüberstand, wurde die demokratische Verfassung zur Gefahr, denn Schwächung des bestehenden Staates zum Zwecke seiner Eroberung durch den Marxismus wurde ein Hauptleitmotiv der marxistischen Führer. Aus den radikalen Sonderbestrebungen des Nihilismus, Anarchismus, Syndikalismus, Kommunismus usw., die nur im Verneinen des Bestehenden einig sind, ging dann im 20. Jahrh. seit dem Weltkrieg als Sieger der russische Bolschewismus hervor, der durch die zweite russische Revolution vom 7. November 1917 das einstige Zarenreich in seine Gewalt brachte und der seitdem unablässig bestrebt ist, auch alle anderen Länder der Erde zu erobern und in dauernder Unruhe zu erhalten, um eine „Weltrevolution" herbeizuführen.

Man kann nicht sagen, daß dem Bolschewismus seit seiner blutigen Machtergreifung in Rußland noch weitere große Erfolge beschieden gewesen sind. Er hat einige der zum alten Zarenreich gehörenden Außenländer zurückerobern und verseuchen können, wie die Ukraine, Georgien, Sibirien, Mittelasien, hat darüber hinaus noch ein paar weitere schwache Grenzländer sich einverleiben können, wie die Äußere Mongolei, Tannu Tuwa und die chinesische Westprovinz Sinkiang. Sonst aber blieben ihm, abgesehen von lokalen und vorübergehenden Erfolgen, entscheidende Fortschritte von Dauer versagt. In den vom Bolschewismus zumeist bedrohten russischen Nachbarländern setzten sich zumeist die Abwehrkräfte durch: aus der scharf antibolschewistischen Einstellung aber ging allenthalben der autoritäre Staat, die faschistische Bewegung

Digitized by Google

hervor, die der marxistischen Gefahr dadurch Herr wurde, daß sie die Demokratie als Nährgarten des Bolschewismus erkannt und im wesentlichen beseitigt hat.

Zuerst befreite sich vom Bolschewismus Finnland, das im Winter 1917/18 von rotrussischen Heeren überschwemmt wurde, das aber mit Hilfe deutscher Truppen der Gefahr Herr wurde und sich nach der Rückeroberung von Helsingfors (13. April 1918) als erster europäischer Staat der autoritären Staatsführung verschrieb. Ein Jahr später folgten die baltischen Staaten, die sich der eindringenden rotrussischen Truppen ebenfalls mit Hilfe deutscher Freiwilliger erwehrten (Eroberung Rigas durch die „Baltikum-Kämpfer" am 22. Mai 1919), abermals ein Jahr später Polen unter Führung des Marschalls Pilsudski mit französischer Hilfe (das „Wunder an der Weichsel" im August 1920). Inzwischen hatte sich auch Ungarn der bolschewistischen Schreckensherrschaft eines Bela Khun (Frühjahr 1919) mit Gewalt entledigt, ebenso das schwer bedrohte Bayern (Mai 1919). Es folgte dann als weithin sichtbares Fanal des großen Mussolini „Marsch auf Rom" (28. Oktober 1922), wodurch in Italien die bolschewistische Gefahr abgewürgt und der Faschismus Sieger wurde.

Seither hat sich eine bemerkenswert große Zahl weiterer Länder dem System der autoritären Staatsführung verschrieben, wodurch allenthalben die marxistischen und kommunistischen Unruhestifter zu Paaren getrieben und auf absehbare Zeit unschädlich gemacht wurden. Fast alle Nachbarländer Sowjetrußlands sind heute scharf antikommunistisch eingestellt oder doch im Begriff, den Kommunismus zu unterdrücken. Entscheidend für die Moskauer Weltrevolutionspläne war aber doch, daß das Deutsche Reich, das man schon für den Kommunismus gewonnen glaubte, durch unerwartet starke Widerstände (Stahlhelm, NSDAP.) und zuletzt vor allem durch Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933 ebenfalls in die Front der „faschistischen" Staaten einschwenkte und damit dem Bolschewismus den schwersten Schlag versetzte, der ihm seither überhaupt zugefügt worden ist. Der bevorstehende, gleiche Mißerfolg Moskaus in Spanien mag leicht auch ein Erwachen Rußlands selbst nach sich ziehen, auf das schon viele Symptome hindeuten.

Die Zahl der autoritär regierten Staaten, die Bollwerke gegen den Kommunismus geworden sind und dem demokratisch-parlamentarischen Getriebe alter Prägung die Tür gewiesen haben, ist heute schon bemerkenswert groß, wenn auch ihre Entwicklung im einzelnen untereinander schwer vergleichbar ist. Dem Faschismus (im erweiterten Sinne des Wortes) verschrieben haben sich gegenwärtig: Brasilien, Deutschland, Estland, Finnland, Iran, Italien, Polen, Portugal, Rumänien, Südslawien, die Türkei, Ungarn. Bald dürfte — hoffentlich — auch Spanien endgültig in diese Liste gehören; China war ebenfalls im Begriff, den Kommunismus niederzuringen, ist aber durch den gegenwärtigen Krieg mit Japan in diesem Streben wieder zurückgeworfen worden, scheint sogar gezwungen zu sein, sich die versteckte Waffenhilfe Sowjetrußlands gefallen zu lassen, um sich des japanischen Imperialismus zu erwehren.

Demgegenüber sind sich die Staaten, die sich als „Vorkämpfer der Demokratie" zu bezeichnen pflegen, der schweren Gefahr, die ihrer staatlichen Gesundheit vom Bolschewismus droht, noch nicht ausreichend bewußt geworden. Ihnen allen dürfte die entscheidende Auseinandersetzung zwischen Faschismus und Bolschewismus noch früher oder später bevorstehen, die gegenwärtig Spanien bis in seine Grundfesten erschüttert. Frankreich, vielleicht auch Belgien, sind am unmittelbarsten bedroht und werden den spanischen Leidensweg bald ebenfalls gehen müssen, wenn nicht eine

Digitized by Google

starke Retterhand, nach dem Beispiel eines Hitler, Horthy, Mannerheim, Mussolini, Pilsudski, noch in zwölfter Stunde den Staatswagen vom Abgrund zurückreißt. Auf die Dauer werden aber wohl auch England und die Vereinigten Staaten, die sich gegenwärtig — zu Unrecht — noch immun gegen das bolschewistische Gift wähnen, der Demokratie den Scheidebrief schreiben müssen, um dem wachsenden Kommunismus das Wasser abzugraben. Die Demokratie wäre eine ideale Staatsform, wenn mit der Zahl der Gesetzgeber auch die Weisheit der Gesetze wüchse. Die Geschichte lehrt uns jedoch immer wieder, daß sich in der politischen Masse nicht der Verstand summiert, sondern meist nur der Unverstand.

In einer Zeit, da überall das politisch getarnte Verbrechertum sich organisiert und alle Kultur, Religion und Moral von bolschewistischer Zerstörungswut, von der Herrschaft der Minderwertigen und Untermenschen bedroht wird, kann allein die autoritäre Staatsführung die Völker vor dem Unheil schützen. Wenn der frühere englische Minister Eden 1937 in einer Rede der Meinung Ausdruck gab, nur die Demokratie könne als ein wirksamer Schutzwall gegen den Kommunismus angesehen werden, so war Herr Eden in einem ansehnlichen Irrtum befangen: bisher ist jedenfalls häufiger die Demokratie eine Vorfrucht des Kommunismus gewesen als ein Schutz davor! In England wird man dies eines Tages zu seinem Leidwesen gleichfalls erkennen. In solchen Zeiten der Unrast, wie wir sie durchleben, da in Gestalt des asiatischen Bolschewismus von Osten her eine neue hunnische und mongolische Vernichtungswoge gegen Europa heranbrandet, ist die zuträglichste Staatsform für die Völker das, was man früher „aufgeklärten Absolutismus" nannte, eine Regierung (gleichgültig, ob mit monarchischer oder republikanischer Spitze), die allein das Wohl von Volk und Staat im Auge hat und die ihr Ziel mit ehrlichem Wollen und Können zu meistern weiß.

Jedenfalls sind in das weltpolitische Geschehen unserer Tage durch Marxismus und Bolschewismus ganz neue Triebkräfte hineingetragen worden, die älteren Zeitperioden unbekannt waren. Was in älteren Jahrhunderten dynastische Bestrebungen und religiöse Gegensätze im politischen Leben waren, sind in unseren Tagen die Fragen weltanschaulicher Art geworden, die in dem schon erwähnten Kampfruf: Hie Faschismus, hie Bolschewismus! am einfachsten und kürzesten auszudrücken sind. In Deutschland und Italien, die jahrelang von den Umschlingungen der bolschewistischen Hydra fast erstickt wurden, hat man zweifellos einen klareren Blick für diese Zusammenhänge als in den „demokratischen" Ländern des Westens. Wie in Spanien, wird ja wohl auch in der ganzen Welt der schließliche Sieg in dem großen weltanschaulichen Ringen dem Faschismus zufallen.

Dieser Faschismus, der vor allem den völkischen Gedanken auf den Schild erhebt, bekämpft im Bolschewismus die Weltanschauung, die nationale und rassenmäßige Unterschiede zwischen den Völkern leugnet oder zumindest zugunsten internationaler Klassengegensätze aufheben will. Wie sehr die von ihr angestrebten Klassenquerverbindungen über die Nationen hinweg ihr Denken beherrschen, hat besonders grell die vom sowjetrussischen Außenkomissar Litwinow-Finkelstein auf der Mittelmeerkonferenz in Nyon am 10. September 1937 gehaltene Rede beleuchtet, worin es hieß, die Sowjetunion könne es nicht dulden, daß „ihr Staatsbesitz" (!) in Spanien durch die nationale Erhebung des Generals Franco vernichtet werde! Es ist schwerlich ein Zufall, daß es gerade ein Jude war, der in so krasser Weise die internationalen Quer-

Digitized by Google

verbindungen der bolschewistischen Weltanschauung betonte; den entwurzelten Elementen des internationalen Judentums ist eine solche Absage an das nationale Empfinden naturgemäß am allerwenigsten fremd. — Aber nicht nur diese internationalen Luftschlösser bekämpft die faschistische Weltanschauung, sondern darüber hinaus auch die vom Bolschewismus gepredigte Irreligiosität, die den Menschen alle religiösen und kirchlichen Werte rauben, und sein kollektivistisches Streben, das die Familie und das Privateigentum abschaffen will. Das Antikomintern-Abkommen, das Deutschland und Japan am 25. November 1936 zur Bekämpfung des Kommunismus abgeschlossen haben und dem Italien am 6. November 1937 beigetreten ist, weist den Weg, wie man der bolschewistischen Pest des Untermenschentums wirksam beizukommen vermag. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß sich immer weitere Staaten dieser Antikomintern-Bewegung anschließen werden.

Welchen furchtbaren kulturellen Rückschlag die bolschewistische „Heilslehre" mit sich bringt, davon zeugt in erschütternder Weise das unglückliche heutige Rußland, das sich vielleicht erst in hundert oder mehr Jahren von dem wirtschaftlichen und moralischen Zusammenbruch der seit 1917 wütenden Bolschewistenherrschaft zu erholen vermag. Über 11 Mill. Bewohner des unglücklichen Landes sind in 20 Jahren durch die Sowjets ums Leben gebracht worden. Hat doch Lenin einmal ganz offen und zynisch ausgesprochen, wie er sich den Bolschewismus denkt: „Die Herrschaft der Sowjets kennt weder Freiheit noch Gerechtigkeit. Sie ist bewußt aufgebaut auf Unterdrückung jedes Einzelwillens." Die faschistischen Vorkämpfer der Idee vom autoritären, nationalen Staat sind daher in Wahrheit auch die Vorkämpfer des menschlichen Fortschritts und der gesamten Menschheitskultur gegenüber dem nur-animalischen Triebleben des Untermenschentums! Ruhe wird freilich in die schwer erschütterte Welt erst wieder kommen, wenn auch das unglückliche Rußland von der bolschewistischen Knechtung wieder frei geworden sein wird, wofür die Aussichten immerhin nicht ungünstig sind.

Das Endergebnis dieses Ringens politischer Weltanschauungen in unseren Tagen dürfte, wenn wirklich der Faschismus Sieger bleibt, eine sehr bedeutende Stärkung des Nationalbewußtseins bei allen Kulturvölkern der Welt sein. Dies Ergebnis kann nur als erfreulich bezeichnet werden. Es zeigt sich immer wieder, daß in faschistisch gesinnten Kreisen die Achtung vor fremdem Volkstum viel leichter zu finden ist als in demokratisch oder gar marxistisch regierten Staaten. Im Herrschaftsbereich des Bolschewismus wird die Freiheit des Individuums und die politische Gedankenfreiheit ebensowenig eine Stätte haben wie Treu und Glauben, Religion, Ehre und Wohlstand. Wo der Faschismus Fuß gefaßt hat, der mit einem hochgesteigerten nationalen Ehrgefühl Hand in Hand geht, wird mit allen sonstigen höheren ethischen und kulturellen Werten auch das fremde Volkstum viel höher geachtet und respektiert werden. Sollte Europa dereinst eine Gemeinschaft von lauter autoritär regierten Staaten werden, so mag noch am allereheften ein Idealzustand erreicht werden, wie ihn Lessing mit den Worten gezeichnet hat:

Nur muß der Eine nicht den Andern mäkeln;
Nur muß der Knorr den Knubben hübsch ertragen,
Daß er allein nicht sei der Erd' entsprossen!

Digitized by Google

III. Die Ausschaltung geopolitischer Einflüsse bei der Staatengestaltung.

Männer machen die Geschichte!
Heinr. v. Treitschke.

a) Die Rolle der großen Persönlichkeit in der Geschichte.

Die Aufstellung der geopolitischen Gesetze in der geographisch-historischen Entwicklung, wie sie vorstehend versucht wurde, kann und darf natürlich niemals auf unbedingte Allgemeingültigkeit Anspruch machen. Das menschliche Leben und die Beziehungen der menschlichen Gemeinschaft zueinander sind zu vielgestaltig, zu buntscheckig bewegt, als daß ihr Ablauf sich stets in starre und seelenlose Formeln einzwängen ließe, von denen keinerlei Abweichungen gestattet sind. Wie ein klassisches Musikstück in einer bestimmten Grundtonart steht und dennoch durch viele andere Tonarten variieren kann, so geht es auch mit jenen geopolitischen Gesetzen.

Max Georg Schmidt hat vollauf recht, wenn er einmal äußert:[1])

„Der Staat steht nicht ausschließlich unter dem Raumschicksal, wenn auch das geographische Gesicht unverändert bleibt und die Raumeinflüsse im Gang der Geschichte immer wieder zur Geltung kommen ... Die Raumgebundenheit wird durch die staatliche Politik gelockert und verfärbt."

Die geopolitischen Gesetze wollen und können daher lediglich die Grundlinien der Entwicklung aufdecken. Ob im Einzelfall Abweichungen von der Regel auftreten oder nicht, das entscheiden von Fall zu Fall noch gar mannigfache Umstände. Und das unberechenbarste Element selbst in den ganzen schwierigen Fragen der Geopolitik ist der Mensch selbst! Zum Raum gesellt sich der Held, der ihn überwindet.

In vielen Fällen gelingt eine vorübergehende oder dauernde Ausschaltung aller Regeln der Geopolitik dem angestrengten menschlichen Willen. Solche Vorkommnisse beweisen gar nichts gegen die Richtigkeit der Regeln selbst, sondern lediglich, daß sie keine Allein- und Allgemeingültigkeit haben, weil eben die menschliche Psyche in ihrer Unberechenbarkeit den normalen Ablauf zu behindern und anders zu formen vermag. Der Mensch zerschlägt oder sprengt wohl auch einmal die Eisdecke eines Flusses und bringt ihn zum Strömen, aber das Naturgesetz, daß bei hartem Frost die Gewässer zufrieren, bleibt dennoch richtig.

Ein Lehrbuch der Geopolitik ist so wahr wie ein Lehrbuch der Naturwissenschaft. Nur Gedankenlosigkeit kann darin seelenlose Kochbücher sehen, deren „Rezepte" überall und immer anwendbar sein müssen. Der Mensch ändert mit technischen Eingriffen zahllose naturwissenschaftliche Gegebenheiten und beugt sie seinem Willen,

1) M. G. Schmidt, Die Raumseiten der Staaten, im „Geogr. Anzeiger" 1936, 134f.

Digitized by Google

ohne dennoch an den naturwissenschaftlichen Grundgesetzen im geringsten zu rütteln. Genau ebenso vermag er zu seinen Gunsten Eingriffe in geopolitische Voraussetzungen vorzunehmen; aber die Richtigkeit der geopolitischen Regeln wird davon nicht im geringsten berührt.

Gelegentlich ist das Wort gesprochen worden[1]):

„Die Umwelt ‚zwingt' nicht. Sie bietet nur Möglichkeiten, die der Mensch nutzen oder unbeachtet lassen kann."

Dieses Wort ist nur bedingt richtig, nämlich solange die Freiheit des menschlichen Willens, zu nutzen oder unbeachtet zu lassen, keine Lebensnotwendigkeiten berührt. Der Satz ist aber falsch, wenn er etwa besagen will, der Mensch sei in seinen Entschlüssen ganz frei und erhaben über den Zwang der Umwelt. Primitive Bewohner karger Meeresküsten müssen das Meer befahren und Fischfang treiben, wenn sie nicht zugrundegehen wollen, während in der Wüste der Mensch niemals existieren könnte, der sich gewöhnt hat, nur von Fischnahrung zu leben. Hier „zwingt" also die Umwelt den Menschen unstreitig, sich ihr anzupassen!

So wichtig die geopolitischen Gesetze sind, man hüte sich vor der Versuchung, sie zur alleinigen und obersten entscheidenden Instanz in allem historischen Geschehen zu stempeln! Ein „geopolitischer Fatalismus" (Hans Günther), der alles menschliche Wollen als belanglos und aussichtslos hinstellen möchte, ginge genau so in die Irre wie eine Verachtung aller naturwissenschaftlichen und geopolitischen Gesetze, die den Einfluß der Natur auf die staatlichen Geschicke geringschätzt und nichts unerreichbar für das Streben und Können des Menschen hält. Prometheische Überschätzung des eigenen Könnens, der Glaube, daß ein Übermensch in der Lage sein müsse, die Gesetze der Schwerkraft im politischen Geschehen aufzuheben, ließen zuletzt selbst ein Genie wie Napoleon scheitern.

Schlimmer aber noch wäre es, wenn eine gegenteilige politische Weltauffassung sich durchsetzte, daß jedes menschliche Ankämpfen gegen geopolitische Zwangsläufigkeiten aussichtslos sei und daher am besten ganz unterbliebe. Ein Volk, das resignierend bereit ist, sich mit jeglichem unheilvollen staatlichen Geschick geduldig abzufinden, das vielleicht gar wirtschaftliches Wohlergehen der nationalen Würde vorzieht, ist wert, daß es zugrunde geht. Es ist jedoch ein befreiendes, erhebendes Gefühl, aus der Geschichte zu lernen, daß der starke Wille einzelner großer Persönlichkeiten und ganzer Völker selbst der unerhörtesten Schwierigkeiten und der scheinbaren Unmöglichkeiten gelegentlich Herr zu werden vermag. Wie durchaus verschieden entwickelten sich ähnliche historische Vorgänge je nach der Charakterveranlagung der daran beteiligten Völker und der Tüchtigkeit ihrer Führer! Wie oft ist der Verlauf der Ereignisse ganz anders gewesen, als es der psychologischen und mathematischen Wahrscheinlichkeit entsprach — weil ein überragendes Genie in die Speichen griff und das Rad der Geschichte nach seinem Wunsch und Willen drehte! Karl Haushofer hat treffend geäußert:

„Jede geopolitische Betrachtungsweise bedarf notwendig einer Ergänzung nach der heroischen Seite ... An der Persönlichkeit, die stets einen entscheidenden Einfluß auf Politik, Wirtschaft und Kultur ausüben wird, endet die Möglichkeit einer wissenschaftlichen Untersuchung oder Deutung."

1) W. Nippold, Umwelt und Rasse als Kulturfaktoren, in „Rasse" 1937, 548.

Digitized by Google

Beispiele.

1. Die Perser vermochten mit ihren Hunderttausenden von Kriegern das kleine Griechenland nicht zu bezwingen; einem Genie wie Alexander dem Großen aber gelang mit einem anfangs nur 35000 Mann starken Heer die Niederwerfung der damaligen stärksten politischen Großmacht und die Eroberung Asiens bis zum Indus.

2. Gegen einen Leonidas mit nur 6000 Mann vermochten in den Thermopylen die ungeheuren Massen der persischen Krieger geraume Zeit nichts auszurichten; einem Cortez, der zunächst nur wenig mehr als 500 Mann bei sich hatte, glückte mit dieser winzigen Schar die Eroberung des mächtigen Aztekenreiches in Mexiko (1519—21). Ähnlich bezwang Pizarro 1532 mit kaum 300 Mann das uneinige Reich der Inka und der kühne Jermak mit nur 500 Kosaken das Reich Sibir des Mongolenkhans (1578—81), wodurch ganz Sibirien für den russischen Zaren gewonnen wurde.

3. Als der kleine Staat Preußen 1756/57 gleichzeitig von den drei stärksten damaligen Großmächten des europäischen Festlands und einer Reihe von kleineren Staaten mit Krieg überzogen wurde, mußte die Wahrscheinlichkeit seiner Niederlage 100 : 1 sein — und dennoch wurde es ihm durch das Genie des großen Königs möglich, sich „allen Gewalten zum Trotz zu erhalten". Treffend hat L. v. Ranke 1833 in seiner Studie „Die großen Mächte" geschrieben: „Wenn jemals ein Ereignis auf einer großen Persönlichkeit beruht hat, so ist es das Ereignis des Siebenjährigen Krieges."

4. Starkes nationales Wollen bewirkt oft, daß die moralischen Spannkräfte der Truppe und das Genie ihres Führers von ungleich größerer Bedeutung sind als die brutale zahlenmäßige Überlegenheit. Bei Marathon (490 v. Chr.) siegten 9000 Athener über ein vielfach überlegenes Perserheer, bei Cannae (2. August 216 v. Chr.) schlug Hannibals Führergenie mit 50000 Mann ein Römerheer von 86000 Mann bis zur Vernichtung; bei St. Jakob an der Birs (26. August 1444) wehrten 1500 schweizerische Eidgenossen den Einfall des wilden französischen Armagnakenheeres von 30000 Mann mit Erfolg ab; ebenso besiegten 600 Schweizer bei Giornico (28. Dezember 1478) nicht weniger als 10000 Mailänder, bei Roßbach und Leuthen (5. November und 5. Dezember 1757) erfocht Friedrichs „Potsdamer Wachtparade" die glorreichsten Siege gegen gewaltige Übermacht; bei Tannenberg (26. bis 31. August 1914) wurde die klassische Vernichtungsschlacht durch eine kleine Minderheit gegen eine geradezu phantastisch überlegene Russenarmee geschlagen und Hannibals Cannae weit in den Schatten gestellt.

5. Nicht vergessen sei in diesem Zusammenhang auch Lettow-Vorbecks Ostafrika-Feldzug 1914—18, in dem selbst bei den schwarzen Truppen so große moralische Energien geweckt wurden, daß keine Desertionen vorkamen: mit nur 3000 Weißen und 11000 Askaris (Höchstzahl) hielt der deutsche General feindliche Truppenmassen in Stärke bis zu 300000 Mann volle vier Jahre lang in Schach und wurde so wenig besiegt, daß er am Ende des Krieges unbezwungen auf britischem Boden stand.

Keine Zeit ist vielleicht so reich an lehrreichen Beispielen, wie ein Mann durch sein Eingreifen das politische Geschick großer Staaten und Völker entscheidend in neue

Digitized by Google

Bahnen zu zwingen vermag, wie unsere jüngste Gegenwart. Seit 1921 vollzogen sich derartige Wirkungen gleichzeitig an fünf Stellen. In Italien führte der starke Faschistenführer Mussolini seit dem erfolgreichen Marsch auf Rom (28. Oktober 1922) ein völlig neues Zeitalter für den Staat Italien herauf. — In der Türkei verhinderte allein der große nationale Erneuerer Kemal Atatürk im verzweifelten Aufbegehren gegen die feindlichen Ententemächte, gegen die eigene Regierung, gegen den unfähigen Sultan Mohammed VI. (1918 bis 1922) und das nicht minder unfähige Parlament den völligen staatlichen Zerfall der Türkei, schlug die mit englischer Hilfe verwüstend ins westliche Kleinasien einbrechenden Griechen vernichtend in drei Schlachten an der Sakarja (23. August bis 13. September 1921), bei Afiun Karahissar (26. August 1922) und Dumlu-Pinar (9. September 1922), zerriß den Diktatfrieden von Sèvres und machte im ehrenvollen, neuen Frieden von Lausanne (24. Juli 1923) den Weg frei für eine kraftvolle Türkei auf streng nationaler Grundlage. — In Persien, das von den europäischen Staaten längst nicht mehr als ein Staatswesen mit eigenem Willen angesehen wurde, dem England noch im August 1919 einen Protektoratsvertrag zumutete, erstand Riza Khan, aus kleinsten Verhältnissen emporgewachsen, als nationaler Führer gegen fremde Vergewaltigung, nachdem der schwache Schah und seine Minister versagt und feige den englischen Protektoratsvertrag schon angenommen hatten. 1921 wurde Riza Khan Kriegsminister, 1922 Ministerpräsident und am 25. April 1926 nach Absetzung des alten Schahs (1924) als Schah Pählewi gekrönt. Mit stärkstem nationalem Willen und bewundernswertem Mut hat er allmählich alle fremden Einflüsse ausgeschaltet und dem Übermut Englands und Rußlands kräftigste Dämpfer aufgesetzt. Seit dem 21. März 1935 heißt sein Staat Persien offiziell „Iran"; hierin offenbart sich ein politischer Besitzanspruch auf Nachbargebiete. — Ungefähr seit 1924 bis 1925 ist ferner in Arabien der Wahabitenführer Ibn Sa'ud zum anerkannten Haupt der großarabischen Bewegung, ja, als Beherrscher von Mekka und Medina zum Oberhaupt des ganzen Islams aufgestiegen (vgl. S. 135). — Nun, und in Deutschland hat bekanntlich ein „unbekannter Soldat" des Weltkrieges seit 1933 in seiner Hand eine Machtfülle vereint wie kein deutscher Fürst je zuvor, und er hat sie benutzt, um uns den nie zuvor besessenen großdeutschen Einheitsstaat zu schenken.

Wenn wir nach einem besonders überzeugenden Beispiel suchen, wie sehr es der heroischen Persönlichkeiten in der Staatsführung bedarf, so brauchen wir nur unsern Blick auf die Ereignisse zu lenken, die sich in den drei Tagen vom 11.—13. März 1938 in Österreich abspielten. In kaum 48 Stunden wurde hier durch die Entschlußkraft eines Mannes ohne Schwertstreich und Schuß ein ganzes Land restlos „erobert" und einverleibt. Man stelle sich vor, wie eine solche Tat so ganz anders verlaufen wäre, wenn noch ein zanksüchtiger deutscher Reichstag alten Stils die oberste politische Macht in Händen gehabt hätte! Ohne die Abschüttelung des parlamentarischen Systems und die Beseitigung der Bundesstaaten hätte Österreichs Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reiche sich nie und nimmermehr so blitzartig schnell und so reibungslos vollziehen können, wie es tatsächlich geschehen ist.

1833 brachte die wirtschaftliche Einigung Deutschlands im Zollverein, 1933 den politischen Einheitsstaat; 1833 fielen die Zollschranken, 1933 und 1938 die Volksschranken.

Digitized by Google

Infolgedessen kann sich der Geopolitiker ohne weiteres einverstanden erklären, wenn Jantzen die Aufgabe der Geopolitik kürzlich in folgende, modifizierte Form gebracht hat[1]):

„Welche Naturgegebenheiten an Raumlage, Bodenbedeutung, Relief und Klimabedingtheit bietet ein Raum? Wie hat sich das ihn bewohnende Volk zu diesen verhalten?"

b) Dynastische Einwirkungen auf die Staatengeschicke.

Es sind nicht nur die genialen Persönlichkeiten, die zeitweilig alle geopolitischen Gesetze auszuschalten und an ihrer Stelle den menschlichen Willen zum entscheidenden Faktor im politischen Geschehen zu machen vermögen. Oft ist das Geschick der Staaten durch kleinliche und kleinlichste Sonderinteressen und egoistische Triebe zufälliger Machthaber gestaltet worden. Es mag nur daran erinnert werden, wie in der Zeit etwa vom 14. bis 18. Jahrh. durch dynastische Beziehungen, durch Heiraten, Erbteilungen usw. das Geschick ganzer Völker und Staaten wiederholt in unnatürlichste Bahnen gelenkt und die seltsamsten Vereinigungen teils geschaffen, teils angestrebt worden sind. Besonders rege tätig in dieser Hinsicht waren stets die österreichischen Habsburger, die ihren staatlichen Eigenbesitz durch Heiraten unausgesetzt zu mehren trachteten (Bella gerant alii, tu, felix Austria, nube). Auch das großzügige Streben der mittelalterlichen deutschen Kaiser nach Aufrichtung ihrer Herrschaft in Italien und selbst in Sizilien ist dem deutschen Volke verhängnisvoll gewesen. Ein deutscher Kaiser gar, der, wie Karl V. (1519—56), gleichzeitig und in erster Linie König von Spanien, dazu Herrscher in italienischen Landen, in Burgund, in den Niederlanden war, konnte natürlich keine wirklich deutsche Staatspolitik, sondern nur „habsburgische" Hauspolitik treiben (Abb. 68). Derartige Epochen der Geschichte, in denen ein halber oder ganzer Ausländer seinem Volk als Herrscher gegenüberstand, sind meist unheilvoll gewesen, so für das Kurfürstentum und spätere Königtum Hannover die Zeit von 1714 bis 1851, da englische Könige und Prinzen im Lande herrschten, ferner für Sachsen sowohl wie Polen die Periode, in der die beiden so völlig verschiedenartigen Staaten durch Personalunion miteinander verbunden waren (1697—1763) usw.

In früheren Zeiten fragte man oft merkwürdig wenig danach, ob der Herrscher eines Landes ein In- oder ein Ausländer war. Das zumeist groteske Beispiel dieser Art ist die Tatsache, daß 1736/37 ein Westfale (Baron Neuhof) König von Korsika und dreiviertel Jahrhunderte später ein Korse (Jerome Bonaparte) König von Westfalen wurde.

Als einem Großen Friedrich im Anfang der 70er Jahre des 18. Jahrh. der polnische Thron angeboten wurde, lehnte er klugerweise mit der Begründung ab, er wünsche ein deutscher Fürst zu bleiben, ebenso wie der wahrhaft große Prinz Eugen von Savoyen nacheinander die Angebote des polnischen Königthrons und der französischen Marschallwürde zurückwies. Als aber einem kleinen und eitlen Fürsten wie dem sächsischen Kurfürsten August dem Starken 1697 die Königskrone Polens angetragen wurde, konnte er der Versuchung nicht widerstehen und stürzte dadurch nur sich, sein Land und sein sächsisches Volk in Unruhe, Glaubensgegensätze, Krieg und Unglück. —

1) Zeitschrift für Geopolitik, 1938, S. 170.

Digitized by Google

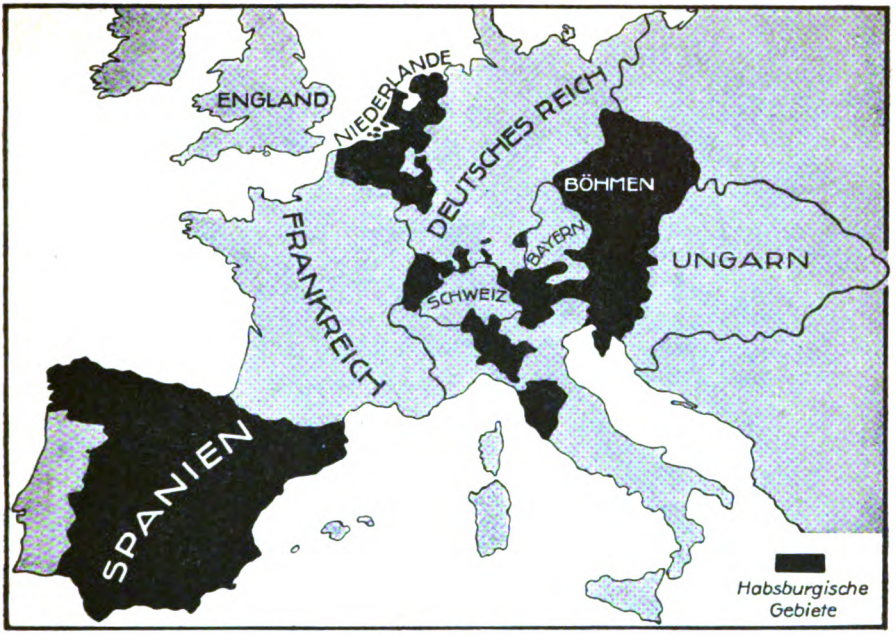


Abb. 68. Die habsburgische Hausmacht im 16. Jahrhundert.

Immer hat es sich bei derartigen politischen Vorgängen gezeigt, daß derjenige Herrscher falsch handelte, der bei solchen Entscheidungen nicht in erster Linie immer berücksichtigte, was er seinem eigenen Staat und Volk schuldig war.

c) Künstliche Staatenkonstruktionen der Diplomaten.

Adolf Hitler hat für die wirklich gesunden Staaten die treffende Regel aufgestellt:

„Reiche entstehen nicht von außen; was wirklich Wert haben soll, muß von innen wachsen."

In neuerer Zeit gibt es aber immer häufiger Staaten, die nicht „organisch" gewachsen, sondern von außen nach innen geschaffen, künstlich am grünen Tisch mit Zirkel und Lineal konstruiert und zurechtgezimmert worden sind, ohne daß eine geopolitische Zwangsläufigkeit oder eine wirtschaftliche Notwendigkeit dabei im Spiel war. Es ist in der hohen Politik letzthin bedenklich oft geschehen, daß die miteinander verhandelnden Diplomaten verschiedener Staaten, wenn sie sich über ein territoriales, strittiges Problem durchaus nicht einigen konnten, einfach die Schaffung eines neuen Staats vereinbarten, gleichviel ob die Bevölkerung des betreffenden Ländergebietes mit der neuen Eigenstaatlichkeit einverstanden war oder nicht. In unserer Zeit sind Beispiele vorgekommen, daß solche Staaten geradezu gegen den Willen der neuen Staatsbürger und über ihren Kopf hinweg konstruiert und staatsrechtlich anerkannt worden sind (Deutsch-Österreich, Danzig, Fiume, Transjordanien, Palästina). Ältere Zeiten kannten nur die gewaltsame Vernichtung von

Digitized by Google

Staaten; unserer Gegenwart bleibt es leider vorbehalten, auch eine gewaltsame Geburt von Staaten in die Weltgeschichte eingeführt zu haben. Solche „konstruierten" Staaten sind freilich meist sehr kurzlebig: Fiume, der „Saarstaat" und das Versailler Gebilde Deutsch-Österreich haben es bewiesen! Andre werden folgen.

1. Strohmannstaaten.

Ebenso wichtig aber ist neuerdings ein anderes Motiv zur plötzlichen Schaffung neuer Staaten geworden:

Zur Verschleierung von eigenen imperialistischen Machtansprüchen werden gelegentlich „selbständige" Staaten plötzlich konstruiert oder zumindest angestrebt, wobei die Lebensdauer der neuen „Staaten"-Schöpfungen nie länger währt als die jeweilige politische Lage, welche die künstliche Staatenkonstruktion veranlaßt hat.

Beispiele.

1. Der römische Staat hat ziemlich oft mit solchen „Strohmannstaaten" gearbeitet, die auf seinen Befehl zunächst nahe seinen Grenzen entstanden und dann bei günstiger Gelegenheit wieder beseitigt und einfach annektiert wurden. Solche Strohmannstaaten von Roms Gnaden, die zeitweilig bestanden und dann im römischen Reich aufgingen, waren z. B. Mauretanien, Cyrenaica, Rhodos, Pergamon, Palmyra, Mazedonien 168—148 v. Chr., Ägypten nach 162 v. Chr. usw.

2. Als bei der staatlichen Neuregelung in Europa auf dem Wiener Kongreß England sich eine Einflußsphäre in der Adria verschaffen wollte, ohne eine einfache Annexion von Landbesitz daselbst wagen zu dürfen, schuf die hohe Diplomatie als neuen Staat den „Freistaat der Jonischen Inseln", der als staatlicher Schemen unter englischem Protektorat bis 1863 bestand und dann mit Griechenland vereinigt wurde.

3. Ein echter Strohmannstaat war der nur 1100 qkm große „Freistaat Krakau", der von 1815 bis 1846 bestand. Das Experiment hatte sich nicht bewährt.

4. Als England in den vierziger Jahren des 19. Jahrh. den damals geplanten Nikaraguakanal fest unter seine Kontrolle zu bekommen wünschte, erklärte es von heute auf morgen, die atlantische Küste von Nikaragua mit dem Haupthafen San Juan del Norte (Greytown) sei überhaupt nicht nikaraguanisch, sondern gehöre schon seit dem 17. Jahrh. zu einem angeblichen „Staat" der Mosquitoindianer, dem Mosquitostaat (Abb. 69). Um diesem Staat die verweigerte Anerkennung durch Nikaragua zu sichern, nahmen britische Kriegsschiffe den strittigen Hafen gewaltsam fort. Als aber ein paar Jahre später klar wurde, daß von einem Bau des Nikaraguakanals einstweilen keine Rede sein könne, interessierte sich England für den neuen Staat nicht mehr und hatte nichts dagegen einzuwenden, daß Nikaragua die Mosquitoküste samt Greytown erneut in Besitz nahm.

Abb. 69.
Ein Strohmannstaat des Zeitraums 1841—1860.

Digitized by Google

5. Die Schöpfung des „selbständigen Staates" Panama im November 1903 durch den Präsidenten Roosevelt ist ein weiteres charakteristisches Beispiel, wie von modernen Diplomaten „Strohmannstaaten" geschaffen werden, die lediglich als verschleiernde Kulisse für imperialistische Ziele zu dienen haben. Bis heute hat übrigens Kolumbien die Eigenstaatlichkeit der ihm damals gewaltsam entrissenen Provinz Panama nicht anerkannt.

Abb. 70. Serbiens Drang zum Meer.

6. Als Deutschland und die Türkei vereinbart hatten, daß die 1899 konzessionierte deutsche Bagdadbahn im türkischen Hafen Kueit am Persischen Golf enden solle, erklärte England, dem der Bagdadbahnbau als Stärkung der türkischen Macht im Zweistromland und als großartiges deutsches Wirtschaftsunternehmen höchst unwillkommen war, plötzlich im Mai 1913 (während der Fesselung der Türkei durch die Balkankriege), Kueit sei ein „selbständiger arabischer Sultanstaat und die türkische Souveränität daselbst könne von ihm nicht anerkannt werden. Bald danach schloß England mit dem „selbständigen" Sultan von Kueit einen Vertrag ab, worin er sich verpflichten mußte, der Türkei keinerlei Konzessionen in seinem „Staat" ohne englische Erlaubnis einzuräumen. Als seit 1915, im Weltkrieg die Engländer erobernd ins Zweistromland eindrangen, wußten sie von einer Eigenstaatlichkeit oder gar Neutralität Kueits nichts mehr.

7. Als es während des zweiten Balkankrieges 1912 nach der Verdrängung der Türkei von der Adria über die Frage des serbischen Zugangs an dieses Meer (Abb. 70) zu einem bedrohlichen italienisch-serbisch-österreichischen Konflikt kam, schuf die Verlegenheit der hohen Diplomatie, um die streitenden Teile zu versöhnen, einen neuen Staat Albanien, den die Landesbewohner selbst gar nicht begehrten und der bis heute ein ungemein schwächliches Staatsgebilde geblieben, ja, gegenwärtig durchaus als italienisches Protektoratsgebiet anzusehen ist.

8. Aus dem gleichen Grunde entstand nach dem Weltkrieg ein italienisch-jugoslawischer Gegensatz wegen des den Ungarn abgenommenen Hafens Fiume. Um die Kriegsgefahr nach d'Annunzios Besetzung der Stadt für Italien (November 1919) zu bannen, wurde Fiume im Vertrag von Rapallo (12. November 1920) zum neuen Staat gemacht. Die Regelung bewährte sich jedoch nicht, und schon im Vertrag von Rom (27. Januar 1924) wurde der Staat Fiume beseitigt, die Stadt Fiume an

Digitized by Google

Italien überlassen, der Hafen Fiume zwischen Italien und Serbien (Jugoslawien) geteilt (S. 66).

9. Die gewaltsame, gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung erfolgte Schöpfung des eigenen Freistaates Danzig (zu dem es schon 1807—14 ein Vorbild gab) zeigt uns einen anderen Staat der Gegenwart, der zwischen deutschen und polnischen Besitzansprüchen den Ausgleich liefern sollte. Dies war freilich ein Versuch am untauglichen Objekt.

10. Ein deutlicher Strohmannstaat, der nur zur Erreichung politischer Sonderziele Frankreichs als „Staat wider Willen" 20 Jahre lang am Leben erhalten wurde, war Deutsch-Österreich. Das Parlament beschloß schon am 12. November 1918 die Vereinigung mit dem Deutschen Reiche, den „Anschluß", der aber von den feindlichen Mächten verboten wurde. Auch hier hat sich gezeigt, daß die Stimme des Bluts durch keine papierenen Paragraphen übertönt werden kann: Hitlers Genie schenkte uns am 13. März 1938 die endliche Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reiche und löschte damit die trüben Folgen der 1806 erfolgten Trennung aus.

11. Ein typischer Strohmannstaat ist ferner das von Englands Gnaden geschaffene Transjordanien. Im wesentlichen ein aus der arabischen Wüste herausgeschnittenes Gebilde, dem freilich ein (für England sehr nützlicher) „Korridor" zum Rotmeerhafen Akaba angefügt worden ist. Allein deshalb hat Transjordanien seine langgestreckte, schlauchartige Gestalt erhalten, damit England zwischen Arabien einerseits, Irak und Syrien andererseits ein eigenes Territorialgebiet besaß, durch das seine geplante, inzwischen am 23. Januar 1935 eröffnete Ölleitung von den mesopotamischen Ölfeldern zum palästinensischen Hafen Haifa und seine Luftlinie nach Indien geführt werden konnte. Zum Emir dieses Staates wurde zudem ein den Engländern blind ergebener, dem Vorkämpfer Großarabiens, Ibn Sa'ud, anfangs in erbitterter Feindschaft gegenüberstehender Mann eingesetzt, Abdullah, der Sohn des von Ibn Sa'ud vertriebenen früheren Herrschers des Hedschas, Hussein. Es ist ein Zeichen für Ibn Sa'uds Staatskunst, daß er letzthin auch zu diesem Abdullah den Weg gefunden und damit die britische Rechnung empfindlich durchkreuzt hat. Sind andere Staaten Flußfadenstaaten, so ist Transjordanien recht eigentlich ein „Ölflußfaden"staat.

12. Die Jahre 1931/32 haben ein anderes Beispiel einer künstlichen, neuen Staatenschöpfung zur Verschleierung weitreichender politischer Ziele des Staatenschöpfers gebracht. Die Mandschurei ist, genau wie 1903 Panama durch die Vereinigten Staaten, als neuer „unabhängiger" Staat Mandschukuo von Japan geschaffen worden. Dies hindert natürlich nicht, daß die Mandschurei als Staat vollkommen abhängig von Tokio ist, bis sie in einem passenden Augenblick, wie Korea 1910, von Japan als neuer Besitz einverleibt werden kann.[1]) Der neue Staat Mandschukuo, der unter

1) Japan wiederholt in der Mandschurei nur, was europäische und amerikanische Kulturstaaten ihm gezeigt haben. Als die Franzosen z. B. 1881 Tunis zu erwerben wünschten, auf das auch die Italiener ein Auge geworfen hatten, mußten sie, um politische Komplikationen zu vermeiden, die einfache Annexion unterlassen. Infolgedessen schlossen sie mit dem Bei von Tunis den Bardo-Vertrag (12. Mai 1881), in dem sie den „Schutz" der „unabhängigen Regentschaft" Tunis übernahmen. Der Schutz ist dann so gründlich ausgeübt worden, daß der „unabhängige" Staat seit langem nichts anderes mehr ist als eine französische Kolonie.

Digitized by Google

der Attrappe eines „unabhängigen Kaiserreichs" aufgezogen ist und daher korrekt eigentlich Mandschutikuo (= Kaiserreich Mandschukuo) heißt, umfaßt übrigens nicht nur die eigentliche Mandschurei, d. h. die drei ehemaligen chinesischen Provinzen Liaoning, Kirin und Heilungkiang, sondern darüber hinaus im Südwesten die Provinz Jehol, die nie zur Mandschurei gehörte, die aber Japan wegen ihrer Eignung für Baumwollkultur (S. 32) mit Mandschukuo vereinigt hat.

13. Das augenblickliche Vorgehen der Japaner in Nordchina zielt offensichtlich auf Lostrennung weiterer Landmassen von China hin, die Japan gleichzeitig als Einfluß-

Abb. 71. Der Machteinfluß auf dem ostasiatischen Festland. (Aus Fochler-Hauke, Der Ferne Osten.)

sphäre, Rohstoffgebiet und Pufferstaat zwischen den eigenen Territorien und Sowjetrußland benutzen möchte. Schon oben (S. 20) hörten wir von japanischen Versuchen im Winter 1935/36, je einen neuen „selbständigen" Staat Nordchina und Mongolei ins Leben zu rufen. Sollte der gegenwärtige Krieg gegen China für Japan günstig ausgehen, so dürfte die Welt ziemlich sicher um mindestens einen solchen neuen Staat bereichert werden, wobei freilich seine Größe, seine Grenzen und seine innere Einrichtung einstweilen nicht vorherzusehen sind. Allerdings kann von vornherein kein Zweifel darüber bestehen, daß es sich wieder um einen echten „Strohmannstaat" handeln würde, nach Art von Mandschukuo, um Landkomplexe, in denen alles Tun und Lassen allein von Tokio bestimmt werden würde und die man, zwar nicht de iure, aber de facto, ebensogut als japanische Provinz bezeichnen könnte. Bei dem neuen Staat dürfte es sich — vorläufig! — mindestens um die fünf wertvollen chinesischen Nordprovinzen Hope (mit Peking!), Tschahar, Suiyüan, Schansi und Schantung handeln, um eine Landfläche von 1 Mill. qkm mit 80 Mill. Menschen, einen Raum, der gleichzeitig drei Fünftel der chinesischen Eisenlager, vier Fünftel der chinesischen

Digitized by Google

Kohlenlager und vier Fünftel der chinesischen Wollproduktion birgt. Japan will China in eine Vasallenstellung hinabdrücken und in ganz Ostasien eine „pax Japonica" heraufführen. Zwar erstrebt Japan, wie es den fremden Mächten wiederholt versichert hat, „keine territorialen Erweiterungen". Daß es aber einen neuen „unabhängigen" Staat, so unabhängig, wie Mandschukuo, errichten möchte, verschweigt es dabei wohlweislich. Eine kleine, unscheinbare Handlungsweise beleuchtete gewissermaßen symbolisch die Ziele Japans: am 12. Oktober 1937 verfügte eine japanische Verordnung, daß der offizielle Name der Hauptstadt Nordchinas, der seit 1927 auf Befehl der Nanking-Regierung Peiping lautete, wieder in Peking zurückverwandelt würde. Was dies zu bedeuten hat, versteht man erst recht, wenn man weiß, daß im Chinesischen Peking „Nördliche Hauptstadt" bedeutet. Mit der Verlegung des chinesischen Regierungssitzes von Peking nach Nanking hatte der Name Peking für China seinen Sinn verloren. Japan hat diesen Sinn jetzt wiederhergestellt: es wünscht eben im Norden Chinas einen von Nanking völlig unabhängigen Staat (vgl. Abb. 71). Ausgesprochen hat es diese Absicht vorsichtigerweise noch nicht; aber die offizielle Wiedereinführung des Namens Peking „läßt tief blicken"!

2. Pufferstaaten.

In älteren Zeiten war es möglich, daß zwei Staaten, die sich feindlich gegenüberstanden, die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes gewissermaßen durch Schaffung einer neutralisierten, unbewohnten Zone von manchmal ziemlich ansehnlicher Breite milderten. Die undurchdringlich dichten Grenzwälder alter Zeit (S. 33 ff.), die unwegsamen Grenzgebirge und künstlich geschaffenen Grenzwüsteneien hatten diese Aufgabe zu erfüllen und wurden ihr ebenso gerecht wie große Sümpfe, Binnenseen, reißende Ströme usw. Neuerdings ist dergleichen innerhalb der Kulturwelt nicht mehr möglich. Bei der meist überdichten Bevölkerung und dem Zwang, jedes kultivierbare Stück Boden nach Kräften auszunutzen, können sich die Menschen den Luxus großer, menschenleer gehaltener Grenzsäume nicht mehr leisten. Die ausgedehnten Grenz*flächen* haben mathematisch scharfen Grenz*linien* weichen müssen. Die Staaten berühren einander in breiter Front, so daß zuweilen ihre Grenze mitten durch eine Ortschaft (Teschen halb polnisch, halb tschechoslowakisch; Dorf Scheibenhardt an der Lauter halb deutsch, halb französisch; Nassau-Baarle halb belgisch, halb niederländisch), ja, selbst mitten durch ein Haus hindurchläuft. Damit ist die Gefahr politischer Reibungen naturgemäß erhöht.

Um sie zu bannen, hat die Diplomatie der großen Mächte die sogenannten *Pufferstaaten* als besondere Form der künstlich konstruierten oder künstlich am Leben erhaltenen Staaten in die politische Praxis eingeführt.

Pufferstaaten sind meist kleinere Staatengebilde zwischen den Grenzen oder Interessengebieten der großen Mächte, die aus eigener Kraft ihre staatliche Selbständigkeit nicht würden bewahren können, für die aber die Eifersucht der großen Nachbarn aufeinander eine Art von vorzüglicher „Lebensversicherung" bedeutet.

Beispiele.

1. *Belgien* wurde 1839 als neuer Staat ins Leben gerufen, weil die widerstreitenden Interessen der Nachbarstaaten Frankreich, Holland, Preußen und vor allem England anders nicht auf einen Nenner zu bringen waren. Der Hauptgrund,

Digitized by Google

Belgien zu schaffen und seine Grenzen so unzweckmäßig zu ziehen, war Englands Wunsch, das wichtige Antwerpen nicht in Frankreichs Hand kommen zu lassen. Deshalb mußten alle damaligen Großmächte Belgiens „Neutralität" garantieren. Da aber Belgien als Staat selbst die Neutralität nicht wahrte, sondern Partei ergriff (militärische Abkommen mit England gegen Deutschland 1906, Erlaubnis der Grenzüberschreitung durch französisches Militär 1914), kam es zu der für Belgiens Existenz lebensgefährlichen Belastungsprobe von 1914. 1936 kehrte jedoch Belgien zur grundsätzlichen Neutralität zurück.

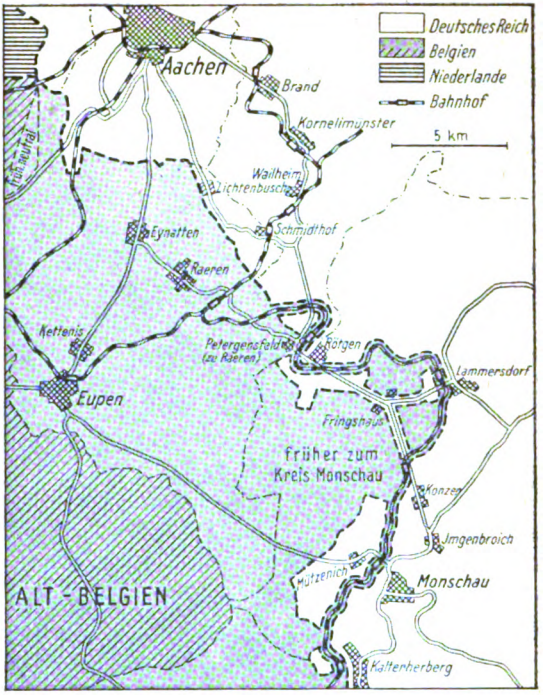


Abb. 72. Die verzwickte Westgrenze südlich von Aachen.

Die Bahn Eupen—Rötgen—Monschau ist vollkommen belgisch, die sie 4 mal kreuzende Fahrstraße Walheim—Rötgen—Monschau deutsch. Rötgen ist deutsch, sein westlicher Ortsteil Petergensfeld belgisch. Der Flecken Fringshaus ist völlig belgisch; mitten durch ihn hindurch führt aber die deutsch gebliebene Chaussee. Im deutsch gebliebenen Teil des Kreises Monschau sind die Orte deutsch, die zugehörigen Bahnhöfe sämtlich belgisch. Mützenich ist eine deutsche Enklave in Belgien geworden. Fringshaus' Interessen sind ziemlich restlos ins deutsche Gebiet gerichtet; um aber postalisch und telefonisch im Verkehr mit deutschen Orten nicht die hohen Auslandsgebühren zahlen zu müssen, stehen Briefkasten und Telefonanschluß auf der deutschen Chaussee. Die närrische Grenzziehung hat ideale Vorbedingungen für Schmuggler geschaffen.

2. Eine ähnliche künstliche Staats- und Verlegenheitsschöpfung ist Uruguay. Da Argentinien und Brasilien in einen Krieg über den Besitz der linken La-Plata-Mündung gerieten, wurde das umstrittene Gebiet als Uruguay schließlich ein selbständiger Staat (Frieden von Rio de Janeiro, 27. August 1828).

3. Deutliche Pufferstaaten zwischen Weltmächten waren vor dem Kriege Persien, Afghanistan, Siam, Abessinien. Die ersteren zwei wurden allein durch den politischen Gegensatz zwischen England und Rußland, die beiden anderen durch die Eifersucht zwischen England und Frankreich bzw. England, Frankreich und Italien befähigt, eigene Staaten trotz politischer Schwäche zu bleiben. Abessinien ist inzwischen 1936 durch Italien aufgesaugt worden; Persien und Afghanistan dagegen haben sich energisch auf eigene Füße gestellt und sind zur Zeit durchaus keine Pufferstaaten mehr.

4. Der vorübergehende Versuch, dem Saargebiet den Charakter als „Saarstaat" zu verleihen, zeigt uns wiederum die Tendenz, zwischen den seit dem 9. Jahrh. bestehenden deutschen Besitzrechten und Frankreichs Sehnsucht nach dem Besitz der Saarkohle durch einen neuen Pufferstaat einen Ausgleich zu schaffen. Die Volksabstimmung vom 13. Januar 1935 im Saargebiet hat die französische Politik freilich scheitern lassen. — Ungleich mehr Aussicht auf Lebensdauer hätte ein autonomer

Digitized by Google

Pufferstaat Elsaß-Lothringen, zu dem es vielleicht auch einmal kommen wird. Ein weiterer Pufferstaat zwischen Preußen-Deutschland und Frankreich ist seit 1866 Luxemburg.

Es bedarf nicht immer der Schaffung eines Pufferstaates, um bei diplomatischen Verhandlungen Kompromißlösungen zu schaffen, die oft der völkerrechtlichen Klarheit ebenso ins Gesicht schlagen wie der gesunden Vernunft. Nur ein Beispiel von erschütternder Eindringlichkeit sei hier angeführt. — Abb. 72 zeigt uns die noch heute rechtsgültige Grenze zwischen Deutschland und Belgien im Kreise Monschau. Wenn man sie betrachtet, so versteht man, daß heute die Hälfte aller Schmuggelvergehen auf den einen Regierungsbezirk Aachen entfällt. Fast möchte man meinen, ein solcher Grenzverlauf, der jeglichem Schmuggel herrlichsten Vorschub leistet, müsse auch durch internationale Schmuggler, nicht durch Diplomaten, festgelegt worden sein. Jedenfalls genügt dies eine traurige Beispiel vollauf, um zu zeigen, daß auch in unsrer Gegenwart, allen Mahnungen der Geschichte zum Trotz, das klugresignierte Wort des alten Schwedenkanzlers Oxenstjerna noch immer Geltung hat: „Nescis, mi fili, quantilla sapientia regatur mundus!"

d) Widersprüche zwischen Nationalstaat-Bestrebungen und geopolitischen Anforderungen.

Die vorgenannten künstlichen Staatenschöpfungen stehen zuweilen in stärkstem Widerspruch zu den von der Natur vorgeschriebenen Gesetzen der Staatenbildung und der Grenzziehung: es sei etwa an die überaus sonderbare Grenze zwischen Belgien und Holland in der Scheldemündung (vgl. S. 76 f.) erinnert, die den großen belgischen Welthafen nur durch holländische Hoheitsgewässer für Seeschiffe erreichbar macht, oder an die noch groteskere Weichselgrenze (S. 48 f.). In unseren Tagen gesellt sich zu den älteren politischen Tendenzen, die den geopolitischen Einflüssen geradezu entgegenarbeiten, die in der ganzen Welt spürbare Neigung, immer neue Nationalstaaten ins Leben zu rufen, die dann ihrerseits fast immer bestrebt sind, möglichst viel fremdes Volkstum mitzuumfassen und gewaltsam der eigenen Nation zu assimilieren.

Die erst im 19. Jahrh. aufgekommenen Bestrebungen nach Zusammenschluß aller Volksgenossen, auch der jenseits der gegebenen staatlichen Grenzen lebenden („Irredenta"), in einheitlichen Staatsgebilden hat unser 20. Jahrh. vor ganz neuartige und unendlich schwierige politische Probleme gestellt, die älteren Zeiten unbekannt waren. Der Drang, Selbstbestimmung und Eigenstaatlichkeit zu erlangen, hat auch kulturell wenig entwickelte, sozusagen geschichtslose Völker erfaßt, die noch bis vor kurzem eigenen staatlichen Ehrgeiz niemals gekannt haben. Eine Aufsplitterung in viele, neue Kleinstaaten, wie sie 1918—20 an der alten russischen Westgrenze vor sich gegangen ist, bringt wirtschaftlich ansehnliche Gefahren mit sich, da manche dieser Kleinstaaten ohne Anlehnung an ein anderes größeres Wirtschafts- und Zollgebiet auf die Dauer nicht lebensfähig sind und dennoch ihrem „Prestige" eine eigene Zollhoheit und Zollpolitik schuldig zu sein glauben. Kleine Wirtschaftsräume mit vielen Zollgrenzen muten in unserem Zeitalter einer hochentwickelten Weltwirtschaft ausgesprochen anachronistisch an, etwa so wie die Zustände in Deutschland vor 1834, dem Jahre des Zollvereins, als auf den Landstraßen stellen-

Digitized by Google

weise alle halbe Stunde ein Schlagbaum ein neues staatliches Hoheitsgebiet und damit eine neue Zoll- und Paßkontrollstelle ankündigte.

11000 km neue Zollgrenzen in Europa waren die trübselige Frucht der Versailler Grenzmacher vom Jahre 1919! Fortführung einer derartigen staatlichen Atomisierung würde für Europa wirtschaftlichen Selbstmord gegenüber der wirtschaftlichen Großraumpolitik Amerikas bedeuten. Österreichs Vereinigung mit dem Reich hat nun freilich die europäischen Zollgrenzen wieder um 784 km verringert.

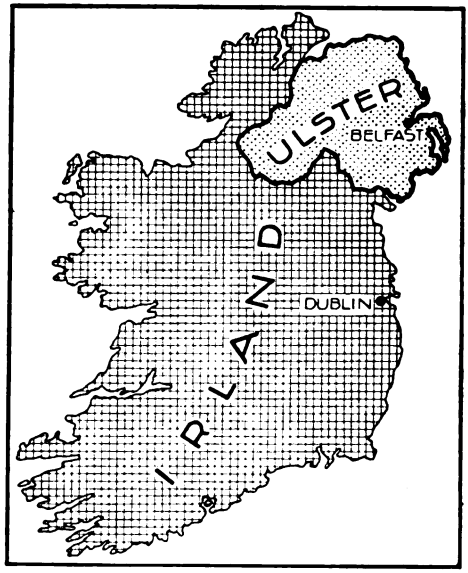


Abb. 73. Die Zerreißung Irlands in zwei Staaten und zwei Zollgebiete.

Sonst aber sind seit den Pariser Friedensschlüssen von 1919/20 in der Alten Welt schon wieder neue Kleinstaaten mit eigenen Zollmauern geschaffen worden. So zieht sich durch die „grüne Insel" Irland, die besonders deutlich ein geographisches Individuum für sich darzustellen scheint, eine Zollgrenze (Abb. 73), welche die englisch gebliebene NO-Provinz Ulster von dem eigentlichen, 1921 zum selbständigen Dominium gewordenen Irland scheidet. Seit 1921 hat Irland bewußt immer weiter die Entwicklung zur vollen staatlichen Eigenpersönlichkeit vollzogen, so daß es heute eigentlich nur noch wirtschaftlich mit dem britischen Imperium zusammenhängt. Seit dem 29. Dezember 1937 führt es den (alt-gälischen) Namen Eire, in dem sich der Anspruch auf Wiedervereinigung mit der abgetrennten Provinz Ulster birgt. Als einziges britisches Dominium besitzt Eire sogar ein eignes Staatsoberhaupt, einen Präsidenten, um dadurch den Trennungsstrich gegenüber dem Imperium noch stärker zu betonen.

Weiter streben im französisch gewordenen Elsaß die deutschen Minderheiten, in Belgien die Flamen, in Jugoslawien die Kroaten, in Rußland die Ukrainer, Georgier u. a. als völkische Einheiten eine mindestens kulturelle, lieber noch volle staatliche Autonomie an. Daraus ergibt sich naturgemäß ein wahrer Rattenkönig von neuartigen völkischen Gegensätzen, staatlichen Konflikten, geopolitischen Reibungsflächen.

An keiner staatlichen Landgrenze ist dabei eine auch nur einigermaßen scharfe Grenze der Nationalitäten mehr zu ziehen. Je älter die kulturelle Berührung der Völker, je stärker der Verkehr gefördert, die Freizügigkeit begünstigt worden ist, um so unauflösbarer und umfangreicher sind die völkischen Mischgebiete an den Staatsgrenzen geworden. Hier Grenzen zu schaffen, von denen beide Teile befriedigt werden, ist eine niemals zu bewältigende Aufgabe. Auch Abstimmungen über die staatliche Zugehörigkeit sind nur ein bedingt empfehlenswertes Aushilfsmittel; denn wie sehr bei parteiischer Haltung der entscheidenden Instanzen an solchen Volksentscheiden während oder nach der Abstimmung „retuschiert" werden kann, das haben die ungeheuerlichen Abstimmungs-Tragigrotesken in Eupen-Malmedy, in Oberschlesien,

Digitized by Google

auch in Nordschleswig (Tondern) gezeigt. Außerdem lehrt die Erfahrung, daß nur allzu leicht dasjenige Volk, das seine Hoffnungen durch die Abstimmung nicht ausreichend erfüllt sieht, diese einfach nicht gelten lassen will und die von ihm für notwendig erachtete, oft maßlos übertriebene staatliche Ausdehnung auch gegen den Willen der abstimmungsberechtigten Mehrheit nach wie vor unverändert weiterverfolgt (der polnische Westmarken-Verein gegenüber Ostpreußen, Danzig, Schlesien und Ostpommern!)

Eine 1917 auf den Ålandsinseln erfolgte Volksabstimmung, die sich für den Anschluß der vordem russischen Inseln an Schweden aussprach, hat der Völkerbund „berichtigt", indem er die Inseln nicht an Schweden, sondern an Finnland gab — allerdings unter Zusicherung voller Kulturautonomie, die in diesem Falle — ausnahmsweise — auch ehrlich gewährt worden ist.

Kulturautonomie war ferner den deutschen Minderheiten in Südtirol und im Memelgebiet (Memelstatut vom 8. Mai 1924) feierlich garantiert worden, als man sie gegen ihren Wunsch in eine fremde Staatengemeinschaft hineinzwang, ebenso den Kroaten und Slowaken, als sie beredet wurden, sich mit fremden Völkern staatlich zusammenzuschließen. Beachtet freilich hat man sie nirgends! Am stärksten zugespitzt ist die Minderheitenfrage zur Zeit unstreitig in der Tschechoslowakei, dem gegenwärtig unmöglichsten Staat Europas. Als der Staat 1919 aus der Taufe gehoben wurde, verpflichteten sich die Tschechen: „Die tschechoslowakische Republik wird ein absolut demokratischer Staat sein ... Alle Ämter werden allen Staatsbürgern zugänglich sein; die Sprache der Minderheit wird überall zugelassen sein; das Recht, ihre eignen Schulen, ihre Richter und ihre Gerichtshöfe zu haben, wird niemals irgendeiner Minderheit bestritten werden. Die Deutschen sollen in Böhmen dieselben Rechte haben wie die Tschechoslowaken. Die deutsche Sprache soll die zweite Landessprache sein, und man wird sich nie einer Unterdrückungsmaßnahme gegen den deutschen Bevölkerungsteil bedienen usw." Was daraus wurde, ist Tschechenterror in Reinkultur! Wenn sich die Tschechen nicht noch in zwölfter Stunde eines Besseren besinnen, zerplatzt dieser Staat binnen kurzem ganz von selbst mit dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung! Schon 1928 hat sich ein slowakischer Nationalrat gebildet, der die Wiedervereinigung mit Ungarn auf dem Wege der Abstimmung anstrebt, da ein eigener slowakischer Staat allein nicht lebensfähig sein würde. Eine entsprechende Eingabe an den Völkerbund ist seitens der Slowaken bereits erfolgt, die im übrigen auf ihrem Tag von Neutra (13. August 1933) den Tschechen den Fehdehandschuh hingeworfen und erklärt haben: „Es gibt keine Tschechoslowaken." Die in den Vereinigten Staaten lebenden 1 350 000 Slowaken haben am 2. September 1934 in Detroit eine slowakische „Revisionsliga" gebildet, die den an den Slowaken verübten tschechischen Wortbruch wiedergutmachen will. Die Vereinigung der Slowakei mit der Tschechei erfolgte am 30. Oktober 1918 nur probeweise auf zehn Jahre. Die Tschechen haben die 1928 zulässig gewesene Trennung mit brutalsten Mitteln verhindert. Nun strebt die Revisionsliga Selbstbestimmung und völlige Loslösung aus der Tschechoslowakei an. — Seit der Heimkehr Österreichs ins Reich im März 1938 sind nicht nur die sudetendeutschen Forderungen nach wahrer Gleichberechtigung, in Gestalt der acht Punkte Konrad Henleins, dringlicher geworden, sondern auch die Slowaken haben sich seither, verstärkt durch die ungarischen Revisionswünsche, lebhafter gerührt und nicht minder die Polen. Einem Staat aber, zu dem die Mehrheit der Bevölkerung in Abwehrstellung steht, kann man wahrlich kein langes Leben prophezeien!

Digitized by Google

Selbst im tschechoslowakisch-freundlichen Ausland wird die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände anerkannt. Der Engländer Garvin bezeichnete diese im „Observer" vom 2. Mai 1938 als „Gefahr für Europa" und sprach von der „undemokratischen und unhaltbaren Herrschaft der Tschechen über eine gemischte Minderheit anderer Völker". Sogar der französische „Temps" fragte am 12. April 1938: „Ist es der Mühe wert, die Welt in Brand zu setzen, um die Anhäufung mehrerer Völker in der Form des tschechoslowakischen Staates zu erhalten?" Am originellsten ist aber sicher, daß der jetzige Präsident des Staates, Benesch, der die tschechische Unterdrückung duldet und gutheißt, vor 1914 die Ansicht geäußert hat[1]): „Zwischen den zwei Nationen in Böhmen ist eine Versöhnung nur möglich, wenn beide vollkommen autonom sind. Es muß die eine von der andern getrennt werden!" Nicht minder zeitgemäß ist die Erinnerung daran, daß der alte böhmische König Wenzel I. (1230—1253) verfügte: „Wer die Deutschen im Lande in ihren verbrieften Rechten schmälert, den soll Gott der Allmächtige verfluchen gleichwie Datham und Abiram."

In allen genannten Fällen sind die Autonomie-Versprechungen schnöde gebrochen worden. Der Königsmord von Marseille am 9. Oktober 1934 war eine Folge des genannten, an den Kroaten begangenen Betruges; er sollte allen Vergewaltigungsgelüsten zufälliger Mehrheitsnationen als Warnungssignal dienen, den Bogen nicht zu überspannen. Sonst könnte die Neigung völkischer Minderheiten in Europa, tunlich eigne Staaten zu bilden, nur noch wachsen, und es wäre dann gar nicht abzusehen, wohin die Entwicklung noch steuern könnte. Denn jeder neue Staat wird tunlich auch eigene Meeresküsten, eigene Seehäfen als sein unveräußerliches, gutes Recht fordern, und wenn das eigene Volkstum nicht bis an die Küste, den Strom, an die Wasserscheide des Gebirges reicht, so muß eben fremdes Land, wie im Falle Memel, Ost-Oberschlesien und Südtirol, dem neuen Staate einverleibt und seiner Bevölkerung assimiliert, d. h. zunächst als völkische Minderheit geduldet und dann unaufhaltsam aufgesogen werden.

Ein Allheilmittel für diese höchst bedenkliche Entwicklung ist kaum zu finden. Jedenfalls können wir von Amerika lernen, das wohl rassenmäßige Minderheitsfragen kennt, aber keine Probleme kulturell-sprachlicher Minderheiten! — „Wenn Europa seinen Anspruch auf Führung in der Welt aufrechterhalten will, dann ist keine Stunde mehr zu verlieren, um alle seine Kräfte der geistigen Wiedergeburt zu widmen und die kleinlichen Querelen zu begraben" (Franz v. Papen).

1) Eduard Benesch, Le problème autrichien et la question tchèque.

Digitized by Google

C. Verwischung des Staatsgedankens.

Was den großen Ring bewohnet,
Huldige der Sympathie!
Schiller.

Ausschaltung politischer Reibungsflächen durch überstaatliche Versuche.

a) Neutralisierung.

Wo ein durch seine geophysische Lage besonders wertvolles Gebiet dem Besitz einer einzigen Macht zwar nicht entzogen, aber doch von der Ausnutzung für militärische Zwecke ausgeschaltet werden soll, da wird es wohl gelegentlich „neutralisiert", d. h. es wird jegliche Unterhaltung von Militär und Kriegsschiffen, jede Befestigung, Aufstellung von Geschützen usw. daselbst durch Staatsvertrag verboten. Der neutralisierte Platz darf für alle friedlichen Zwecke von dem betreffenden Staat unbeschränkt ausgenutzt werden; lediglich sein militärisches Hoheitsrecht daselbst ist erloschen.

Gelegentlich wird durch freiwilliges Übereinkommen zweier Nachbarstaaten eine ganze Staatengrenze neutralisiert. In bestimmter Entfernung von der Grenze dürfen beide Staaten keine Festungen bauen, keine Truppen unterhalten usw. Ungeheure militärische Ersparnisse für beide Teile werden dadurch ermöglicht. So ist die gesamte vereinsstaatlich-kanadische Grenze schon seit 1818 neutralisiert, ebenso die schwedisch-norwegische Grenze seit 1905. Einseitig neutralisiert war seit Versailles die deutsch-französische Grenze: das gesamte linksrheinische Gebiet Deutschlands, und ein 50 km breiter Streifen rechts vom Rhein war bis 1936 neutralisiert, während der andere Nachbar, Frankreich, an keine einengenden militärischen Vorschriften gebunden sein wollte!

Neutralisiert worden sind ferner verschiedentlich solche Stellen im Meer, deren Befestigung durch eine andere Macht den Engländern unbequem sein würde. Während England sich selbst im Ausbau seiner gutgelegenen Besitzungen an wichtigen Meerengen zu stärksten Befestigungen (Gibraltar, Malta, Haifa, Singapur usw.) keinerlei Einschränkungen auferlegt oder gar auferlegen läßt, hat es anderen Staaten wiederholt derartige Verpflichtungen aufgezwungen. So wurde 1856 den Russen, 1921 den Finnen die Neutralisierung der Ålandsinseln, vor dem Eingang zum Finnischen Golf, vorgeschrieben. Deutschland mußte 1919 im Versailler Diktat die Neutralisierung Helgolands und des Kieler Kanals anerkennen, die aber jetzt aufgehoben ist; in der Gibraltarstraße ist die den Spaniern gehörige kleine Insel Perejil neutralisiert (während Gibraltar stärkste englische Festung ist!), am Eingang zur Adria die zu Griechenland gehörige

Digitized by Google

Gruppe der Jonischen Inseln. Neutralisiert waren ferner nach dem Weltkrieg die Dardanellen bis 1936. Dann hat die erstarkte Türkei aber das Recht zurückgewonnen, diese Meerenge zu befestigen.

Weiterhin ist im Konstantinopeler Abkommen vom 29. Oktober 1888 der Suezkanal nicht nur internationalisiert, also zum gemeinsamen Besitz aller Mächte erklärt, sondern auch neutralisiert, also allen Kriegshandlungen entzogen worden — wenigstens auf dem Papier, denn in der Praxis hat England diese Verpflichtung nicht beachtet, hat am Kanal Befestigungen aufgeführt, Truppen unterhalten, Kriegsschiffe stationiert, unterhält noch heute Garnisonen in Port Said, Ismailia und Suez, legt gegenwärtig einen neuen großen Militärflughafen in Geneffa am Suezkanal an usw.— Trotzdem hat England es mit einer solchen Haltung für vereinbar gehalten, in seinem mit Italien geschlossenen Oster-Abkommen vom 16. April 1938 ausdrücklich das Suezkanalabkommen von 1888, das die Neutralisierung und Internationalisierung der Wasserstraße vorschreibt, als für sich verbindlich anzuerkennen. Theorie und Praxis stehen hier in einem unerträglichen Widerspruch.

Im übrigen bleibt bezüglich des „britischen" Suezkanals zu beachten, daß er vertragsmäßig eigentlich mit allen Aktien 1969 an die ägyptische Regierung zurückgegeben werden müßte. Uns trennen noch mehr als 30 Jahre von jenem Termin, aber im Notfalle wird England sicher eine Formel ausfindig machen, um sich der Verpflichtung zu entziehen. Immerhin rüstet sich England, allen kommenden Möglichkeiten zu begegnen: wie es heißt, werden schon jetzt Vermessungen angestellt, um dem etwa kommenden „ägyptischen" Suezkanal weiter im Osten einen neuen britischen Ersatzkanal Gaza—Akaba zur Seite zu stellen!

Englands Bemühung, auch eine Neutralisierung des vereinsstaatlichen Panamakanals durchzusetzen, ist gescheitert: Washington hat keine Einschränkung seiner militärischen Hoheitsrechte im Kanal zugestanden.

Auch ganze Staaten, zumal Pufferstaaten, können neutralisiert und fremden Kriegshandlungen völkerrechtlich entzogen werden, so die Schweiz (1815), Belgien (1839), Luxemburg (1867), der Kongostaat (1885). Eigentlich sollten alle afrikanischen Kolonien neutralisiert sein: der Weltkrieg hat aber diese Verpflichtung in Rauch aufgehen lassen. Island hat sich im Vertrag mit Dänemark 1918 selber für ewig neutral erklärt. Belgien, das nach dem Weltkrieg militärischer Bundesgenosse Frankreichs geworden war (Allianz-Vertrag vom 7. September 1920), hat sich im Oktober 1936 von allen politischen Bindungen losgesagt und ist zur (politischen, nicht militärischen) Selbstneutralisierung zurückgekehrt. Die Schweiz hat im Völkerbund soeben gleichfalls beantragt, wieder als ein uneingeschränkt neutraler Staat anerkannt zu werden.

Weiterhin sollte seit dem japanisch-chinesischen Waffenstillstand von Tangku (31. Mai 1933) das gesamte Gebiet zwischen Peking und der Großen Mauer neutralisiert sein (Japan hat diese Neutralität nicht beachtet), ferner der zwischen der Türkei, Syrien und Frankreich strittige Sandschak Alexandrette gemäß dem Genfer Vertrag vom 31. Mai 1937.

Wie alt der Neutralisierungsgedanke ist, geht daraus hervor, daß Lübeck und Hamburg schon 1241 einen Vertrag miteinander schlossen, wonach am Handelsweg von Travemünde bis Cuxhaven auf 2000 Schritte Entfernung zu beiden Seiten keine befestigte Burg angelegt werden durfte.

Digitized by Google

b) Kondominium.

Wenn zwei Staaten sich über die Zugehörigkeit eines strittigen Gebietes nicht einigen können, andererseits aber der Streitfall zu geringfügig ist, um darüber einen Krieg ausbrechen zu lassen, so einigt man sich wohl auch gern auf ein Kondominium, in Gestalt einer gemeinsamen Ausübung der Hoheitsrechte.

Bei kleinen, unbedeutenden Objekten hat sich diese Regelung bewährt, bei größeren dagegen nicht. Das wohl früheste Kondominium der Geschichte hat sich bis auf den heutigen Tag erhalten: es betrifft den kleinen Pyrenäenstaat Andorra, der gemeinsam Frankreich (bis 1589 Navarra) und dem spanischen Bischof von Urgel gehört und von beiden gemeinsam verwaltet wird. Diese Regelung besteht bereits seit dem Jahre 1278. — Sehr lange, rund 4½ Jahrhunderte, von 1420—1868, dauerte auch eine gemeinsame Herrschaft der Hansestädte Hamburg und Lübeck über den kleinen, von ihnen zusammen im Jahre 1420 eroberten Ort Bergedorf. Erst 1868 kam dieser an den hamburgischen Staat allein. — Zeitweilig, 1431—1453, war ferner Emden Kondominialbesitz der Cirksenas, der Herren von Ostfriesland, und der Stadt Hamburg. — Weiterhin wurde 1816 auf der Grenze von Preußen und den damaligen Niederlanden der Ort „Neutral-Moresnet" geschaffen, der von beiden Ländern verwaltet wurde und erst 1919 ganz an Belgien kam. — Als 1864 Preußen und Österreich gemeinsam Schleswig-Holstein vor der dänischen Annexion gerettet hatten, wurde das Land kurze Zeit als preußisch-österreichisches Kondomonium angesehen, bis die Ereignisse von 1866 es endgültig preußisch werden ließen. — Im Frieden von Bukarest (7. Mai 1918) wurde die strittige Dobrudscha ein bulgarisch-rumänisches Kondominium, doch währte die Regelung nur kurze Zeit, da Bulgariens Zusammenbruch im September 1918 Rumänien zum alleinigen Herrn machte.

Kondominium war ferner von 1858 bis 1860 die heute zu Sibirien gehörige „Küstenprovinz" (mit Wladiwostok), insofern als damals Rußland und China gemeinsam die Herrschaft im Lande ausübten, bis 1860 China hinausgedrängt wurde. — Ferner war die Insel Sachalin zeitweise russisch-japanischer Gemeinschaftsbesitz. — Ebenso war der Sudan von 1898 bis 1922 englisch-ägyptisches Kondominium; dann wurde hier der schwächere Staat Ägypten, gegen Zugeständnisse auf anderen Gebieten, ausgeschifft, doch hat er durch den Vertrag vom 26. August 1936 erneut Kondominialrechte im Sudan erlangt.

Gelegentlich hat sich das Kondominium lediglich in einer gemeinsamen militärischen Besetzung strategisch wichtiger Plätze durch zwei Staaten geäußert. So war das ostflandrische Dendermonde von 1715 bis 1781 gleichzeitig von österreichischen und niederländischen Truppen besetzt. In der „deutschen Bundesfestung" Frankfurt a. M. standen um 1850 preußische, bayrische und österreichische Truppenteile, in Rom bis 1870 gleichzeitig päpstliche Schweizergarden und französische Truppen.

In der Kolonialwelt gibt es ähnliche Regelungen. 1889—99 wurde Samoa gleich von drei Staaten (Deutschland, England, Vereinigte Staaten) verwaltet; da sich die Maßnahme aber nicht bewährte, wurden 1899 die westlichen Teile der Inselgruppe an Deutschland, die östlichen an die Vereinigten Staaten überlassen, während England mit den Salomoninseln abgefunden wurde. — Die Neuen Hebriden sind schon seit 1887 bis heute gemeinsamer englisch-französischer Kolonialbesitz. Doch wird die Doppel-

Digitized by Google

herrschaft auch dort als unzweckmäßig empfunden, da im Hinblick auf die unklare Zukunft der Inseln weder England noch Frankreich kolonisatorische Arbeit verrichten; sie dürfte schwerlich noch lange dauern. — Kondominium zwischen England und Iran sind ferner (S. 24) die Bahrein-Inseln.

In der Nachkriegszeit werden Streitigkeiten, die früher zum Kondominium führten, vor dem „Internationalen Ständigen Gerichtshof" im Haag zum Austrag gebracht, der durch Beschluß des Völkerbundes vom 13. Dezember 1920 geschaffen worden ist und bisher im allgemeinen anerkennenswert und unpolitisch seine Schiedssprüche gefällt hat. Sein unentbehrliches internationales Ansehen wird er freilich nur wahren, wenn er sich in seinen Entscheidungen dauernd allein von wirklich rein rechtlichen Beweggründen leiten läßt.

c) Absichtliche Unklarheit des staatsrechtlichen Verhältnisses.

Wenn der Gegenstand territorialer Konflikte entweder nur unwesentlich ist oder einer der streitenden Staaten sich zu schwach fühlt, sich gegen offensichtliches Unrecht zur Wehr zu setzen, so findet er sich wohl mit einer gegebenen Tatsache einstweilen ab, jedoch nicht grundsätzlich, gewissermaßen nur auf Widerruf, ohne seine eigenen, wirklichen oder vermeintlichen Anrechte preiszugeben.

So hat Argentinien die schon 1835 erfolgte Wegnahme der Falklands-Inseln durch England niemals anerkannt (S. 68), ebensowenig die neuerdings geschehene Festsetzung Englands auf den im äußersten Süden des Atlantischen Ozeans gelegenen Inseln Süd-Georgien und Süd-Orkney. Es sieht alle diese Inseln als argentinisch an, kann aber nichts gegen die britische Macht unternehmen. — Ebenso hat Rußland bisher nicht anerkannt, daß über seinen Kopf hinweg das seit 1812 russische Bessarabien 1918 den Anschluß an Rumänien vollzogen hat und daß seine Bundesgenossen im Weltkrieg die rumänische Zugehörigkeit Bessarabiens bestätigt haben, ohne Rußlands Zustimmung auch nur zu erfragen. Die Auseinandersetzung ist einstweilen vertagt; inzwischen sieht Rußland das Land als russisch, Rumänien als rumänisch an. — Die Wilna-Frage ist ein weiteres Beispiel: Polen hat sich am 9. Oktober 1920 durch einen Handstreich dieser vorher litauischen, aber von 50% Polen und 40% Juden bewohnten Stadt, bemächtigt. Der Völkerbund hat diesen Gewaltakt wieder einmal nachträglich als rechtmäßig anerkannt, nicht aber das beraubte Litauen selbst, das sogar noch nachträglich in seiner Verfassung Wilna als Landeshauptstadt bestimmte, womit das Unikum geschaffen ist, daß ein Land eine Hauptstadt besitzt, in der ihm keine Befehlsgewalt zusteht!

Eine Fülle von ähnlichen, noch unbereinigten staatlichen Doppelansprüchen auf gewisse Landesteile oder Inseln liegt vor; zumeist sind die betreffenden Vorkommnisse freilich belanglos. Von erheblicher Wichtigkeit kann aber eines Tages ein Konflikt zwischen dem Beherrscher Arabiens und den Engländern um die beiden Städte Akaba (im Nordostzipfel des Roten Meeres) und Maan an der Hedschasbahn werden. Die Städte haben stets zum Hedschas gehört, dessen augenblicklicher König Ibn Saud ist. Durch eine typische Schiebung brachten die Engländer 1924 unmittelbar vor der Machtübernahme Ibn Sauds jene beiden Städte an Transjordanien, da sie in diesem Staat selber das Heft in der Hand hatten (S. 66). Alle Versuche der Engländer, die Zugehörigkeit der Städte zu Transjordanien von Ibn Saud anerkannt zu erhalten, hat dieser

Digitized by Google

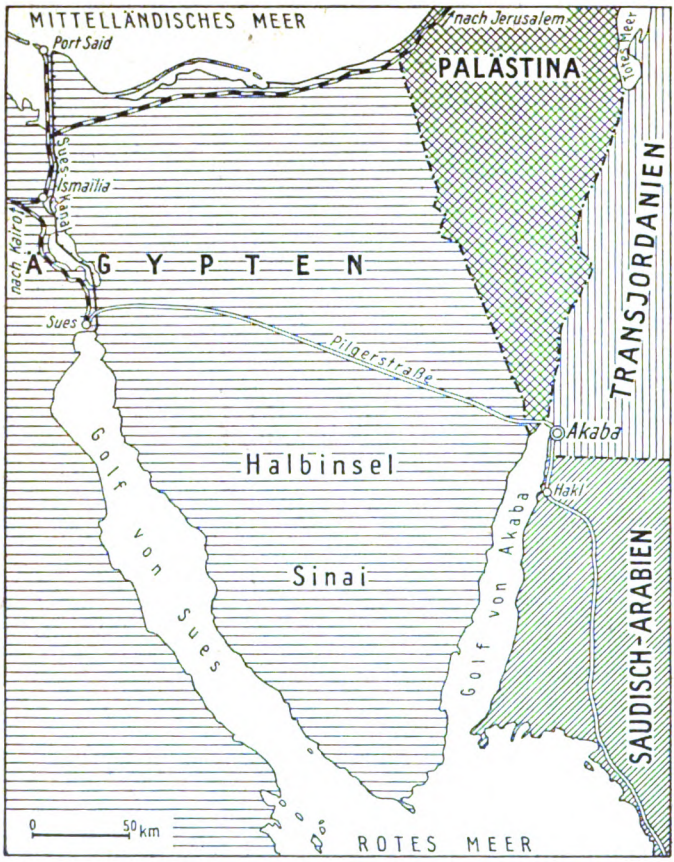


Abb. 74. Die vier Uferstaaten des Golfs von Akaba.

aufs entschiedenste zurückgewiesen. Er hat sich einverstanden erklärt, die Entscheidung des Streitfalles bis auf weiteres zu vertagen, doch er denkt gar nicht daran, seinen rechtmäßigen Anspruch auf die beiden Städte aufzugeben, den er vielmehr wiederholt, 1925, 1927, 1928, 1930 und 1937, immer wieder angemeldet hat. Die staatsrechtliche Zugehörigkeit von Akaba und Maan ist daher ungeklärt, obwohl in Akaba sogar eine britische Garnison steht. Die Bedeutung von Akaba ist heute aber viel größer geworden, als sie es früher war, da der Golf von Akaba gegenwärtig von nicht weniger als vier Staaten begrenzt wird (Abb. 74). Auch ist es denkbar, daß England künftig den Bau eines neuen Seekanals Mittelmeer—Rotes Meer im Zuge der Linie Haifa—Akaba anstrebt (S. 85).

Langsam, aber unaufhaltsam spitzen sich die Beziehungen zwischen Engländern bzw. Franzosen und Arabern immer weiter zu. „Möglicherweise hat die große Auseinandersetzung der arabischen Welt mit den Mächten des Westens mit dem Kampf um die Zukunft Palästinas ihre entscheidende Phase erreicht![1])

Ganz unklar ist schließlich die staatliche Stellung der ehemaligen deutschen Kolonien. Deutschland hat sie gemäß dem Versailler Artikel 119 an die Ententemächte abgetreten, doch ist die im Artikel 256 zugesagte Vergütung des Wertes, des größten, den Deutschland überhaupt abgegeben hat, nicht erfolgt. Infolgedessen sind die deutschen Eigentumsansprüche überhaupt noch nicht erloschen. Deutschland ist wohl im Recht, wenn es annimmt, daß ihm in seinen Kolonien, genau wie 15 Jahre lang im Saargebiet, nur die Verwaltung und Nutznießung seines Eigentums entzogen ist, die Eigentumsrechte selbst aber fortbestehen. Es muß daher eines Tages die Rückgabe seines zu Unrecht vorenthaltenen Eigentums fordern!

1) Walter Pahl, Wetterzonen der Weltpolitik, Leipzig 1937, S. 69.

Digitized by Google

d) Mehrstaatliche und internationalisierte Ströme.

Schiffbare Ströme von bedeutender Größe durchfließen oder berühren naturgemäß oft mehrere Staaten — sei es, weil sie die Grenze zwischen zwei Staaten bilden, sei es, weil sie in ihrer bandartig langen Ausdehnung über Hunderte und Tausende von Kilometern verschiedene Hoheitsgebiete der Reihe nach bespülen. Die Staatengrenzen setzen häufig quer über den Fluß hinweg. Das charakteristischste Beispiel dieser Art ist die Donau, die auch jetzt, nachdem Österreich sich mit dem Deutschen Reich vereinigt hat, von der Quelle bis zur Mündung sechs oder (wenn man Bessarabien noch zu Rußland zählt) sieben verschiedene Staaten bespült.

In älterer Zeit kam es wohl vor, daß Staaten oder kleinere Territorialgewalten (auch reichsunmittelbare Städte) die Befahrung ihres Stromabschnitts fremden Schiffen verwehrten. Handel und Wandel haben jahrhundertelang durch solch eigensinnig-starres Festhalten an der Verfügung über die Hoheitsgewässer schwer gelitten. In gegenseitigen Verträgen gestand man sich immer häufiger das unbehinderte Durchfahrtsrecht zu, und schließlich ist der Grundsatz der jederzeitigen, freien Durchfahrt (Transit) in nahezu allen Ländern zur Selbstverständlichkeit geworden. Jeder moderne Kulturstaat gestattet in Friedenszeiten zu erlaubten Zwecken ohne weiteres die Benutzung seines Hoheitsgebiets zu Lande, zu Wasser und in der Luft für ausländische Waren, Fuhrwerke, Eisenbahnwagen, Schiffe, Postsendungen, Telegramme, Flugzeuge, selbstverständlich auch für Reisende, gegen Zahlung der üblichen Gebühren. Dieser freie Transitverkehr ist jetzt ein Rechtsanspruch, der seine bislang großartigste Verwirklichung in dem von Heinr. v. Stephan am 9. Oktober 1874 in Bern gegründeten „Weltpostverein" gefunden hat. Ausgeschlossen vom Transitverkehr sind alle militärischen Transporte.

Genau wie heute die Benutzung der Zugänge zu den Seehäfen in den Flußmündungen und in den Hoheitsgewässern der Küste (S. 187) in Friedenszeiten allen Handelsschiffen unter gleichen Bedingungen ohne Rücksicht auf ihre Nationalität freisteht (Flaggenfreiheit), gilt das Transitrecht für alle schiffbaren Binnengewässer. Dieser liberale Grundsatz ist in der Schlußakte des Wiener Kongresses vom 9. Juni 1815 in den Art. 108—117 vorbildlich ausgearbeitet worden und hat überall, wo man ihn beachtet hat, eine ungeheure Belebung des Verkehrs und der Wirtschaft zur Folge gehabt.

Selbstverständlich ist die Anerkennung des Transitrechts niemals ein Verzicht auf die staatlichen Hoheitsrechte. So hat z. B. Holland den Eingang zur Schelde, obwohl diese seit 1839 ein einwandfrei der Flaggenfreiheit unterliegender Strom ist, militärisch durch die starke Seefestung Vlissingen gesichert. Vielmehr stellt das Transitrecht allein ein wirtschaftliches Zugeständnis dar nach dem Grundsatz des „Do ut des", wie er ja allen Handelsverträgen ohne Ausnahme zugrunde liegt. Die Schiffahrtsfreiheit auf besonders wichtigen, mehrstaatlichen Strömen wird zudem durch eigene Schiffahrtsakten in völkerrechtlich bindenden Staatsverträgen ausdrücklich garantiert. Die ersten Flüsse, für die Schiffahrtsakten zustande kamen, waren deutsche; denn in dem staatlich auseinandergerissenen Bereich der anfänglich 38 deutschen Einzelstaaten bestand nach 1815 natürlich das stärkste Bedürfnis nach

Digitized by Google

rascher Verwirklichung der vom Wiener Kongreß aufgestellten Flaggenfreiheits-Grundsätze für Flüsse. Zuerst vereinbarten die acht deutschen Elb-Uferstaaten 1821 eine Elb-Schiffahrtsakte. Es folgte eine von sieben deutschen Staaten unterzeichnete Weser-Schiffahrtsakte 1823 und dann 1831 die besonders wichtige erste (Mainzer) Rhein-Schiffahrtsakte, die zwischen sechs deutschen Einzelstaaten, den Niederlanden und Frankreich vereinbart wurde (1868 durch eine zweite, die noch heute gültige „Mannheimer" Rhein-Schiffahrtsakte ersetzt). Seither sind für zahlreiche andere, auch außereuropäische Flüsse ähnliche „Akte" vereinbart worden.

Dieser große kulturelle und wirtschaftliche Fortschritt hat die unerträglichen Schwierigkeiten beseitigt, die ehedem aus der Mehrstaatlichkeit wichtiger Flüsse entsprangen. Nicht für alle mehrstaatlichen Flüsse gibt es solche Regelungen. Im allgemeinen ist aber heute der Grundsatz der unbedingten Flaggenfreiheit, der auch im Hoheitsgewässer des Panamakanals von den Vereinigten Staaten und im Kaiser-Wilhelm-Kanal der Vorkriegszeit von Deutschland freiwillig als eine Selbstverständlichkeit zugestanden worden ist, in allen schiffbaren Gewässern wirklicher Kulturstaaten anerkannt. Die mehrstaatlichen Flüsse, für welche die Flaggenfreiheit bislang nicht vereinbart oder umstritten ist, sind, wie die Weichsel, ausgesprochen verkehrsrückständig und leisten für die Wirtschaft nicht annähernd das, was sie eigentlich leisten könnten.

Einen noch wenig geklärten Begriff stellt die sogenannte Internationalisierung von Flüssen dar. Der Ausdruck ist seit dem Versailler Diktat zur Erreichung politischer Sonderzwecke oftmals angewandt worden. Was unter Internationalisierung von Flüssen zu verstehen ist, vermag heute niemand einwandfrei zu definieren; denn von Fall zu Fall ist der Sinn des Wortes ganz verschieden ausgelegt worden. Wenn man den Begriff aller politischen Sonderwünsche und der mißbräuchlichen Handhabung entkleidet, bedeutet die Internationalisierung eines Gewässers kaum etwas anderes als eine besonders wirksam garantierte Flaggenfreiheit und Gewährung des Transitrechts. In diesem Sinne ist z. B. die Innenfläche des Bodensees seit dem Bregenzer Abkommen der damaligen fünf Uferstaaten vom 22. September 1867 ein internationalisiertes Gewässer, also dem „Mare liberum" gleichgestellt, auf dem kein Staat Hoheitsrechte genießt.

Seit 1919 haben aber politische Machtansprüche den Begriff Internationalisierung mehrfach übel mißbraucht, um fremde staatliche Hoheitsrechte ohne Not und unberechtigt zu schmälern. Keinesfalls bedeutet auf den Flüssen die Internationalisierung, wie auf dem Weltmeer, eine Entnationalisierung, mit alleiniger Ausnahme der Donaumündung bis Galatz, die durch Art. 53 der Berliner Kongreßakte vom 13. Juli 1878 tatsächlich völlig dem Hoheitsgebiet des Uferstaates Rumänien entzogen worden ist, was sich aber Rumänien — mit vollem Recht — nicht länger gefallen lassen will. — Der Begriff der „internationalisierten Ströme" ist zur Zeit unklarer denn je. Deutschland hat am 14. November 1936 die ihm in Versailles aufgezwungene Internationalisierung der deutschen Ströme als nicht mehr bindend und erloschen erklärt. Nun aber wurden in den Friedensverträgen gleichzeitig mit den deutschen Strömen auch einige ausländische den neuen Zuständen auf deutschen Flüssen angeglichen: so die Moldau bis Prag, die ganze Donau von der Mündung bis Ulm, die March, Thaya, Theiß, Drau, Maros, Maritza, dazu (durch Sondervertrag der Entente mit Polen) die Weichsel, schließlich die Memel bis Kowno. In welchem Umfang zur Zeit

Digitized by Google

diese ausländischen Flüsse noch „internationalisiert" sind oder nicht, kann kein Mensch mit Sicherheit sagen. Als zweifelfrei zu erachten ist nur die Tatsache, daß das Deutsche Reich jetzt auch auf den bisher österreichischen Flußstrecken fortan keiner internationalen Kommission mehr Bestimmungsrechte zugestehen wird.

Der Begriff „Internationalisierte Flüsse" ist zur Zeit völlig abgeschliffen und denkbar unklar. Es ist hohe Zeit, daß die Staaten diesem völkerrechtlichen Schemen durch neue Verhandlungen wieder zu einem wirklichen Leben verhelfen, wenn nicht der ganze Begriff im Fluch der Lächerlichkeit ersticken soll.

In manchen Fällen wird die unpolitisch gehandhabte Internationalisierung mehrstaatlicher Ströme kaum zu entbehren sein, und, vernünftig angewandt, kann eine solche Maßnahme sicher sogar segensreich wirken, ähnlich wie es im 19. Jahrh. die „Flaggenfreiheit" auf den Strömen getan hat. Aber Entpolitisierung des Begriffs und volle Gleichberechtigung aller Staaten ist allerdings eine unentbehrliche Voraussetzung, ohne die ein solcher Kulturfortschritt eine Unmöglichkeit ist und bleiben wird.

e) Die Entstaatlichung (Internationalisierung) des Weltmeeres. (Mare liberum.)

Als im Anfang des 17. Jahrh. England Miene machte, ziemlich die ganze Nordsee als ein Monopolgebiet britischer Heringsfangschiffe in Anspruch zu nehmen und insbesondere den Holländern den Heringsfang daselbst zu verbieten (S. 29), stellte der große niederländische Rechtsgelehrte Hugo Grotius (1583—1645) im Jahre 1613 die berühmte These vom sogenannten Mare liberum auf, d. h. die Lehre, daß das offene Weltmeer keinem Staat allein gehören könne noch je gehören dürfe.[1]) Diese völkerrechtlich grundlegende Anschauung, daß es auf dem Meer keine staatlichen Hoheitsrechte geben könne, daß das Meer nullius regio = Niemands-Gebiet sei, hat Grotius dann 1625 in seinem hochbedeutenden Hauptwerk „De jure belli ac pacis" (Paris 1625) wissenschaftlich begründet.

Es hat 2½ Jahrhunderte gedauert, ehe die Lehre von Grotius sich zur allgemeinen Anerkennung durchgerungen hat. Im Haager Abkommen vom 6. Mai 1882 haben die wichtigsten europäischen Staaten grundsätzlich die These vom Mare liberum als völkerrechtlich verbindlich anerkannt, zunächst nur für die Nordsee, stillschweigend aber auch für alle sonstigen Meere der Erde.

Ausgenommen von der Internationalisierung ist allein, und zwar allenthalben, die sogenannte „Dreimeilenzone", ein drei Seemeilen (= 5555 m) breiter Streifen vor sämtlichen Küsten der Erde, der zum Hoheitsgebiet des jeweiligen Staates gehört, so daß darin fremde Kriegs-, Handels- und Fischereifahrzeuge nicht ohne Genehmigung des Staates verkehren dürfen. Auch natürliche Meerengen, die so schmal sind, daß sie unter der Breite von drei Seemeilen bleiben (Bosporus, Öresund u. a.) gehören zum staatlichen Hoheitsgebiet; doch darf in Friedenszeiten die freie Schiffahrt in ihnen — von kleinen „verbotenen Zonen" abgesehen[2]) — keinem Fahrzeug und keiner Flagge verwehrt werden.

1) Schon der bedeutende römische Rechtsgelehrte Ulpian hatte im Anfang des 3. Jahrh. den Grundsatz gelehrt: mare omnibus patet.

2) Vgl. den Aufsatz: „Verbotene Zonen in den Meerengen" in „Petermanns Mitteilungen", 1937, S. 358.

Digitized by Google

Heute erfreut sich der Grundsatz vom Mare liberum allgemeiner Anerkennung und wird der Menschheit schwerlich je wieder verloren gehen; denn es hat sich gezeigt, daß er einen gewaltigen kulturellen Fortschritt für die Sicherheit von Handel und Wandel bedeutet. Eine Ausnahme erfährt er lediglich für Kriegszeiten in der Nähe solcher Küsten, die durch eine feindliche Flotte einer Blockade unterworfen sind. In Friedenszeiten besteht er ohne Ausnahme.

Die Anerkennung der Grotiusschen Lehre vom Mare liberum durch alle Kulturstaaten hat mit einem Schlage den größten Teil der Oberfläche des Erdballs entstaatlicht und internationalisiert, d. h. zum gemeinsamen Betätigungsfeld aller schiffahrttreibenden Völker mit durchaus gleichen Rechten und Pflichten erklärt. Da die Ozeane mit ihren Randmeeren und Nebengewässern über $\frac{7}{10}$ der gesamten Erdoberfläche einnehmen (361 Mill. qkm gegen 149 Mill. qkm Festland), ist somit der weitaus größte Teil der Welt nunmehr der Staatenbildung entzogen und zum allgemeinen Besitz der Nationen erklärt worden. Es ist die umfassendste „Internationalisierung", die jemals vorgenommen werden konnte, und sie hat sich als ein großer Segen erwiesen.

f) Internationalisierte Landstriche.

Beim Weltmeer konnte die Internationalisierung glücken, weil menschliche Siedlungen darauf nicht möglich sind und weil durch seine grundsätzliche Entstaatlichung der Charakter als Träger des friedlichen Verkehrs zwischen den Staaten besonders nachdrücklich unterstrichen wurde. Um so weniger haben sich bisher alle Versuche bewährt, auch größere Landflächen zu entstaatlichen und zum gemeinsamen Besitz vieler oder aller Kulturstaaten zu erklären.

Zu den Gebieten, in denen gegenwärtig die Hoheitsrechte des Staates vollkommen beseitigt sind, gehören die Fremdenviertel der chinesischen Großstädte, besonders in Schanghai (Abb. 75). — Eine kleine, völlig staatenlose Zone von 100 m Breite trennt ferner das britische Gibraltar vom spanischen Hoheitsgebiet.

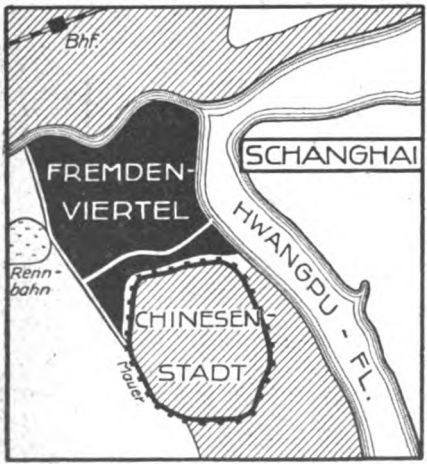


Abb. 75. Stadtplan von Schanghai.

Das bedeutendste Beispiel eines ganz internationalisierten Landstrichs bietet seit 1912 die internationale Tanger-Zone in Marokko. Als England Marokko im Vertrag vom 8. April 1904 an Frankreich zur Annexion freigab, wünschte es zu verhindern, daß eine Großmacht, außer ihm selbst, an der Gibraltarstraße Fuß faßte. Infolgedessen wurde der größte Teil der südlichen Küsten an der Meerenge dem politisch schwachen Spanien als „Spanisch-Marokko" (Vertrag vom 30. März 1912) überlassen. Den Haupthafen Tanger nebst Hinterland aber gönnte England auch Spanien nicht. Deshalb wurde dieser Landstrich durch Vertrag mit dem Sultan von Marokko

Digitized by Google

Abb. 76. Das internationalisierte Landgebiet von Tanger.

am 18. Dezember 1923 „internationalisiert" und unter gemeinsame Verwaltung mehrerer Staaten (Englands, Frankreichs, Spaniens, des Sultans von Marokko, seit 1928 auch Italiens) gestellt (Abb. 76). In der gesetzgebenden Versammlung Tangers, die aus 27 Köpfen besteht, sitzen sechs mohammedanische und drei jüdische Marokkaner, die der Vertreter des Sultans ernennt, ferner je vier Franzosen und Spanier, je drei Engländer und Italiener, je ein Portugiese, Belgier, Holländer und Nordamerikaner, aber — natürlich! — kein Deutscher!

Eine gewisse Internationalisierung von Landstrichen liegt ferner dort vor, wo nach 1918 der Völkerbund zum Souverän eines Landes ernannt worden ist. Das Zwittergebilde des „Saarstaates", der seit dem 1. März 1935 begraben ist, war das charakteristischste und gleichzeitig bedenklichste Beispiel dieser Art, ja geradezu eine bizarre Ungeheuerlichkeit, da einem hochentwickelten Kulturvolk zugemutet wurde, sich ständig von feindselig eingestellten Ausländern regieren zu lassen. Im Freistaat Danzig, dessen Regierung ebenfalls unter die Aufsicht der Genfer Liga (Völkerbundskommissar) gestellt wurde, ist die staatsrechtliche Regelung eine andere, aber nicht viel bessere. Das Experiment, ein internationales Parlament, wie es der Völkerbund ist, mit Hoheitsrechten über bestimmte Landesteile auszustatten, muß als gründlich verfehlt und mißlungen bezeichnet werden und sollte, je eher je lieber, wieder aufgegeben werden, zumal da dem Völkerbund, dem heute nur noch zwei zivilisierte Großmächte (England und Frankreich) angehören, gegenwärtig jede internationale moralische Autorität verloren gegangen ist. Auch sonst kann man nicht sagen, daß die Internationalisierung von Landstrichen sich irgendwo bewährt habe, denn die Verwaltung gestaltet sich noch schwerfälliger und unvorteilhafter als beim Kondominium. Jeder an der Regierung beteiligte Partner bucht etwaige Erfolge auf sein Konto, wälzt aber für alle Fehlschläge und Mängel die Verantwortung von sich ab. Tanger ist durch die Leerlaufarbeit einer Behördenmaschine von fünf verschiedenen „Landesvätern" geradezu ein Eldorado und Sammelplatz für Schmuggler, Abenteurer und Verbrecher aus aller Herren Ländern geworden!

Angesichts solcher Erfahrungen muß der zeitweilig in gewissen Kreisen erwogene Gedanke, die jetzt neu entstandenen Fluginseln im Ozean (deutsches Schiff „Westfalen" am Äquator im Atlantischen Ozean, seit 3. Februar 1934 ständig benutzt, deutsche Schiffe „Schwabenland" und „Friesenland") zu internationalisieren und womöglich gar der Aufsicht des in seiner Unparteilichkeit und Objektivität aufs schwerste kompromittierten Völkerbundes zu unterstellen, als eine unglückliche Verirrung angesprochen werden. Es gibt wahrlich zweckmäßigere und ehrlichere Methoden, dem technischen Fortschritt zu dienen. Internationalisierung bedeutet Züchtung von Intrigen und maßlos schwerfällige, unzweckmäßige Verwaltung! Vestigia terrent!

Internationale Garantien und mehrstaatliche Pakte sind in bezug auf ihre Wirksamkeit gerade durch die Erfahrungen in der Ära des Völkerbunds seit 1920 in einer kaum zu überbietenden Weise in ihrer ganzen Hohlheit bloßgestellt worden.

Digitized by Google

Insbesondere die Tragigroteske des von England, Frankreich, Italien und Japan 1924 „garantierten" Memelstatuts, um das sich Litauen keinen Deut kümmert, ohne daß die „Garantie"-Mächte Abhilfe schaffen, lehrt eine politische Weisheit auf alle Fälle: Wehe dem Lande, das sich heute auf internationale Pakte und „Garantien" vertrauensvoll verläßt, das seine militärische Sicherheit nicht selbst in die Hand nimmt! China und Abessinien haben es ebenfalls zu ihrem Leidwesen erfahren, wie sehr dasjenige Land verraten und verkauft ist, das sich als Mitglied des Völkerbundes darauf verläßt, dieser könne und werde sich für die allen seinen Mitgliedsstaaten garantierte Unversehrtheit ihres Territorialbesitzes jemals im Ernstfall wirklich mit aller Kraft einsetzen.

Deutschland hat jedenfalls mit dem Gesetz vom 16. März 1935, das die allgemeine Wehrpflicht wieder einführte, der Welt unmißverständlich bekundet, wie groß sein Vertrauen zu internationalen Pakten und „Garantien" nach den trüben Erfahrungen von 1919—1934 noch war. Es hat recht daran getan und wurde weise regiert, als es die Hohlheit des Völkerbund-Systems rechtzeitig erkannte und durch den Austritt aus der Genfer Liga der Nationen am 14. Oktober 1933 seine Folgerungen daraus zog. Heute fühlen ja selbst die begeistertsten Verehrer des Völkerbund-Gedankens, wie sehr dieser auf Einbildung, Trug und Phrasen gegründet war. Überaus lehrreich in dieser Hinsicht war das vom britischen Premierminister Chamberlain am 22. Februar 1938 ausgesprochene Eingeständnis, daß die Idee der „kollektiven Sicherheit" restlos versagt habe.

g) Das Mandatssystem und der überstaatliche Gedanke.

Das neueste und gewissermaßen modernste System der Entstaatlichung ist die Schaffung von Mandatsgebieten, die einer von der Gemeinschaft der Staaten ernannten Aufsicht „zu treuen Händen" übergeben werden und in denen — zumindest auf dem Papier — alle Kulturstaaten unbedingt gleiche Handels- und Siedlungsrechte und -pflichten haben, besser gesagt, haben sollen (Art. 22 des Völkerbundstatuts).

Dieser Gedanke wurde zum ersten Male (freilich noch nicht unter Anwendung des Begriffs „Mandat") verwirklicht, als die europäischen Großmächte 1884/85 auf einer Konferenz in Berlin über die allgemeine Nutzbarmachung des durch Stanleys großartige Forschertat (1876/77) erschlossenen Kongobeckens berieten. Die Kongoakte vom 26. Februar 1885, mit der diese Konferenz beschlossen wurde, schuf einen neuen, künstlich konstruierten Staat von riesenhaften Dimensionen, den Kongostaat. In dieser „Handelskolonie" sollten alle Nationen gleiche Handelsberechtigung haben. Der zum Souverän des Staates von den Großmächten ernannte Belgierkönig Leopold II. (1865—1910) war gewissermaßen der erste koloniale Mandatar, den es gab, wenn auch nicht völlig unter denselben Bedingungen wie die neueren Mandatsmächte. Denn nach seinem Tode konnte der Kongostaat, ohne daß sich Widerspruch erhob, belgische Kronkolonie werden.

Aus Gründen sehr wenig rühmenswerter Art, die hier jedoch nicht erörtert werden können, sind dann in den Pariser Friedensschlüssen 1919 und 1920 sowohl die gesamten deutschen Überseebesitzungen wie einige der Türkei genommenen Länder in Vorderasien zu „Mandatsgebieten" gemacht worden, deren Verwaltung vom Völkerbund vergeben und — angeblich — beaufsichtigt wird.

Digitized by Google

Bezeichnenderweise sind aber keine im Weltkrieg neutral gebliebenen Staaten vom Völkerbund einer Mandatsverwaltung gewürdigt worden, sondern allein die Ententeländer, und zwar fast genau gemäß dem Verteilungsschlüssel, den die Ententeländer untereinander verabredet hatten! Von unbedeutenden Landgebieten abgesehen, die an Japan und Belgien gegeben wurden, sind sogar ausschließlich Frankreich, England und britische Dominions mit Mandaten ausgestattet worden! Daraus geht schon hervor, wie wenig der Völkerbund nach sachlichen Gesichtspunkten gearbeitet hat: er hat die Mandatsrechte einfach in der Weise vergeben, wie es von den Siegermächten England und Frankreich am 6. Mai 1919 vereinbart, gewünscht und vorgeschrieben worden war!

Ein ehrlich angewandtes Mandatssystem, das wertvolle Überseegebiete wirklich als „Handelskolonien" sämtlicher Kulturstaaten betrachtet und behandelt, könnte eine ansehnliche Förderung und Modernisierung des kolonialen Gedankens bedeuten, gerade weil eine neue, vollkommenere Form der Internationalisierung wertvoller Landgebiete dadurch möglich gemacht werden würde. Leider hat der erste Versuch, ein Mandatssystem zu schaffen, wie ihn der Genfer Völkerbund unternommen hat, den an sich guten Gedanken übel verfälscht und in bösen Verruf gebracht, da die in den Völkerbundssatzungen aufgestellten hohen Ziele des Kolonialmandatssystems in der Praxis nicht beachtet, oft geradezu in ihr Gegenteil umgebogen worden sind, ohne daß der Völkerbund je die Verstöße gerügt hätte. Alle Bindungen, welche die als Treuhänder des Völkerbundes ausersehenen Mandatare eingehen mußten, sind von ihnen in der Praxis mit Füßen getreten worden, und der Völkerbund hat als Hehler diese Vertragsbrüche stets stillschweigend geduldet oder gar mit eherner Stirn als vollkommen in der Ordnung bezeichnet. In der Völkerbundssatzung ist z. B. ausdrücklich vorgeschrieben (Art. 22), daß die Mandatsmacht in den Mandatsländern „den anderen Mitgliedern des Völkerbundes gleiche Bedingungen für Handel und Verkehr zu gewährleisten" habe. Diese Verpflichtung haben die Mandatsmächte an keiner einzigen Stelle eingehalten. Die Mandatsgebiete dürfen gemäß Art. 22 des Völkerbundsstatuts militärisch durch die Mandatare in keiner Weise ausgenützt werden — aber in Togo und Kamerun reiht Frankreich die schwarzen Eingeborenen ständig in sein Heer ein, auf den Marianen, Karolinen und Palauinseln schafft sich Japan Marinestützpunkte, U-Boot-Häfen, militärische Flugplätze; im Mandatsland Palästina baut England den Haupthafen Haifa zu einem hochwichtigen britischen Kriegshafen aus und unterhält dauernd, genau wie Frankreich im Mandatsgebiet Syrien, starke Truppenmengen im Land, und — — der Völkerbund verliert kein Wort über solche „Kleinigkeiten"! Die neuseeländisch, australisch und belgisch verwalteten Gebiete sind schwer heruntergewirtschaftet worden, die französischen (Togo und Kamerun) werden als rein französische Kolonien behandelt, dazu von Schlafkrankheit und anderen tropischen Seuchen dezimiert, ohne daß der Völkerbund sich jemals darum kümmert. Verhältnismäßig am besten verwaltet und wirtschaftlich entwickelt sind noch die japanisch gewordenen Südsee-Inseln. — Das ist natürlich keine ehrliche Verwirklichung des Mandatsgedankens, der in der Praxis auch sonst ganz anders aussieht, als es in den Satzungen des Völkerbundes vorgesehen ist! Dieser ist daher zur Zeit schwer entwertet, moralisch diskreditiert und reif zum Abbruch, da er genau so wie sein Vorläufer, die „Heilige Allianz" vom 26. September 1815, in geradezu peinlicher Weise einen Widerspruch zwischen seinen hochtrabenden,

Digitized by Google

salbungsvollen Gründungsidealen und seinen höchst bedenklichen Taten erkennen läßt, die freilich großenteils in seiner Ohnmacht gegenüber eigenwilligen Mitgliedern begründet sind.

Es ist möglich, daß in Zukunft einmal der koloniale Mandatsgedanke, wenn er gänzlich umgestaltet wird, einen Fortschritt für die Gesamtheit der Kulturstaaten zu bringen vermag, ähnlich demjenigen, den uns die allgemeine Entstaatlichung des Weltmeers gebracht hat. Aber vorläufig sind wir noch recht weit von diesem Ziel entfernt: die erste Verwirklichung von internationalen Handelskolonien unter Aufsicht des Völkerbundes bedeutet keinen Fortschritt im Staatenleben, sondern einen argen Kulturrückschritt, der vor allem unentrinnbar behaftet ist mit dem Kainszeichen mangelnder Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit. Infolgedessen dürfte es lange dauern, ehe die Welt wieder Vertrauen zum System der kolonialen Mandate fassen kann. Für die Mandatsländer selber ist jedenfalls das System zumeist verhängnisvoll gewesen. Es ist charakteristisch, daß England gegenwärtig sein Palästina-Mandat aufzugeben und durch eine völlige staatliche Neuregelung (vgl. S. 60) zu ersetzen wünscht, wenn es sich auch aus dem Lande keineswegs zurückzuziehen gedenkt, das ihm als Landbrücke nach Mesopotamien, als Luftbrücke nach Indien, als Zuleiter des Mossul-Öls, wegen seiner mineralischen Schätze im Toten Meer (vgl. S. 23) und seiner Flankenstellung zum Suezkanal durchaus unentbehrlich erscheint. Ähnlich hat Frankreich sein Mandatsgebiet Syrien 1936 einer völligen staatlichen Neuregelung unterzogen und daraus drei „selbständige" Staaten Syrien, Libanon und den Druſenstaat gemacht, in denen freilich Frankreich nach wie vor die Vorhand haben will. Außerdem soll der Sandschak von Alexandrette, den auch die Türkei — mit Recht — beansprucht, noch als weiteres, besonderes Staatsgebilde, als „Strohmannsstaat", abgetrennt werden.[1]) Die Aufgabe der Mandatsstellung bedeutet unstreitig das Eingeständnis eines Fiaskos des gesamten Mandatsbegriffs. — Bezeichnend für die bei den Eingeborenen in den afrikanischen Mandatsgebieten allgemein herrschende Stimmung war eine am 20. September 1933 erlassene Kundgebung des nur aus Schwarzen bestehenden „Bundes der Deutsch-Togoländer" in Akra, worin es (in grammatikalisch nicht ganz mustergültigem Deutsch) u. a. heißt:

„Alle Kolonialvölker schreien inbrünstig nach der deutschen Regierung ... Ein jeder Togomensch hat seine Losung im Herzen: ‚Es würde mich freuen, wenn ich heute die deutsche Regierung in Togo sähe und dann morgen sterbe.'"

Bisher hat sich kein einziger Versuch bewährt, Teile der festen Erdoberfläche aus dem Rahmen staatlicher Zugehörigkeit herauszuheben und ihnen einen mehrstaatlichen Charakter aufzuprägen oder gar sie völlig zu internationalisieren, d. h. zum Eigentum aller Staaten zu machen. Ehe dieses Experiment nicht zunächst einmal im kleinen Rahmen gelungen und allgemein als kultureller Fortschritt anerkannt worden ist, muß man alle Versuche, zu „Überstaaten", nach Art von „Paneuropa", „Panamerika", „Mitteleuropa" usw., zu gelangen, als utopisch ansehen, und mindestens in der Gegenwart darf alle auf derartige Ideologien verwendete Arbeit als verloren betrachtet werden. Vielleicht wird in späterer Zukunft eine vollkommenere

1) Otto Schäfer, Die Frage des Sandschak von Alexandrette und ihre Lösung, in „Petermanns Mitteilungen", 1937, 357.

Digitized by Google

Menschheit einmal reif für solche Ideen sein. Dem Philosophen ist die Beschäftigung mit so hohen Gedanken gestattet, dem Staatsmann noch nicht. Solange wir den Begriff Mensch nicht völlig umgemodelt und idealisiert haben, müssen wir die Welt so nehmen, wie sie wirklich ist! Anders liegen die Dinge, wenn man jene Begriffe rein wirtschaftlich deutet. Ein mittel- oder gar paneuropäischer Zollverein wird auf die Dauer allerdings kaum entbehrt werden können, wenn Europa im Wirtschaftskampf gegen das übermächtige Amerika nicht schließlich unterliegen soll.

Unsere heutige Generation wird besser daran tun, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen und die Verwirklichung der Überstaaten dem kommenden Jahrhundert zu überlassen. Gegenwärtig jedenfalls sehen wir, daß diejenigen Völker in der Welt am weitesten kommen, die am entschlossensten und lautesten den Staatsgedanken bejahen: dieser ist ganz und gar nicht überlebt, zunächst sogar noch in fortgesetzter, starker und erfreulicher Kräftigung begriffen. „Diener des Staates" zu sein, ist noch immer, wie in den Tagen Friedrichs des Großen, schönste Aufgabe und Pflicht für jeden Staatsbürger, der seinem Volke ein Wegbereiter zu besserer Zukunft sein möchte!

Möge unserem deutschen Volke, in dem die nationale Gesinnung endlich wieder feste Wurzeln geschlagen hat, allzeit der Spruch[1]) ein Leitstern sein:

Erst die Nation — dann die Person,

Erst das Land — dann der Stand!

1) R. Hennig, Geopolitik, 2. Aufl., S. 327, Leipzig u. Berlin, B. G. Teubner 1931.

Digitized by Google

Sachregiſter.

(Allzu häufig vorkommende Namen von Ländern, Flüſſen uſw. ſind nicht aufgenommen.)

Aachen 175
Abeſſinien 24. 39. 85f. 113. 118. 175
Ada Kaleh 47
Aden 68. 121
Adria 70f. 74
Afghaniſtan 25. 85. 159. 175
Aegäis 65. 72
Akaba 66. 70. 85. 183f.
Akra 192
Alandsinſeln 56. 62. 145. 147. 178. 180
Alaska 117. 120
Alatau 42
Albanien 24. 60. 63. 69. 111. 171
Aleuten 94ff. 125
Alexandrette 181
Alexandrien 70. 89
Algerien 57
Altai 42
Amazonenſtrom 55
Amiranten 121
Amur 47. 155
Andamanen 38
Anden 38
Andorra 106. 182
Angola 88
Antiochien 89
Antillen 110. 117
Antwerpen 57. 76f.
Appalachiſche Pforte 44
Arabien 109. 135. 159. 167
Aral-See 42
Argentinien 149
Armelkanal 67f. 74
Armenien 106
Aſcenſion 121
Aſir 124. 135
Aſow 125
Aſſab 70
Aſſyrien 89. 129
Aſturien 100
Atacama-Wüſte 22
Athen 93. 137
Athos 106
Auſtralien 79. 115. 117. 135
Azoren 88. 97
Aztekenreich 157. 166

Bab-el-Mandeb 67ff. 121f.
Babylonien 39. 89
Bagdad 89
Bagdadbahn 88. 171
Bahama-Inſeln 117
Bahrein-Inſeln 24. 182
Baikalſee 155
Baku 23
Balearen 92
Balkaſch-See 42
Bambus 33
Basra 55
Baumwolle 32
Bayeriſcher Wald 39
Belgien 57f. 145. 147. 181
Belt 69. 76
Berbera 121
Bergedorf 182
Beringſtraße 94
Bermudas-Inſeln 93. 117
Beſſarabien 183. 185
Bethlehem 60
Bhutan 25. 106
Bidaſſoa 47
Binger Loch 82
Birebidſchan 149
Birma 135
Bodenſee 39. 48. 186
Böhmen 22. 37
Bolivien 23. 59. 64f. 130
Borneo 122
Bosporus 68. 77. 187
Bourtanger Moor 39
Brahmaputra 55
Brandenburg 53. 63f. 100
Braſilien 135. 147
Breiſach 120
Brenner 90
Bretagne 108f.
Britannien 22
Buenos Aires 122
Bulgarien 45. 65
Bulhar 121
Burenrepubliken 113
Burgund 139
Burgundiſche Pforte 41

Calais 56
Campagna 34
Ceylon 17. 38. 110. 121
Chaco 65
Chawak-Paß 46
Chile 23. 59. 64
Chineſiſche Mauer 181
Ciliciſche Pforte 41f.
Cuxhaven 181
Cyrenaica 57. 84. 170

Dänemark 56
Danzig 32f. 66. 88. 172
Dardanellen 68f. 77. 181
Dattelpalmen 31
Demarkationslinie 158
Dendermonde 182
Derbentſche Pforte 41
Dickſonhafen 63
Dnjepr 50
Dobrudſcha 182
Donau 80. 185f.
Drau 186
Dreimeilenzone 187
Druſenſtaat 112. 192
Dſungariſche Pforte 42
Dumeira 70
Dutch Harbour 95. 97

Eire 177 (ſ. auch Irland)
Eiſen 19ff.
Eiſerner Wald 36
Eiſernes Tor 91
Eismeer 62. 76
Elbe 40. 186
Elefanten 28
Elſaß 120. 176
Emden 64. 182
Erdöl 23f.
Erzgebirge 39f.
Eſthland 111. 124. 145
Euböa 121
Eupen-Malmedy 175. 177
Euphrat 55

Falklands-Inſeln 68. 91. 122. 183
Fernando Noronha 93
Feuerland 122
Finnland 67. 111. 124. 143. 145. 161

Digitized by Google

Fiume 64. 66. 71. 111. 113. 170ff.
Flaggenfreiheit 185ff.
Florida 85
Fluginseln 189
Formosa 96
Fortunia 157
Fossa Carolina 82
Frankenreich 7f. 82. 124
Frankfurt a. M. 182
Friesland 107
Fringshaus 175

Galapagos-Inseln 91
Galatz 186
Ganges 55
Gdingen 65
Gelbes Meer 61
Genua 129
Georgien 106. 113. 160
Gewürze 31
Gibraltar 97. 117. 121. 180. 188
Gibraltarstraße 67ff. 74. 122. 180
Gold 22
Goldene Horde 36
Gotthardpaß 45
Granada 134
Gran Chaco 65
Graubünden 45. 79. 90
Greytown 170
Griechenland 39. 134
Grönland 17. 93
Guam 122. 125
Guatemala 25
Guinea-Inseln 110
Guyana 117

Haifa 23f. 66. 70. 85. 90. 149. 184. 191
Haithabu 91
Haiti 117f.
Hamburg 181f.
Hannover 168
Hansa 129
Hasa 124
Hawai 31. 73. 96f. 122. 125
Hedschas 66. 124. 135. 172
St. Helena 121
Helgoland 97. 106. 117. 180
Helsingfors 161
Heringe 29
Hethiterreich 153
Hindukusch 46. 85
Hinterindien 54
Holz 32
Honduras 25
Hwangho 42f. 50
Hyksos 27

Ile de France 52
Ilmensee 90
Indien 17. 43. 101. 106. 121. 135
Indischer Ozean 73
Indus 166
Ingermanland 149
Inkareich 14. 37. 83f. 157. 166
Inkastraße 84
Insekten 29
Jonische Inseln 170. 181
Irak 23f. 113. 124. 135. 159
Iran 73. 84. 130. 159. 167
Irland 93. 111. 114. 149. 177
Island 55. 93. 97. 111f. 117. 157. 159. 181
Issus 42

Jaffa 149
Jangtsekiang 50
Japanisches Meer 73
Java 17
Jehol 32. 57. 124. 173
Jenissei 62f.
Jerusalem 60. 149. 157f.
Jesuitenstaat 158
Jever 88. 120
Johannisburg 35
Johanniterstaat 158
Johore 122
Judenstaaten 60. 113. 149
Jugoslawien 65f. 111. 145ff.
Jungfern-Inseln 91. 117

Kaiserkanal 50. 84
Kaiser-Wilhelm-Kanal 68. 78. 85. 180. 186
Kali 23
Kalifornien 83
Kalkutta 55
Kamerun 191
Kamtschatka 94f.
Kanada 115
Kanaren 38. 93. 110. 125. 157
Kanton 96
Kantönligeist 39
Kap Hoorn 122
Kapkolonie 121
Kapverdische Inseln 93
Karibisches Meer 91
Karawanken 38
Kärnten 106
Karolinen 191
Karpaten 38. 41
Karthago 113. 115f.
Karun 48
Kaschmir 106
Kaspisches Meer 41. 60. 73
Kaukasus 38. 41
Kaulun 122
Khaiber-Paß 43
Kiew 50
Kirchenstaat 111. 133. 157f.
Kleinasien 88
Kohlen 19ff.
Kolumbien 91. 171
Kolyma 63
Kongo 55
Kongostaat 181. 190
Konstantinopel 121
Kopenhagen 91
Korea 57. 113. 118. 128. 145
Koreastraße 69
Korfu 121
Korsika 168
Kösener Paß 39f.
Kowno 186
Kra 86
Krain 34
Krakau 170
Kreta 32. 38. 109. 121
Kronstadt 86
Ktesiphon 89
Kuba 31. 117
Kueit 171
Kufsteiner Klause 41
Kurian-Murian-Inseln 121
Kurilen 94. 96
Kurische Nehrung 34. 38
Kwangtung-Halbinsel 61. 120
Kykladen 121

Labuan 122
Lagosta 71
Lama 28
Laplata 65
Lappland 21
Latium 103
Lena 63
Lenin-Kanal 86
Lettland 124. 145
Libanon 192
Liberia 118
Litauen 111. 124. 147f.
Litoranea 84
St. Lorenzstrom 44. 50
Lothringen 176
Lübeck 91. 113. 181f.
Luftkreuz 92
Luxemburg 176. 181

Maan 183
Maas 120
Madagaskar 110. 149
Magelhanstraße 91. 122
Mährische Pforte 41
Main 49
Malakka 86. 122
Malakkastraße 68. 122
Malta 68f. 97. 117. 121. 158
Manaos 55
Mandschukuo 20. 89. 118. 124. 145f. 154. 172ff.
Mare clausum 74ff.

Digitized by Google

Mare liberum 187f.
Marianen 191
Maritza 186
Marken 106
Marokko 57. 113. 125
Maros 186
Matadi 55
Mauretanien 170
Mauritius 121
Mazedonien 170
Medina 167
Mekka 167
Memel 88. 186
Memelland 148. 178
Menorca 92
Mesopatamien 2. 13. 23. 27. 89. 101
Metz 120
Mexiko 22. 24f. 38f. 117. 135
Midway Island 122
Milet 109
Mississippi 50
Mittellandkanal 81
Mohammera 48
Moldau 186
Molukken 31
Monaco 106
Mönchgut 106
Mongolei 112. 124. 146. 160. 173
Mongolenreiche 82
Monschau 175f.
Montenegro 106. 113
Moresnet 182
Mosel 49
Moskau 51f.
Moskitostaat 170
Mozambique 88
Murmanst 61f. 86. 94
Mützenich 175

Nahe 47
Natal 121
Navarra 45
Naxos 121
Nazareth 60
Nedschd 124. 135
Nepal 25. 106
Neue Hebriden 182
Neufundland 93
Neuguinea 110
New York 44. 149
Nikaraguakanal 77f. 85. 91. 170
Nikobaren 122
Nil 1f. 38. 49. 101
Nomaden 26ff.
Nord-China 20. 173
Normannische Inseln 117
Nordöstliche Durchfahrt 62
Nordpol 94
Nordsee 72. 74. 187
Normandie 109
Norwegen 32. 108
Nowgorod 35. 50. 90f.
Nowy Port 62
Nubien 22
Nyon 162

Oahu 96
Ob 62f.
Oberschlesien 178
Oder 50. 88
Oranje-Fluß 47
Oranje-Freistaat 22
Ordensstaat 35. 59. 153. 158
Öresund 56. 68. 76. 91. 187
Ostafrika 166
Österreich 26. 64. 113. 124. 137. 144
Ostsee 60f. 72. 74. 86. 109. 157
Otranto-Straße 69ff.
Ozeanien 117

Pagopago 96
Palästina 23. 60. 90. 112. 124. 146. 149. 191f.
Palau-Inseln 191
Palmyra 89. 170
Pamir-Pässe 45f.
Panama 171
Panamakanal 67ff. 77. 85. 91. 117. 120. 181. 186
Pantelleria 70. 92
Paraguay 64f. 158
Partherreich 89
Pearl Harbour 96f.
Peking 50. 174. 181
Pelztiere 28
Pendschab 13
Perejil 180
Pergamon 170
Perim-Inseln 68. 91. 121
Pernambuco 93
Persien (siehe auch Iran) 6. 23. 73. 82. 153. 167, 175
Peru 22f. 59. 130
Petersburg 52. 61
Petroleum 23f.
Petsamo 67
Pfeffer 31
Philippinen 31. 96. 112. 122. 125
Phönizier 32
Pinang 122
Polnischer Korridor 65
Port Arthur 120
Porta Westfalica 40
Port Jgarka 63
Portorico 31. 117
Portugal 57. 112. 158
Prag 186
Pyrenäen 38

Reichsautobahnen 80f.
Reis 30
Rhein-Donau-Kanal 81f.
Rhodos 158. 170
Rhone 48. 119
Riga 161
Rinder 26f.
Rio d'Oro 125
Robben 29
Rokitno-Sümpfe 39
Römerreich 19. 82. 137
Rötgen 175
Runö 106

Saargebiet 20. 132. 170. 175. 189
Sachalin 24. 89. 94. 182
Sachsen 22
Sahara 86
Saipan 96
Saloniki 63
Salpeter 22f.
Saturn 41
Samoa 122. 125. 182
San Marino 106. 133
San Salvador 25
Saone 119
Sark 106. 117
Saseno 69ff.
Sassanidenreich 89
Schandau 40
Schatt-el-Arab 47f.
Scheich Said 70
Schelde 76f. 120. 176. 185
Schiffahrtsakten 185f.
Schlei 91
Schleswig 91. 182
Schwarzes Meer 61. 72. 74
Schweden 37. 72. 104. 112
Seattle 96
Seelachse 29
Seidenstraße 42f.
Serbien 63
Seychellen 121
Siam 25. 175
Sibir 166
Sibirien 54. 95. 160. 166
Sibirische Bahn 83
Sikkim 106
Silber 22
Silva Carbonaria 36. 38
Simplon 83
Sinai 38. 122
Sinangfu 43
Singapur 68. 122
Sinkiang 160
Sizilien 30
Skagen 91
Småland 37
Sokotra 122
Somaliland 122
Spanien 53. 57. 112. 125. 134. 158
Spitzbergen 17. 20f.
Spreewald 38. 136. 148

Digitized by Google

Stanley Pool 55
Straßburg 120
Südafrika 107. 115. 135
Sudan 32. 182
Sudeten 39. 41
Süd-Georgien 183
Süd-Orkneys 183
Südpolarkontinent 95
Südsee 93. 108
Südtirol 45. 147f. 178
Südwestafrika 22
Suezkanal 67ff. 78. 90f. 121f. 181
Suiyüan 112
Sumatra 17
Sundainseln 24. 110. 154
Sussak 66
Syr Darja 42
Syrien 124. 154. 157. 192
Syrische Pforte 41

Takao 96
Talweg 46
Tanger 69. 188f.
Tannu Tuwa 160
Tel Awiw 146. 149
Terra ferma 57
Teschen 174
Tessin 45
Thaya 186
Theiß 186
Thermopylen 166
St. Thomas 91
Thüringer Wald 39. 106
Tibet 106. 130. 158
Tienschan 42
Tigris 55
Tirol 45. 106
Togo 191f.
Tondern 178
Totes Meer 23. 192
Toul 120
Transiran-Bahn 84
Transjordanien 66. 90. 124. 135. 172. 183
Transvaal 22
Trapezunt 89
Travemünde 181
Triest 34. 64. 71
Tripolis 57. 84
Tschagos-Inseln 97. 121
Tschechoslowakei 111. 125. 179
Tsetsefliegen 29
Tsushima-Straße 89
Tunis 57. 172
Türkei 84. 88. 124f. 144. 159. 167
Turkestan 2. 43. 124
Tutuila 96

Überstaaten 192
Uganda 149
Ukraine 113. 160
Ulm 186
Ulster 177
Unalaska 95
Ungarn 36. 64. 107. 124. 161
Ural 38. 114. 155
Uruguay 175

Venedig 57. 90. 121. 125. 129
Venezuela 25
Verdun 120
Veroneser Klause 41
Vierjahresplan 25f.
Vlissingen 185
Vogesen 38ff. 44. 107
Völkerbund 189. 191
Volta-Fluß 47

Wake-Insel 122
Waldai-Höhe 51
Waldungen 33ff.
Walfische 29f.
Warägerstaat 153
Weichsel 47. 49. 161. 176. 186
Weiho-Pforte 42f.
Weimar 131
Weißes Meer 86
Weltpostverein 185
Weser 186
Westfalen 132
Wiener Pforte 41
Wilhelmshaven 64
Wilna 183
Wladiwostok 61
Wolchow 50
Wolga 50
Wrangel-Insel 94f.

Yemen 124. 135
Yümönn-Passage 42
Yünnan 125

Zara 71
Zeder 32
Zeila 121
Zollverein 79
Zucker 31
Zweibrücken 88
Zweimeerekanal 85
Zypern 68. 70. 91. 121

Nat. Soz. Lehrerbund
Bücherei
Reichswaltung

Digitized by Google

Literatur über allgemeine geopolitische Themen.

1. Atlanten

Karl Springenschmid, Die Staaten als Lebewesen. Geopolitisches Skizzenbuch. Mit einem Vorwort von Karl Haushofer. 3. Aufl. Leipzig 1934. (244 Skizzen veranschaulichen die Lebensvorgänge der Staaten.)

Karl Springenschmid, Deutschland und seine Nachbarn. Geopolitische Bildreihe. Mit einem Geleitwort von Karl Haushofer. Leipzig 1935.

Schmidt-Haack, Geopolitischer Typen-Atlas. Gotha 1929. (176 Kartenskizzen zur Einführung in die Grundbegriffe der Geopolitik.)

F. Braun und A. Hillen-Ziegfeld, Geopolitischer Geschichtsatlas. 2. Aufl. Dresden 1934. (269 Karten auf 116 Tafeln: Altertum, Mittelalter, Neuzeit.)

2. Abhandlungen.

A. Dix, Politische Geographie. München-Berlin 1921.

J. Fairgrieve, Geographie und Weltmacht. Berlin 1925.

A. Grabowsky, Staat u. Raum. Berlin 1928.

A. Grabowsky, Raum als Schicksal, das Problem der Geopolitik. Berlin 1933.

K. Haushofer, E. Obst, E. Lautensach, O. Maull: Bausteine zur Geopolitik. Berlin-Grunewald 1928.

K. Haushofer, Jenseits der Großmächte. Leipzig 1932.

K. Haushofer, Grenzen. Berlin 1927.

K. Haushofer, Wehr-Geopolitik. Geographische Grundlagen einer Wehrkunde. Berlin 1934.

K. Haushofer, Geopolitik des pazifischen Ozeans. Berlin 1922.

K. Haushofer, Raumüberwindende Mächte. Leipzig 1934.

K. Haushofer, Weltmeere und Weltmächte. Berlin 1937.

R. Hennig, Freie Ströme. Leipzig 1926.

R. Hennig, Geopolitik. 2. Aufl. Leipzig 1931.

R. Hennig, Weltluftverkehr und Weltluftpolitik. Berlin 1930.

A. Hettner, Der Gang der Kultur über die Erde. Leipzig 1929.

W. Jantzen, Die Geographie im Dienste der nationalpolitischen Erziehung. Breslau 1936.

R. Kjellén-K. Haushofer, Die Großmächte vor und nach dem Welttriege. 24. Aufl. Leipzig 1932.

J. März, Die Ozeane in der Politik und Staatenbildung. Breslau 1931.

O. Maull, Politische Geographie. Berl. 1925.

O. Maull, Politische Grenzen. Berlin 1928.

O. Maull, Das Wesen der Geopolitik. Leipzig-Berlin 1936.

Fr. Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat. München 1915.

K. Olbricht, Das Erdbild von heute. Leipzig 1932.

W. Pahl, Wetterzonen der Weltpolitik. Leipzig 1937.

Fr. Ratzel, Anthropogeographie. Stuttgart 1899.

Fr. Ratzel, Das Meer als Quelle der Völkergröße. München 1900.

Fr. Ratzel, Politische Geographie. München-Berlin 1903.

M. G. Schmidt, Erläuterungen zur geopolitischen Weltkarte. Gotha 1937.

R. Schmidt, Wesen und Entwicklung des Staates. Leipzig 1932.

H. Schnee, Nationalismus und Imperialismus. Berlin 1928.

E. Schultze, Meeresscheue und seetüchtige Völker. Stuttgart 1937.

H. Simmer, Grundzüge der Geopolitik in Anwendung auf Deutschland. München-Berlin 1928.

A. Supan, Leitlinien der allgemeinen politischen Geographie. Berlin-Leipzig 1922.

J. Thies, Die Staaten als völkische Lebensräume. Dresden 1934.

J. v. Uexküll, Staatsbiologie, Anatomie, Physiologie, Pathologie des Staates. Berlin 1926.

R. Uhden, Völkertore. Berlin 1929.

W. Vogel, Das neue Europa. Bonn-Leipzig 1921.

J. Wütschke, Der Kampf um den Erdball. München-Berlin 1935.

Hans F. Zeck, Ein Volk mitten in der Welt. Bochum 1937.

Zeitschrift für Geopolitik.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google